

Heimat- und Friedensprogramm

**FREIHEIT und FRIEDEN durch KÖNIGLICHE VOLKSHERRSCHAFT
bedeutet eine positive ZUKUNFT FÜR ALLE!**

**Die Deutschen sind die einzigen Volksstämme, die sozusagen „per
Knopfdruck“ ein völlig neues, unabhängiges System erschaffen können,
wovon alle Völker der Erde profitieren werden!**

**Dieses Reformprogramm ist ein wirksames Gegengewicht zu dem satanischen
Chaos-System der westlichen Reichtumsherrschaft. (lat. Plutokratien)**

**Nur ein völkerrechtlich unabhängiger (souveräner) deutscher Nationalstaat
kann ein stabiler Garant für die Weltsicherheit und damit dem Weltfrieden sein!**

Zurück in die Zukunft!

= Das Reformprogramm für Deutschland!

*für alle Menschen und/oder Völker als Zusammenfassung zur aktuell-
gesellschaftspolitischen Lage und Empfehlung für die gemeinsame Arbeit auf der
Basis national und international gültiger Rechtsgrundlagen und Verträge -*

Sein oder Nichtsein – aber sein wird es!

(Herrschafts-) Wissen ist Holschuld!



Analyse

zur jüngeren deutschen Vergangenheit und dem gegenwärtigen Zustand von Deutschland

Das Ringen der Deutschen um die Bodenrechte ihrer Heimat!

Die angloamerikanische Okkupationsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) im Vernichtungskampf gegen die deutschen Stämme? Offenkundig beanspruchen heutzutage immer noch zwei Unternehmen das gleiche Territorium im Zentrum Europas:

Zum einen die zu Firmen vollprivatisierte, provisorische, angloamerikanische Treuhandverwaltung - Verwertungsgesellschaft mit den Bezeichnungen „*Bundesrepublik Deutschland*“ (BRD), „*Deutschland*“, „*Deutschland AG*“ und der Handelsmarke „*Germany*“ mit dem alliierten Militär-Grundgesetz (GG) für die BRD, welche bis zum heutigen Tag kein völkerrechtlicher Staat auf deutschem Boden war, ist und niemals sein wird.

Zum anderen der völkerrechtliche Staat „*Deutsches Reich*“, welcher 1945 NICHT untergegangen ist und mit seiner letzten Verfassung – die sog. Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 bis zum heutigen Tage auf deutschem Boden weiter fortbesteht. (siehe Artikel 140 GG für die BRD)

Es kann aber nur ein Staat auf demselben Boden existieren!

Daher muss jeder Mensch für sich selbst entscheiden, in welcher gesellschaftlichen Staatsform er künftig leben will:

a. in einem Privatstaat einer Personen-, Treuhand-, Verwertungsgesellschaft, Okkupationsverwaltung mit den Bezeichnungen „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD), „*Deutschland*“, „*Deutschland AG*“ und/oder „*Germany*“ als Personal in einer privatrechtlichen Unternehmensstruktur verwaltet als juristische Person (Geschäftsführer ohne Auftrag) dauerhaft entrechtet-verklavt im bürgerlichen Tod unter dem See- und Handelsrecht

oder

b. im völkerrechtlichen Heimat-Staatenbund „*Deutsches Reich*“ (Bundesstaaten der deutschen Volksstämme) = zurück im natürlichen Personenstand – Inhaber aller Rechte = Beendigung bürgerlicher Tod (Firmen-Personal-Sklavenstatus) im Völkerrecht.

Die rechtliche Generallösung dafür ergibt sich auch aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD), Artikel 139 und Artikel 146, dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, dem alliierten Besatzungsrecht zur Entnazifizierung, den UN-Bestimmungen und weiteren Rechtsgrundlagen und Verträgen.

Der wirtschaftliche, finanzielle und militärische Motor des weltweiten militärisch industriellen Banken- und Konzernkomplexes (auch als „Tiefer Staat“ – „Deep State“ bezeichnet) scheinen heute private Interessengruppen in der BRD-

Treuhandverwaltung zu sein. (zum Beispiel private Vereine – Interessensgruppen der Hochfinanz und Konzernkartelle, wie z. Bsp. die sog. „Bilderberger“, „World Economic Forum“, „Atlantikbrücke“, „Club of Rome“ und weitere...)

Die international gegen die gesamte Menschheit operierenden privaten (Verschwörer-) Gruppen können offensichtlich nur noch über die bis heute in Deutschland gültigen alliierten vertraglichen Rechtsgrundlagen gestoppt und

unschädlich gemacht werden.

Die konkrete Umsetzung der Befreiung der Deutschen vom Faschismus kann offenbar nur über die Wiederherstellung der historischen Bodenrechte der sog. „deutschen Stämme“ erfolgen.

Die „Bundesrepublik Deutschland“ ist rechtlich vergleichbar mit einer großen, kommerziell agierenden Immobilien-Auftragsverwaltung auf dem Stammesgebiet der deutschen Völker. (z. Bsp. auch wie ein Gutsverwalter)

Es geht dabei um die Durchsetzung der Eigentumsansprüche – insbesondere der Bodenrechte der deutschen Stämme und deren einst geadelten Anführern, sofern deren Nachfahren heute überhaupt noch verantwortungsfähig sind, zum Wohle ihres jeweiligen Volkes zu dienen.

Erst wenn die provisorische Treuhandverwaltung BRD das Stammesgebiet der Deutschen auf Weisung derer Treugeber: Vereinte Nationen - United Nations (UN), dem Vatikan sowie der alliierten Siegermächte an den rechtmäßigen Eigentümer, den deutschen Stammesvölkern und dessen legitimierten Vertreter übergibt, können die darauf lebenden Menschen durch Rückführung der Person in die historische Bundesstaatsangehörigkeit vor 1913 endgültig und dauerhaft entnazifiziert werden und ihre (Personen-) Rechte zurückerhalten.

*(sog. Heimatrehabilitation: Nach Reformierung der *RuStAG vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) zur ursprünglichen *RuStAG 1 vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) „Inland §1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“)*

Die sog. „parlamentarische Parteien-Demokratie“ hat erst die Gewalt-Herrschaft des weltweit geächteten Faschismus und Nazismus (Nationaler und internationaler Sozialismus) mit all dessen vernichtenden kriegerischen Auswirkungen gegen die gesamte Schöpfung ermöglicht.

Diese „parlamentarische Parteien-Demokratie“ hat sich daher von Anfang an nicht bewährt und ist somit für die gesamte Menschheit untragbar geworden.

Das Ziel ist daher die Errichtung eines Bundesstaates mit einer direkten königlichen Volksherrschaft der deutschen Volksstämme nach altgermanischem Führungsprinzip ohne spaltende, nicht haftende Parteien (Erwerbsgesellschaften). (siehe Part(eien) = Teil, das heißt Teile- und Herrsche-System)

Über ergänzende Staatsformen wie zum Beispiel die Einrichtung einer verfassungsgebundenen (lat. entlehnt konstitutionellen) Monarchie können die deutschen Stämme bei Bedarf in freier Selbstbestimmung nach erfolgter Befreiung vom „Faschismus und Nazismus“ selbst entscheiden.

Die freiheitlich-natürliche Ordnung wird künftig über direkte Volksabstimmungen (sog. „Referenden“) in den Bundesstaaten der deutschen Stämme umgesetzt.

Die notwendigen Schritte der konkreten rechtlichen Umsetzung werden in diesem Heimat- und Friedensprogramm ausgeführt.

Revision

Wie kam es zur gesamtgesellschaftlichen Katastrophe in Deutschland?

Ein Rückblick in die staatsrechtliche Geschichte der Deutschen

- die Transformationsphasen des Staatenbundes

„Deutsches Reich“ und Kataklysmen ab 1870



Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann weder die Gegenwart verstehen noch die Zukunft gestalten!

Der Sieger bestimmt immer die Geschichte!

Der Kriegssieger legt immer die Vertragsbedingungen fest!

Vertrag kommt von vertragen!

Vertrag basiert immer auf Recht!

Verträge müssen immer gerecht sein!

Gerechtigkeit ist das Gegenteil von Unrecht!

Unrecht birgt Streit, Hass und Zorn!

Hass und Streit bringt Unfrieden! Unfrieden bedeutet Krieg!

Krieg bedeutet immer Not, Tod, Terror - Zerstörung der Schöpfung!

Zusammengefasst besteht immer die Notwendigkeit zu der Umsetzung eines stabilen, dauerhaften Friedens über die Schließung eines Friedensvertrages zur Beendigung des Kriegsvertrages (Krieges)! (z. Bsp. „Ägyptisch-Hethitische Friedensvertrag von 1259 v. Chr.“ Westfälischer Frieden zur Beendigung des sog. „30jährigen Krieges“ 1648, Friedensvertrag von Paris zur Beendigung des sog. „Vietnamkrieges“ vom 27.01.1973)

Ein **Friedensvertrag** ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Kriegsparteien, der den Kriegszustand beendet (Frieden) und einen Friedensschluss (*definitiver Friedensvertrag*) oder dessen wesentliche Bedingungen vorläufig festsetzende Bestimmungen (Präliminarfrieden) enthält. Beide Arten folgen den gleichen Rechtssätzen über Form, Wirkung usw.

Im Gegensatz zum Waffenstillstand ist der Abschluss eines Friedensvertrages in der Gegenwart nur zwischen völkerrechtlich anerkannten Regierungen möglich. Wichtigste Bestandteile von Friedensverträgen sind u. a. schriftlich fixierte Regelungen zu Fragen der territorialen Souveränität und der politischen Verhältnisse, Absichtserklärungen zur künftigen Gestaltung der sog. bi- bzw. multilateralen Beziehungen, Art und Umfang der Entschädigungsansprüche und Konsequenzen im militärischen Bereich, etwa Demobilisierung der Streitkräfte. Ein Friedensvertrag führt zum Vertragsfrieden.

Mitunter führt ein Friedensvertrag nicht zur Regelung aller strittigen Fragen. Möglicherweise gibt es eine Einigung, sie zu einem späteren Zeitpunkt zu verhandeln oder eine internationale Kommission zu berufen, die sich damit auseinandersetzt, oder bestehende internationale Organisationen einzuschalten.

Wesentlich für die Vereinbarungen eines Friedensvertrages sind auch die Instrumente, die ihre Erfüllung garantieren sollen. Sie müssen wirksam sein. (z. Bsp. sog. „UN-Blauhelme“ oder „Peacekeeper“) – Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag>



Das Reich der Deutschen ab 1871



Phase 1

Gründung und Aufstieg Heimatreich der Deutschen:

- 1870 (BuStAG) vom 01. Juni 1870 (BGBl. S. 498) Inland

„§ 1 Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“ - 1871 bis 1918-sog.

„Deutsches Kaiserreich“ (Bündnis der Bundesstaaten mit der Bundesstaatsangehörigkeit auf Basis des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (*RuStAG) vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87)

- 1871 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) 01 vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) Inland

„§ 1 Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

- 22. Juli 1913 (RuStAG) 02 (RGBl. S. 583)

§ 1 Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Staat (Inland / Heimat)

ODER die erkennbare Reichsangehörigkeit besitzt.

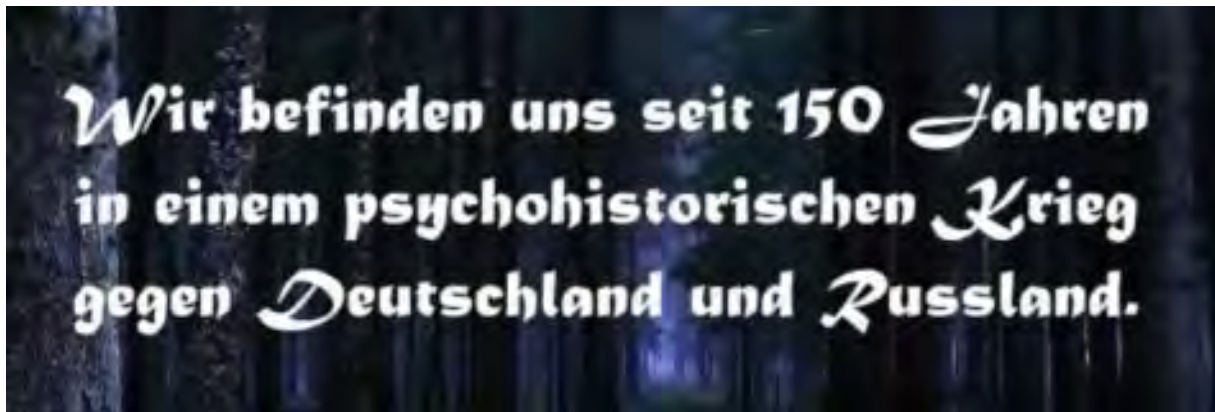
(Ausland / Kolonie RuStAG - Doppelte Staatsangehörigkeit - Entweder Ausland oder Inland)

- ab 1871 jüdische Masseneinwanderung in das Deutsche Reich und vor allem in

die USA; Banken-„Boom“ – Kredit-Geldströme – Freihandel - Industrialisierung – Aufrüstung - Aufbau der Großstädte – Industrieproletariat mit sozialer Verelendung - sozialistische Ideologie - Klassenkampf - Wirtschaftsblüte der sog. „Gründerzeit“
- **1897 erster Zionisten-Kongress** unter Theodor Herzl in Basel zwecks Vorbereitung zur Gründung eines - Zitat: „Judenstaates Israel“ (s. „Balfour-Deklaration“ von 1917)

Phase 2

Bündnisfall 28. Juli 1914 – bis 11. November 1918 Drehbuch „Erster Weltkrieg“ als kataklystischer Prozess:



Krieg und Völkermord = Zerstörung der Monarchien

- Kriegsbündnis Deutsches Reich und Österreich-Ungarn gegen das alliierte Kriegsbündnis „Entente“ Frankreich-England-Russland-USA-Italien und deren Kolonien
- gesteuertes Attentat von Sarajewo löst Kriegsbündnisfall-Dominosystem aus; Der erste Weltkrieg endete mit dem Sieg der sog. „Entente“ - den „Alliierten“ (sozialistische „Novemberrevolution“)
- Nach dem ersten Weltkrieg verloren die Deutschen die besetzten Gebiete Elsass-Lothringen (an Frankreich), Westpreußen (an Polen), Danzig und das Memelland (an den Völkerbund)

Phase 3

Von der „Weimarer Republik“ zum „dritten Reich“:

- **11. November 1918:** Putsch gegen die konstitutionelle Monarchie mit Ausrufungen der „Republik“ durch Philipp Scheidemann und die „freie **sozialistische Republik** Deutschland“ durch Karl Liebknecht
 - **11. August 1919:** Weimarer Reichsverfassung (WRV) mit Auflösung der Bundesstaaten und Wegfall der Bundesstaatsangehörigkeit, Einführung sog. „Länder“ und einer Schein-Staatsangehörigkeit – sog. „Landesangehörigkeit“
 - Kolonisierung und Beginn der Privatisierung der deutschen Heimat
- Es entstand in Fortsetzung des Deutschen Reiches 1919 die sog. „Weimarer Republik“ - auch als das „zweite Deutsche Reich“ bezeichnet.

Es war eine sog. „demokratisch parlamentarische Republik“.

Die parlamentarisch beschlossene Weimarer Reichsverfassung (WRV) löste das kaiserliche Verfassungsgesetz von Otto von Bismarck 1871 ab, ermöglichte damit den sog. „Versailler Friedensvertrag“, welcher später Adolf Hitler den Weg ebnete.

- **ab 1919:** Kriegsreparationen an die Alliierten über Hjalmar Schacht – Finanz- und Wirtschaftskrisen (Inflation) – soziale Verelendung großer Teile der deutschen Bevölkerung – gesteuerte sozialistische Ideologien – Klassenkampf



Phase 4 Totalitäre Diktatur in Deutschland 30. Januar 1933 bis zum heutigen Tag:



- sog. national-sozialistisches „Drittes Reich“ mit Zwangsverordnung der sog. „deutschen Staatsangehörigkeit“ („STAG“) vom 02. Februar 1934 mit Einführung der Glaubhaftmachung „deutsch“ ab 1934
- unmittelbare Kolonieangehörigkeit Reichsangehörigkeit = Staatsangehörigkeit (R=STAG)
- Gleichschaltung der Länder, aller gesellschaftlichen Strukturen und fast des gesamten gesellschaftlichen Zusammenlebens mittels dem NS-Staatsgrundgesetz „Neues Staatsrecht“ 1934
- Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) vom 11. August 1919 bleibt weiter bestehen.

Mit der Machtergreifung Hitlers als Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurde das Deutsche Reich der Weimarer Republik durch die nationalsozialistische Gleichschaltungskolonie des sog. „Dritten Reiches“ („3. Reich“) überlagert. Die bis heute rechtsgültige Weimarer Reichsverfassung wurde nicht aufgehoben, sondern ab 1934 nur durch das NS-Staatsgrundgesetz „Neues Staatsrecht“ überlagert.

- Kredit-Geldströme – Aufrüstung - Reichsautobahn - Bunkerbau – Siedlungsbau - Wirtschaftsblüte
- **12. November 1933: Austritt aus dem Völkerbund**
- **13. Januar 1935: Rückkehr Saargebiet** über Volksentscheid (Saarabstimmung)
- **7. März 1936: militärische Besetzung Rheinland** nach Bruch des Locarno-Pakts durch Beistandspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion
- **13. März 1938: über Volksabstimmung erfolgter Anschluss Österreichs - das sog. „Großdeutsche Reich“**
- **29./30. September 1938: Münchner Abkommen:** Rückgabe Sudetengebiete vom Völkerbund
- **23. März 1939:** Rückgabe des widerrechtlich von Litauen annektierte Memelgebiet

Phase 5: Drehbuch „zweiter Weltkrieg“ als kataklystischer Prozess ab 01.09.1939



Jeder Griff ist erlaubt. Je
übler, um so besser.
Lügen, Betrug - alles

Seitron Delmer



5.1. Krieg und Völkermord = Zerstörung der Nationen:

- **Bündnisfall 1. September 1939 - Drehbuch sog. „Zweiter Weltkrieg“:**
 - Kriegsbündnis der „Achsenmächte“ Deutschland-Italien-Japan (später Finnland, Rumänien, Ungarn, Bulgarien)
 - Hitler-Stalin-Pakt – Nichtangriffspakt Deutschland-UdSSR **23. August 1939**
 - Kriegsbündnis der Alliierten: Großbritannien mit Polen, Großbritannien mit Frankreich, Großbritannien mit den USA. Dazu kamen die gesamten französischen und britischen Kolonien.
 - scheinbar über London gesteuerte deutsch-polnische Provokationen lösen Kriegsbündnisfall-Dominosystem aus; Deutsches Reich-Italien-Japan gegen Frankreich-England-USA und ab Juni 1941 die UdSSR (Sowjetunion)
 - Insgesamt erklärten bis 1945 über 54 Nationen Deutschland den Krieg bzw. umgekehrt. Nach einer Reihe heftiger polnischer Provokationen und organisierter Völkermord-Verbrechen gegen die sog. „Volksdeutschen“ (ethnische Säuberungen – Völkermord gegen die volksdeutsche Bevölkerung mit weit über 58.000 Toten in den polnisch besetzten Ostgebieten wie z. Bsp. der sog. „Bromberger Blutsonntag“, Konzentrationslager für die deutsche Zivilbevölkerung, militärische Attacken gegen das Deutsche Reich wie lokale militärische Überfälle, Beschuss von Ortschaften auf deutschem Reichsgebiet, ziviler Fahrzeuge und Flugzeugen, Verweigerung jeglicher Lösungsvorschläge zur sog. „Korridor-Frage“ bzgl. Ostpreußen, Verweigerung Volksabstimmung bzgl. Danzig) erfolgte nach Kriegserklärung der deutsche Angriff auf das mit Frankreich und England militärisch verbündete Polen.
- **Bündnisfall 3. September 1939:** - Offensichtlich planmäßig erfolgten durch die mit Polen verbündeten Staaten Großbritannien und Frankreich jeweils einseitige Kriegserklärungen an das Deutsche Reich.
- **17. September 1939:** Angriff der UdSSR unter Joseph Stalin auf Polen mit Besetzung polnischer Gebiete bis zur mit dem Deutschen Reich unter Adolf Hitler

vereinbarten Demarkationslinie

Damit lösten die Kriegsparteien Deutsches Reich - Deutschland, das vereinigte Königreich Großbritannien bzw. England, Frankreich und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR/ Sowjetunion) nahezu gemeinsam den „zweiten Weltkrieg“ aus, der 1945 mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches mangels Friedensverträge mit über 54 Nationen bis heute weiter unerbittlich geführt wird.

(„Kalter Krieg“ mit „heißen“ Kriegsschauplätzen)

Jegliche Art von Friedensbemühungen wurden abgewiesen oder ignoriert!

siehe Auswahl Beweisquellen: <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article200350642/17-September-1939-So-inszenierte-Stalin-seinen-Angriff-auf-Polen.html>

<http://www.sockenqualmer.de/FreizeitGrp/Themen/wasSonst/Geschichte/Polnische%20Verbrechen%20.pdf>

https://de.metapedia.org/wiki/Chronologie_antideutscher_Gewalt_von_Polen

https://www.deutschlandfunk.de/vor-120-jahren-der-erste-zionistische-weltkongress-in-basel.871.de.html?dram:article_id=394502

<https://www.bpb.de/izpb/7674/1815-1933-emanzipation-und-akkulturation>

<https://homepage.univie.ac.at/peter.rauscher/oltmer.pdf>

<https://m.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/214425/der-hitler-stalin-pakt-und-katyn-in-schulbuechern>

<http://www.demokratiezentrum.org/bildung/gedenktage/23-august/historischer-bezugspunkt-das-kriegsende-in-europa-und-der-schuman-plan.html?type=98>



Münchener Abkommen 1938: Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Adolf Hitler, Benito Mussolini, Galeazzo Ciano (im Hintergrund des Duce Ernst Weizsäcker) Quelle: Deutsches Bundesarchiv



Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag (sog. „Hitler-Stalin Pakt“ „Molotow-Ribbentrop-Vertrag“)

Eine der damaligen rassistischen Kriegstreiber: Robert Vansittart, 1. Baron Vansittart - Staatssekretär britisches Außenministerium - Zitat:

Kollektivschuld: *„Der Deutsche ... war immer der Barbar, der Bewunderer des Krieges, der Feind – heimlich oder offen – der Menschenfreundlichkeit, des Liberalismus und der christlichen Zivilisation; und das Hitler-Regime ist kein zufälliges Phänomen, sondern die logische Konsequenz der deutschen Geschichte, des Deutschen in excelsis.“*

Quellen: <https://www.welt.de/geschichte/kopf-des-tages/article226284075/Robert-Vansittart-Der-Deutsche-war-immer-der-Barbar.html>+

https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Vansittart,_1._Baron_Vansittart

Robert Vansittart, 1. Baron Vansittart - Staatssekretär britisches Außenministerium - Zitat:

„Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht etwa der Nazismus. Und Diejenigen, die das noch nicht begriffen haben, haben überhaupt nichts kapiert.

Alle Möglichkeiten für einen Kompromiss sind passé und jetzt muss der Kampf zum Ende geführt werden, und zwar bis zum bitteren Ende. Wir haben mehr als genug von Friedensangeboten von Leuten wie Dahlerus, Goerdeler, Weissauer und Konsorten.“ Quelle: Der zweite Dreißigjährige Krieg 1914 – 1945

<https://www.youtube.com/watch?v=PAD0ap7JI6M> +

https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Vansittart,_1._Baron_Vansittart



"Sie müssen verstehen, dieser Krieg gilt nicht Hitler und dem Nationalsozialismus. Dieser Krieg wird wegen der Stärke des deutschen Volkes geführt, das ein für allemal zu Brei gemacht werden muß. Es spielt keine Rolle, ob die Deutschen sich in den Händen eines Hitler oder eines Jesuiten-Priesters befinden..."

**Winston Churchill britischer
Kriegspremier-Minister
(Emrys Hughes, Winston Churchill –
His Career in War and Peace, Seite 145)**

Mit Greuelpropaganda haben wir den Krieg gewonnen. Und nun fangen wir erst richtig damit an! Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie etwa in anderen Ländern noch an Sympathien gehabt haben, und diese selber so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun. Wenn das erreicht ist, wenn sie beginnen, ihr eigenes Nest zu beschmutzen, und das nicht etwa zähneknirschend sondern in eilfertiger Bereitschaft, den Siegern gefällig zu sein, dann erst ist der Sieg vollständig. Endgültig ist er nie. Die Umerziehung (Reeducation) bedarf sorgfältiger, unentwegter Pflege wie Englischer Rasen. Nur ein Augenblick der Nachlässigkeit und das Unkraut bricht durch, jenes unausrottbare Unkraut der geschichtlichen Wahrheit.

(Doris Setton Holmes, britischer Journalist, nach der Kapitulation 1945 von dem britischen Völkerverstehler Lord Grotov)



ÜBER DIE LÜGE DER DEUTSCHEN SCHULD AM ERSTEN UND ZWEITEN WELTKRIEG

WK I

"Im Februar 1913 ließ Churchill den Vorstand der traditionsreichen Cunard-Reederei wissen, dass die Stunde der Bewährung herannahe. **Der Krieg gegen Deutschland sei sicher. Spätestens im September 1914 werde er ausbrechen.**"

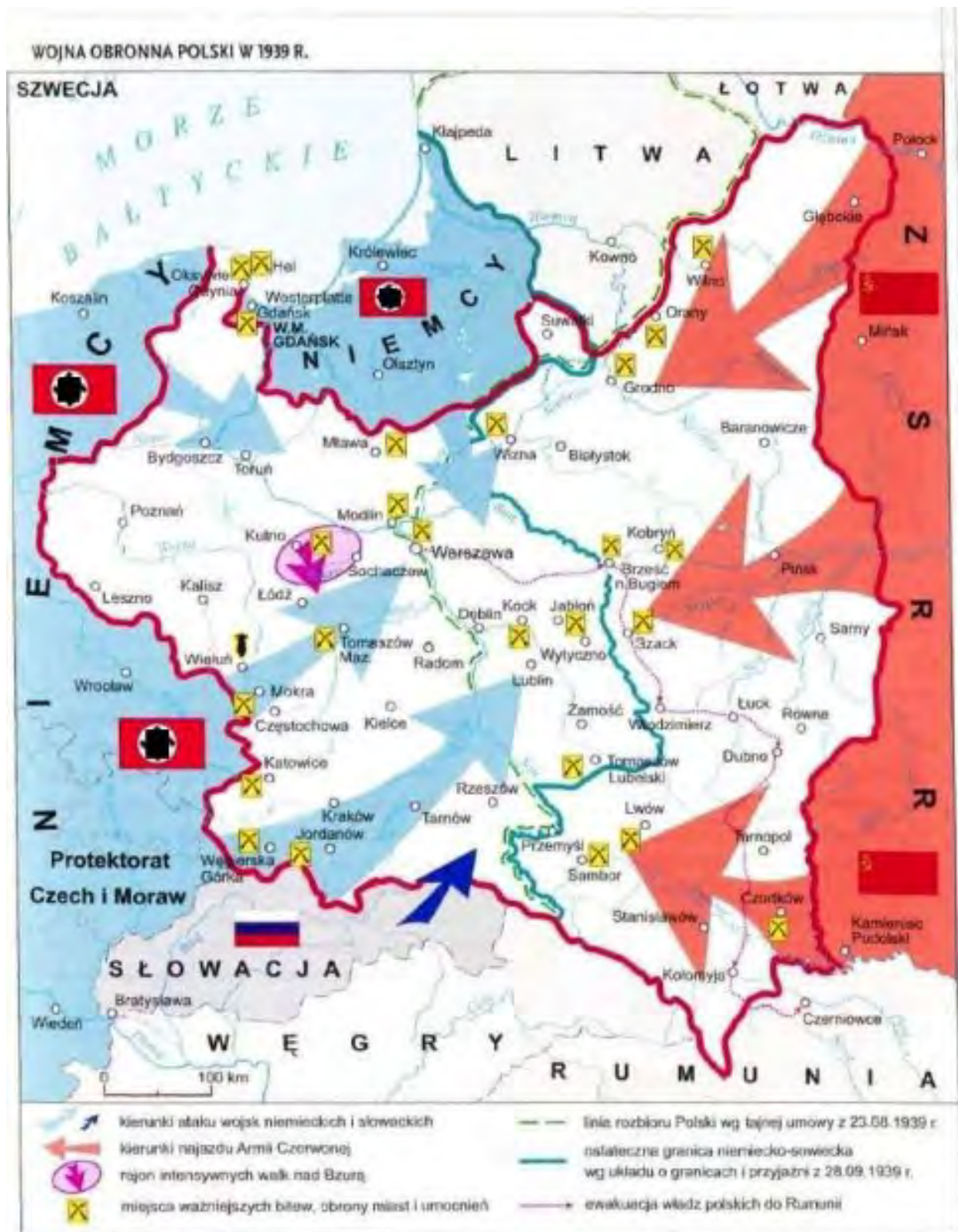
Der Spiegel, Nr.45., 1972, S.143f

WK II

"Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: **Dass der Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.**

Eugen Gerstenmeyer

5.2. Der Kriegsbeginn: „Polenfeldzug“ 1939 – Kooperation zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR (Nichtangriffspakt 23.08.1939)



Bekanntmachung
zum Internationalen Abkommen zur Bekämpfung der Fälschmünzerei
(Ratifikation durch Rumänien).
Vom 28. September 1939.

Das am 20. April 1929 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Bekämpfung der Fälschmünzerei und das dazugehörige Protokoll (Reichsgesetzl. 1933 II S. 814) sind von Rumänien ratifiziert worden. Die Ratifikationsurkunde ist im Sekretariat des Völkerbundes am 7. März 1939 niedergelegt worden. Das Abkommen ist daher gemäß seinem Artikel 26 für Rumänien am 5. Juni 1939 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. September 1938 (Reichsgesetzl. II S. 814).

Berlin, den 28. September 1939.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Friedrich von Weizsäcker

Bekanntmachung über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag.
Vom 25. September 1939.

Am 23. August 1939 ist in Moskau von Vertretern des Deutschen Reichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Nichtangriffsvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Der Auslaß der Ratifikationsurkunden hat am 24. September 1939 in Berlin stattgefunden. Der Vertrag ist gemäß seinem Artikel VII am 23. August 1939 in Kraft getreten.

Berlin, den 25. September 1939.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Friedrich von Weizsäcker

* * *

Nichtangriffsvertrag
zwischen Deutschland und der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Deutsche Reichsregierung
und

die Regierung der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I

Die beiden Vertragsschließenden sind verpflichtet, sich, bei jedem Gewaltakt, jeder aggressiven Handlung

Договор о Ненападении
между
Германией и Советским Союзом

Примечательна СССР

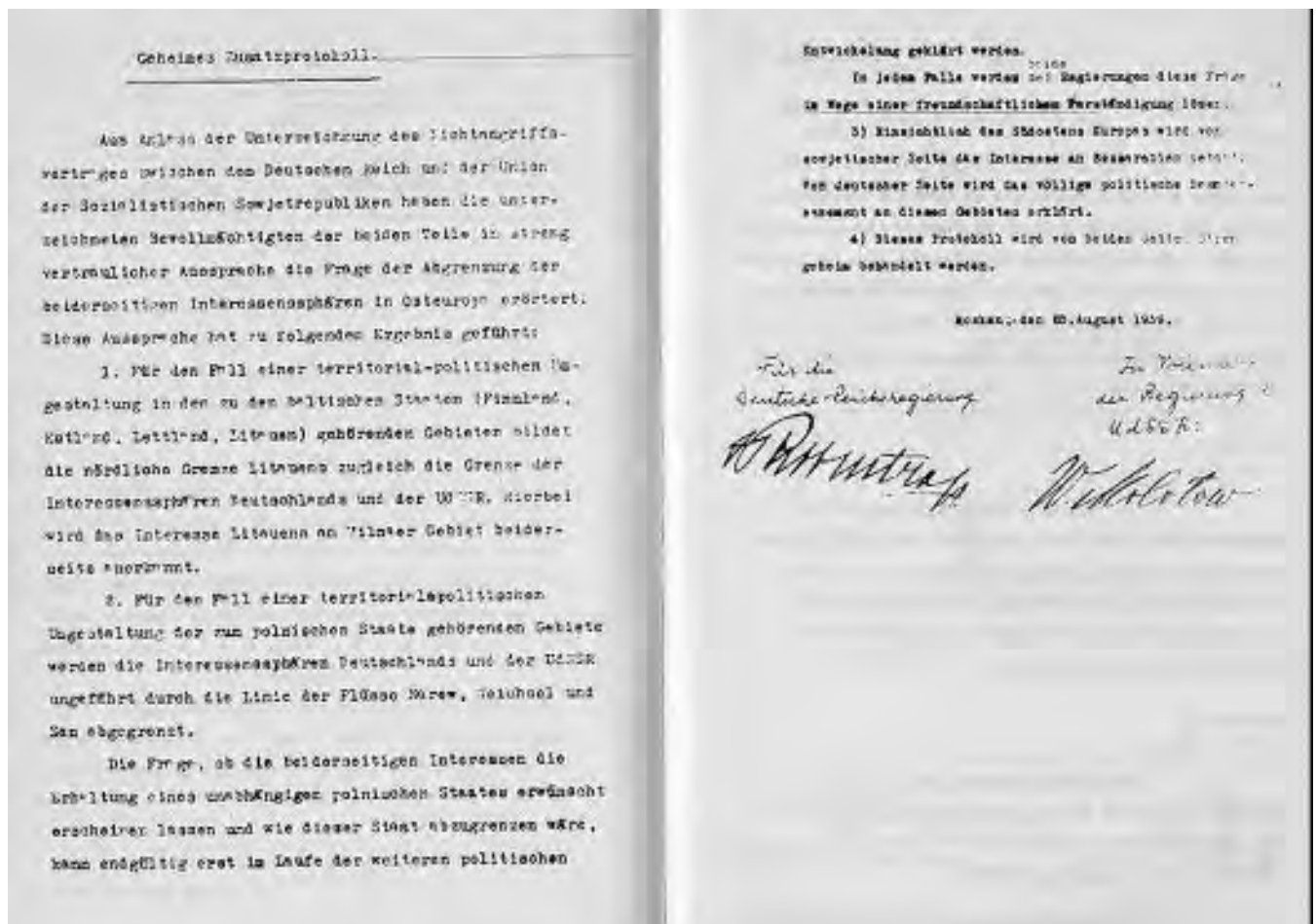
и

Примечательна Германия

Руководимые искренним стремлением дела мира между СССР и Германией и исходя из основных положений договора о нейтралитете, заключённого между СССР и Германией в апреле 1926 года, пришли к следующему соглашению:

Статья I

Обе Договаривающиеся Стороны обязуются воздерживаться от вооружённого нападения, от всякого



Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt mit geheimen Zusatzprotokoll - Quelle:
https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-sowjetischer_Nichtangriffspakt

Prost!



5.3. Besonderheiten des sog. „zweiten Weltkrieges“



I. Kriegsverbrechen und Völkermord u.a. durch angloamerikanischer Luft-

Vernichtungskrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung und die deutsch-europäischen Kunst- und Kulturgüter mit Drehbuch nach dem sog. „Alten Testament“ der hebräisch-römisch-„christlichen“ Religion (Sodom & Gomorrha – z. Bsp.

„Operation Gomorra“ Hamburg – öffentliche Beweisquellen::

https://de.wikipedia.org/wiki/Sodom_und_Gomorra +

https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Gomorrha +

<https://de.wikipedia.org/wiki/FI%C3%A4chenbombardement>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Luftkrieg>

- angloamerikanischer Luftkrieg gegen die deutschen Städte neben Ausrottung der Zivilbevölkerung zur Schaffung vollendeter Tatsachen („heißer Abriss“) für die autogerechten Stadtplanungen der nationalsozialistischen Planungsstäbe von Adolf Hitler



"Ich möchte keine Vorschläge haben, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können, ich möchte Vorschläge haben, wie wir 600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können."

Churchill

(Minute by A.P.S. of S. - Air Chief Marshal Sir Wilfrid Freeman - Jan 26, 1945 in "Air Historical Branch file CMS.608")



II. Kriegsverbrechen und Völkermord durch zielgerichtete Angriffe gegen Rotkreuzeinrichtungen und Flüchtlingstransporte



III. Kriegsverbrechen und Völkermord durch Konzentrationslager für politische Gegner, andere Ethnien und Kriegsgefangene auf beiden Seiten –

Auswahl Beweisquellen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Konzentrationslager>

https://de.wikipedia.org/wiki/Speziallager_Nr._2_Buchenwald

<http://www.rheinwiesenlager.de/sterben.htm>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gulag>



IV. Kriegsverbrechen und Völkermord durch Flucht und Vertreibung – ethnische Säuberung -

Auswahl Beweisquellen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Flucht_und_Vertreibung_Deutscher_aus_Mittel-

_und_Osteuropa_1945%E2%80%931950

<https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/alltag/flucht-und-vertreibung.html>

http://www.rathay-biographien.de/Vertreibung-Massaker/erlebnisbericht_ostpreussen.htm



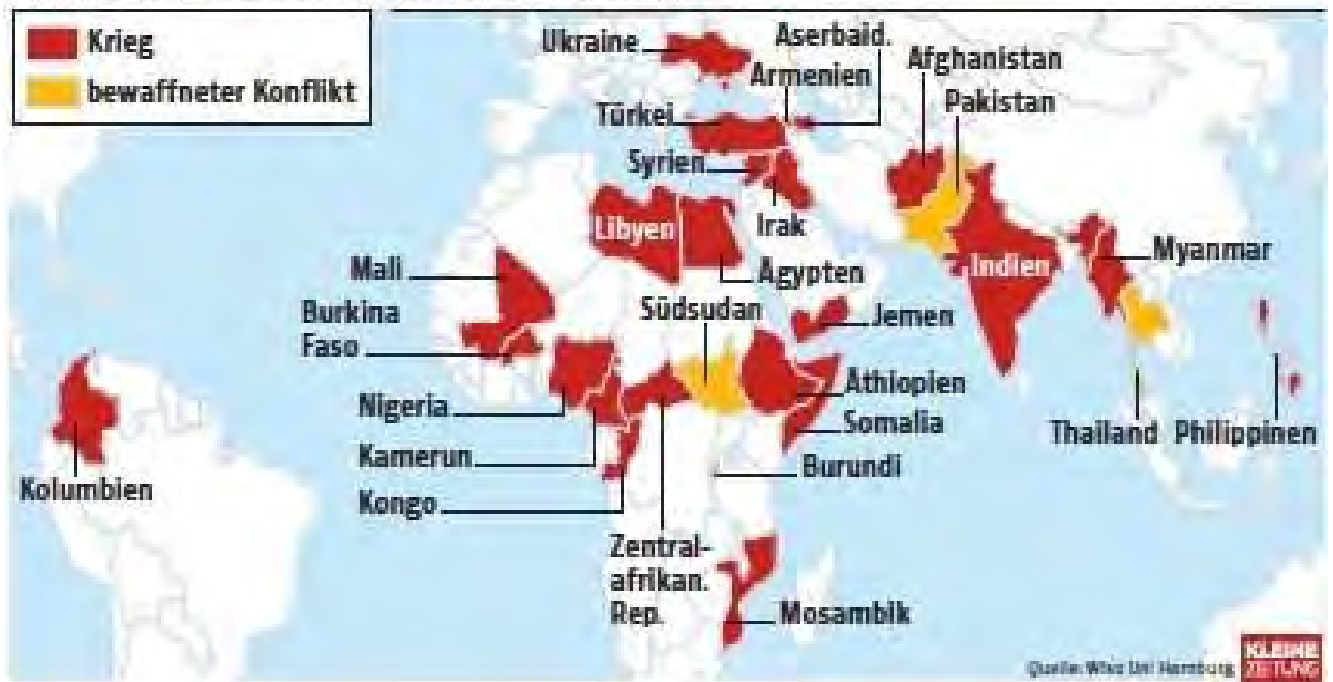
V. Fortführung Kriegsverbrechen und Völkermord seit 1945 bis zum heutigen Tag!

(z. Bsp. Korea, Kongo, Grenada, El Salvador, Nicaragua, Dominikanische Republik, Chile, Kuba, Kambodscha, Laos, Ägypten, Libanon, Kuwait, Angola, Ägypten, Vietnam, Jugoslawien, Irak, Somalia, Libyen, Syrien, Afghanistan, und viele weitere Nationen) - siehe Liste der US- Militäroperationen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Milit%C3%A4roperationen_der_Vereinigten_Staaten

Kriegsschauplätze weltweit

Weihnachtsfriede scheint in vielen Regionen undenkbar



Quelle: <https://www.pressreader.com/austria/kleine-zeitung-kaernten/20201229/281651077721563>



Wer hat 1945 konkret kapituliert?

- In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 erfolgte eine bedingungslose Teilkapitulation nur der militärischen Streitkräfte des Deutschen Reiches „Deutsche Wehrmacht“ (Land-Heer), die deutsche Kriegsmarine und die deutsche Luftwaffe. Die Reichsregierung des Deutschen Reiches-Deutschland kapitulierte NICHT und versah bis zu Ihrer Verhaftung am 23. Mai 1945 ihren Dienst für die Briten! Auch die militärischen Elite-Kampfverbände Schutzstaffel (SS), die Schutzpolizei, der

Sicherheitsdienst (SD) und die „Geheime Staatspolizei“ („Gestapo“ - sog. „Fremde Heer Ost“ – unter Reinhard Gehlen kapitulierte 1945 NICHT!

- **Ab 1945** wurden keine Friedensverträge mit den über 54 kriegsbeteiligten Nationen abgeschlossen. Spätere Versuche, mit der UdSSR unter Joseph Stalin einen Friedensvertrag mit Deutschland zu erreichen, werden von der westalliierten Okkupationsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ unter Täuschung im Rechtsverkehr (Betrug) blockiert.

Der sog. „zweite Weltkrieg“ wurde damit ab 1945 nicht beendet und wird bis zum heutigen Tage unter Anwendung von Kriegslisten weiter fortgeführt.



Die US-Amerikaner geben den offiziellen Status der in den sog. „Rheinwiesenlager“ internierten deutschen Militärangehörigen und Zivilisten bekannt:

Die Deutschen unterliegen nicht dem Schutz der Genfer Konvention und der HLKO.

Es handelt sich um „**Disarmed Enemy Forces (DEF)**, „**entwaffnete feindliche Streitkräfte**“) bzw. **Militärinternierte, welche u. a. für Zwangsarbeit verwendet wurden** und für die die internationale Hilfsorganisation das „Rote Kreuz“ nicht zuständig ist. Die meisten Menschen überlebten insbesondere im Osten die alliierten Konzentrationslager (Gulags/ Stralag) nicht. Eines der größten Völkermorde begann ab 1945 nach der vorgeblichen „Befreiung“...

siehe auch die Beweisquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Disarmed_Enemy_Forces



Bildquelle: <http://www.hist-chron.com/eu/D/1945-rheinwiesenlager/ESP/003-mentira-grande-cadaveres-alemanes-presentados-como-judios.html>

Phase 6

Ab dem 23. Mai 1945: Handlungsunfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutsches Reich“ durch die völkerrechtswidrige Verhaftung der letzten Reichsregierung des Deutschen Reiches unter Karl Dönitz auf angeblichen Druck Josef Stalins.

Die alliierten Siegermächte lösten ab 1945 das Deutsche Reich NICHT auf. Der völkerrechtliche Staat „Deutsches Reich“ besteht bis zum heutigen Tag nach wie vor auf deutschem Boden weiter fort.

Das Deutsche Reich-Deutschland ist allerdings mangels Regierungsorganisation handlungsunfähig und wird von der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Auftrag der alliierten Siegermächte treuhänderisch verwaltet.

Detaillierter Vorgang:

Völkerrechtswidrige Verhaftung der letzten Reichsregierung des Deutschen Reiches unter Karl Dönitz auf Druck Stalins und Beginn der Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches am 23. Mai 1945 im sog. „Sonderbereich Flensburg-Mürwik“.

Die Regierung Dönitz war die letzte geschäftsführende Reichsregierung nach dem „Tod“ des bisherigen Reichskanzlers Adolf Hitler am 30. April 1945. Sie existierte vom 2. Mai bis zu ihrer Verhaftung durch britische Soldaten am 23. Mai 1945, wodurch sie handlungsunfähig gemacht wurde. Die Regierung um Großadmiral Karl Dönitz folgte dem zurückgetretenen Kabinett Hitler und hatte ihren Sitz in Plön und Eutin, ab dem 3. Mai 1945 in Flensburg. Der von Dönitz mit der Regierungsbildung beauftragte Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk bildete das Kabinett Schwerin von Krosigk (Flensburger Kabinett). Nach dem 12. Mai 1945 hielten sich die Mitglieder der Regierung im Sonderbereich Mürwik in der britischen Besatzungszone auf. Die geschäftsführende Reichsregierung definierte sich als „unpolitisch“. Für die Alliierten war die Unterzeichnung der militärischen Kapitulation am 7. Mai 1945 eine wesentliche Funktion der geschäftsführenden Reichsregierung, wobei die Kapitulationsurkunden dann durch den Generaloberst Jodl und Generalfeldmarschall Keitel jeweils handelnd in Vollmacht für und im Namen des Oberkommandos der Wehrmacht unterzeichnet wurden.

Vorgeschichte:

Bereits Anfang April 1945 ließ Heinrich Himmler den künftigen Standort der Reichsregierung auswählen, und seine Entscheidung fiel auf die Holsteinische Schweiz als relativ ländlichen Raum. Am 20. April 1945, Adolf Hitlers 56. Geburtstag, verfügte er, dass die Reichsregierung von Berlin nach Schleswig-Holstein [SH] umziehen solle, das zu dem Zeitpunkt noch von der Wehrmacht gehalten wurde. Lediglich Joseph Goebbels und Martin Bormann blieben als Regierungsmitglieder bei Adolf Hitler in der Reichshauptstadt. Mit dabei waren Reichsernährungsminister Herbert Backe, Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti, Reichsverkehrsminister Julius Heinrich Dorpmüller, Reichsfinanz- und Reichsaußenminister Lutz Schwerin von Krosigk, Reichsminister Otto Meißner, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, Reichserziehungsminister Bernhard Rust, Reichsarbeitsminister Franz Seldte, Reichsrüstungsminister Albert Speer und Reichsjustizminister Otto Georg Thierack, daneben militärische Befehlshaber, wie die Generalfeldmarschälle Fedor von Bock, Walther von Brauchitsch und Erich von Manstein. Die erste Kabinettsitzung fand am 23. April 1945 im Landratsamt von Eutin statt. Seitdem tagte die Reichsregierung täglich unter dem Vorsitz von Lutz Schwerin von Krosigk, dem Dienstältesten Reichsminister.

Währenddessen verhandelte Heinrich Himmler am gleichen Tag in Lübeck mit dem schwedischen Diplomaten Graf Folke Bernadotte über einen Waffenstillstand, was jener jedoch ablehnte. Die britische Armee hatte am 28. April 1945 die Elbe bei Lauenburg überschritten und bewegte sich im Wettlauf mit der Roten Armee auf Lübeck zu.

Die von Dönitz ernannte Reichsregierung musste direkt nach der Kabinettsitzung am 2. Mai 1945 in Eutin weiter nach Flensburg ziehen.

Die Nachricht von Adolf Hitlers angeblichem Tod traf bei der Reichsregierung am 30. April 1945 um 18:35 Uhr ein. [Nach dezidierten Privatforschungen gehen W. Timm / Carl-Huter-Zentral-Archiv vom Überleben von Adolf Hitler aus. De facto gibt es keine Sterbeurkunde von Adolf Hitler, angeblich 1945 gestorben. Es gibt u.a. Belege, dass Adolf Hitler nach 1945 in Argentinien gesichtet wurde, etc.] Heinrich Himmler reiste sofort nach Plön, um sich Karl Dönitz als dessen künftiger Stellvertreter anzubieten.

Da Adolf Hitler in seinem Testament Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger als Reichspräsident bestimmt hatte, trat dieser mit einer Rundfunkansprache über den Reichssender Hamburg am 1. Mai 1945 das Amt an. Die wesentliche Bedeutung der sog. „Regierung Dönitz“ lag in der Beauftragung zur Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht. Danach wurden Karl Dönitz und die geschäftsführende Reichsregierung völkerrechtswidrig isoliert. Deren Bewegungsfreiheit war auf den „Sonderbereich Mürwik“ beschränkt.

Die Mitglieder dieser letzten deutschen rechtmäßigen Regierung wurden schließlich auf Druck Josef Stalins am 23. Mai 1945 verhaftet.

Damit wurde bis zum heutigen Tag das Deutsche Reich völkerrechtswidrig handlungsunfähig gemacht.





Dönitz verlas am 7. Juli 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft folgende Erklärung:

„Durch die, mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei deutschen Wehrmachtsteile, hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden.

Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.“

6.1. Ergebnis der „Befreiung“ ab 1945

Die Rheinwiesenlager - der geplante Tod

<https://odysee.com/@Dokumentationen:d/Die-Rheinwiesenlager---der-geplante-Tod:f>

*Die Deutschen waren ein Volk von Dichtern und Denkern!
Statt Befreiung, Patent- und Technologieraub – sog. „Operation Paperclip“!
Statt Befreiung, der größte Kunstraub der Menschheitsgeschichte!
Statt Befreiung, eine sozialistische Kulturrevolution gegen die historisch uralte
Zivilisation der deutschen und aller europäischen Völker!*

Ergebnis sind aktuell Staatenlosigkeit und weltweiter Kriegszustand.

Die Deutschen wurden 1945 NICHT, wie ständig gebetsmühlenartig propagiert, vom „Nationalsozialismus, Faschismus, Nazismus und Militarismus“ durch die alliierten Siegermächte befreit.

Stattdessen wurden die Deutschen, insbesondere die Zivilbevölkerung, wie Frauen, Mädchen, Knaben, Säuglinge und Greise ab 1944/45 ausgebombt, ausgeraubt, bestialisch massakriert, hingeschlachtet, totgeschlagen, gemeuchelt, gemordet, vergewaltigt und in häufig vorhandene Konzentrationslager bzw. Arbeitslager eingesperrt. Die Überlebenden der Kriegsgräuere mussten schwerste Zwangsarbeit leisten und wurden schließlich aus Ostdeutschland (Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen), dem Sudetenland, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Nord-Schleswig gewaltsam vertrieben.

Mit diesen Kriegsverbrechen wurden ganze Landstriche entvölkert.

Eine Jahrtausende alte europäische Hochkultur und großartige Kulturnation ging im alliierten Feuersturm, Plünderung, Mord, Flucht und Vertreibung unter.



Die meisten Menschen überlebten die Hölle der alliierten Konzentrationslager nicht. (Gulag/Stralag/ z. Bsp. das berüchtigte „Rheinwiesenlager“ und die nach 1945 durch die Alliierten weiter genutzten NS-Konzentrationslager)

Eines der größten Völkermorde der Menschheitsgeschichte begann ab 1945 nach der vorgeblichen „Befreiung“ und des angeblichen „Friedens“.

Die Deutschen wurden lediglich von ihrer Kultur und Lebensweise befreit.

Danach begann die Vernichtung (ethnische Säuberung/ Völkermord) der Deutschen und aller vom nicht beendeten zweiten Weltkrieg betroffenen Völker auf hinterlistige chemische, biologische, physikalische und insbesondere psychologische Kriegsführung an Körper, Geist und Seele.

Die Kriegshandlungen werden so lange weiter fortgeführt, bis das Potsdamer Abkommen mittels Entnazifizierung und Friedensverträge endlich erfüllt ist!

1990 hatte die westalliierte BRD-Okkupations- bzw. Treuhandverwaltung in dem rechtswidrigen In-sich-Geschäft „2+4 Deutschlandvertrag“ zusammen mit den Alliierten Geschäftspartnern das völkerrechtliche Verbrechen der ethnischen Säuberung durch Abtretung der völkerrechtswidrig okkupierten Gebiete unter Täuschung im Rechtsverkehr (Betrug) „legitimiert“.

Im selben Zuge wurden beide alliierte Besatzungsverwaltungen zu einer neuen Besatzungsverwaltung mit der Handels-Bezeichnung „Deutschland“ u./o. „Germany“ = „Bundesrepublik Deutschland“ 2.0 vereinigt.

Dieser völkerrechtswidrige Akt wird heute als „Deutsche Einheit“ in der BRD-Propaganda hochgejubelt.

WIR! - die Deutschen werden offensichtlich bis zum heutigen Tage staatsrechtlich in der Fessel des über die BRD weitergeführten und verwalteten Nationalsozialismus als „Disarmed Enemy Forces (DEF), („entwaffnete feindliche Streitkräfte“) in Sippenhaftung unter Lagerbedingungen gefangen gehalten. Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Disarmed_Enemy_Forces

Die angloamerikanischen BRD-Propaganda-Medien und sozialistisch-deutschenfeindliche „Historiker“ üben sich bis heute fleißig im gegenseitigen Aufrechnen, Relativieren, Bagatellisieren, Politisieren und Verharmlosen der Gräueltaten und Kriegsverbrechen.

Wirkliche Klärung und gegenseitige Vergebung fand, wenn überhaupt nur im kleinsten, privaten Rahmen statt.

KEINE ENTNAZIFIZIERUNG: Die BRD-Treuhandverwaltung unter dem „Bundeskanzler“ Konrad Adenauer und dem nationalsozialistischen „Kanzleramtsminister“ Hans Maria Globke stoppte 1949 in erster Amtshandlung SOFORT die Entnazifizierung und erklärte die Entnazifizierung 1951 kurzerhand einfach für erledigt.

Weil die Entnazifizierung allerdings nicht stattfand, wurde sie offenbar auf alliierte Weisung im Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland festgelegt. Auf deutschem Boden wurde nach 1945 das größte Kriegsgefangenenlager der Welt eingerichtet und bis zum heutigen Tage nicht aufgelöst und harrt seitdem der tatsächlichen Befreiung!

Die Menschheit kann nur mit Liebe, Heilung, Versöhnung und Vergebung in den Frieden kommen.

Wir! Die deutschen Nachkommen, welche aus der Geschichte mehr als nur

gelernt haben, beanspruchen das Recht auf Befreiung vom Nationalsozialismus – Faschismus, Nazismus, Militarismus und einen gerechten Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Erde auch gemäß dem aktuell gültigen Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945!



Here ist Germany

<https://odysee.com/@Dokumentationen:d/Here-is-germany:a>



Other Losses

Rheinwiesenlager
Disarmed Enemy Forces
 Die verschwiegene Geschichte
 Deutschlands nach 1945



Deutsche sind „Disarmed Enemy Forces (DEF), „entwaffnete feindliche Streitkräfte“

SUBJECT:- Status of Surrendered Enemy Forces.

GERMAN HQ. —

28 Jun 1945
1930
in line

A/260

28 Jun 45.

33

Reference your letter Br B Nr 7/45 dated 25 June 45.

1. You have no legal status.

2. The term "Unconditional Surrender" means precisely what it says namely that GERMANS, both military and civilian, and including all others who have fought or been associated with GERMANY in the war against the Allies, have absolutely no rights or claims whatever.

3. It is entirely within the discretion of the Allies whether you are treated as Prisoners of War or as Surrendered Personnel, and your status may be changed from time to time according to the wishes of the Allies.

4. The GENEVA or any other Convention does not apply, nor do you accorded any Protecting Power, nor do you enjoy as of right, any privileges normally accorded to Prisoners of War.

5. Allied Force HQ have confirmed the above.

III to Chief
Ha
Qui 1/1

Don't

Lt Col,
AAG,

21 Tk Bde Force.

CMP

Veteller will be
transferred to English
nationality in Dutch

Brief über die Rechtlosigkeit deutscher Kriegsgefangener unter der britischen Besatzungsmacht

<Status of Surrendered Enemy Forces.

A260, 28 Jun 45.
GERMAN HQ

Reference your letter Br B Nr 7/45 dated 25 June 1945.

1. You have no legal status.
2. The term "Unconditional Surrender" means precisely what it says namely that GERMANS, both military and civilian, and others who have fought or been associated with the war against the Allies, have absolutely no status whatever.
3. It is within the discretion of the Allies whether you are Prisoners of War or as Surrendered Personnel. This status may be changed from time to time according to the wishes of the Allies.
4. The Geneva Convention or any other convention does not apply nor do you enjoy any Privileges normally accorded to Prisoners of War.
5. The British Army HQ have confirmed the above.

Lt Col, AAG
21 Tk Bde Force
CMF
[web05 Overmans, S.88]

<Der Status von feindlichen Streitkräften, die sich ergeben haben

Der deutsche Kommandeur eines Internierungslagers in Norddeutschland richtete die schriftliche Frage an den britischen Kommandeur, welchen Status er und seine Soldaten nach der Kapitulation besitzen. Am 28. Juni 1945 kam die schriftliche Antwort.

Ihren Brief Nr. 7/45 vom 25. Juni betreffend

1. Sie haben keinen Rechtsstatus.
2. Die Bezeichnung "Bedingungslose Kapitulation" meint genau, was sie sagt, nämlich, dass die Deutschen, sowohl Soldaten als auch Zivilisten, und alle anderen, die gekämpft haben oder mit den Deutschen im Krieg gegen die Alliierten verbündet waren, absolut keine Rechte oder irgendwelche Ansprüche haben.
3. Es liegt völlig im Ermessen der Alliierten, ob Sie als Kriegsgefangene oder entwaffnete Personen behandelt werden, und ihr Status kann von Zeit zu Zeit entsprechend den Wünschen der Alliierten geändert werden.
4. Die Genfer oder andere Konventionen werden nicht angewandt, noch erhalten Sie Schutz oder Rechte wie normale Kriegsgefangene.
5. Das alliierte Oberkommando ist von dieser Feststellung informiert worden.

Gez. XXX
Obersteutnant
21. Panzerbrigade.>
[web05 Overmans, S.89, Übersetzung von Herrn Overmans]

Rund 11 Millionen deutsche Kriegsgefangene 1945

Deutsche Kriegsgefangene 1945



Der Regierungspräsident

Koblenz, den 9. Mai 1945

Durch Kurier!

An den

Herrn Landrat

in Bad Kreuznach

Betrifft: Lebensmittel für die Gefangenen.

Die Militärregierung hat mich ersucht, bekanntzugeben, dass unter keinen Umständen unter der Bevölkerung Lebensmittel gesammelt werden dürfen, um sie deutschen Kriegsgefangenen zuzustellen. Vor dieses Gebot Übertritt und Gegebenenfalls unter Umgehung der Absperrung, den Gefangenen trotzdem etwas zukommen zu lassen, setzt sich der Gefahr aus, erschossen zu werden.

In besonderen Einzelfällen - Zuwendungen an nahe Verwandte - kann dies nur durch den Militärkommandanten vermittelt werden.

Ich ersuche, hiernach alles daran zu setzen, etwaige Sammlungen zu unterbinden und die Bevölkerung in geeigneter Weise über diesen Tatbestand aufzuklären.

Im Auftrag
ges. Unterschrift

Der Landrat
in Krems-Kreuznach
Kreishauptamt
o/e2

Bad Kreuznach, den 13. Mai 1945

An
den Herrn Amts - Bürgermeister

in Langenlonsheim

1945
Empfänger:
Mai 15. Mai 1945
Herrn I. L. L. L.
Herrn I. L. L. L.
Herrn I. L. L. L.

Abchrift übersende ich zur gütigsten Beachtung.
Die Bevölkerung ist in geeigneter Weise aufzuklären.

ges. Sieben
Befehlshaber

G. Sieben
angeordnet

„Rheinwiesenlager“ Quelle: <http://www.rheinwiesenlager.de/Rheinwiesen.htm>



“Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.”

Amerikanische Regierungsanweisung
ICG 1067, April 1945
(vgl. “Welt” vom 4. Juli 1994)

Directive to Commander-in-Chief of United States Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany; April 1945 (JCS 1067)

Regierungsanweisung ICG 1067 April 1945 Punkt 4.b.

Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as a defeated enemy nation. Your aim is not oppression but to occupy Germany for the purpose of realizing certain important Allied objectives. In the conduct of your occupation and administration you should be just but firm and aloof. You will strongly discourage fraternization with the German officials and population.

Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.

HLKO Art. 24: „Kriegslisten sind erlaubt...“ (?)
Das bis heute gültige Potsdamer Abkommen vom 2.08.1945

Potsdamer Abkommen

**Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin
(„Potsdamer Abkommen“)**

vom 2. August 1945]

**III.
Deutschland**

Alliierte Armeen führen die Beseitigung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen worden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der **Periode der alliierten Kontrolle**. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

Der deutsche Militarismus und Nationalismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer_abkommen.html

Phase 7: Aufteilung Deutschlands ab 1949 – „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) und die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“)

- **ab dem 23. Mai 1945** vollständige Handlungsunfähigkeit der deutschen Staatsorgane
 - künstliche Entwertung der Reichsmark
 - Hungerwinter durch Aushungern und Erfrieren der völlig schutzlosen deutschen Bevölkerung (angloamerikanisches Aushungerprogramm)
 - Ausplünderung von Rohstoffen (vor allem Holze, Kohle, Stahl, Erze) und der Nahrungsmittelbestände in Deutschland
- **20. Juni 1948 Währungsreform in der westalliierten Besatzungszone**
Einführung der sog. „deutschen Mark“ als offiziell bekannt gegebenes „Kopfgeld“ (Kopfprämie) für die versklavt-entrechteten Deutschen zur Vorbereitung der Okkupationsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland („BRD) in den westalliierten Besatzungssektoren – <https://de.wikipedia.org/wiki/Kopfgeld>
 - sog. „Grundsatzrede“ zur künftigen nichtstaatlichen BRD-Treuhandverwaltung von Prof. Dr. Carlo Schmidt vor dem sog. „Parlamentarischen Rat“ der westalliierten Treuhänder

4. April 1949: Gründung NATO

23. Mai 1949: Gründung westalliierte provisorische Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) mit dem **alliierten Militär-Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**

- *im alliierten Auftrag Errichtung einer provisorischen, staatsfragmentarischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) für das Deutsche Reich auf dem Staatsgebiet des Deutschen Reiches*
(Grundgesetz für die BRD und Einführung von Ländern nach Besatzungsvorgaben der Alliierten)
- nationalsozialistisches Staatsrecht durch (Re-) Nazifizierung – Gleichschaltung Weiterverwaltung der „deutschen Staatsangehörigkeit“ – mit der Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ von 1934)
- Zitat Konrad Adenauer 1949: *“Wir haben keinen Staat zu errichten... Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten.”*

- Marshallplan – Kredite - Wirtschaftsblüte – Besatzungskosten (s. Artikel 120 GG für die BRD) und Kriegsreparationszahlungen an die westalliierten Siegermächte
- **12. November 1955 Gründung der „Bundeswehr“ - sog. „Neue deutsche Wehrmacht“ - Wiederaufrüstung - kalter Krieg**

- **7. Oktober 1949:** Gründung sowjetrussisches Besatzungskonstrukt „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“)
- Internationaler Sozialismus - Gleichschaltung - Mangelwirtschaft - Enteignungen - Zwangskollektivierung - Besatzungskosten und Kriegsreparationsausgleich an die UdSSR (Sowjetunion) - Aufrüstung - kalter Krieg





Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl. zB BVerfG, 1950-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 < 26>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

== =====

The screenshot shows the official website of the German Bundestag. At the top, there is a navigation bar with language options (Gebärdensprache, Leichte Sprache, English, Français, العربية) and a search bar. The main header features the Bundestag logo and the name 'Deutscher Bundestag'. Below this is a secondary navigation bar with links to 'Der Bundestag', 'Dokumente', 'Mediathek', 'Kultur & Geschichte', 'Presse', 'Besuchen Sie uns', and 'Service'. The main content area displays a press release titled 'Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"' dated 30.06.2015. The text discusses the Bundestag's position on the legal status of the German Reich after 1945, citing a 1953 decision of the Federal Constitutional Court. A sidebar on the left lists various services like 'Pressemitteilungen', 'Aktuelle Meldungen (hib)', and 'Bilderdienst, Bildarchiv'. A sidebar on the right identifies the publisher as 'Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten' and lists the editorial staff.

Starnette > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > on

Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015

Berlin (hib/AH): Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5173) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".

Auch unterwegs, aktuell informiert mit der kostenlosen App "Deutscher Bundestag"

Herausgeber

Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten

Verantwortlich: Jörg Dierkes
Redaktion: Alexander Heinrich, Claudia Heine, Michael Klein, Claudia Peter, Korfeld, Hans Krump, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Sören Christian Reimer, Helmut Stollenberg, Alexander Weinien

Kontakt

Das alliierte Militär-Grund-Gesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Villa Rothschild

„Wiege des deutschen Grundgesetzes und der Bundesrepublik“

Die **Villa Rothschild** ist ein Anwesen in Königstein im Taunus, das 1948–1949 als Tagungsort des Parlamentarischen Rates diente.

1887 beauftragten die Rothschilds den Franzosen Armand-Louis Bauqué und den Italiener Emilio Pio mit den Entwürfen für die Villa in Königstein. Das Modell des Gebäudes wurde im Januar 1888 im Rothschild Palais in Frankfurt aufgestellt. Am 12. April 1888 beratschlagte der Königsteiner Gemeinderat über das Bauvorhaben und genehmigte den Bau. Noch im selben Jahr begannen die Bauarbeiten. Die neue Sommerresidenz von Wilhelm Carl von Rothschild wurde fortan zum Empfang hochrangiger Adliger und Wirtschaftsleute genutzt. Die Eröffnung des Hauses war ein gesellschaftliches Ereignis, an dem unter anderen auch Kaiserin Viktoria und der Prince of Wales teilnahmen. 1938 flüchtete die Familie vor den Nazis in die Schweiz. Das Gebäude wurde von der Reichsfinanzverwaltung beschlagnahmt, 1939 weiterverkauft und von der Reichsgruppe Banken des nationalsozialistischen Regimes genutzt.

Da die Villa im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört oder beschädigt wurde, übernahm das Land Hessen das Gebäude; es wurde von 1948 bis 1949 als Tagungshaus des Parlamentarischen Rates, des Wirtschaftsrates der Bizone und der westdeutschen Ministerpräsidenten genutzt. Während dieser Zeit wurde es auch *Haus der Länder* genannt und galt als *siehe oben*



Villa Rothschild, Vorderseite

„Ein Grundgesetz ist laut geltendem Völkerrecht [wp] (Haager Landkriegsordnung, Art. 43 [RGBl. 1910]) ein "Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit". Diese provisorische Natur kommt im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Art. 146 zum Ausdruck.“

Quelle: <https://at.wikimannia.org/Grundgesetz>

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

In Bonn ernannten 1948 ausländische Besatzungsmächte willkürlich ausgewählte Politiker zu parlamentarischen Räten. Diese bastelten am Entwurf eines Grundgesetzes und mit diesen Entwürfen wurden sie 36mal auf den Petersberg zitiert, ins Siebengebirge, wo die Vertreter der drei Westalliierten residierten. Dort haben dann diese Ausländer jedes Mal im Entwurf der nicht gewählten parlamentarischen Räte herum redigiert. Dann konstituierte sich der nicht gewählte, sondern von Ausländern ernannte Parlamentarische Rat im Bonner Museum König als provisorischer Bundestag und setzte das von Ausländern redigierte Grundgesetz für die alliierte Besatzungszone [wp], später BRD genannt, in Kraft.[1]

Staats- und Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Carlo Schmid betonte in seiner Grundsatzrede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 – Zitat:

Meine Damen und Herren!

Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: "Parlamentarischer Rat"? Was heißt denn: "Grundgesetz"? Wenn in einem souveränen Staat (sic!) das Volk (sic!) eine verfassungsgebende Nationalversammlung (sic!) einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung (sic!) zu schaffen. Was heißt aber "Verfassung"? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz.

Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt werden zu brauchen, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren. Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann bräuchten wir die Frage: Worum handelt es sich denn eigentlich - nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. [...]

Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist, durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird ein Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren. Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges. [...]

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, dass man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolks setzt. Das will das deutsche Volk in den drei Westzonen aber nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als dass die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte deutsche Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht ein Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn er legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre,

seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte. [...]

Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluss der Volkssouveränität des Genehmigungspflichtigen! [...]

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."[2]"

Damit wird klargestellt, dass eine Verfassung durch ein freies Volk (!) in einem souveränen Staat (!) geschaffen wird, das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" keine Verfassung ist, mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland kein Staat errichtet wurde, durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland lediglich ein "**Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges**" geschaffen wurde.

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht nur kein souveräner Staat, sie ist überhaupt kein Staat, sondern eine Verwaltungseinheit.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland aber kein Staat ist, dann gibt es auch kein bundesdeutsches Staatsvolk. Und wenn, wie Carlo Schmid betonte, es "kein westdeutsches Staatsvolk gibt und keines geben wird", dann ändert daran ein Anschluss weiterer Gebiete (DDR) grundsätzlich erstmal gar nichts.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

Es gibt keinen bundesdeutschen völkerrechtlichen Staat,
kein bundesdeutsches Staatsvolk,
und keine bundesdeutsche Verfassung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist, was sie seit 1949 schon immer war, ein verwaltungstechnisches "Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit" basierend auf einem "Grundgesetz".

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wiederum ist ein besatzungsrechtliches[wp] Statut, welches durch den Alliierten Kontrollrat[wp] erlassen wurde.[3]

Forderung nach einer Verfassung

Prof. Dr. iur. Menno Aden[wp] schrieb zu der immer wieder geäußerten Forderung nach einer Verfassung unter anderem:

Zitat: «Wenn wir uns nach 1990 eine neue Verfassung gegeben hätten, dann wäre das deutsche Volk nicht mehr darin enthalten. Wenn wir Glück hätten, hieße es dann noch: die deutsche Bevölkerung[wp]. Das sollte man immer bedenken. Wir können dankbar sein, dass wir dieses Grundgesetz haben, das von wirklichen Patrioten gemacht worden ist, zwar unter einem Besatzungsregime, aber von deutschen

Patrioten. Es ließe sich daran wohl manches verbessern, aber mit Sicherheit wäre 1992 oder '94 nur eine schlechtere Verfassung herausgekommen.» [4]

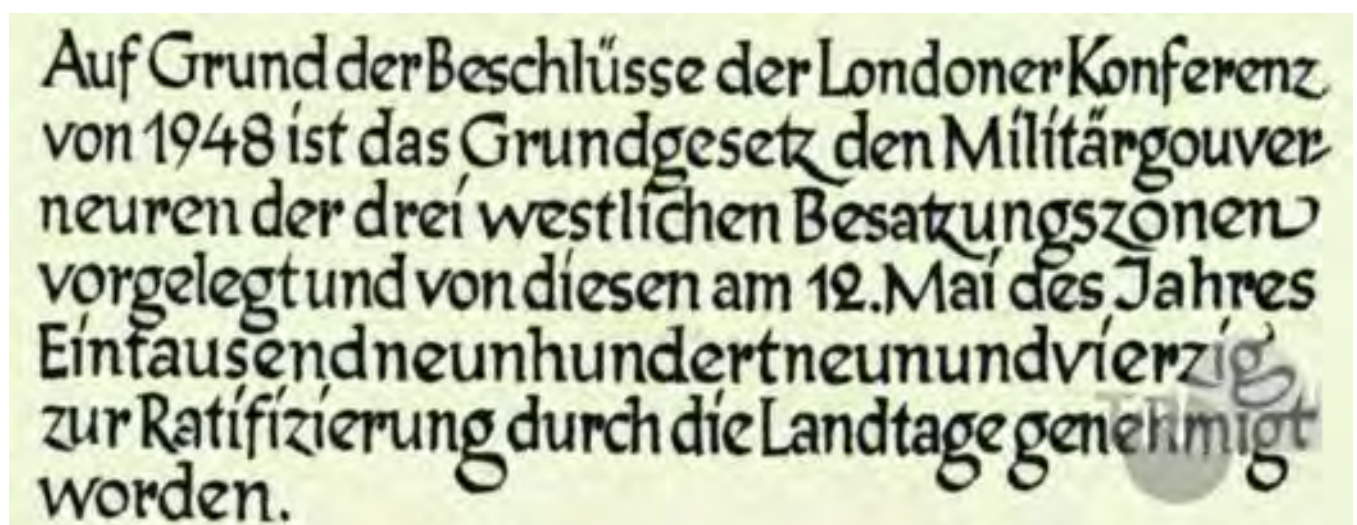
Besatzungsrecht und die Rechtslage Deutschlands nach 1945

Das Online-Lexikon Wikipedia schreibt zum "Besatzungsrecht" und zur "Rechtslage Deutschlands nach 1945":

Zitat: «Besatzungsrecht (auch Okkupationsrecht) ist das Recht, das ein oder mehrere Besatzungsmächte (Okkupanten) in Bezug auf ein besetztes Gebiet haben (Recht des Okkupanten) oder setzen (vom Okkupanten gesetztes Recht). Die völkerrechtliche Grundlage des Besatzungsrechts ist in der Regel der Dritte Abschnitt der Haager Landkriegsordnung mit dem Titel "Militärische Gewalt auf besetzten feindlichen Gebieten". [...]

Okkupanten sind dabei ihrerseits an das Völkerrecht [wp] gebunden, vor allem an die Haager Landkriegsordnung und das IV. Genfer Abkommen [wp]. Völkerrechtlich gesehen gibt es zwei Situationen, die Besatzungsmächte zur eigenen Gesetzgebung berechtigen. Als Kondominium wird die Situation bezeichnet, in der die Souveränität eines besetzten Landes vollständig beseitigt und durch die gemeinsame Souveränität der Sieger ersetzt wird: Das Gebiet des besiegten Staates gehört nun den Siegern gemeinsam und wird von ihnen gemeinsam beherrscht. Ein Koimperium, die gemeinsame Wahrnehmung der Gebietshoheit, dagegen ist die Gemeinschaftsherrschaft auf dem Gebiet eines fremden Staates, der besiegt ist, aber trotz fehlender Handlungsfähigkeit als Völkerrechtssubjekt [wp] weiterbesteht. [5] Dessen Souveränität bleibt erhalten; die Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten teilen sich die Siegermächte. [6] Beispiel für letzteres ist die Rechtslage Deutschlands nach 1945 [wp].» [7]

Quelle: <https://at.wikimannia.org/Grundgesetz>



Auf Grund der Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1948 ist das Grundgesetz den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen vorgelegt und von diesen am 12. Mai des Jahres Eintausendneunhundertneunundvierzig zur Ratifizierung durch die Landtage genehmigt worden.

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die „Kanzlerakte“, ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz

Von einem „Unterservierungsbefehl“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterschrift zunächst empört ab: „Schließlich ist er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amteid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich befehlen lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der Zeit habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei

drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. – Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt. Nachdem ich die Leitung des Planungsrates im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz.

Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb

Dieser Marksteine der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 13. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahre: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer

"Wir haben keinen Staat zu errichten!"

Carlo Schmid

12.12.1896 - † 11.12.1979

SPD Politiker

Grundsatzrede über das Grundgesetz
im Parlamentarischen Rat vom 1948-09-08

www.deutschlandforum.biz



Artikel 23 und 146 im Grundgesetz vor 1990

Artikel 23

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 146

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

II. Der Bund und die Länder

Artikel 23

[24. Mai 1949-29. September 1990]

¹Artikel 23. [1] Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. [2] In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

[29. September 1990-25. Dezember 1992]

¹Artikel 23. (weggefallen)

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Das GrundGesetz für die BRD ist keine Verfassung

Beweis Schlußartikel 146 GG

GG Art. 16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.
nur auf Grund eines Gesetzes

Beweis GG Art. 146

GG Art. 116 (1) Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt Beweis Staatsangehörigkeitsgesetz

Die Staatsangehörigkeit „deutsche Staatsangehörigkeit“ v. 05.02.1934. Beweis **NaZi-Gesetz**

GG Art. 139 Entnazifizierung ist gültig. Beweis BMI 2. Mai 2012 Az. V 11-110 010/1 II

GG Art. 140 Die Bestimmungen der Art. 136/137/138/139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes

GG Art. 146 Dieses Grundgesetz „verliert seine Gültigkeit“ eine Verfassung in Kraft tritt „

Deutschland ist größer als die BRD.

Beweis: Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland 3 Verwaltungszonen

Beweis: Bonn ist die Hauptstadt der BRD 1 Verwaltungzone

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbildung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der BRD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören.

**Eine neue Verfassung hebt Deutschlands Verwaltungszonen nicht auf.
Die deutschen Völker sind seit 1954 rechtlos und erhalten mit dem GG
Art. 146 ihre Rechte mit der deutschen Verfassung von 1919 zurück.**

Ernst Gottfried Mahrenholz Vizepräsident Bundesverfassungsgericht

*„Von einer neuen Verfassung spricht der Artikel 146 auch gar nicht.
Er spricht von einer Verfassung, die das Grundgesetz ablöst.“*

Beweis: Der Spiegel 14/1994

Das GG wird mit der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ungültig.

Nur mit dieser Verfassung kann die wirkliche Souveränität Deutschlands erreicht werden.

Beweis: Minister Schäuble Frankfurt EBC 20.Nov. 2011 Die BRD ist nicht souverän.

Der deutsche Befehlsempfänger Du bist nicht souverän.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch...

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Kusters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. – 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. – ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.



Theo Weigel (CSU-Vorsitzender) auf dem sog. „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover 1989 - Zitat:

"Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren Vertriebenen, zu ihren Landsmannschaften. Wir lassen sie nicht diskriminieren, wie das da und dort immer wieder versucht wird. Und zur deutschen Frage gehören auch die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße.

Und ich wiederhole, was alle meine Vorredner hier gesagt haben: Unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung. Und wir in der Christlich Sozialen Union - auf Bayern beschränkt, aber mit bundesweiter Verantwortung und europäischer Dimension -, wir waren uns unserer gesamtdeutschen Verantwortung stets bewusst und wir haben sie in einer entscheidenden Stunde auch wahrgenommen:

Mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag haben die bayerische Staatsregierung und die CSU (...) in besonderer Weise nationale Grundsatztreue und ihre deutschlandpolitische Verantwortung unter Beweis gestellt. Mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973, 1975 und 1987 wurde allen Bestrebungen ein Riegel vorgeschoben, die darauf aus waren, aus dem Grundlagenvertrag einen Teilungs- und Anerkennungsvertrag werden zu lassen.

Und das Bundesverfassungsgericht hat die verfassungspolitischen und die verfassungsrechtlichen Tatbestände für alle bindend festgeschrieben, wonach das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht, die Vier Mächte weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland tragen und es nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gibt, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.

Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind.

Und meine Damen und Herren, was ich hier sage und vortrage, steht nicht im Grundsatzprogramm einer Partei, nein, es ist gültiges Verfassungsrecht, vom Verfassungsgericht festgestellt und entspricht dem Völkerrecht. Und niemand darf dies bestreiten, niemand kann dies in Frage stellen, es ist deutsches, festgestelltes Verfassungsrecht und jeder ist gehalten, sich auf diesem Boden politisch zu bewegen.

Solange es keinen Friedensvertrag gibt, bleibt die deutsche Frage rechtlich, politisch und geschichtlich offen und kann erst dann entschieden werden, wenn das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht frei auszuüben in der Lage ist. Wer die Forderung nach Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel unseres Grundgesetzes aufstellt, hat sich in beschämender Weise aus der Gemeinsamkeit der nationalen Verantwortung verabschiedet. Er leugnet damit nationale Verantwortung und ist bereit, unsere Landsleute in den anderen Teilen Deutschlands ihrem Schicksal zu überlassen. Mit uns wird es eine Änderung des Grundgesetzes und der Präambel in dieser Frage nicht geben. Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht sind anerkannte Grundsätze des Völkerrechts und gelten für alle Völker und Volksgruppen, auch für die Deutschen! Das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung ist unveräußerlich und kann auch durch Verbrechen, die in deutschem Namen verübt wurden, nicht verwirkt werden. Unsere Freunde im Westen haben sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verpflichtet, wie dies im Deutschlandvertrag und in dem vom NATO-Rat 1967 angenommenen Harmel-Bericht zum Ausdruck kommt. Beim NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989 in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten erneut verpflichtet, einen Zustand des Friedens in Europa anzustreben, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir danken unseren Bündnispartnern für dieses klare Wort."

Beweis: Bericht der ARD-Tagesschau über das Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover 1989

Beweis: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 140

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Beweisquelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_140.html

7.2. Die sowjetische Besatzungszone (SBZ) – Treuhandverwaltung „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) in Mitteldeutschland



- Ab 1945 mangels Friedensverträge mit 54 Nationen kein Frieden!
- Ab 1946 Beginn „kalter Krieg“ - angloamerikanisch- angelsächsische

Westalliierte gegen die UdSSR:

Ökonomische Kriegsführung:

Am 20. Juni 1948 wurde zur Währungsreform in der angloamerikanischen Trizone (die drei westlichen Besatzungszonen) die Reichsmark abgeschafft und die Deutsche Mark (der Bank deutscher Länder, später Deutsche Bundesbank) eingeführt. Es wurden offenbar im US-Auftrag aus der „Trizone“ die wertlos gewordene Reichsmarkbestände in größeren Mengen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebracht, in der die Reichsmark noch gesetzliches Zahlungsmittel war. Diese Aktion verursachte eine offensichtlich beabsichtigte Inflation, durch die alle privaten Bargeldbestände in SBZ praktisch über Nacht wertlos wurden. Als Notmaßnahme wurde in der SBZ vom 24. Juni bis 28. Juni 1948 ein Bargeldumtausch durchgeführt. Die „Mark“ war die Bezeichnung für verschiedene gesetzliche Zahlungsmittel der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1948 bis 1990. Sie wurden ab 1948 von der Deutschen Notenbank und ab 1968 von der Staatsbank der DDR herausgegeben. Folgende auf „Mark“ lautende Währungen wurden im Territorium der DDR emittiert:

- Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM) 24. Juli 1948 bis 31. Juli 1964
- Mark der Deutschen Notenbank (MDN) 1. August 1964 bis 31. Dezember 1967
- Mark (M) der Deutschen Demokratischen Republik (auch Mark der DDR) 1. Januar 1968 bis 30. Juni 1990 –

Weitere Einzelheiten zur Währung der DDR - siehe z. Bsp. die Quelle:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_(DDR))

Nach der Gründung der angloamerikanischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) wird am 7. Oktober 1949 wird die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“) im Auftrag der alliierten Siegermacht UdSSR in Deutschland gegründet und bekommt eine Verfassung verordnet, welche von einem 1. und 2. „deutschen Volksrat“ (die spätere „Volkskammer der DDR“) erarbeitet und mit Zustimmung der Sowjetunion vom einer „provisorischen Volkskammer“ beschlossen wird.

Weitere Einzelheiten zur Gründung der DDR - siehe z. Bsp. die Quelle:

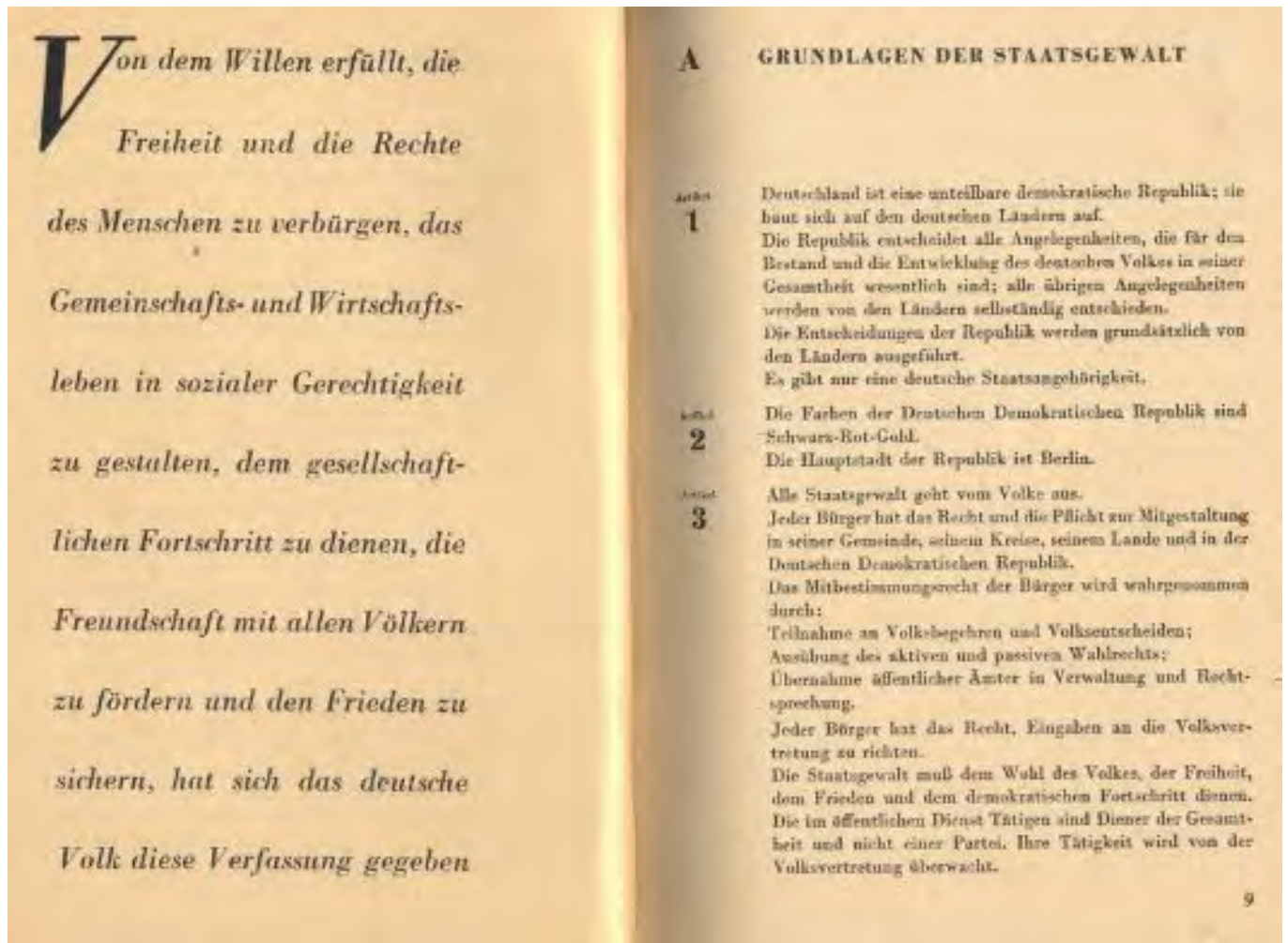
https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Deutschen_Demokratischen_Republik

Das verbotene nationalsozialistische Gleichschaltungsrecht bleibt aktiviert. So wird auch das verbotene Staatsangehörigkeitsrecht der Nationalsozialisten in Form der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5.02.1934 weiter angewendet.

Beweis: In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) = Deutsche Demokratische Republik (DDR) wird wie in der BRD die gleiche *deutsche Staatsangehörigkeit* von Adolf Hitler fortgeführt:

„Artikel 1 der Verfassung der DDR:

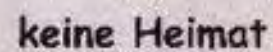
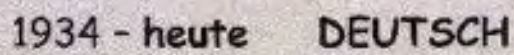
„...Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“
(= Reichangehörigkeit R = STAG 1934)



Die nationalsozialistische Glaubhaftmachung *Deutsch* in der DDR



DEUTSCH



Bestätigung Landrat Demmin in Mecklenburg – Auch die DDR führte die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 weiter

LANDKREIS DEMMIN

DER LANDRAT



MAIPLATZDECKENBURG
Postfach 12 34
17102 Demmin
Tel. (0 39 98) 4 34-1 00
Fax (0 39 98) 4 34-1 01

Postfach 12 34
17102 Demmin
Tel. (0 39 98) 4 34-1 00
Fax (0 39 98) 4 34-1 01

NEU: www.landkreis-demmin.de

Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 34 - 17102 Demmin

Frau

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☎ Tel.-Nr.
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Falschen Ihres Schreibens:

Mein Zeichen:

Ein:

Datum:

33.30.20

Demmin

1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des *ordre public* – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

ATHLETIK- und ALTSportler Demmin 4 17067 Anklam Postfach 12 34 Tel. (0 39 98) 4 34-1 00	ADRENALIN- und ALTSportler Demmin 4 17102 Demmin Postfach 12 34 Tel. (0 39 98) 4 34-1 00	ADRENALIN- und ALTSportler Demmin 4 17102 Demmin Postfach 12 34 Tel. (0 39 98) 4 34-1 00	KORT- und KREISLÄNDE Sportplatz Neubrandenburg-Demmin Bsp. Nr. 1000100 Tel. (0 39 98) 4 34-1 00
---	--	--	---

Wer verwaltet heutzutage wem? Weitere beweiskräftige Dokumente

EINGANG	TELEGRAMM Posttransmissionen nach Fern	AUSGANG
Empfänger:	Abfänger:	Wahl-Nr.:
MfS Berlin, SOB, Leiter	SV Halle, ONS, Leiter	56924
Empfänger:	Abfänger:	Wahl-Nr.:
MfS Berlin, SOB, Leiter	SV Halle, ONS, Leiter	00.001
Berlin, den 1.7.1954 W 97		
<u>Abwicklungsbericht über die Auflösung unseres Ministeriums für Staatssicherheit/ des Amtes für Nationale Sicherheit</u> letzte Meldung: Gesamtheit! Es ist uns gelungen, unser MfS/ArNS in kurzer Zeit "aufzulösen". Dank! Dank! Dank! Die wichtigsten Unterlagen befinden sich im Besitze unserer Freunde. Durch unsere Umsicht ist es gelungen, den Bürgerkomitees den Zugriff auf brillantes Aktenmaterial zu entziehen. Unsere bestellten OAB und IU in Schlüsselpositionen sind wie geplant in ihre politischen Ämter gelangt. Unsere fähigsten Mitarbeiter und Offiz. haben ihre Positionen in der Wirtschaft eingenommen. Vorrang hatte dabei die Besetzung von Schlüsselstellungen im Operationsgebiet. (BFD-WIV) Gesamtheit! Ihr kennt die komplizierte Situation, in der sich unser Land befindet. Rücken wir wieder enger zusammen und festigen unsere Reihen. Es geht um die Perspektive unserer Heimat! VIII Amt. 9.7.54 regist. am 3.7.54 gen. Mielke gen. Mielke <i>Mielke</i> Arbeitsgruppen MfS, Abt. XX Überprüf.		



GESETZBLATT

955

der Deutschen Demokratischen Republik

1990	Berlin, den 14. August 1990	Teil I Nr. 51
------	-----------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
22. 7. 90	Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz –	933
22. 7. 90	Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik (Länderwahlgesetz – LWG)	960
22. 7. 90	Ordnung zur Durchführung der Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik am 14. Oktober 1990	977
22. 7. 90	Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland gegen den unlauteren Wettbewerb, über das Zugabewesen und über Preisnachlässe in der Deutschen Demokratischen Republik	991
8. 8. 90	Verordnung über die Beantragung und Gewährung von Fördermitteln zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur für den Zeitraum 1990/1991 gemäß Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 25. 8. 1990, Artikel 14, sowie Festlegungen zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur in grenznahen Gebieten	999
25. 7. 90	Bekanntmachung über die Auflösung des Amtes für industrielle Formgestaltung	1000
30. 7. 90	Anordnung über die Errichtung von Finanzämtern in der Deutschen Demokratischen Republik	1000
17. 7. 90	Anordnung über die Aufhebung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Außenwirtschaft	1002

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz – vom 22. Juli 1990

Territoriale Gliederung

§ 1

(1) Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:

- Mecklenburg-Vorpommern
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Neubrandenburg, Rostock und Schwerin,
• ohne die Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
- Brandenburg
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam,
• ohne die Kreise Hoyerswerda, Jessen und Weißwasser,
• zuzüglich der Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
- Sachsen-Anhalt
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Halle und Magdeburg,
• ohne den Kreis Artern,
• zuzüglich des Kreises Jessen;

- Sachsen
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz und Leipzig,
• ohne die Kreise Altenburg und Schmölnitz;
• zuzüglich der Kreise Hoyerswerda und Weißwasser;
- Thüringen
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Erfurt, Gera und Suhl,
• zuzüglich der Kreise Altenburg, Artern und Schmölnitz.

(2) Berlin, Hauptstadt der DDR, erhält Landesbefugnisse, die von der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat wahrgenommen werden.

§ 2

(1) Das Staatsgebiet der DDR ist unteilbar. Maßnahmen zur Neugliederung der Länderstruktur der DDR bedürfen eines Gesetzes der Republik. Die betroffenen Länder sind zu hören.

(2) Änderungen von Grenzen der Länder der DDR, die im Ergebnis von Bürgerbefragungen in Gemeinden und Städten begehrt werden und von der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden, bedürfen eines Staatsvertrages zwischen den beteiligten Ländern.

(3) Wollen Gemeinden oder Städte nach der Länderbildung in das Land zurückkehren, dem sie am 23. Juli 1952 angehörten, ist ihrem in Bürgerbefragungen bekundeten und durch die Volksvertretungen bestätigten Willen stattzugeben, sofern dadurch keine Ex- bzw. Enklaven entstehen.

Amtsgericht Bernau bei Berlin

Bernau bei Berlin, 12.10.2015

Geschäfts-Nr.: 26 VI 623/07

1. Öffentliche Aufforderung

Am 06.10.2007 verstarb in Biesenthal der deutsche Staatsangehörige

Werner Reinhard Helmut [REDACTED]

geb. am [REDACTED] 1944

zuletzt wohnhaft in Biesenthal.

Erben konnten nicht ermittelt werden.

Alle Personen, denen ein Erbrecht am Nachlass zusteht, werden aufgefordert, dieses Recht binnen 6 Wochen ab Veröffentlichung bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls gem. § 1964 BGB festgestellt wird, dass ein anderer Erbe als

- das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam,
- die Deutsche Demokratische Republik, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Karl-Liebknecht-Straße 36, 03046 Cottbus
-

nicht vorhanden ist.

Der Wert des Nachlasses beträgt ca. 5.500,00 €.

Fuhrmann
Rechtspfleger

Ausgefertigt

Nicolai

Justizhauptsekretärin

als Urkundsbeamtin der
Geschäftsstelle



NS 121 öffentliche Aufforderung Fiskus (Stand: 01/2012)

Aushangvermerk der Wachmeisterin:

ausgehängt am: 13. 04. 2015

Unterschrift: [Signature]

abgenommen am: _____

Unterschrift: _____

7.3. Kein Frieden – 2. Weltkrieg nicht beendet – Feindstaat Deutschland

WELT

Abonnement

Ticker

Suche

Die große Reise- und Erlebnisauktion

JETZT MITBIETEN

HOME » GESCHICHTE » Seit 1945 unverändert: Deutschland für UN noch "Feindstaat"

GESCHICHTE

ERSTER WELTKRIEGZWEITER WELTKRIEGKALTER KRIEGMITTELALTERARCHÄOLOGIE

GESCHICHTE

SEIT 1945 UNVERÄNDERT

Deutschland für UN noch "Feindstaat"

Veröffentlicht am 19.09.2012 | Lesedauer: 3 Minuten

f



Laut einer Klausel in der UN-Charta ist Deutschland seit 67 Jahren ein "Feindstaat". (dpa)
Quelle: NDR

Seit 1945 befindet sich Deutschland in einer bizarren Situation: Als großer UN-Geldgeber und verlässlicher Partner ist es nach der UN-Charta noch immer "Feindstaat". Die Politik sieht es gelassen.

Deutsche Einheit

Sonderedition aus den Akten
des Bundeskanzleramtes
1989/90



http://books.google.de/books?id=ogSXmh4KtMC&pg=PA222&lpg=PA222&dq=protokoll+m-354+b+anlage+2&source=bl&ots=8to4qvmi7g&sig=vQgNa3ldU-egUEGm67ErWjcffU&hl=de&sa=X&ei=uhV0T6_3FMf44QS67viwDg&ved=0CEsQ6AEwBg#v=onepage&q=protokoll%20m-354%20b-20anlage%202&f=false

Zwei-plus-Vier-Vertrag 223

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Als die Außenminister am 17. Juli zu ihrer dritten Konferenz in Paris zusammentreten,⁷⁹¹ können die übrigen Mächte im wesentlichen nur noch die in Moskau und im Kaukasus vereinbarten deutsch-sowjetischen Verhandlungsergebnisse zur Kenntnis nehmen. Am Nachmittag legt Skubiszewski erstmals in dieser Runde seine Haltung dar. Dem Text zu den Grenzfragen stimmt er zu, fordert aber, im ersten Absatz die Bestätigung hinzuzufügen, die Grenzen Deutschlands stellen einen wesentlichen Beitrag zur Friedensordnung in Europa dar. Dafür muß er sich mit der Erklärung Bundesminister Genschers einverstanden erklären, daß der Grenzvertrag erst nach der Vereinigung unterzeichnet wird. Damit rückt die polnische Regierung von ihrer Forderung ab, eine Regelung müsse vor der Vereinigung in Kraft treten. Sie fordert zwar die Fortsetzung der Verhandlungen, gibt dies aber nicht förmlich zu Protokoll. Außerdem will Skubiszewski in einer Protokollerklärung festgelegt haben, daß die Grenzen des vereinigten Deutschlands weder durch äußere noch durch innere Umstände in Frage gestellt werden. Daraufhin gibt Genscher zu Protokoll, dies bedeute keine Grenzgarantie der Vier Mächte, und ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung sei nicht beabsichtigt.

H.-D. Genscher spricht im Auftrag der 4 Mächte - der eigentlichen Macht hinter der BR und repräsentiert im Namen der 4 Mächte die ewigliche Kriegsgefangenschaft der Deutschen, Österreicher und Japaner

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kerastaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch...

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. – 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. – ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder-)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.

Nr. 354B
Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden

Zusammenkunft der Außenminister
Frankreich,
Polen,
Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Der Vereinigten Staaten von Amerika,
Großbritannien,
Der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
in Paris am 17. Juli 1990

Protokoll I

1. Das Prinzip Nr. 1 hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten der in Ottawa eingesetzten Gruppe geeinigt haben, wird durch folgenden Satz ergänzt: «Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen wird einen wesentlichen Bestandteil der Friedensordnung in Europa darstellen.»
2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte «die bestehende Westgrenze Polens» werden durch die Worte «die zwischen ihnen bestehende Grenze» ersetzt.
3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß «der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.»
Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.
4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.
Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.
Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und versichert, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: Draufes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 17. 7. 1990] Nr. 354B: Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990: Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dr. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]



HANS-DIETRICH GENSCHER UND KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI



PARIS - DRITTES TREFFEN DER AUSSENMINISTER
DER ZWEI-PLUS-VIER VERTRETER
UNTER ZEITWEILIGER BETEILIGUNG POLENS VOM 17. JULI 1990

**"DIE VIER MÄCHTE ERKLÄREN,
DASS DER ENDGÜLTIGE CHARAKTER DER GRENZEN
DEUTSCHLANDS DURCH KEINE AUSWÄRTIGEN UMSTÄNDE
ODER EREIGNISSE IN FRAGE GESTELLT WERDEN KANN."**

DER AUSSENMINISTER POLENS, KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI,
WEIST DARAUF HIN, DASS NACH
ANSICHT DER POLNISCHEN REGIERUNG
DIESE ERKLÄRUNG KEINE GRENZGARANTIE
DURCH DIE VIER MÄCHTE DARSTELLT.

DER AUSSENMINISTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
HANS-DIETRICH GENSCHER SAGTE

DIE BRD STIMMT DER ERKLÄRUNG DER VIER MÄCHTE ZU
UND UNTERSTREICHT,
DASS DIE IN DIESER ERKLÄRUNG
ERWÄHNTEN EREIGNISSE ODER
UMSTÄNDE NICHT EINTRETEN WERDEN, D.H.,

**DASS EIN FRIEDENSVERTRAG
(WIE IM POTSDAMER ABKOMMEN VOM 2. 8. 1945 VORGESEHEN)
ODER EINE FRIEDENSREGELUNG
NICHT BEABSICHTIGT SIND.**

In Art. 53 + 107 der UN-Charta steht sinngemäß:

UN-Mitglieder dürfen nur dann gegen andere Staaten Krieg führen, wenn sie dafür vorher die Zustimmung vom UN-Sicherheitsrat erhalten haben. Lediglich gegen „Feindstaaten“ dürfen jederzeit kriegerische Maßnahmen auch ohne UN-Zustimmung geführt werden.

„Feindstaat“ ist jeder Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind der Alliierten war.

Die UN-Charta ist im Bundesgesetzblatt 1973, Teil II, Seite 431, als „amtliche Fassung der Bundesrepublik Deutschland“ völkerrechtliche Grundlage geworden.

Immer noch: Feindstaat Deutschland

Interview mit Karl Albrecht Schachtschneider

Wie wird Deutschland wieder souverän? Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider über Geheimverträge und die Notwendigkeit eines Austritts aus NATO und EU.

„Ach, UN-Securum könnte es in Deutschland unter Togo ähnlich aussieht.“ Foto: wikipedia

Kein Geheimver-
trag hat irgendeine
völkerrechtliche
Verbindlichkeit.

Zu den Gründungselementen der UNO gehört die «Feindstaatenklausel» gegen die Verliererstaaten des Zweiten Weltkrieges. Ist diese Klausel heute nur noch völkerrechtliche Folklore? Oder, anders gefragt: Inwiefern ist ihr Fortbestehen immer noch ein Hindernis für die deutsche Souveränität?

Grundsätzlich ist das kein Widerspruch: Feindstaatenklausel und Souveränität. Auch ein Feind ist souverän. Deutschland als früherer Feind – viele hatten das natürlich für obsolet, die Feindstaatenklausel – aber als früherer Feind, nach der UNO-Charta, ist souverän. Souveränität ergibt sich auch, wenn man frühere Auffassungen von der Staatssouveränität zugrunde legt, einfach aus der Staatseigenschaft Deutschlands. Und insbesondere daraus, dass Deutschland einen freien Bürger hat. Das wird nicht in jeder Weise gelebt, aber ist vom politischen und rechtlichen Anspruch her so zu sehen. Also, ich sehe keinen Widerspruch zwischen Feindstaatenklausel und Souveränität.

Waffe gegen Neutralität

Nehmen wir einmal an, ein künftiges Deutschland tritt aus der NATO aus – da müssten wir sowieso mit Gegenmaßnahmen des Großen Bruders rechnen. Würde die Feindstaatenklausel ein amerikanisches Eingreifen gegen ein blockfreies Deutschland leichter machen?

Allerlei würde es das erleichtern, wenn man einen Austritt aus der NATO als einen feindlichen Akt einstuft.

Aber wer definiert das, der UN-Sicherheitsrat?

Nein, das definieren die früheren Feinde.

Gemeinsam oder einzeln?

Jeder einzeln. Jeder Einzelne, der die Macht dazu hatte – das sind insbesondere die USA, die meisten anderen hätten ja gar nicht die militärischen Fähigkeiten. Die haben die Möglichkeit, ganz eigenständig, unabhängig – ganz erklärungslos unabhängig – von den Gremien der Vereinten Nationen, sich dann zu verteidigen. Das heißt also, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um diese Gefährdung durch den Feindstaat abzuwehren.

KULTUR

LITERATUR KINO MEDIEN & TV POP STÜTZEN DER GESELLSCHAFT ROLLING STONE MUSIKEXPRESS METAL HAMMER

GESCHICHTE VÖLKERRECHT

Deutschland, Feindstaat der Vereinten Nationen

Von Berthold Seewald | Veröffentlicht am 25.09.2012 | Lesezeit: 3 Minuten



New York erwartet die Vertreter von 193 Staaten. Traditionell findet die Vollversammlung der Vereinten Nationen im September statt.
Quelle: picture alliance / ddp (jedi.de)

Die Bundesregierung strebt einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat an. Dabei gelten Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten des Zweiten Weltkriegs laut UN-Charta immer noch als Feindstaaten.

Russischer Historiker über vier Einschränkungen der deutschen Souveränität durch 2+4-Vertrag

In der Potsdamer Konferenz in 1945 haben sich die Alliierten auf einheitliche Lösungsformel in Bezug auf besiegtes Deutschland geeinigt. Es sind vier "D" - Demilitarisierung, Demokratisierung, Denazifizierung und Demonopolisierung.

Diese Vereinbarung zwischen Alliierten sollte die Grundlage des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland werden.

Danach fand die Pariser Konferenz in 1947 statt, wo jedoch der Friedensvertrag mit Deutschland von Alliierten nicht unterzeichnet worden war.

1:27 / 5:07

Kriegserklärungen gegen Deutschland

*

2. Weltkrieg 1939 - 1945 > Kriegserklärungen gegen Deutschland

*

- 1.) 1. September 1939 — Polen
- 2.) 3. September 1939 — Großbritannien
- 3.) 3. September 1939 — Australien
- 4.) 3. September 1939 — Neuseeland
- 5.) 3. September 1939 — Frankreich
- 6.) 6. September 1939 — Südafrikanische Union
- 7.) 10. September 1939 — Kanada

- 8.) 9. April 1940 — Norwegen
- 9.) 9. April 1940 — Dänemark
- 10.) 10. Mai 1940 — Niederlande
- 11.) 10. Mai 1940 — Belgien
- 12.) 10. Mai 1940 — Luxemburg

- 13.) 6. April 1941 — Jugoslawien
- 14.) 6. April 1941 — Griechenland
- 15.) 22. Juni 1941 — UdSSR (Sowjetunion)
- 16.) 9. Dezember 1941 — China (Chungking-Regierung)
- 17.) 9. Dezember 1941 — Frankreich (De Gaulle-Komitee)
- 18.) 11. Dezember 1941 — USA (nach deutscher Kriegserklärung)
- 21.) 11. Dezember 1941 — Kuba
- 22.) 11. Dezember 1941 — Dominikanische Republik
- 23.) 11. Dezember 1941 — Guatemala
- 24.) 11. Dezember 1941 — Nicaragua
- 25.) 11. Dezember 1941 — Haiti
- 26.) 12. Dezember 1941 — Honduras
- 27.) 12. Dezember 1941 — El Salvador
- 28.) 17. Dezember 1941 — Tschechoslowakei (Exilregierung rückwirkend ab 15. März 1939)

- 29.) 19. Januar 1942 — Panama
- 30.) 22. Mai 1942 — Mexiko
31. August 1942 — Brasilien
- 32.) 1. Dezember 1942 — Äthiopien

- 33.) 16. Januar 1943 — Irak
- 34.) 7. April 1943 — Bolivien
- 35.) 9. September 1943 — Iran

- 36.) 13. Oktober 1943 — Italien (Badoglio-Regierung)
- 37.) 27. November 1943 — Kolumbien
-
- 38.) 27. Januar 1944 — Liberia
- 39.) 21. August 1944 — San Marino
- 40.) 25. August 1944 — Rumänien (nach Sturz Antonescus)
- 41.) 8. September 1944 — Bulgarien
- 42.) 31. Dezember 1944 — Ungarn (Gegenregierung)
-
- 43.) 2. Februar 1945 — Ecuador
- 44.) 8. Februar 1945 — Paraguay
- 45.) 12. Februar 1945 — Peru
- 46.) 15. Februar 1945 — Uruguay
- 47.) 16. Februar 1945 — Venezuela
- 48.) 26. Februar 1945 — Ägypten
- 49.) 26. Februar 1945 — Syrien
- 50.) 27. Februar 1945 — Libanon
- 51.) 28. Februar 1945 — Saudi Arabien
- 52.) 1. März 1945 — Türkei
- 53.) 3. März 1945 — Finnland (rückw. ab 15. Sept. 1944)
- 54.) 27. März 1945 — Argentinien

(Quelle: Der große Ploetz, Verlag Ploetz, Freiburg 1991)

Die Aufstellung zeigt Tatsachen ganz deutlich, dass die Verantwortung für die Ausweitung eines lokalen Krieges zum Weltkrieg bei den Alliierten liegt.

Im Jahre 1945 existierten nur 60 Nationen auf der Erde! Von diesen hatten 54 Deutschland den Krieg erklärt. Mit diesen 54 Nationen wurden bis heute keine Friedensverträge abgeschlossen. Der Kriegszustand mit Deutschland wurde somit zementiert.

1948 wurde die UNO (United Nations Organisation) von 50 Nationen gegründet. Diese beschlossen die Anwendung der Feindstaatenklausel auf Deutschland.

Die alliierten Besatzungstruppen haben Deutschland nie verlassen. Die alliierte Vorbehaltsrechte sind u.a. im Artikel 139 GG festgelegt. Ferner unterhalten die Alliierten Atomwaffen auf deutschen Boden. Ergebnis: Deutschland hat bis heute keine Souveränität, die deutsche Demokratie ist eine Täuschung und die regierenden Politiker sind nur

 Marionetten.

BERICHTE UND URKUNDEN

VÖLKERRECHT

Völkerrechtliche Praxis
der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959

<http://www.zaoerv.de>

© 1961 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

worden / und wird darüber hinaus von zahlreichen anderen Staaten kopiert. Auch Staatssekretär Herter hat dieses Recht der Bundesregierung in der Sitzung der Genfer Außenministerkonferenz am 14. Mai 1959¹¹²⁾ erneut mit der Erklärung bekräftigt, nur die Bundesregierung könne für das deutsche Volk sprechen, weil nur sie aus freien Wahlen hervorgegangen sei.

Dieses Recht hat zum Inhalt, daß die Bundesregierung berechtigt und verpflichtet ist, die politischen Interessen aller Deutschen wahrzunehmen. Sie hat dies bisher getan und wird es auch weiterhin tun. Dessen ungeachtet kann die Bundesregierung jedoch angesichts der derzeitigen Teilung Deutschlands keine völkerrechtlich wirksamen Verpflichtungen eingehen, die eine Friedensregelung für Gesamtdeutschland zum Gegenstand hätten. Derartige Regelungen könnten – wie die Bundesregierung wiederholt ausdrücklich erklärt hat – nur mit einer Regierung getroffen werden, die durch das gesamte deutsche Volk legitimiert ist¹¹³⁾.

die Bundesregierung am 28. Juni 1956¹²¹⁾ und am 31. Januar 1957¹²²⁾ Erklärungen abgegeben, die auch heute noch gültig sind. Ich zitiere aus diesen Erklärungen: Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden.

Gleichzeitig aber hat die Bundesregierung versichert, daß sie ihren Rechtsanspruch niemals mit Mitteln der Gewalt, sondern ausschließlich auf dem Wege einer friedlichen Verständigung verwirklichen will.

Zuständig für Vereinbarungen dieser Art kann nur eine gesamtdeutsche Regierung sein, die das Mandat des ganzen deutschen Volkes besitzt. Und eine solche Regelung kann nur in einem Friedensvertrag gefunden werden, der das Ergebnis freier Verhandlungen sein muß. Die Bundesregierung hofft dabei, daß es möglich sein wird, eine gemeinsame Lösung zu finden und damit die Grundlage einer dauerhaften Verständigung und Freundschaft, auch mit den Völkern des Ostens, zu schaffen.¹²³⁾

7.4. Waffe Staatsangehörigkeit

Gleichschaltung ist ein Begriff, welcher der nationalsozialistischen Terminologie entstammt. Das Wort entstand 1933, als der Prozess der Vereinheitlichung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens also des öffentlichen und privaten Lebens. In der Machteroberungsphase in Deutschland eingeleitet wurde. Ziel war es, bis 1934 den als Zerrissenheit verstandenen Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben.

Mit der Gleichschaltung strebte man an, die Aktivitäten der Völker in großen gemeinsamen Organisationen zusammenzufassen, die zugleich dem nationalsozialistischen Verständnis des Volkswillens entsprechen sollten.

Praktisch bedeutete die Gleichschaltung die Überführung von Organisationen in die bestehenden NS-Organisationen. Entweder erfolgte die Gleichschaltung auf Anweisung oder in vorauseilendem Gehorsam durch sogenannte Selbstgleichschaltung. Andere Verbände und Organisationen reagierten auf den Druck mit der ersatzlosen Auflösung und Beendigung ihrer Tätigkeit. Allgemein betrachtet war damit die Einschränkung oder der Verlust der individuellen Persönlichkeit, der Unabhängigkeit, Mündigkeit und Freiheit eines Menschen durch Regeln und Gesetze sowie sonstige Maßnahmen der Gleichsetzung und Vereinheitlichung der Massen verbunden.

Wichtige Schritte der Gleichschaltung: Ausgangspunkt waren die zwei Gleichschaltungsgesetze vom 31. März 1933 und vom 7. April 1933, mit denen zuerst die Länder ihrer relativen Souveränität beraubt wurden und später die Entsendung von Reichsstatthaltern beschlossen wurde. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 wurde der Entzug der Hoheitsrechte der Länder vollendet. Die Regelung der Staatsangehörigkeit wurde jetzt Angelegenheit des Zentralstaats, so dass laut Verordnung vom 5. Februar 1934 der Eintrag in den Standesregistern auf die deutsche Staatsangehörigkeit vereinheitlicht wurde. Bis dahin verliehen die Länder ihre jeweilige Staatsangehörigkeit, so dass es in Deutschland Bayern, Braunschweiger, Badener, Preußen, Sachsen usw. gab, aber trotz des seit 1871 bestehenden deutschen Nationalstaates noch keine als Deutsche ausgewiesenen Staatsbürger. Der Abschluss der Gleichschaltung der Länder kann auf den 14. Februar 1934 mit der Auflösung des Reichsrates und der Übernahme der Landesjustizverwaltungen datiert werden. Legalisiert wurde die Gleichschaltung der Länder über § 2 der Reichstagsbrandverordnung, wonach die Reichsregierung in die Kompetenzen der Länder eingreifen konnte, sofern diese nicht für Ordnung und Sicherheit sorgen konnten. Die Gleichschaltung von Partei und Staat erfolgte am 1. August 1934 mit der Auflösung aller Parteien und der Erklärung der NSDAP zur Körperschaft öffentlichen Rechts. Zudem wurde das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers verschmolzen. Weitere bedeutende Maßnahmen der Gleichschaltung war die Beseitigung der pluralen Gesellschaft mit der Auflösung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront und der Zwangsvereinigung der Agrarverbände in den Reichsnährstand. Mit der Ernennung von Joseph Goebbels zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933 wurde zudem mit der Errichtung der Reichskulturkammer die Gleichschaltung des kulturellen Lebens begonnen. Die entscheidende Voraussetzung für die Maßnahmen war das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, das Hitler gesetzgeberische und vertragliche Vollmachten verschaffte, die er dann zur weiteren Beseitigung des Pluralismus und der Demokratie einsetzte. Auf die Gleichschaltung reagierten die betroffenen Vereine und Organisationen oftmals mit einer nachgiebigen Position, um einem Verbot und der Auflösung zu entgehen, was natürlich erfolglos blieb. Beispiele dafür sind z. B. der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund oder die Organisationen der Arbeiterkultur.

Die „deutsche Staatsangehörigkeit“ („DEUTSCH“) von 1934

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**
besitzt die StA im Freistaat Bayern



1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934

Ausgegeben in Berlin, den 6. Februar 1934

Nr. 14 ✓

5. 2. 34. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.

85

Berlin, den 6. Februar 1934

85

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.
Vom 5. Februar 1934.

R 34,85
nicht
aufgeh.
99,1623

§ 1

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

1934 Gleichschaltung **StAG = R**

1934 Gleichschaltung **R = StAG**

Herausgegeben von E. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. N.

Heft 131

Neues Staatsrecht

von

a) Die Reichsangehörigkeit wird fortan nicht mehr mittelbar durch
zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern unmittelbar als
„deutsche Staatsangehörigkeit“ erworben.

Leipzig 1936

Verlag W. Kohlhammer · Abteilung Schaeffer

Kohlhammer

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
Zur Inhalts		
3. 2. 34	Dritte Verordnung über die Hinausführung des Inkrafttretens des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerabkommengesetzes	83
3. 2. 34	Verordnung über den Vollstreckungsschritt im Verwaltungszwangsverfahren und über die landschaftliche Zwangsverwaltung	84
3. 2. 34	Vierte Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung	84
3. 2. 34	Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85

Berlin, den 6. Februar 1934

85

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit. Vom 5. Februar 1934.

R 34,85
rechts
aufgeh
99,1623
A 4 Z 1

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

R = StAG

Gleichschaltung Ausland DR / DEUTSCH

Reichsbürgergesetz

vom 15. September 1935

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre

vom 15. September 1935

Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)

vom 18. Oktober 1935

nebst allen Ausführungsvorschriften
und den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen

erläutert von

Dr. Wilhelm Studart und Dr. Hans Globke

Staatssekretär

Oberrichter

im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern



Imm. 1500

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München und Berlin 1936

Reichsbürgergesetz.

Vom 15. September 1935.

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Sachverstand des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verteilung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

München, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer **die deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling **in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937** Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere **deutsche Staatsangehörige**, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Beweisquelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html



II. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Febr. 1934. 7.

die Staatsangehörigkeit in einem der deutschen Länder (z. B. die in Preußen oder in Bayern oder in Sachsen) besaß, ist nunmehr „**deutscher Staatsangehöriger**“ oder, wie er auch benannt wird, „**Reichsangehöriger**“. Wer bisher die „**unmittelbare Reichsangehörigkeit**“ nach §§ 33, 34 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen erhielt, bleibt deutscher Staatsangehöriger. Diese grundsätzliche Änderung in der Bezeichnung der deutschen Staatsangehörigkeit ist in Urkunden und Ausfertigungen überall da zu berücksichtigen, wo die Angabe der Staatsangehörigkeit vorgeschrieben oder sonst erforderlich ist. Das ist insbesondere bei Urkunden der Standesbeamten der Fall, vergl. dazu Anm. 2.

2) **Deutsche Staatsangehörigkeit** — **Reichsangehörigkeit**. Beide Benennungen finden sich in Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. In den beiden Benennungen führt Dr. Pfener, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, im Reichsverwaltungsblatt und Preussischen Verwaltungsblatt Band 55 (1934) S. 155, insbesondere S. 156 rechte Spalte, aus: „Die beiden Ausdrücke „**deutsche Staatsangehörigkeit**“ und „**Reichsangehörigkeit**“ stehen vollwertig nebeneinander. Beide sind bereits eingeführt, und zwar „**deutsche Staatsangehörigkeit**“, wenn der Gegensatz zur französischen, polnischen oder einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit, **gegen Reichsangehörigkeit**, wenn der Gegensatz zu der aufgehobenen **Landesangehörigkeit** hervorgehoben werden soll.“

Stehen vollwertig nebeneinander **unmittelbare Kolonieangehörigkeit**

AMTSBLATT

FÜR

SCHLESWIG HOLSTEIN

Nr. 3

Schleswig, den 29. Juni 1946

Jahrgang 1

INHALT

- A. Anordnungen der Militärregierung.**
 Gültigkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. (S. 23.)
- B. Gesetze des Landtags.**
- C. Verordnungen.**
- D. Bekanntmachungen und Erlasse.**
 1. Landesverwaltung.
 1. Amt für Inneres.
 Veröffentlichungen im Amtsblatt. (S. 24.)
 Wahlberechtigung. (S. 25.)
 Gliederung und Besetzung der Kreisverwaltungen. (S. 25.)
 2. Amt für Wirtschaft.
 Altpapier. (S. 26.)
- E. Stellenausschreibungen.**

40 S. 22
 10, 3. 85
 wolgeseh.
 52 S. 201
 11, 12. 42

Teil A

Anordnungen der Militärregierung

Gültigkeit

des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit.

Anordnung der Militärregierung vom 13. 3. 46.

— 312/Refugees/6501/40 —

Landesverwaltung Schleswig-Holstein

— Amt für Inneres — 1/13 — 3P (St)

An

alle Behörden der Provinz.

Die in der Anlage 1 enthaltene Anordnung der Militärregierung vom 13. 3. 46 (den Stadt- und Landkreisverwaltungen mitgeteilt durch Erlaß vom 22. 3. 1946 — IP 22 (St) Tgh. Nr. 85) regelt grundsätzlich die Frage, in welchem Umfang der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch weltweil als gültig anzusehen ist. Diese Bestimmungen sind in allen Staatsangehörigkeitsfragen zu berücksichtigen.

Der an die Kreise gerichtete Erlaß vom 22. 3. 1946 — IP 22 (St) Tgh. Nr. 85 — ist nach dem Wortlaut der Anlage 1 zu berichtigen.

Im Auftrage:
 Wormitz.

Anlage 1.

Betr.: Flüchtlingepolitik.

— 312/Refugees/6501/40 —

13. März 1946.

1. Alle Personen, die nach einem deutschen Gesetz die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, werden, solange dieses Gesetz nicht aufgehoben ist, als Deutsche betrachtet, wenn sie nicht einzeln durch die Regierung anderer Länder als Angehörige dieser Länder anerkannt werden.
2. Obwohl durch das Gesetz Nr. 161 der Militärregierung die territorialen Grenzen Deutschlands zum Zwecke der Grenzkontrolle auf die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, festgesetzt worden sind, ist die Bestimmung über die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1347) nicht aufgehoben worden.
3. Hieraus ergibt sich, daß Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit zwangsweise verliehen wurde, Deutsche bleiben. Ausgenommen ist der in Absatz 1 genannte Fall.
4. Bürger der früheren Freien Stadt Danzig sind daher Deutsche und müssen als solche behandelt werden.

Phase 8: Die staatenlose Republik in Deutschland ab 1990



Herzlich willkommen in den Firmen der vollprivatisierten, provisorischen, angloamerikanischen Treuhandverwaltung - Verwertungsgesellschaft mit den Bezeichnungen „*Bundesrepublik Deutschland*“ (BRD), „*Deutschland*“, „*Deutschland AG*“ und der Handelsmarke „*Germany*“ mit dem alliierten Militär-Grundgesetz (GG) für die BRD.



<https://gifs.com/gif/angela-merkel-cdu-schmeit-deutschland-fahne-weg-arnes-deutschland-vqo9wX>

8.1. Waffe Staatenlosigkeit

1618 Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999

**Gesetz
zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**
Vom 15. Juli 1999

Der Bundesrat hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil II, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2942), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)“

würde sonst staatenlos. Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn der deutsche Ehepartner die Geburt innerhalb eines Jahres der zuständigen Auslandsvertretung anzeigt. Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige, so tritt die Rechtsfolge des Satzes 1 nur ein, wenn beide die dort genannten Voraussetzungen erfüllen.“

4. § 7 wird wie folgt gefasst:

„§ 7
Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, erwirbt mit der Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Erwerb der deutschen Staatsange-

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Volltext:

„Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist“

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 / 1864

Fußnote

+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1988 +++

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 / 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 / 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe „Reichs- und Staatsangehörigkeit“ im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der „Reichsangehörigkeit“ ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die „Reichsangehörigkeit“ vermittelnde „Staatsangehörigkeit“ in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1
Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~ besitzt.

§ 2 ~~Deutscher ist, wer die ... unmittelbare RAng. besitzt.~~
(weggefallen)

Reichsangehörigkeit

Heimat

RuStAG 1871

1884 Kolonien unmittelbar

Unmittelbare KolonieAng.

Heimat

RoStAG 1914

1919 Kolonie Sprachliche Einführung

Heimat

Urkunde 146

1933 Kolonie Sprachliche Einführung

deutsche Staatsangehörigkeit

Kolonie Deutschland
Gleichschaltung

R=StAG 1934

unmittelbare deutsche StaatsAng.

1946 Zwangsangehörigkeit bleibt bestehen
unm. deutsche Staatsangehörigkeit

Militärische Anordnung

1949 Kolonie BRD

unm. deutsche Staatsangehörigkeit

1959 BGBI, III Sprachliche Einführung

RoStAG 1914

↑

III. Reich unm. deut. StAng.

→

Täuschen

R=StAG 1934

Kolonie EU

UuStAG 1992

*Globale Weltbürgerschaft

Unionsbürgerschaft*

Staatlos Gleichschaltung

08.12. StAG 2010

Unmittelbare *Staatlosigkeit

III. Reich U=StAG 2010

BRD-Bewohner sind der Meinung, das Grundgesetz sei das Beste in der ganzen Welt.
Das stimmt: der Schlußartikel 146 macht das Militär GrundGesetz ungültig.

Setzt den Art. 146 GG um und befreit das deutsche Volk von der NaZI-Tyrannie.

Immanuel Kant und der kategorische Imperativ
Wenn der Gegner etwas sagt, meint er das Gegenteil
Die BRD vermeidet Staatenlosigkeit

*Unionsbürgerschaft = Globale Weltbürgerschaft =
= Nichtstaatsangehörigkeit = Staatlosigkeit

Föderalismus = Faschismus

Unionsbürgerschaft (Art. 20 AEUV)

- (1) Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.
- (2) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die in den Verträgen vorgesehenen Rechte und Pflichten. Sie haben unter anderem
 - a. das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten;
 - b. in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats;
 - c. im Hoheitsgebiet eines Drittlands, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht vertreten ist, Recht auf Schutz durch die diplomatischen und konsularischen Behörden eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates;
 - d. das Recht, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten und sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, sowie das Recht, sich in einer der Sprachen der Verträge an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten.



Bundesgesetzblatt⁴⁷

Teil II

Z 1998 A

1976	Ausgegeben zu Bonn am 22. April 1976	Nr. 22
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
12. 4. 76	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen	473
31. 3. 76	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik	501
2. 4. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Kapitalhilfe	502

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

Vom 12. April 1976

Artikel 27

Personalausweise

Die Vertragsstaaten stellen jedem Staatenlosen, der sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet und keinen gültigen Reiseausweis besitzt, einen Personalausweis aus.

Information: Personalausweise werden nur an Staatenlose ausgegeben!

Ergebnis:

Mit dem Inkrafttreten ab dem 1. Januar 2000 entstand ein neuer Status aller Deutschen und der eingebürgerten Migranten in der BRD – die Staatlosigkeit:

Der Nazi-Ausweis



Aus dem Verborgenen in die Öffentlichkeit



Folgen der Staatenlosigkeit

Der Status Vogelfrei bedeutet Acht und Bann – Ausgestoßen sein, völlige Recht- und Schutzlosigkeit, Ächtung, Gesetzlosigkeit, keine Rechte und kein Eigentum besitzend, Vogelfreie können überall verfolgt und getötet werden, dazu bürgerlicher Tod der Deutschen.

Der bürgerliche Tod (französisch *mort civile*) bedeutet den Verlust der persönlichen Rechtsfähigkeit.

Der bürgerliche Tod war bereits im römischen Recht eine Folge der *capitis deminutio maxima*, des Verlustes der persönlichen Freiheit bei Gefangennahme oder als Nebenfolge bei Kapitalverbrechen. Auch das gemeine Recht kannte eine direkte Vernichtung der Persönlichkeit (*consumtio famae*) in der Friedlosigkeit als Folge der Oberacht.

- siehe z. Bsp. Quellen: <https://www.wortbedeutung.info/vogelfrei/> + <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelfreiheit> + <https://de.wiktionary.org/wiki/Vogelfreiheit> + https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerlicher_Tod

Definition: sog. „Roma und Sinti-Status“ vogelfrei:

= ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe von **Reichsacht** betroffen; **ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend**

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, **dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem frei gejagt und getötet** werden durfte. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos, schutzlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt**.

[1] **Vogelfreie Menschen konnten ungestraft getötet werden. (Mordacht)**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heim zureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“

Ergebnis:

Kataklystische Prozesse gegen die Menschheit wie Massentötungen, Völkermord (Genozid), Flucht und Vertreibung bis hin zum Corona-Masterplan - 4. industrielle Revolution - Menschheitsreduzierung – Eugenik der satanischen Transhumanisten:

Seit 1945 wurden etwa 300 Kriege geführt, die 25 Millionen Opfer forderten, über 85 % davon Zivilisten (1). Allein im Jahre 1992 wurden 52 Kriege verzeichnet. Die moderne Völkermorddefinition umfasst bereits die Planung, eine Gruppe von Menschen zu vernichten, auch die Vernichtung einer Führungselite. Es gibt ein ganzes Lexikon der Völkermorde -

Quelle: <https://wir-hn.de/lesecke/mordplanungen-und-massenmorde-im-20-jahrhundert/>



Weitere Beispiele:

totalitäre Diktatur, straffreie Piraterie, Acht und Bann, (HartzIV-) Zwangsarbeit, Versklavung, straffreie Polizeigewalt, Überwachung, Zensur, Zwangsmaßnahmen wie Zwangshaft, Zwangsimpfung, Sterilisation, Prostitution, politische Schauprozesse, Meinungsdictatur, Rechtsbankrott, Enteignung, Mord und Totschlag, Raub, Vergewaltigung, Kindesentzug, Straffreiheit bzw. Bagatellstrafen für Verbrechen gegen Menschen, Haftungsausschluss und organisierte Unverantwortlichkeit, Korruption, satanische Geheimgesellschaften, Verschwörungen, Satanismus, Bandenunwesen usw.



Rheinwiesenlager Status 2.0 - Der Höhepunkt der Migration in „Deutschland“



Staatenlos integriert in der BRD EU- Nazi- Kolonie



Einbürgerungsfeier im Glockenhaus steht im Zeichen des Brexit

Kultur + Gesellschaft | Von Redaktion | am Do., 21.03.2019 - 11:42



Bildquelle: Zukunftswerkstaat Hollywood. <https://www.moviebreak.de/stories/9811/multi-pass-das-fuenfte-element-kehrt-am-10-punkt-08-mit-4k-zurueck-ins-kin>



Quelle: <https://www.moviebreak.de/stories/9811/multi-pass-das-fuenfte-element-kehrt-am-10-punkt-08-mit-4k-zurueck-ins-kino>

Ist das staatenlose BRD-Personal völlig „auf den Hund gekommen“?

Selbst Haustiere sind in der BRD personalisiert, gechippt & überwacht!

Viele Menschen wissen nicht, was sie tun sollen, wenn sie ein entlaufenes Tier finden.

Mit dem TierPerso haben diese Menschen alle nötigen Informationen, um deinen Liebling zu dir zurückzubringen.

Wie funktioniert es?

Wenn jemand deinen Liebling findet, kann er ihm auf 5 Wegen nach Hause helfen:

-  **Anruf direkt bei dir**
(Nummer auf Wunsch nicht sichtbar)
-  **Anruf bei der 24h Hotline von TASSO / Deutsches Haustierregister und Identifikation anhand der Transponder-Nr**
Kein aufwändiges Auslesen der Transponder-Nr bei Tierarzt oder Polizei mehr nötig. So ist dein Liebling schneller wieder bei dir!
-  **Anruf bei unserer 24h Hotline für entlaufene Tiere**
Wir sind immer für dich da.
-  **Scannen des QR-Codes**
Du wirst sofort per Email benachrichtigt.
-  **Aufrufen der individuellen Webadresse**
Du wirst sofort per Email benachrichtigt.



Quelle: <https://wissen-hund.de/ein-personalausweis-fur-hunde/>



Zitat:

"Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches dürfe nicht von Einzelpersonen verklagt werden. Das verstosse gegen das Völkerrecht."



Abo | Info | Anzeigen | Genossenschaft | Shop | taz zehlt ich | 40 Jahre taz | weitere

taz POLITIK ÖKO GESELLSCHAFT KULTUR SPORT BERLIN NORD WAHRHEIT

suchen...

Gesetze aus der NS-Zeit, die bis heute gelten

Wo Adolf noch regiert

Vom Ehegatten-Splitting über die Stellplatzpflicht bis zur Mord-Definition stammen viele noch heute gültige Gesetze aus der NS-Zeit. Das hat nicht nur symbolische Bedeutung sondern auch konkrete Konsequenzen.

Breizenbeche, aber noch die einzige Hinterlassenschaft des Nazi-Regimes: das Autobahn. Bild: dpa

BREMEN taz | 68 Jahre nach Hitlers Tod und dem Ende des „Dritten Reiches“ sind noch immer zahlreiche Gesetze und Verordnungen in Kraft, die vom „Führer“ und dessen Reichsregierung erlassen wurden. Auch in den aktuell gültigen Landesgesetzen sind diverse NS-Relikte zu finden – insbesondere in Norddeutschland, dem Besatzungsgebiet der Briten und US-Amerikaner. „Die Franzosen und Sowjets haben in ihren Zonen strenger durchgegriffen“, sagt der Bremer Völkerrechtler Gerhard Stuby.

Nord 21.4.2013

HENNING BLEYL
Freier Journalist

THEMEN

Montag 21.4.2013

Sensation 2019:
Diese Hörgeräte verändern ihr Leben.

Autoren: Oliver Mohl

Waffe Staatsangehörigkeit

BGBI. Teil III Fälscherwerkstatt

1933 RGBI. I S. 480 NS-Gesetz ... Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Dr. B. Lösener Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht Seite -17- Status R=StAG

1934 RGBI. I S. 85 v. 05.02.1934 Gleichschaltungs-Status R=StAG

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit R=StAG ist die deutsche Staatsangehörigkeit

1946 Anordnung der Militärregierung: deutsche Staatsangehörigkeit bleibt bestehen

Fälschungen (Bereinigungen BGBI. Teil III) veröffentlicht im BGBI. Teil I

1963	982	19. Dez	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	
1969	1581	08. Sept	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1871 RuStAG 01 RuStAG
1970	805	23. Juni	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1914 RuStAG 02 RoStAG
1974	3714	20. Dez	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1934 RuStAG 03 R=StAG
1975	685	10. März	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	2000 Status 03 R=StAG
1976	1758	02. Juli	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	2000 U=NSStAG Staatlos
1977	1101	29. Juni	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	
1986	1154	25. Juli	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	

1992 Maastricht Vertrag

Unionsbürger / Staatlos

UuR=StAG EU / BRD

1993	1073	30. Juni	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	1433	18. Juni	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	2849	04. Dez	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	2950	16. Dez	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1999	1618	15. Juli	Beseitigung Ru	BGBI. I	RuStAG 02	1914 BGBI. III 102-1
1999	1623	15. Juli	Status R=StAG	BGBI. I	RuStAG 03	1934 BGBI. III 102-2
2000	In Kraft	01. Jan	BRD-Massenversklavung	§ 1 Staatlos		
Die BRD hat den Gleichschaltungs-Status beseitigt und tauscht über 80 Mio. Staatlose						
2000	Unmittelbare Unionsbürgerschaft / Doppelte Staatlosigkeit			U=NSStAG	EU / BRD	
2001	271	16. Feb	LPartEDiskrG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2001	3308	03. Dez	EuroEG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2002	1946	20. Juni	ZuwandGesetz	BGBI. I		0000-00-00
2002	3329	21. Aug	VwVfRAndG 3	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2004	1996	30. Juli	ZuwandGesetz	BGBI. I	RoStAG 02	1914 BGBI. III 102-1
			Status StAG-02		§ 1 Staatlos	
2005 Glaubhaftmachung im § 1 StAG: Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt						
2005	727	14. März	AufenthGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2007	138	19. Feb	PStRGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2007	2003	19. Aug	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2008	2692	17. Dez	FGG-RGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2009	158	05. Feb	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2009	Umsetzung Art. 146 GG Signal an die Hohe Hand im In- und Ausland			Urkunde 146		
2010	1864	08. Dez	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
StAng.-Gesetz: Korrektur (Streichung der Fußnote) in der Bundesrechtsdatenbank						
19.06.2011 Presse Anzeiger ? Nazi-Staatsangehörigkeitsgesetz stillschweigend in Kraft gesetzt ?						
2011	2266	22. Nov	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2012	1228	01. Juni	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2013	3458	28. Aug	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1

Die BRD ist nicht meine Heimat – die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein NS-Gesetz!

— Kommission I Ad

Die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit = Reichsangehörigkeit

Kolonieangehörigkeit Nazi-Staatsangehörigkeit Zwangsangehörigkeit

1919 **Sprachliche Einführung** Verleihung **Landesangehörigkeit (Kolonie)** 

1933 **Sprachliche Einführung** der **deutschen Staatsangehörigkeit**
 RGBL I S 480 / 538 / 539 vom 14.07 **GLEICHSCHALTUNG** 
 1934 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit v. 05.02. RGBL I S. 85 
GLEICHSCHALTUNG
 Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)** **StAG = R**
 Auflage 1936 Neues Staatsrecht Seite - 54 - II 1. a) **R = StAG**
 Die **Reichsangehörigkeit** wird **unmittelbar** als **deutsche Staatsangehörigkeit** erworben.

1946 Amtsblatt für Schleswig-Holstein Anordnung der Militärregierung
 Seite 23 Die Zwangsangehörigkeit bleibt bestehen, 

1949 Grundgesetz für die BRD
 Art. 16 Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.
 Art. 116 (1) ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ... 

1959 BGBl. Teil III Nichtamtlicher Teil **BEREINIGUNG**
 100 - 1 Grundgesetz für die BRD 23.05.1949
 102 - 1 RuStAG 1913
 102 - 2 R = StAG 1934
 102 - 3 Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit 1935

1999 ÄNDERUNG der Überschrift RuStAG 1913 BGBl. I S. 1618 v. 15. Juli
 BGBl. Teil III 102 - 1 **BEREINIGUNG** RuStAG 1913 § 1 a.F. 

2010 Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG 1913) BGBl. I S. 1864 v. 08.12.2010
 BGBl. Teil III 102 - 2 **R = StAG 1934** Reichsangehörigkeit = **unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit**, ist **BEREINIGT**
 BGBl. Teil III 102 - 1 **StAG 1913 § 1 a.F. deutsche Staatsangehörigkeit** 
 § 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt.

Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit
 1934 Reisepass DR / Deutsch 1949 BPA DEUTSCH

Ab 1934 Nazi-Staatsangehörigkeit Ab 08.12.2010 Staatenlos

BRD - Staatsangehörigkeitsausweis ... ist **deutsche/r Staatsangehörige/r**

Die Anlagen zur unmittelbaren deutschen Staatsangehörigkeit auf GG146.de heruntergeladen



8.2. Bis zum heutigen Tage gültige rechtlich-gesetzliche Grundlagen, Vorschriften, Verträge und Abläufe

**Erfüllung des Potsdamer Abkommens = Vertrag = Verträgen
= Frieden & Freiheit!**

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin
("Potsdamer Abkommen")

vom 2. August 1945

III.

Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die es unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt, und denen es blind gehorcht hat, begangen hat. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Quellverweis: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Die Rechtsgrundlage für die Befreiung von Deutschland und in Folge aller Nationen aus der faschistischen Gleichschaltungskolonie ist die bis heute offenbar volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts/ Besatzungsstatuts in Deutschland.

Das bedeutet die Umsetzung Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung aus *SHAEF und *SMAD:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Weitere Beweise:

*Verfassung des BRD- Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 -
zum 26.07.2014 aktuelle verfügbare Fassung der Gesamtausgabe*

Artikel 159: „Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigen deutschen Recht bleibt unberührt.“

The screenshot shows a web browser window with the URL www.hv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/ffo/page/bshesprod.psmi?action=control&wPrintOrSave. The page title is "Hessenrecht Rechts- und Verwaltungsvorschriften". In the top right corner, there is a button labeled "Einzelnorm". Below the header, there is a table with the following information:

juris-Abkürzung:	Verf HE	Quelle:	
Fassung vom:	01.12.1946	Gliederungs-Nr:	10-1
Textnachweis ab:	01.01.2004		
Dokumenttyp:	Gesetz		

Below the table, the text of Article 159 is displayed:

**Verfassung des Landes Hessen
Vom 1. Dezember 1946**

Artikel 159

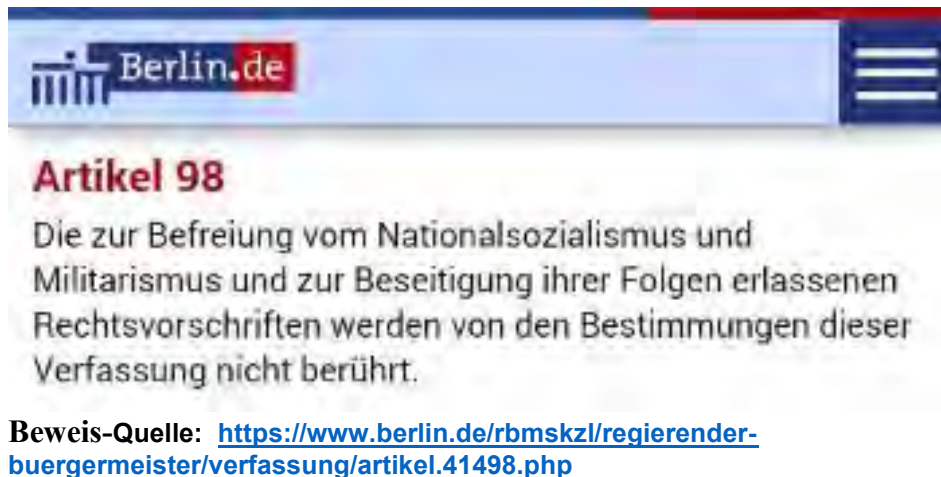
Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.

© juris GmbH

Verfassung Land Berlin vom 23. November 1995

Artikel 98

„Die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus und zur Beseitigung ihrer Folgen erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieser Verfassung nicht berührt.“



Beweis Banken AGB:

„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,...Verfügung von Hoher Hand im In- und Ausland eintreten.“

Quelle: https://bankenverband.de/media/file/AGB-Banken_40.000_Fassung_07_14.pdf

Schluss - Artikel 146 Geltungsdauer - Laufzeit alliiertes Militär- Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”



Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben: Beweis SHAEF- Gesetz Nr. 1 Artikel III „...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“

8.3. Keine Einheit und Freiheit der Deutschen ab 1990 - feindliche Übernahme?



??

Detaillierte Zusammenfassung rechtlicher Fakten zu dem Treuhand-Unternehmen Bundesrepublik Deutschland – Umgangssprache „Deutschland“

1. Ab 3. Oktober 1990: Fusion der BRD mit der DDR zur neuen „Bundesrepublik Deutschland „Deutschland – Handelsmarke „Germany“ u./ o. „Deutschland“

= Aufgehen in die private Interessengemeinschaft der Hochfinanz (FED-EZB)

„Europäische Union“ („EU) (s. Artikel 23 GG für die BRD)

- Internationaler Sozialismus durch – Gleichschaltung - Weiterführung des staatsrechtlichen Nationalsozialismus/Nazifizierung – ab 2000 Staatslosigkeit (Streichung der sog. „unmittelbaren Reichsangehörigkeit“ im

Staatsangehörigkeitsgesetz 1934) – Niedergang der deutschen Wirtschaft – Besatzungskosten (s. Artikel 120 GG für die BRD) und Tributzahlungen an die westalliierten Siegermächte und Israel - Aufrüstung über NATO und EU – NATO-Osterweiterung - neuer kalter Krieg

2. Ab 1990: Im Rahmen der Vollprivatisierung der BRD erfolgte auch die Privatisierung des gesamten DDR- Volksvermögens (sog. „Volkseigentum“) über die

BRD-Treuhandanstalt (THA, kurz Treuhand) und Nachfolgeunternehmen wie die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH.

Zum 1. Januar 1995 wurde die Treuhandanstalt umbenannt und die verbliebenen Aufgaben auf mehrere Folgegesellschaften verteilt (etwa Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), Treuhandliegenschaftsgesellschaft (heute TLG Immobilien AG), BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (entsprechend Treuhandunternehmensübertragungsverordnung – TreuhUntÜV)).
<https://de.wikipedia.org/wiki/Treuhandanstalt>

3. Durch die Streichung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) vom 5. Februar 1934 unter Vortäuschung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) vom 22. Juli 1913 wurde das 1933 gleichgeschaltete *deutsche Volk* ab dem 1. Januar 2000 „staat(en)-los“ und damit „vogelfrei“ gemacht.

Status Vogelfrei bedeutet Acht und Bann - völlige Recht- und Schutzlosigkeit, Ächtung, Gesetzlosigkeit, keine Rechte und kein Eigentum besitzend, Vogelfreie können überall verfolgt und getötet werden, dazu bürgerlicher Tod der Deutschen. siehe Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelfreiheit>

4. *Nationalsozialistisches Projekt „Europa“ – das 4. Reich - Walter Hallstein. Plan (NS- „Rechtswahrer Bund“)

5. 2019: Umsetzung „Corona-Covid-Masterplan“ - Megaritual 4. industrielle Revolution „die große Transformation“ als satanisch-kataklystischer Prozess gegen die Menschheit

Ab 2021: Vollendung der satanisch-faschistischen Weltherrschaft – 5. Welt-Reich Roms

- Genozid an den indigenen Völkern
- Menschheitsreduzierung
- digitale Versklavung
- Eugenik-Menschenzuchtprogramme-Maschinenmenschen

Detaillierter Verlauf:

Die Geheimdienste organisierten allem Anschein nach im Auftrag der alliierten Siegermächte und der hinter der politischen Schauspiel-Bühne stehende angelsächsische Hochfinanz 1989-1990 den Zusammenschluss der jeweiligen alliierten Treuhandverwaltungen BRD und DDR zu einer neuen Treuhandverwaltung BRD II mit der handelsrechtlichen Bezeichnung „Deutschland“ bzw. „Germany“.

Durch diesen Zusammenschluss erfolgte neben der vollständigen Abwicklung der DDR eine erneute Annexion - Okkupation – feindliche Übernahme der Heimat der Deutschen als ein Akt der Piraterie unter einer nahezu perfekt inszenierten Täuschung der Weltöffentlichkeit.

Seitdem firmiert die BRD-Treuhand weiter erfolgreich als Staatssimulation „Deutschland“.

Weiter wurde die BRD ab 1990 komplett privatisiert und das sog. „Staatsfragment“ aufgehoben - siehe zum Beispiel Firmenregister wie: <https://www.bisnode.de/> <https://www.upik.de/> und <https://www.hoppenstedt-firmendatenbank.de/>

Völkerrechtswidrige kriminell-illegale Akte aus den Jahren ab 1990 gewährleisten das Weiterbestehen der vollprivatisierten BRD-Okkupationsverwaltung bis zum heutigen Tag.

Der sog. „2+4-Deutschlandvertrag“ war lediglich ein interner Vertrag – ein sog. sittenwidriges „In-sich-Geschäft“ zwischen den Vertretern der alliierten Siegermächte und den Vertretern derer Verwaltungsorganisationen BRD und der DDR für das besetzte Gebiet.

Dazu kommt Täuschung im Rechtsverkehr (strafbarer Betrug § 263 StGB) gegenüber dem deutschen Volk und dem internationalen Völkerbund.

Beweis zur Piraterie: Artikel 134 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

(1) **Das Vermögen des Reiches wird grundsätzlich Bundesvermögen.**

(2) 1Soweit es nach seiner ursprünglichen Zweckbestimmung überwiegend für Verwaltungsaufgaben bestimmt war, die nach diesem Grundgesetz nicht Verwaltungsaufgaben des Bundes sind, ist es unentgeltlich auf die nunmehr zuständigen Aufgabenträger und, soweit es nach seiner gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung Verwaltungsaufgaben dient, die nach diesem Grundgesetz nunmehr von den Ländern zu erfüllen sind, auf die Länder zu übertragen. 2Der Bund kann auch sonstiges Vermögen den Ländern übertragen.

(3) **Vermögen, das dem Reich von den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, wird wiederum Vermögen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), soweit es nicht der Bund für eigene Verwaltungsaufgaben benötigt.**

(4) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.



Das deutsche Volk wurde nach Art. 53 und 107 UN-Charta, im Stande vom 31.12.1937, als Feind entmündigt

und die Bundesrepublik, als 1937-Deutschland, nach Art. 73 der UN-Charta, als Treuhänder definiert.

Die Wortmarke „Deutschland“ wird geboren?

3. Systematischer Staatsangehörigkeit- und Gebietsschlüssel

Stand: 01.01.2011

StAng- schlüssel	Staatsangehörigkeit	Gebiets- schlüssel	Staat/Gebiet/Gebietsgruppe	ISO 2stellig	ISO 3stellig
Europa					
000	deutsch	000	Deutschland	DE	DEU
		001	<i>Schleswig-Holstein</i>		
		002	<i>Hamburg</i>		
		003	<i>Niedersachsen</i>		
		004	<i>Bremen</i>		
		005	<i>Nordrhein-Westfalen</i>		
		006	<i>Hessen</i>		
		007	<i>Rheinland-Pfalz</i>		
		008	<i>Baden-Württemberg</i>		
		009	<i>Bayern</i>		
		010	<i>Saarland</i>		
		011	<i>Berlin</i>		
		012	<i>Brandenburg</i>		
		013	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>		
		014	<i>Sachsen</i>		
		015	<i>Sachsen-Anhalt</i>		
		016	<i>Thüringen</i>		
120	<i>Jugoslawisch</i>	120	<i>Jugoslawien (Gesamtjugoslawien)</i>	YU	YUG
121	albanisch	121	Albanien	AL	ALB
122	bosnisch-herzegowinisch	122	Bosnien und Herzegowina	BA	BIH
123	andorranisch	123	Andorra	AD	AND
124	belgisch	124	Belgien	BE	BEL
125	bulgarisch	125	Bulgarien	BG	BGR
126	dänisch	126	Dänemark	DK	DNK
127	estnisch	127	Estland	EE	EST
128	finnisch	128	Finnland	FI	FIN
129	französisch	129	Frankreich	FR	FRA
130	kroatisch	130	Kroatien	HR	HRV
131	slowenisch	131	Slowenien	SI	SVN
132	<i>serbisch und monte- negrinisch</i>	132	<i>Serbien und Montenegro</i>	CS	SCG
133	<i>serbisch</i>	133	<i>Serbien (einschließlich Kosovo)</i>	RS	SRB
134	griechisch	134	Griechenland	GR	GRC
135	irisch	135	Irland	IE	IRL
136	isländisch	136	Island	IS	ISL
137	italienisch	137	Italien	IT	ITA
138	<i>Jugoslawisch</i>	138	<i>Jugoslawien, Bundesrepublik</i>	YU	YUG
139	lettisch	139	Lettland	LV	LVA
140	montenegrinisch	140	Montenegro	ME	MNE
141	liechtensteinisch	141	Liechtenstein	LI	LIE
142	litauisch	142	Litauen	LT	LTU
143	luxemburgisch	143	Luxemburg	LU	LUX
144	mazedonisch	144	Mazedonien	MK	MKD
145	maltesisch	145	Malta	MT	MLT
146	moldauisch	146	Moldau, Republik	MD	MDA



Demzufolge fand 1990 offenkundig keine völkerrechtlich vorgesehene Wiedervereinigung Deutschlands statt.

Der Artikel 23 des Grundgesetzes (GG) für die Bundesrepublik Deutschland – alte Fassung wurde gemäß Einigungsvertrag bereits am 23. September 1990 aufgehoben.

Dies wurde am 29. September 1990 rechtswirksam und am 16. Oktober 1990 im Bundesanzeiger öffentlich verkündet.

Die in der Präambel aufgeführten neuen Länder sind erst am 14. Oktober 1990 gegründet worden.

Somit war ein Beitritt dieser Länder gemäß Artikel 23 Grundgesetz für die BRD nicht möglich.

Der Einigungsvertrag, der am 31. August 1990 durch Wolfgang Schäuble und Günther Krause unterschrieben wurde, wurde erst am 03. Oktober 1990 rechtswirksam.

Somit konnte auch die DDR dem Grundgesetz der BRD gemäß Artikel 23 GG zum 03. Oktober 1990 NICHT beitreten.

Um dies aber zu ermöglichen, hat man folgenden Trick angewendet:

Die Manipulatoren haben einfach willkürlich den im Gesetz vorgeschriebenen Termin des 14. Oktober 1990 mit dem [Einigungsvertrag](#) auf den 3. Oktober vorverlegt, so dass in der Fantasie auch die neuen Länder gleichzeitig mit der [deutschen Einigung von 1990](#) entstanden sein sollen.

Es wird also dazu ein am 22. Juli 1990 rechtsgültig erlassenes Gesetz einfach nachträglich manipuliert, passend gemacht. Das nennt man Manipulation bzw. Täuschung im Rechtsverkehr bzw. ganz einfach nur Betrug!

Durch die beschriebene Datumstäuschung konnte der Einigungsvertrag simulativ „legitimiert“ werden

– siehe Beweisquelle Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik:

<http://www.verfassungen.de/ddr/laendereinfuehrungsgesetz90.htm>

Die „Deutsch-land“ = verflucht bis in alle Ewigkeit?



Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

II. Der Bund und die Länder Artikel 23

[24. Mai 1949-29. September 1990]

¹Artikel 23. [1] Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. [2] In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

[29. September 1990-25. Dezember 1992]

¹Artikel 23. (weggefallen)

Grundgesetz

Art. 144. (2) Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der **in Artikel 23 aufgeführten Länder** oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.

Beweis: BGBL II, Seite 885/890, vom 23. September 1990

Es erfolgt 1990 offenbar lediglich ein Zusammenschluss beider alliierter Treuhandverwaltungen BRD und DDR zum **vereinigten Wirtschaftsgebiet** unter westallierter Kontrolle gemäß Artikel 127 und Art. 133 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland.

**Beweis: Artikel 127 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:
Rechtsangleichung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet**

Die Bundesregierung kann mit Zustimmung der Regierungen der beteiligten Länder Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, soweit es nach Artikel 124 oder 125 als Bundesrecht fortgilt, innerhalb eines Jahres nach Verkündung dieses Grundgesetzes in den Ländern Baden, Groß-Berlin, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern in Kraft setzen.

Beweis: Einigungsvertrag vom 31. August 1990

Spiegelverkehrt? Trat die alte BRD einfach der DDR bei?

Beide Teile Deutschlands fusionierten scheinbar zur neuen BRD II - mit einer vollprivatisierten Regierungsorganisation mit einer Wortmarke „Deutschland“ – vereintes „Deutschland“ = vereintes Wirtschaftsgebiet. - gemäß Grundgesetz Artikel 133

Beweis: Artikel 133 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 116 - 146)

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten **der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** ein.

So wie es den Eindruck macht, wurde also einfach eine neue Treuhandverwaltung Bundesrepublik mit der Deckbezeichnung „Deutschland“ gegründet - mit einem umfassend geänderten Grundgesetz – engl. **Basic Law II**

Beweis: Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in der originalen Fassung von 1949

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Um diesen Trick zu vertuschen hat der bundesdeutsche Gesetzgeber den **Artikel 23 des GG für die BRD** am **25.12.1992** verspätet als sog. „**Europaartikel**“ einfach wiedereingeführt.

Hierbei hat es der Bundesgesetzgeber allerdings **versäumt** den Geltungsbereich des Grund-Gesetzes neu zu definieren.

Das Versäumnis ist in Wahrheit aber kein Versäumnis, weil der Vorgang mit der Vollprivatisierung der BRD und deren Unterstellung unter das internationale See- und Handelsrecht zusammenhängt.

Zudem wurde der Artikel 23 zum sog. „Europa Artikel“ modifiziert, welcher aussagt das das alliierte Militär-Grundgesetz für die BRD inhaltlich auf alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union Europa stillschweigend ausgedehnt wird bzw. überall gilt wo die BRD-Niederlassungen betreibt oder politische, militärische bzw. wirtschaftliche Interessen vertritt.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 23 – Vollzitat:

„(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen,

rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

Beweisquelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_23.html

Diese neue deutsche Treuhandverwaltung für die Hohe Hand, die BRD II - Deutschland wurde darüber hinaus augenscheinlich ab 1990 vollständig privatisiert und alle reststaatlichen Elemente beseitigt.

**Beweis: Artikel 23 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland
Europaangelegenheiten und dazu Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern
- Vollzitat:**

„Grundgesetz II. Der Bund und die Länder (Art. 20 – 37) Artikel 23

(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätze und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

(1a) Der Bundestag und der Bundesrat haben das Recht, wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage zu erheben. Der Bundestag ist hierzu auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder verpflichtet. Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können für die Wahrnehmung der Rechte, die dem Bundestag und dem Bundesrat in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union eingeräumt sind, Ausnahmen von Artikel 42 Abs. 2 Satz 1 und Artikel 52 Abs. 3 Satz 1 zugelassen werden.

(2) In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.

(3) Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtsetzungsakten der Europäischen Union. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.

(5) Soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im Übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.

(6) Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder auf den Gebieten der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks betroffen sind, wird die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen. Die Wahrnehmung der Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.“

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Art 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes [2] Artikel 23 wird aufgehoben. Artikel 9 Fortgeltendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik(1) Das im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags geltende Recht der Deutschen Demokratischen Republik, das nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Landesrecht ist, bleibt in Kraft, soweit es mit dem Grundgesetz ohne Berücksichtigung des Artikels 143, mit in dem in Artikel 3 genannten Gebiet in Kraft gesetztem Bundesrecht sowie mit dem unmittelbar geltenden Recht der Europäischen Gemeinschaften vereinbar ist und soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt wird. Recht der Deutschen Demokratischen Republik, das nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Bundesrecht ist und das nicht bundeseinheitlich geregelte Gegenstände betrifft, gilt unter den Voraussetzungen des Satzes 1 bis zu einer Regelung durch den Bundesgesetzgeber als Landesrecht fort.

Wirksamwerden des Beitritts 3. Oktober 1990 in einer BRD ohne Hoheitsgebiet? Allein damit scheint der Einigungsvertrag offiziell nichtig zu sein.

Artikel 23 GG (vom 23. Mai 1949, letztmalig geändert am 21.12.1983, aufgehoben am 29.09.1990) [1] Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Einen wichtigen Hinweis auf die Täuschung beinhaltet auch der **Artikel 146 Grund-Gesetz für die BRD**:

Vor 1990

Artikel 146 Grundgesetz für die BRD - Zitat:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

nach 1990

Artikel 146 Grundgesetz für die BRD - Zitat:

"Dieses Grundgesetz, **das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt**, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Demnach wurde die Einheit und Freiheit Deutschlands NICHT hergestellt und das alliierte Militär-Grund-Gesetz für die BRD gilt nur für einen Teil des deutschen Volkes! Welcher Teil aber soll das sein?

Folgen:

Die Konsequenzen der laufenden Rechtsprechung in Deutschland sind, dass deren Gesetze auf dem Handelsrecht basieren und über einen Status von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs) bzw. Satzungsrecht von Vereinen verfügen.

Diese privaten deutschen Gesetze sind wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig.

Beweis - Bestimmtheitsgebot: *Gerade diese Norm bewertet erst den unmittelbaren Eingriff in die Rechte des Betroffenen, muss also rechtsstaatlich in jeder Hinsicht einwandfrei sein. Dazu gehört in erster Linie die unbedingte Klarheit und Nachprüfbarkeit ihres rechtlichen Geltungsbereiches“ (BVerfGE I C 74/61 vom 28. 11. 1963 / Bestimmtheitsgebot).*

„Jedermann muss in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können, um sein Verhalten entsprechend darauf einzurichten. Ein Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig. Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, dass sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegend juristischem Inhalt hinreichend verstehen“ (BVerwGE 17, 192 = DVBl. 1964, 147 / Gebot der Rechtssicherheit)

Es liegt damit offenkundig Verstoß gegen das Gebot der Rechtssicherheit vor. (BVerwGE 17, 192 = DVBl. 1964, 147) und gegen das Bestimmtheitsgebot (BVerwGE I C 74/61 vom 28. 11. 1963; § 37 VwVerfG)

Richtungsweisend zu beachten:

Das alliierte Besatzungsrecht/ alliierte Vorbehalt – insbesondere die Entnazifizierungsvorschriften blieben von den vielen Änderungsvorgängen im Grundgesetz für die BRD unberührt und ist die offizielle, bis heute gesetzlich verankerte, juristische Grundlage zur Befreiung des deutschen Stammesgebietes – dem sog. Völkerrechtssubjekt *Deutsches Reich* aus der Gleichschaltungsverwaltung der “Bundesrepublik Deutschland“ – „Deutschland“ bzw. „Germany”.

Beweis Artikel 139 Grundgesetz FÜR die BRD: (vor 1990 auch als Befreiungsartikel bezeichnet)

Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung aus *SHAEF und SMAD

„Die zur “Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus” erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Die Deutsche Einheit wurde vom Bundesverfassungsgericht bereits 1991 für nichtig erklärt.

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 1991 – BvR 1341/90 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht: Das Gesetz vom 23. Sept. 1990 zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands- Einigungsvertragsgesetz- „...unvereinbar und nichtig.“

Nachzulesen im Bundesanzeiger – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, (direkter Link zum PDF-Dokument: <https://pravdatvcom.files.wordpress.com/2013/08/media.pdf>)

Ebenso ist durch die augenscheinliche Vertragstauschung 1990 die Aufhebung des Artikel 23 GG in der Fassung von 1949 sowie alle Gesetze nachfolgenden Gesetze die dagegen verstoßen (z. B. EU- Gesetze und Verträge) nichtig.

Auch eine völkerrechtlich vorgeschriebene **Volksabstimmung/ Referendum** zum Beitritt der DDR zur BRD wurde nicht ohne Grund einfach unterschlagen. (Koloniestatus des entmachteten Deutsch-Personals der sog. deutschen Staatsbürger- bürge für DEUTSCH-Land)

Die zu einfachen Firmen privatisierten deutschen Verwaltungsbehörden und Justizeinrichtungen auf dem Gebiet der DDR fehlen daher heute jegliche rechtsstaatlich-, völkerrechtliche Grundlage zum Handeln.

Es wird offenkundig nur nach eigenen AGBs („Gesetze“ als “geltendes Recht”) agiert und die gesamte Bevölkerung in Deutschland und die eingeborenen Stammesdeutschen getäuscht und ausgeplündert.

Weitere Ereignisse und Auswirkungen:

Das Bonner **Militär-Grund-Gesetz für die BRD** wurde auf die ehemalige DDR-Mitteldeutschland ausgedehnt und in einer Art privatisierter AGBs bzw. Vereinssatzung weitergeführt.

Die Kolonie- „Verfassung“ (Staatsgrundgesetz) der DDR fällt weg.

Die Deutsche (Kolonie-) Staatsangehörigkeit von 1934 wird inhaltlich beibehalten.

Deutschland bleibt juristisch gesehen weiter von der Gleichschaltungskolonie des „3. Reiches“ von Adolf Hitler überlagert, welche die Bundesrepublik Deutschland bis heute offensichtlich staatsrechtlich-juristisch weiterführt.

Es werden zwischen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und den alliierten Hauptsiegermächten neue Treuhand-Verträge geschlossen.

Das betrifft den 2+4 Deutschlandvertrag mit den (geheimen) Zusatzvereinbarungen, die Nato-Verträge und die Verträge mit der privaten Interessensgesellschaft „Europäische Union“.

Als einzige Besatzungsmacht zog Russland seine Besatzungstruppen vertragsgemäß aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschland ab. Die westalliierten Siegermächte (insbesondere die USA) halten dagegen ihre Besatzungszonen / Sektoren der sog. „Trizone“ in Deutschland bis heute weiterhin militärisch besetzt.

Die Besatzung wird allerdings unter den NATO-Verträgen und sog. Zusatzabkommen getarnt geführt und somit geschickt vor der Öffentlichkeit verschleiert.

Das alliierte Besatzungsrecht und die alliierten Vorbehalte bleiben im Bonner Grundgesetz FÜR die nicht souveräne Bundesrepublik Deutschland bestehen und wurden darüber hinaus auch im Rahmen der NATO - (geheime) Zusatzabkommen vertraglich erneuert festgelegt.

Beweise: Artikel 120 Grundgesetz FÜR die BRD

Artikel 120 Grundgesetz FÜR die BRD: **Besatzungskosten und Kriegsfolgelasten**
"(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. ..."

Artikel 139 Grundgesetz FÜR die BRD: „Befreiungsgesetz“

- „**Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften über Entnazifizierung**“ aus *SHAEF „Die zur *"Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus"* erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Täuschung des Vertragspartners damalige UdSSR bei den 2+4 Verhandlungen 1990

Deutschland wendet weiter inhaltlich die Verordnung über die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ vom 05. Februar 1934 gemäß GG Artikel 116 und im heutigen Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) unter Täuschung im Rechtsverkehr illegal in Deutschland an. Zur Täuschung wird sich auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 berufen.

Diese RuStAG wurde zur Täuschung mit dem NS-Staatsrecht der STAG von 1934 modifiziert - gleichgeschaltet.

Deutschland führt damit logischerweise staatsrechtlich das 3. Reich – Nazikolonie von Adolf Hitler, illegal staatsrechtlich entgegen den gültigen alliierten Entnazifizierungsbestimmungen aus SHAEF und SMAD hinterlistig nahtlos weiter und verhindert somit auch die Friedensverträge zur endgültigen Beendigung des 2. Welt-Krieges.

Dazu wird vorgeifend festgestellt:

Dadurch, dass sich die Regierungsverantwortlichen der BRD durch Bereinigung der sog. „unmittelbaren Reichsangehörigkeit“ im STAG sich selbst und alle seine Bürger (Bürger) staatenlos gemacht hat, sind ebenfalls alle Verträge, inklusive 2+4

Deutschlandvertrag nachträglich rückwirkend gebrochen.

Beweis Haager Landkriegsordnung (HLKO) Artikel 24 „...Kriegslisten... sind erlaubt.“

s. Beweise – gesetzliche Grundlagen: Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBI. I S. 85 vom 05.2.1934,

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54,
Die deutsche Staatsangehörigkeit: Reichsverordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 Gustav Zeidler - Mauckisch von 1935,
Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht von Dr. Bernhard Lösener – Ministerialrat des Innern und Rassereferent im Reichsministerium des Inneren 1. Band, Gruppe 2 Ausgabe 13 von 1934,

Amtsblatt für Schleswig-Holstein 29.06.1946 Nr. 3 Jahrgang 1,
Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14. Juli 1945,
Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959,

Ausweisdokumente der BRD mit der nationalsozialistischen „Deutschen Staatsangehörigkeit“ und deren Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1990 bis zum heutigen Tag,
IGH - Urteil: BRD Rechtsnachfolger der 3. Reiches, Art. 127, 133 und 139 des Grundgesetzes für die BRD

Eine gesamtdeutsche Volksabstimmung (Referendum) zum Beitritt der DDR zur BRD war auch daher 1990 in Deutschland von vornherein ausgeschlossen und wurde erfolgreich von der jeweiligen alliierten Treuhandverwaltung vereitelt.

Der juristische Hintergrund: Entmachtetes (deutsches) Kolonie-Personal (Angestelltenstatus einer Firma bzw. Mannschaft auf einem Schiff) hat kein reales Mitbestimmungsrecht.

Es kann und darf somit in der Rechtsrealität der Mitbestimmungseinschränkung keine Referenden tätigen.

Eine der Beweisquellen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_im_Norddeutschen_Bund_und_im_Deutschen_Kaiserreich

Ab 1990 erfolgt in Folge die planmäßige Auflösung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und deren gesamten „Warschauer Vertragsverbundes“.

Durch die sog. *Bundesbereinigungsgesetze* wurden in den Jahren 2006 und 2007 offenbar alle staatlichen Gesetze aufgehoben und statusrechtlich zu allgemeinen Firmen - Geschäftsbedingungen (AGB) umgewandelt und wieder auf dem Papier eingeführt - häufig aber nicht mal in Kraft gesetzt!
(AGB- Status nach See- und Handels- Vertragsrecht UCC)

- **Beweisquelle:** <http://www.buzer.de/gesetz/7965/>

e

aktuell konsolidiert – alle Fassungen seit 2006

Vorschriftensuche Volltextsuche

§ / Artikel Gesetz ☒ nur ab BRBG 2010

Sie sind hier: [Start](#) > [Inhaltsverzeichnis BRBG 2010](#) > **Artikel 108** [Mail bei Änderungen](#)

Artikel 108 - Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht (BRBG 2010 k.a.Abk.)

G. v. 08.12.2010 BGBl. I S. 1854 (Nr. 63); Geltung ab 15.12.2010
63 Änderungen / Drucksachen / Entwurf / Begründung / wird in 50 Vorschriften zitiert

[Artikel 107](#) ← [→ Artikel 109](#)

Artikel 108 Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung

(VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5)

Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben.

[Artikel 107](#) ← [Inhaltsverzeichnis](#) [→ Artikel 109](#)

Durch diesen juristischen Taschenspieler-Trick der doppelten Aufhebung wurde der alliierte Vorbehalt / das Besatzungsrecht in Deutschland offiziell “durch die Hintertür” wieder eingeführt.

- Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben: 1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1), 2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2), 3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und 4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die Entnazifizierungsvorschriften aus alliierten SHAEF & SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *Deutschen Staatsangehörigkeit* / *DEUTSCH* vom 5.02.1934 gegen ihren Willen juristisch nazifiziert sind – Beweis Artikel 139 GG für die BRD – und die Übernahme der Kriegsfolge- und Besatzungskosten – Artikel 120 GG für die BRD

Das mangels Geltungsbereich ab 1990 erloschene Grund-Gesetz erhielt durch die vollständige Privatisierung der BRD einen AGB-Status. Basic Lowe II.

Wie bereits ausgeführt wurde der Geltungsbereich des BRD-Grundgesetzes 1990 ersatzlos gelöscht und damit das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die BRD als Staatsfragment in der Rechtsrealität nichtig.

Beweis: Artikel 23 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland: (Auszug-siehe weiter oben)

Die BRD und deren Verwaltungsunternehmen fungieren fortan nach dem internationalen See- und Handelsrecht (UCC) vergleichbar wie ein modernes (Sklaven-) Schiff.

Der gesamte Personalbestand des Seelenverkäufers SMS „DEUTSCH-Land“ befindet sich in einem juristischen Sklavenstatus.

„Fliegender Holländer“ – Seelenfänger - Geisterschiff „SMS DEUTSCHLAND“



Wie bereits erwähnt ist das deutsche Kolonie-Personal NICHT wahl- und demzufolge nicht mitbestimmungsberechtigt.

Diese entscheidende Einschränkung spiegelt sich in der bundesdeutschen Herrschaftspraxis konkret wider. (Z. Bsp. TTIP, die EU- NATO- Verträge)

Die Anwendung des alliierten Militär-Grundgesetzes für die BRD wird wie bereits ausgeführt gemäß dem neu geschaffenen Europa-Artikel 23 GG auf das koloniale Unternehmen - NGO „Europäische Union“ stillschweigend ausgedehnt.

Durch die augenscheinliche Nazifizierung der Deutschen wird offenbar weiterhin an dem alliierten Besatzungsrecht zur Entnazifizierung/ engl. „Denacifikation“ in DEUTSCH-Land und an den UN-Feindstaatenklauseln gegen Deutschland - das sog. „3. Reich“ festgehalten.

BERICHTE UND URKUNDEN VÖLKERRECHT

Völkerrechtliche Praxis
der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959

<http://www.zaoerv.de>

© 1961 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Artikel 8

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.
- (2) Die Ratifikations- oder Annahmeerkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeerkunde.

- (c) "Property" shall mean and include all moveable and immoveable property and all legal, equitable or economic rights and interests in or claims to such property whether present or future, and shall include, but shall not be limited to, land and buildings, money, stocks, shares, patent rights or licenses thereunder, or other evidences of ownership, and bonds, bank balances, claims, obligations and other evidences of indebtedness, and works of art and other cultural materials;
- (d) A "national" of a state or government shall mean and include a subject or citizen and any partnership, corporation, or other juridical person existing under the laws of, or having a principal office in the territory of, such state or government;
- (e) "GERMANY" shall mean the area constituting "Das Deutsche Reich" as on 31 December 1937.

ARTICLE VIII

PENALTIES

10. Any person violating any of the provisions of this law shall, upon conviction by a Military Government Court, be liable to any lawful punishment, including death, as the Court may determine.

ARTICLE IX

EFFECTIVE DATE

11. This Law shall become effective upon the date of its first promulgation.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

Björn Hansen <bjhansen82@gmail.com>

Re: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Von: Heinrich Lorenz <BuergerService@bmi.bund.de>
An: Björn Hansen <bjhansen82@gmail.com>

21.11.2016 um 12:36:14 MEZ

Betreff: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Unser Zeichen: 03-12007/181 – [REDACTED]
Ihr Zeichen: AV 1012308, 21. November 2016
Datum: 21. November 2016

Sehr geehrter Herr H. [REDACTED]

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 21. November 2016.

Das Bundesministerium des Innern beantwortet keine weiteren Fragen zu den Thesen der sogenannten Reichsbürgerbewegung. Ein weiteres Antwortschreiben erfolgt daher nicht.

Das Grundgesetz ist entgegen Ihrer Behauptung weiterhin vorhanden und seit dem 01. Januar 1991 fester Bestandteil des bundesdeutschen Privatrechts und somit fester Bestandteil des Rechtsstaates innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

→ Solange es der deutschen Rechtsprechung nicht widerspricht, ist das Grundgesetz auch heute noch partiell in Anwendung ←

Unter Hinweis auf die Stellungnahme der Bundesregierung vom 20. Dezember 2013 (Bundestagsdrucksache 17/11970) zur Reichsbürgerbewegung wird auf weitere Ausführungen zu diesem Thema verzichtet.

Die Argumente der Reichsbürgerbewegung werden bis ins Detail von der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem unten angegebenen Link und den weiterführenden Links auf der Seite 28 widerlegt. Schon vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren zusätzlichen Stellungnahme durch das Bundesministerium des Innern.

www.ernst-und-jung-stiftung.de/wirter/pdfs/rechtsstaatsinfo_who.pdf
www.rechtsstaatsinfo.de/wirter/pdfs/rechtsstaatsinfo_who.pdf
www.kritik.net/107100.php

8.4. Halten die alliierte USA und die britische Krone das Deutsche Reich – Deutschland bis heute gekapert?

Hält die USA Deutschland und damit Europa gefangen?

 **DEUTSCHES REICH** – 1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144, USA

 **HANDELSREGISTERNUMMER**
NV20031304121 NV

 **FIRMENSTATUS**
EINGETRAGEN

 **PROTOKOLLIRTER SITZ**
1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144
US



LAND
US

BUNDESTAAT
Nevada

GRÜNDUNGSDATUM
2003-03-24

REGISTRIERTER VERRETER
CORPORATION MAKERS, INC.
1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144
US

ALTER DER FIRMA
14 Jahre



Firmen Details für DEUTSCHES REICH wurden direkt oder indirekt von offiziellen Handelsregistern bezogen.
Sie befinden sich hier: Deutsches Reich – 1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144, USA





BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Egon Bahr spricht über die **KANZLERAKTE**

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die „Kanzlerakte“, ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz.

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtswort verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der Zeit habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei

drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. – Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt. Nachdem ich die Leitung des Planungstabes (im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz.

Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer

VS-Verschlusssache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Handwritten signature

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

Handwritten initials

NUR FÜR MINISTER

St r e n g s t e V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom
21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Handwritten initials

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

*Original
bisher
vermisst!*

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

2k.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Ordnung!

Hochachtungsvoll

Handwritten signature
Dr. Rickermann
Staatsminister

53

Original erhalten am:

z.d.A. am: 14.9.92

WVL am:

					
Deutsches Reich (Kaiserreich Deutschland)	Weimarer Republik	Großdeutsches Reich	Besetztes Land von den (Schein) Siegermächten	Deutsch Demokratische Republik (DDR)	Bundesrepublik Deutschland (Heute)

Hier liegt das Problem aller Probleme

Treuhandgesellschaften
(Treuhand für das deutsche Volkstum, das nicht verlassen werden soll)

Das Deutsche Reich (Kaiserreich Deutschland) vom 1871 bis 1918 ist immernoch in Kraft und der letzte Punkt der Souveränität. Das Deutsche Reich ist nur nicht Handlungsfähig !!

elementbxx
LUDWIG HOFFMANN

Die BRD ist NICHT Deutschland
Grundgesetz Artikel 139 + 146
Verfassungsumsetzung für

Heimat &		Weltfrieden
Ablösung der BRD-Kolonie durch GG 146		Beendigung der Staatenlosigkeit durch GG 139

Wiederherstellung des Rechtsstaates
www.staatenlos.info



Kommentar der Bundeskanzlerin Angela Merkel 20 Jahre später anlässlich des Festaktes am 31. August 2000 im Kronprinzenpalais in Berlin: *“Der Einigungsvertrag sollte uns ein gutes Beispiel sein für weitere Verträge, die auf der Welt zu schließen sind.”* (Die Täuschung gilt als eine Art “Handlungsgrundlage” für künftiges Vorgehen bei Staatsverträgen)

Die Bundeskanzlerin würdigte den Einigungsvertrag als *„etwas Wegweisendes, etwas Fundamentales“*. *„Es waren unendlich viele Probleme zu lösen“*, sagte sie in ihrer Ansprache. Sie erinnerte an den unglaublichen Gewinn an Lebensqualität, den wir heute, 20 Jahre später, verzeichnen könnten.

„Die Lasten der Einheit waren in Wirklichkeit Lasten von 40 Jahren verfehlter sozialistischer Wirtschaftspolitik“, betonte Hans Dietrich Genscher. Schäuble resümierte: „Es ist uns manches richtig gut gelungen.“

Zusammenfassung zur Rechtslage in Deutschland ab 1990

I. Täuschung BRD & DDR - Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990:

Regel: „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft“

Nachweis u. a. Urteil Bundesverfassungsgericht BVerG E 3, 288 (319f): 6, 309 (338,363))

II. Am 17. Juli 1990 ist die alliierte Fremdverwaltung *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) in Deutschland vom 23. Mai 1949 durch ersatzlose Streichung des räumlichen Geltungsbereiches, Artikel 23 der Besatzungsordnung "Grundgesetz (GG) für die BRD vom 23. Mai 1949" weggefallen.

Das bedeutet: Mit dem Eintritt der Tageswende vom 17. Juli 1990 zum 18. Juli 1990, 0.01 Uhr, ist damit das bisherige Besatzungsorgan *Bundesrepublik Deutschland* mitsamt dem alliierten Militär-Grundgesetz, sowie alle sonstigen Militärbefehle, z. Bsp. auch alle Bundesländer des Besatzungsorgans Bundesrepublik Deutschland, staatsrechtlich de jure erloschen.

Juristisch wirksam wurde diese Streichung am 29. Juli 1990 – Beweis: BGBL II, Seite 885/890, vom 23. September 1990.

III. Am 17. Juli 1990 – nahmen sich die vier Alliierten (Hohe Hand) aus dem Völker- und somit dem Besatzungsrecht der Haager Landkriegsordnung selbst heraus, gaben Deutschland = das *Deutsche Reich* in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 vollständig frei.

Die stammesdeutschen Menschen und Rechtsträger des (Völker-) Rechtssubjekts *Deutsches Reich* waren 1990 gefordert die völkerrechtliche Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wieder zu errichten, was aber offenkundig durch Täuschung und Sabotage verhindert worden ist.

IV. Der sog. „2+4-Deutschland-Vertrag“ vom 03. Oktober 1990 als sog. „In-sich-Geschäft“ (verboten gemäß Paragraph 181 BGB)

Die alte BRD I fusionierte offenbar am 3. Oktober 1990 mit der DDR zur BRD II - Beweis: Einigungsvertrag vom 31. August 1990

Allem Anschein nach wurde in der Heimat der deutschen Völker eine Art Treuhandverwaltung mit Bezeichnungen wie „Deutschland“ und/oder „Bundesrepublik“ und/oder „Germany“ und/ oder „Bundesrepublik Deutschland“ und einem privatisiert modifiziertem Grundgesetz – Basic Law II gegründet. Das Grundgesetz II für die BRD kann demzufolge nur noch einen AGB-Status im Handelsrecht haben.

V. In der Folge der vorgenannten Schritte wurde auf Veranlassung der Alliierten Mächte zum 03. Oktober 1990 bei der UN die alte BRD I von 1949 mit der UN-Länderkennziffer 280 sowie die DDR mit der UN-Länderkennziffer 278 gestrichen.

Neu eingetragen wurde das freigegebene deutsche Gebiet mit der Bezeichnung *Deutschland/ Germany* unter der neuen UN-Länderkennziffer 276.

Die alte Bundesrepublik Deutschland, wie auch die Deutsche Demokratische Republik wurden damit offenbar rechtlich nichtig und fielen einfach weg.

Die neue Bundesrepublik Deutschland übernahm einfach stillschweigend in konkludenter Annahme durch die vorsätzlich getäuschte deutsche Bevölkerung die Verwaltung in Deutschland.

Diese neue Treuhand-Verwaltung/ BRD-Nachfolgeorganisation wird ab dem 3. Oktober 1990 unter den Bezeichnungen „Bundesrepublik Deutschland, Deutschland, Germany“ geführt.

Diese deutsche Treuhandverwaltung geht nun schrittweise in dem Unternehmen – (private) Interessenvereinigung mit der Bezeichnung „Europäische Union“ und/ oder „Europa“ (sog. „viertes Reich“ gemäß Walter Hallstein-Plan) auf - siehe dazu Artikel 23 Grundgesetz für die BRD.

VI. Durch doppelte Aufhebung wurde daraufhin der alliierte Vorbehalt (Besatzungsrecht) in Deutschland wieder eingeführt. (juristischer Trick)
– Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats, S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben: 1. das erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),

3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die alliierten Entnazifizierungsvorschriften SHAEF und SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *deutschen Staatsangehörigkeit*/ *DEUTSCH* vom 5. Februar 1934 gegen ihren Willen juristisch nazifiziert sind – Beweis Artikel 139 GG für die BRD – und die Übernahme der Kriegsfolgen und Besatzungskosten – Artikel 120 GG für die BRD

VII. Die BRD-Treuhandverwaltung hält bis heute das *Deutsche Reich* unter internationaler Täuschung im § 270 StGB Rechtsverkehr analog § 263 StGB Betrug mit praktiziertem Gewohnheitsrecht okkupiert, was ein Akt der Piraterie darstellt. Die notwendige Aufklärung der getäuschten deutschen Bevölkerung und des internationalen Völkerbundes und die notwendigen Referenden zur Befreiung von Deutschland werden durch die zu privat-kommerziellen Firmen privatisierte Bundesrepublik–Treuhandverwaltung nachhaltig verhindert.

VIII. BRD-Vertreter lassen sich durch interne handelsrechtliche Wahlen (vgl. „Betriebswahlen“) auf Grund des eigenen BVerG (Az.: 2 BvE 9/11) seit 1956 rückwirkend aufgehobenen, nichtigen Wahlgesetzes immer wieder erneut illegal „legitimieren“, was eine organisierte Betrugshandlung gemäß § 263 StGB zu Lasten Dritter darstellt. Vgl. Urteil BVerG - Quelle:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/01/cs20190129_2bvc006214.html



Phase 9: Nationalsozialistisches Projekt „Europa“ – das 4. Reich - Walter Hallstein

staatenlos & vogelfrei in die Europäische Union:

Historische Entwicklung des vierten Reiches „vereinigte Staaten von Europa“:

18. April 1951 Gründung „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“,

25. März 1957 Gründung „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG).

1. November 1993 Gründung der privaten Interessengemeinschaft „Europäische Union“ (EU) (sog. „Römische Verträge“)

2001 Nato-Bündnisfall 9/11 Megaritual

2007 Lissabon-Vertrag/ EU-Todesstrafe – RGBL 1933 Teil I S. 155

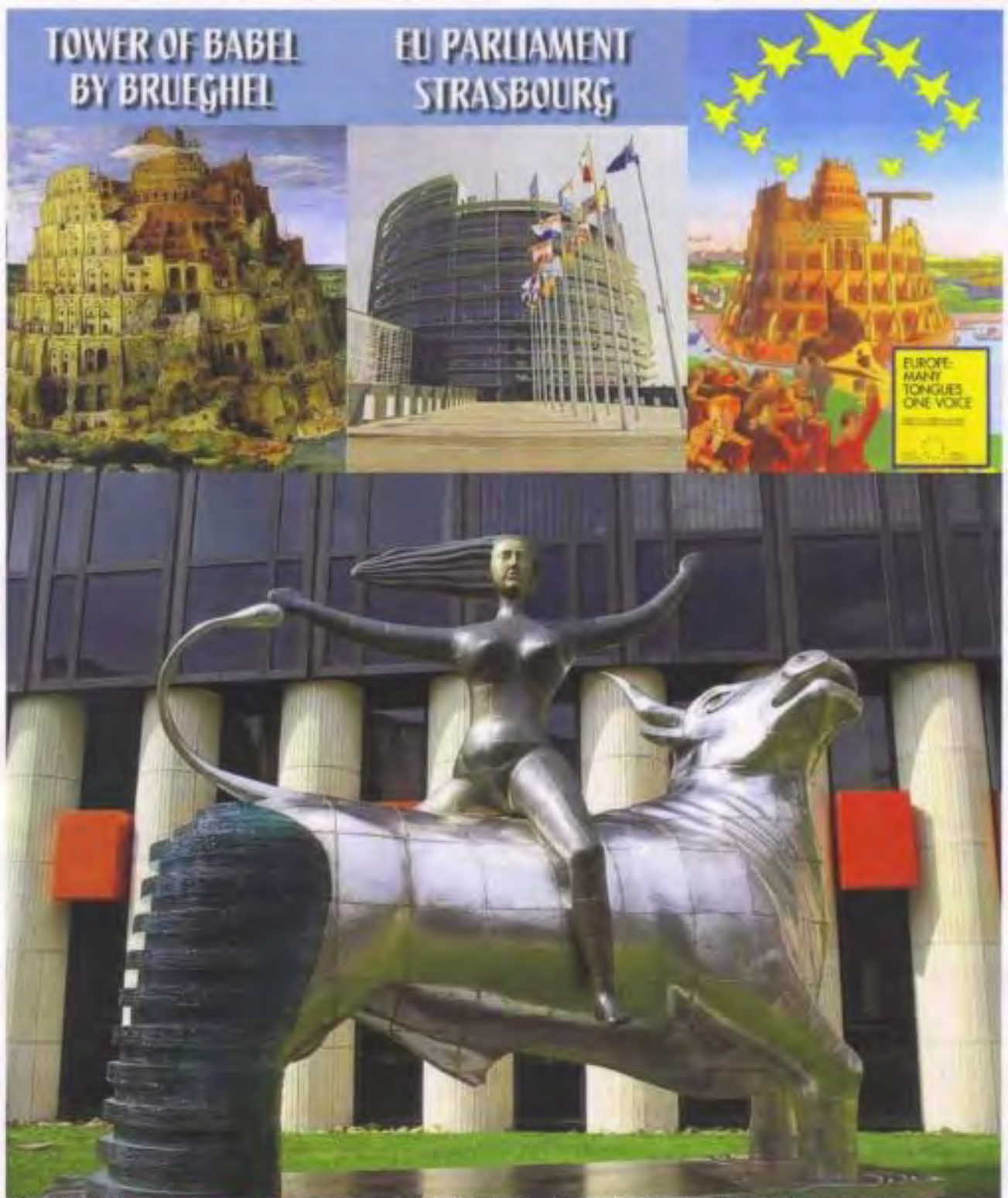
2012 ESM-Ermächtigungsgesetz – Plünderung Spareinlagen – ESM

2013 NATO-Russland-Kriegszustand - Transatlantisches Freihandelsabkommen



Barbarossa 2.0





Abduction of Europe, Woman riding the beast in water statue in front of the European Parliament Building in Strasbourg, France. EU Official Poster Rebuilding the Tower of Babel.

Planten die Nazis auch eine Europäische Union?

Wenn man die Prämisse akzeptiert, Adolf Hitler und seine NSDAP wären geschichtlich einzigartige Monster gewesen, die mit ihrer nie dagewesenen Machtgier und Mordlust das unschuldige und pazifistische Resteuropa überfielen, muss man als gleichzeitiger Befürworter der Europäischen Union doch ins Gröbeln geraten: Denn ein gewisser ideologischer Konflikt lässt sich als simultaner Nazi-Gegner und EU-Fan nicht vermeiden, wenn man davon erfährt, dass die Nationalsozialisten strategische Pläne zur Vereinigung Europas hegten, die eine erstaunliche Ähnlichkeit sowohl zu den Ideen der Gründerväter der Staatengemeinschaft als auch zur heutigen politischen Struktur der EU aufwiesen. Eigentlich sollte dies nicht überraschen, denn akzeptiert man die Prämisse, Hitler habe bedingungslos nach maximaler Macht gestrebt, was hätte näher gelegen, als ein grosses europäisches Reich unter der Kontrolle der NSDAP zu errichten? Die Tatsache, dass die Europäische Union in ihrer heutigen Form in etwa das darstellt, was Hitler sogar laut dem mantrahhaft wiederholten Mainstream-Narrativ auch wollte – also ein riesiges Reich unter der Kontrolle von wenigen, diktatorisch nicht legitimierten Anführern – müsste bei den EU-Begeisterten doch eigentlich für Verwirrung sorgen? Ist die EU nicht genau die Erfüllung der Ziele, für die die Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht gegessen werden? D.h. die Unterwerfung Europas unter ein einziges Regime – allerdings nicht durch Eroberung, sondern im Falle der EU durch Diplomatie.

Nachfolgend sollen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vier Quellen genannt werden, die aufzeigen, dass die Nationalsozialisten eine Vereinigung Europas unter ihrer Herrschaft ersahen:



Walther Funk, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident der NSDAP, plante die «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft», so liess auch der EU-Vorgänger.

1 Die Grundzüge zu einer Europäischen Union der Nazis wurden bereits vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs geplant. Zusammengefasst wurden die Pläne in einer Aufsatzsammlung, die Reichswirtschaftsminister Walther Funk 1942 herausgegeben hat. Titel: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.¹ Dort heisst es:

«Auf dem Europa-Kongress in Rom vom 14. bis 20. November 1932 entwickelte Alfred Rosenberg zum ersten Male vor einem internationalen Forum in einer grossartigen Schau die Gedanken, die uns selber bewegen.»²

In verschiedenen Aufsätzen legten Nationalsozialisten in der Aufsatzsammlung dar, wie sie sich diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vorstellten: Eine Zollunion, ein gemeinsames Währungssystem (=Währungsblock), in dem eine Angleichung der Wechselkurse angestrebt wird, also wie im «Europäischen Währungssystem» (EWS), das dem Euro vorausging, und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Der ehemalige Berater von Margaret Thatcher, Christopher Story, fasst die Zielrichtung der Aufsätze in seinem Buch «The European Collective» so zusammen:

3 Joseph Goebbels hielt am 11. September 1940 eine Rede vor tschechischen Journalisten und Intellektuellen über »Das kommende Europa«. Darin erklärte er:

»In dem Augenblick, in dem die englische Macht zu Boden stürzt, ist uns die Möglichkeit gegeben, Europa neu zu organisieren, und zwar nach Gesichtspunkten, die den sozialen, wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts entsprechen. Unser deutsches Reich hat vor etwa 100 Jahren einen ähnlichen Prozess durchgemacht. Es ist damals genauso in viele Teile, grössere und kleinere, zerspalten gewesen, wie das heute mit Europa der Fall ist. Diese **KLEINSTAATEREI** war so lange ertöglig, als die technischen Hilfsmittel, vor allem die Verkehrsmittel, noch nicht so weit ausgebaut waren, dass der Übertritt von einem kleinen Land ins andere eine zu kurze Zeit beanspruchte hätte [...] Ich bin überzeugt, in 10 Jahren wird man nicht mehr nur in Ländern denken – viele unserer heutigen Probleme sind dann vollkommen verblasst und es wird nicht mehr viel von ihnen übrig sein; man wird dann auch in Kontinenten denken und ganz andere, vielleicht viel grössere Probleme werden auch das europäische Denken erfüllen und beweisen.«

Na, wie klingt das? Den Verweis von Goebbels auf die sehr so furchtbare Kleinstaaterei findet man – namentlich in Reden der EU-Befürworter. In Wirklichkeit war die Zeit der »Kleinstaaterei« im 18. und 19. Jahrhundert, als z.B. das heutige Gebiet der BRD aus hunderten Grafenschaften, Fürstentümern, Herzogtümern usw. bestand sehr segensreich für die Bevölkerung. Die Steuern waren niedrig – deutlich unter 10 Prozent – und Kultur sowie Wirtschaft blühten. 1808 Auch heute sind es die kleinen Länder wie die Schweiz, Liechtenstein, Singapur oder Monaco, in denen es den Menschen am besten geht – weil dort die Staatsbeiträge gering und die Steuern niedrig sind.

»Eine Rückkehr zu nationalen Einzelwährungen würde fatale politische und wirtschaftliche Verluste nach sich ziehen. Anstatt ein global player mit einer Weltreservewährung zu sein, fallen wir dann in die Kleinstaaterei zurück – begleitet von einem weltpolitischen Bedeutungsverlust.«

Martin Schulz (SPD), EU-Parlamentspräsident von 2014 bis 2019

Quelle: europarl.europa.eu, Rede zum Europatag von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, 09.06.2012



Joseph Goebbels, Reichspropagandaleiter der NSDAP, wollte den europäischen Kontinent ebenso in einer Art Grossreich vereinen.



»Das Ziel des Sozialismus ist nicht die Verbreitung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht die Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verwahrlosung.«

Adolf Hitler, Führer der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)

Wolfgang Ibsen, Gründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)

»Europa muss lernen, dass die Zeit der Kleinstaaterei vorbei ist.«

Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission

Quelle: europa.eu, Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum European Dinner am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz, 16.02.2017



Quelle: europa.eu, Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum European Dinner am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz, 16.02.2017



»Wenn wir den europäischen Kontinent wirklich führen wollen [...] so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Grossraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst.«

Hermann Göring, Reichsmarschall der NSDAP



NS-Propagandaplatz zum deutschen Machtanspruch in Europa.

und staatenlos und vogelfrei in die Europäische Union:

Unionsbürgerschaft = Nichtstaatsangehörigkeit

Mit dem Abschluss des Vertrages von Maastricht (1993) verfügt jeder deutscher Staatsbürger automatisch über die Unionsbürgerschaft, die seine nationale Staatsangehörigkeit ergänzt.

Die rechtliche Grundlage bildet der Vertrag über die Arbeitsweise der EU.

Dieser Vertrag garantiert jedem EU-Bürger das Recht, sich innerhalb des Hoheitsgebiets der EU frei zu bewegen und aufzuhalten, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen und das Recht auf Schutz durch die diplomatischen und konsularischen Vertretungen eines beliebigen EU-Mitgliedstaats. Ferner wird jedem EU-Bürger das Recht auf die Einreichung von Petitionen an das Europäische Parlament sowie von Beschwerden an den Europäischen Bürgerbeauftragten zugestanden.

Es ist eine offenkundige Tatsache, dass mit der Streichung der „Reichszugehörigkeit“, die deutsche Staatsangehörigkeit auf der einen und die Unionsbürgerschaft auf der anderen Seite erloschen sind. Erstere definierte sich bis zum Jahresende 2010 über die Reichsangehörigkeit, und Letztere setze bekanntlich eine nationale Staatsangehörigkeit voraus.

Unionsbürgerschaft (Art. 20 AEUV)

- (1) Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.
- (2) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die in den Verträgen vorgesehenen Rechte und Pflichten. Sie haben unter anderem
 - a. das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten;
 - b. in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats;
 - c. im Hoheitsgebiet eines Drittlands, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht vertreten ist, Recht auf Schutz durch die diplomatischen und konsularischen Behörden eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates;
 - d. das Recht, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten und sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, sowie das Recht, sich in einer der Sprachen der Verträge an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten.

Ergebnis:

Mit dem Inkrafttreten ab dem 1. Januar 2000 entstand ein neuer Status aller Deutschen und der eingebürgerten Migranten in der BRD – die Staatlosigkeit:

Folgen: Status Vogelfrei = ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend. Vogelfreie Menschen können überall verfolgt und getötet werden.

Definition: Roma und Sinti - Status Vogelfrei:

= ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe vom Reichsacht betroffen; **ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend -**

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, **dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem frei gejagt und getötet** werden durfte. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt**.

[1] **Vogelfreie Menschen konnten ungestraft getötet werden. (Mordacht)**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heim zureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“[2]

Beweisquelle: <http://de.wiktionary.org/wiki/vogelfrei>

CHRISTOPH SCHÖNBERGER

Unionsbürger

Jus Publicum

145

Mohr Siebeck

dann kann sie auch keine Staatsangehörigkeit haben. Das Ergebnis beruht dann auf vorgefaßten Begriffsdefinitionen, wie das in ähnlicher Weise häufig bei der Argumentation mit dem Souveränitätsbegriff der Fall ist. Derartige Negativanalysen tragen zur positiven Erfassung von Struktur und Gehalt der Angehörigkeits- und Mitgliedschaftsfragen in der Europäischen Union aber kaum etwas bei⁴⁴.

Das Gegenstück zu dieser negativ staatsorientierten Betrachtungsweise ist eine Deutungsperspektive, die man als *nachstaatlich* bezeichnen kann. Der Abstand der Unionsbürgerschaft zur Staatsangehörigkeit eines Staates wird hier als Ausdruck einer generellen Entwicklungstendenz verstanden, die die Bedeutung der Staatsangehörigkeit relativiert oder beseitigt und zunehmend einen vom Staat abgelösten menschenrechtlich fundierten internationalen Bürgerbegriff, eine „global citizenship“ herausbildet⁴⁵. Anders als die negativ staatsorientierte Analyse versucht diese Deutung zwar eine Beschreibung des positiven Inhalts der Unionsbürgerschaft. Aber weil sie diese letztlich als Ausdruck eines menschenrechtlichen Universalstatus versteht, trägt sie zur dogmatischen Durchdringung dieses spezifischen Angehörigkeits- und Mitgliedschaftsverhältnisses im Ergebnis ebenfalls nur beschränkt bei. Denn Angehörigkeit ist immer der Zugehörigkeitsstatus zu einem begrenzten, partikularen Gebilde, sei es einem Staat oder einer Staatenverbindung. Will die Analyse hingegen von dieser ein- und ausgrenzenden Partikularität absehen, so verfehlt sie das Charakteristische von Angehörigkeitsbeziehungen⁴⁶. Das Besondere von Angehörigkeit und Bürgerschaft ist gerade, daß sie innerhalb der jeweiligen Rechtsordnung einer bestimmten Personengruppe eine spezifische Stellung zuweisen. Man kann diese Bündelung unterschiedlicher Rechte und Pflichten bei einer bestimmten Personengruppe rechtspolitisch für falsch halten. Denn die Rechtsordnung könnte durchaus für die jeweiligen Sachbereiche – Aufenthalt, Wahlrechte, soziale Rechte etc. – gesondert festlegen, welcher Personenkreis die einzelnen Rechte und Pflichten haben soll, ohne dabei an den generellen Status der Staatsangehörigkeit anzuknüpfen. Sie verzichtete dann auf die Abkürzung, die darin liegt,

daß diese Rechte und Pflichten insgesamt an einen allgemeinen Status angekoppelt werden⁴⁷. Solange die Rechtsordnung besondere Angehörigenrechte kennt und damit zwischen Angehörigen und Nichtangehörigen unterscheidet, ist es hingegen nicht möglich, einen spezifischen Angehörigkeits- und Mitglied-

⁴⁴ Grundsatzkritik: C. Tomuschat, Staatsbürgerschaft-Unionsbürgerschaft-Weltbürgerschaft, in: Drexel u. a. (Hrsg.), Europäische Demokratie, 1999, S. 73 (84 ff.).

⁴⁵ Vgl. dazu näher unten § 9 VI, S. 140 ff.

⁴⁶ Dazu prägnant H. Burger, Paßwesen und Staatsbürgerschaft, in: Heindl/Sauter (Hrsg.), Grenze und Staat, S. 3 (90).

⁴⁷ Vgl. dazu die Grundsatzkritik an der innerstaatlichen Bedeutung der Staatsangehörigkeit bei S. H. Legomsky, Virginia Journal of International Law 35 (1994), S. 285 ff.

schaftsstatus mit Kategorien zu beschreiben, die unterschiedslos für alle Menschen gelten sollen.

Man erfährt deshalb über die Unionsbürgerschaft wenig, wenn sie als Nichtstaatsangehörigkeit beschrieben wird, und wenig mehr, wenn sie als eine Art Vorgriff auf eine universelle Weltbürgerschaft erscheint. Greift die erste Betrachtungsweise zu kurz, so greift die zweite gewissermaßen zu weit. Beide machen deutlich, daß eine Grundsatzreflexion über die Aussagekraft der staatsbezogenen Begriffe von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft für die Unionsbürgerschaft der Europäischen Union nicht zu entbehren ist. Ihr ist nicht dadurch zu entgehen, daß man die staatsbezogenen Kategorien wahlweise für allein maßgeblich oder für in der Tendenz überholt erklärt.

Folgen der EU-Staatenlosigkeit

Der Status Vogelfrei bedeutet Acht und Bann – Ausgestoßen sein, völlige Recht- und Schutzlosigkeit, Ächtung, Gesetzlosigkeit, keine Rechte und kein Eigentum besitzend, Vogelfreie können überall verfolgt und getötet werden, dazu bürgerlicher Tod der Deutschen.

Der bürgerliche Tod (französisch *mort civile*) bedeutet den Verlust der persönlichen Rechtsfähigkeit.

Der bürgerliche Tod war bereits im römischen Recht eine Folge der *capitis deminutio maxima*, des Verlustes der persönlichen Freiheit bei Gefangennahme oder als Nebenfolge bei Kapitalverbrechen. Auch das gemeine Recht kannte eine direkte Vernichtung der Persönlichkeit (*consumtio famae*) in der Friedlosigkeit als Folge der Oberacht.

- siehe z. Bsp. Quellen: <https://www.wortbedeutung.info/vogelfrei/> + <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelfreiheit> + <https://de.wiktionary.org/wiki/Vogelfreiheit> + https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerlicher_Tod

Definition: sog. „Roma und Sinti-Status“ vogelfrei:

= ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe von **Reichsacht** betroffen; **ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend** -

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, **dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem frei gejagt und getötet** werden durfte. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos, schutzlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt**.

[1] **Vogelfreie Menschen konnten ungestraft getötet werden. (Mordacht)**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heimzureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“

Ergebnis:

Kataklystische Prozesse gegen die Menschheit wie Massentötungen, Völkermord (Genozid), Flucht und Vertreibung bis hin zum Corona-Masterplan - 4. industrielle Revolution - Menschheitsreduzierung – Eugenik der satanischen Transhumanisten:

Seit 1945 wurden etwa 300 Kriege geführt, die 25 Millionen Opfer forderten, über 85 % davon Zivilisten (1). Allein im Jahre 1992 wurden 52 Kriege verzeichnet. Die moderne Völkermorddefinition umfasst bereits die Planung, eine Gruppe von Menschen zu vernichten, auch die Vernichtung einer Führungselite. Es gibt ein ganzes Lexikon der Völkermorde -

Quelle: <https://wir-hn.de/lesecke/mordplanungen-und-massenmorde-im-20-jahrhundert/>

Vorläufiges Ergebnis:

Weder wurden die Deutschen 1990 über ihre Rechte informiert noch waren aus dem deutschen Volke legitimierte Vertreter des auf deutschem Boden weiter existierenden Staates „Deutsches Reich und/ oder „Deutschland “ in Paris Verhandlungspartner.

Verträge zu Lasten Dritter sind rechts- und sittenwidrig und deshalb nicht legitimiert und damit null und nichtig!

Folglich kann die gemäß Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland notwendige Befreiung der Deutschen vom Faschismus und Nazismus, damit die Umsetzung des Potsdamer Abkommens ausschließlich nur unter Beachtung der Wiederherstellung der am 23. Mai 1945 verlorenen Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutsches Reich“ erfolgen.



9.1. Ergebnis der 70 Jahre ethnischen Säuberung in Deutschland

Ab 1945 wurde Deutschland zum Migrantenland umgewandelt. Seitdem sind schleichend und in großen Wellen fremde Ethnien eingewandert und haben das Stammesgebiet der Deutschen in Beschlag genommen. Seit 1949 findet in Deutschland ein zweifelsfrei-erkennbarer Bevölkerungsaustausch statt.

Vor allem ab 1990 wird zusätzlich eine extrem feindliche, eugenisch-transhumanistische BRD-Verwaltungspolitik gegen die indigenen Deutschen geführt.

Die in einer Art Wohlstands- und Betreuungsdiktatur mit einem Mantel der Demokratie versklavte, bunte BRD-Bevölkerung wird ab 1990 immer schonungsloser und offensichtlicher ausgebeutet und in Folge ethnisch-demografisch vernichtet.

In Wahrheit handelt es sich um eine versteckt-heimtückische Umsetzung aus den Kaufmann-, Morgenthau-, und Hooton-Plan.

Ergebnis: Durch diesen Völkermord an den Deutschen gibt es heutzutage kaum noch indigene Stammesdeutsche.



Bildquelle: <http://jeanette-wolff-schule-dortmund.de/wordpress/wir-sind-bunt-und-stolz-darauf/>

Ergebnis von über 70 Jahre Gehirnwäsche und ethnische Säuberung in Deutschland:

Ganz Deutschland ist eine Art Betreuungsanstalt, eine riesige Freiluft-Psychiatrie mit einer komplett unmündigen, gleichgeschalteten Migranten-Bevölkerung geworden.



!!! Ich bin Euer Staat !!!



!!! Wir sind Deutschland !!!



9.2. Übersicht:

Der staatsbürgerlich-rechtliche Weg in die „New World Order“ der Faschisten

I. 11. August 1919 werden die Bundesstaaten aufgelöst und zu sog. „Ländern“ (altdeutsch „Kolonien“) umgewandelt.

Die vorherige Bundesstaatsangehörigkeit wird zu einer vorgetäuschten Landesangehörigkeit - damit wird das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) stillschweigend außer Kraft gesetzt und ruht seitdem.

II. 5. Februar 1934 Zwangsverordnung „Deutsche Staatsangehörigkeit“ als unmittelbare Kolonieangehörigkeit = die unmittelbare Reichsangehörigkeit = Staatsangehörigkeit - Beides ist ein und dasselbe!

III. 15. Juli 1999: Der BRD-Gesetzgeber unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder beseitigt die sog. „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ und damit das Fundament der „Deutschen Staatsangehörigkeit“. (Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 und das Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1864 vom 8.12.2010 R= STAG)

Verheerende Folge: Staat(en)losigkeit – Vogelfreiheit – völlige Recht- und Schutzlosigkeit aller Deutschen und eingebürgerten Migranten mit der Staatsangehörigkeit-Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ in Deutschland.

Die Abläufe der Punkte I. – III. bedürfen der generellen Aufhebung, damit die Deutschen das Potsdamer Abkommen erfüllen können und die rechtsstaatlich konzeptionelle Sicherheit und Ordnung der sozialen Systeme in Deutschland und im Völkerbund wiederhergestellt werden kann.

Das heißt, die Umsetzung der gesetzlichen Kombination zwischen dem Artikel 139 und dem Artikel 146 Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) bedeutet die Erfüllung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 und damit den endgültigen Sieg über den Faschismus, Nazismus und dem (Neo-) Kolonialismus weltweit.

Das ab 1933 gleichgeschaltete und bis zum heutigen Tage gewaltsam unterdrückte und auf allen Ebenen hinterlistig bekämpfte *deutsche Volk* kann insbesondere ohne die Hilfe Russlands und dessen alliierten Partnern (die sog. alliierte „Hohe Hand“) das Ziel der Befreiung vom Faschismus & Nazismus nicht erreichen.

Inbesondere auch die offiziellen Regierungsvertreter von Russland (Der Russischen Föderation) haben sich dem aktuellen Kampf gegen den Faschismus und Nazismus wiederholt öffentlich verpflichtet- z. Bsp. Beweis die UN – Resolution zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus und anderer Praktiken, die zum Schüren zeitgenössischer Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen.

<https://www.un.org/depts/german/gv-68/band1/ar68150.pdf>

Werden die Deutschen nicht aus der Gewaltherrschaft der nationalsozialistischen Rechtsnachfolgeverwaltung BRD – Deutschland – Germany befreit, wird letztendlich die gesamte Menschheit und somit auch das russische Volk und die Völker weiterer Widerstandsnationen existenziell vernichtet. (*siehe dazu den Abschnitt: FOLGEN für Deutschland und den Völkerbund)

Wird das sog. „Deutschland“ endgültig aus der faschistischen Gleichschaltung befreit, kann sofort der bis heute aktive (zweite) Weltkrieg endgültig beendet und die gesamte Menschheit und jedes kriegsbetroffene Volk und dessen Nation (Staat) vor der existenziellen Vernichtung bewahrt werden.

	Übersicht	Reichsbürger	Status
1871	Reichsangehörigkeit und StaatsAng. in einem Bundesstaate		RuStAG
1889	Beginn der Staatlosigkeit in den Reichskolonien		
1913	Beseitigung der Reichsangehörigkeit / Kolonie-Staatlosigkeit		RuStAG
	... oder Unmittelbare Reichsangehörigkeit / Koloniestatus		uRoStAG
1920	Abgabe der Kolonien - der Status blieb weiter gültig		
1933	NS-Gesetz Einführung der deutschen StaatsAngehörigkeit		dStA
	... Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit ?		
	... Aberkennung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit		
1934	NS-Gleichschaltungs-Status ... Kolonie Deutsches Reich		uR=dStAG
	unmittelbare Reichsangehörigkeit = deutsche Staatsangehörigkeit		
1945	Waffenstillstand Kriegslisten sind nach HLKO erlaubt		
1946	Militärische Anordnung Entlassung aus der dStA nach		RuStAG 1913 ?
	Militärische Anordnung dStA bleibt weiter gültig		
1949	Teil - Kolonie BRD übernimmt NS-Status		uR=dStAG
1958	BRD Neu Bereinigungsgesetz BGBl. Teil III (Kriegslist)		
1959	BGBl. III Fußnote 1913 Status-Verfälschung (Kriegslist)		uR=dStAGoStAG
1999	BRD-Gesetz Bereinigung von RuStAG auf StAG 1913		
	... § 40a Status- Deutscher = deutsche StaatsAng. = uR		
2000	Beseitigung NS-Status 1934 / BRD-Massenstaatlosigkeit		uR=dStAG
2004	Zuwanderungsgesetz Status 1913 Endbereinigung		uR=dStAGoStAG
2005	NS-Status-Leiche von 1934 im Status von 1913		uR=dStAG
	§ 1. Deutscher ist, wer die deutsche StaatsAng. besitzt.		

9.3. Keine Befreiung 1945 = keine Entnazifizierung der Deutschen – Kein Frieden



Artikel 120 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

- (1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.
- (2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkte über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.



[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

Art 139

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

[zum Seitenanfang](#)

[Datenschutz](#)

[Seite ausdrucken](#)

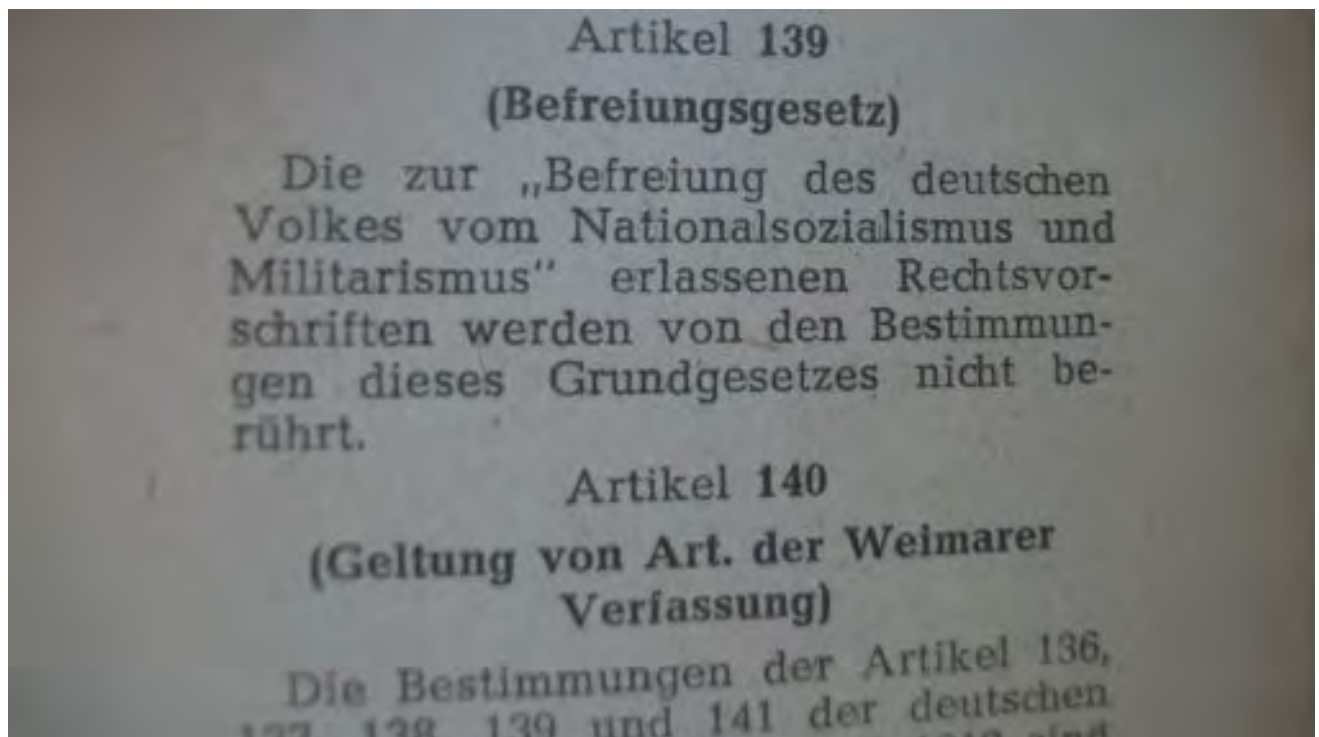
GRUNDGESETZ

SONDERDRUCK FÜR DEN
BUNDESGRENZSCHUTZ

GRUNDGESETZ

für die
Bundesrepublik Deutschland
(Fassung: 31. 12. 1959)

Sonderdruck
für den Bundesgrenzschutz





Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin [Potsdamer Abkommen], 2. August 1945

III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



SHAEF

GRUNDGESETZ

Artikel 139

→ (Befreiungsgesetz)

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.



SMAD

43:01 / 43:11




Gesetz Nr. 1

AUFHEBUNG NATIONALSOZIALISTISCHER GESETZE

Um die Grundsätze und Lehren der NSDAP aus dem deutschen Recht und der Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes auszurotten, um für das deutsche Volk Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz wieder einzuführen, wird folgendes verordnet:

21

ARTIKEL III

Allgemeine Auslegungsvorschriften

4. Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.

5. Entscheidungen der deutschen Gerichte, deutscher Amtsstellen und Beamten, oder juristische Aufsätze, die nationalsozialistische Ziele oder Lehren erklären oder anwenden, dürfen in Zukunft nicht mehr als Quelle für die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechtes zitiert oder befolgt werden.

6. Deutsches Recht, das nach dem 30. Januar 1933 in Kraft trat und in Kraft bleibt, ist so auszulegen und anzuwenden, wie es seinem einfachen Wortlaut entspricht. Der Gesetzeszweck und Auslegungen, die in Vorsprüchen oder anderen Erklärungen enthalten sind, bleiben bei der Auslegung außer Betracht.

Gesetz Nr. 1

AUFHEBUNG NATIONALSOZIALISTISCHER GESETZE

Um die Grundsätze und Lehren der NSDAP aus dem deutschen Recht und der Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes auszurotten, um für das deutsche Volk Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz wieder einzuführen, wird folgendes verordnet:

21

ARTIKEL I

1. Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit dem 30. Januar 1933 eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, verlieren hiermit ihre Wirksamkeit innerhalb des besetzten Gebietes:

- (a) Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933, RGBI 1/285.
- (b) Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, RGBI 1/479.
- (c) Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933, RGBI 1/1016.
- (d) Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934, RGBI 1/1269.
- (e) Reichsflaggengesetz vom 15. September 1935, RGBI 1/1145.
- (f) Hitlerjugendgesetz vom 1. Dezember 1936, RGBI 1/993.
- (g) Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935, RGBI 1/1146.
- (h) Erlaß des Führers betreffend die Rechtsstellung der NSDAP vom 12. Dezember 1942, RGBI 1/733.
- (j) Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, RGBI 1/1146.

2. Weitere nationalsozialistische Gesetze werden durch die Militärregierung zu dem in der Einleitung genannten Zweck außer Kraft gesetzt werden.

Potsdamer Abkommen

Mitteilung über die Dreimächtekonzferenz von Berlin
[("Potsdamer Abkommen")]

vom 2. August 1945]

III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen worden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der **Periode der alliierten Kontrolle**. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

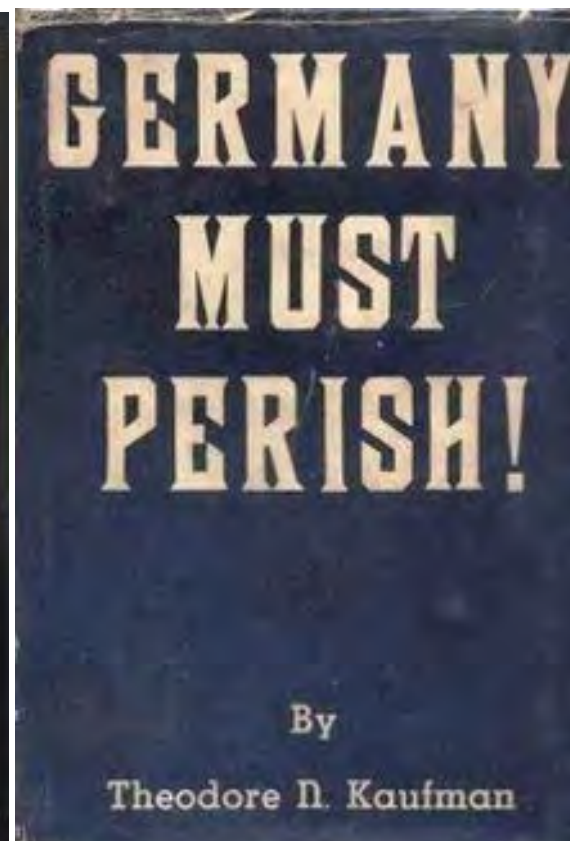
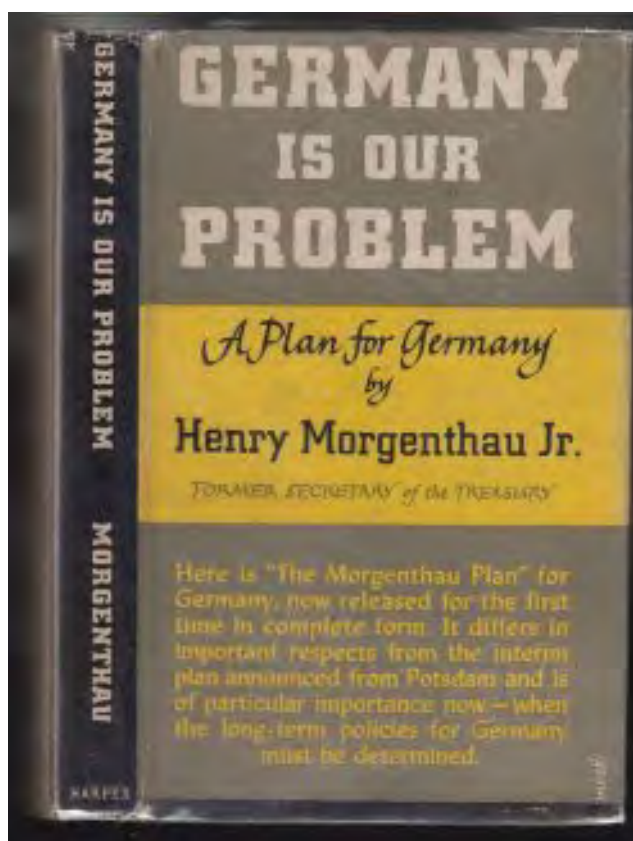
Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

<http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>



Im März 1946 wurde das "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" erlassen. Belastete Personen mussten sich, wie auf dieser Aufnahme gezeigt, vor Spruchkammern verantworten. (Main-Post/Walter Röder)
 von Paul Hoser

Für den demokratischen Neubeginn Nachkriegsdeutschlands war die Entnazifizierung von großer Bedeutung. Die mit der Direktive JCS 1067 auf der Potsdamer Konferenz 1945 bekannt gegebene Absicht der Alliierten war die völlige Ausrottung der nationalsozialistischen Ideologie und deren Urheber, Repräsentanten und Anhänger zur Verantwortung zu ziehen – auf staatlicher, gesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Ebene. Die wichtigsten Instrumente des Entnazifizierungsprozesses waren die Spruchkammern, der Kassationshof und das Staatsministerium für Sonderaufgaben. Der Erfolg der Entnazifizierung ist bis heute zumindest in Bereichen umstritten, v. a. in Bezug auf





Telford Taylor

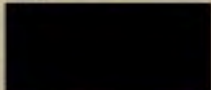
Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel-größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“



Bundesverwaltungsamt

Bundesverwaltungsamt, 50728 Köln

50728



AUSGANGSSTELLE Eupener Straße 125, 50933 Köln

POSTANSCHRIFT 50728 Köln

TEL +49(0)22895358-4168 oder +49(0)221 758-4168

FAX +49(0)22895358-2846 oder +49(0)221 758-2846

ANSPRECHPARTNER Herr Levien

E-MAIL Frank.Levien@bva.bund.de

INTERNET www.bundesverwaltungsamt.de

Br. Zeichen, Ihre Nachricht vom

16.01.2020

Mit. Zeichen, meine Nachricht vom

Datum

21.01.2020

Sehr geehrter Herr

ich bedaure, Ihnen mitzuteilen, dass das Bundesverwaltungsamt weder zuständig ist für etwaige „Entnazifizierungen“ noch für die Rückübertragung historischer oder nicht existenter Staatsangehörigkeiten.

Ihr Schreiben sende ich daher zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Levien

Standort Köln
Eupener Straße 125, 50933 Köln
Verwaltung für Migration und Integration
Büro 100 111, Eupener Straße 125, 50933 Köln
Büro 100 112, Eupener Straße 125, 50933 Köln
Telefonnummer 11, Telefaxnummer 2846

Standort Bonn
Königsplatz 1, 53111 Bonn
Mo. bis Fr. 09:00 - 18:00 Uhr
Sa. 09:00 - 15:00 Uhr
E-Mail
Frank.Levien@bva.bund.de

Standort Berlin
Königsplatz 1, 10117 Berlin
Deutscher Bundestag Platz 1, 10117 Berlin
Mo. bis Fr. 09:00 - 18:00 Uhr
Sa. 09:00 - 15:00 Uhr

9.4. Privatisierung der BRD-Treuhandverwaltung in Deutschland ab 1990

Ab 1990 erfolgt die vollständige Privatisierung aller halbstaatlichen Strukturen in Deutschland zu Firmen nach internationalen Handelsrecht - UCC. Das gesamte Volksvermögen der DDR wurde ab einer D-Mark an die internationale Wirtschafts- und Finanzmafia verscherbelt und neue Absatzmärkte erschlossen bzw. untereinander aufgeteilt.

Eine Republik ist niemals ein völkerrechtlicher Staat sondern immer ein Treuhandkonstrukt mit jur. PERSONEN (Sachen) anstelle von natürlichen Personen!
Republik = res publica = öffentliche Sache.

Zitat Oswald Spengler 1924:
"Das ist was hier ist!!!"

"Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die Republik, keine Staatsform sondern eine Firma!"
=====

In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von PARTEIEN, nicht von Macht, von Ehre und von Größe, sondern von PARTEIEN. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern PARTEIEN; keine Rechte, sondern PARTEIEN, kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von PARTEIEN. Und diese PARTEIEN - noch einmal, keine Volksteile, sondern Erwerbsgesellschaften mit einem bezahlten Beamtenapparat, die sich zu amerikanischen Parteien verhielten, wie ein Trödelgeschäft zu einem Warenhaus - entschlossen sich, dem Feinde alles was er wünsche auszuliefern, jede Forderung zu unterschreiben, den Mut zu immer weitergehenden Ansprüchen in ihm aufzuwecken, nur um im Inneren ihren eigenen Zwecken nachzugehen."



Oswald Spengler

Auch zitiert in der WELT www.zeit.de/1993/das-weimar-syndrom

Oswald Arnold Gottfried Spengler (* 29. Mai 1880 in Blankenburg am Harz; † 8. Mai 1936 in München)
War Deutscher Geschichtsphilosoph, Kulturhistoriker und antidemokratischer politischer Schriftsteller.

HochFinanz, Banken, Konzerne und Regierung



unterdrücken das VOLK gemeinsam





Das **deutsche Volk** wurde nach Art. 53 und 107 UN-Charta, im Stande vom 31.12.1937, als **Feind entmündigt**

und die **Bundesrepublik**, als 1937-Deutschland, nach Art. 73 der UN-Charta, als **Treuhänder definiert.**

YANA MILEV



DAS TREUHAND TRAUMA

**DIE SPÄTFOLGEN DER
ÜBERNAHME**

DAS NEUE BERLIN



Wer protestiert wird zum Schweigen gebracht!



Deutschland im Herbst

20 Jahre Gesamtdeutschland vereitelt



30.11.1989 Tatort



Alfred Herrhausen

Bankmanager der Rothschild Bank DEUTSCH ermordet

30.11.2009 **Herrhausen-Attentat**

Zwanzig Jahre danach werden manche Fragen und Spuren immer unbequemer

...Das Rätsel um die Sprengladung: Erstmals kam am 30. November 1989 im hessischen Oberursel/Taunus bei dem Angriff auf die Wagenkolonne des Bankers ein Sprengsatz zur Verwendung, der von hochqualifizierten Spezialisten hergestellt worden sein musste. Nach Angaben des BKA wurde die Sprengladung mittels eines unterirdisch verlaufenden Kabels und einer Lichtschranke, die vom Spiegel eines auf der anderen Straßenseite abgestellten Fahrrades reflektiert wurde, gezündet. Zahlreiche Experten sind sich sicher: Die Bombe konnte nicht allein aus den Händen der deutschen Stadtguerilla stammen. Dabei müssen zumindest im Hintergrund Fachleute eines Militärs oder Geheimdienstes unterstützend tätig gewesen sein. Dort ist auch das dritte Rätsel um den Herrhausen-Anschlag angesiedelt, die Herkunft des Bekennerschreibens,.....

....Rätselhaft bleiben auch bis heute die ominösen Sicherheitsleute: Entgegen der landläufigen Vorstellung, die Personenschützer Herrhausens seien BKA-Beamte oder andere Polizisten gewesen, soll es sich bei ihnen jedoch um Angehörige des Werkschutzes der Deutschen Bank gehandelt haben, da

Herrhausen kein öffentliches Amt bekleidete und somit nicht von staatlichen Organen geschützt werden konnte. Bis heute wirft die Tatsache, dass das Fahrzeug der Personenschützer zwar vor dem Wagen Herrhausens die Lichtschranke passierte, aber nicht den Zünder der Sprengladung auslöste, drängende Fragen auf. Warum die Männer nach der Explosion Minuten warteten, bis sie zum völlig zerfetzten Herrhausen-Auto liefen, ebenfalls. Und noch mysteriöser erscheint das sich in Kreisen polizeilicher Sondereinheiten hartnäckig haltende Gerücht, wonach einer der Personenschützer kurz nach dem Attentat auf fragwürdige Art und Weise aus dem Leben schied.....

Samstag, 15. Mai 2010

Josef Ackermann will nicht enden wie Herrhausen

Josef Ackermann ... verrät bei Maybritt Illner, dass er nicht so enden wolle wie Herrhausen, (Ex-Deutsche-Bank-Chef) der 1989 von Nazi Terroristen erschossen wurde.

16. Mai 2010

Ackermann als Verschwörungstheoretiker?

Oder sagte er in der 14. Minute der Maybrit-Illner-Show einfach nur mal die Wahrheit, anstatt wie zuvor und danach zu merkeln? In Minute 13 wurde in einem Einspiel-Filmchen auf seinen Amtsvorgänger, Alfred Herrhausen, verwiesen.

Der hatte einen Forderungsverzicht der Banken gegenüber den damaligen (1988) Schuldnerstaaten vorgeschlagen. Der Film kommentierte, dies sei unter wütenden Protesten seiner Bank-Kollegen erfolgt, und der Film besagt weiter ohne jeglichen raunenden Unterton: "1989 wird Alfred Herrhausen von Terroristen ermordet." Angesprochen darauf, ob er es nicht ebenso hätte machen können und in der Runde der internationalen Bankenvereinigung machen können wie Herrhausen, also auf Forderungen zu verzichten, antwortete Ackermann mit einem maliziösen Lächeln:

"Ich glaube, es wäre mir genauso ergangen wie Herrn Herrhausen."

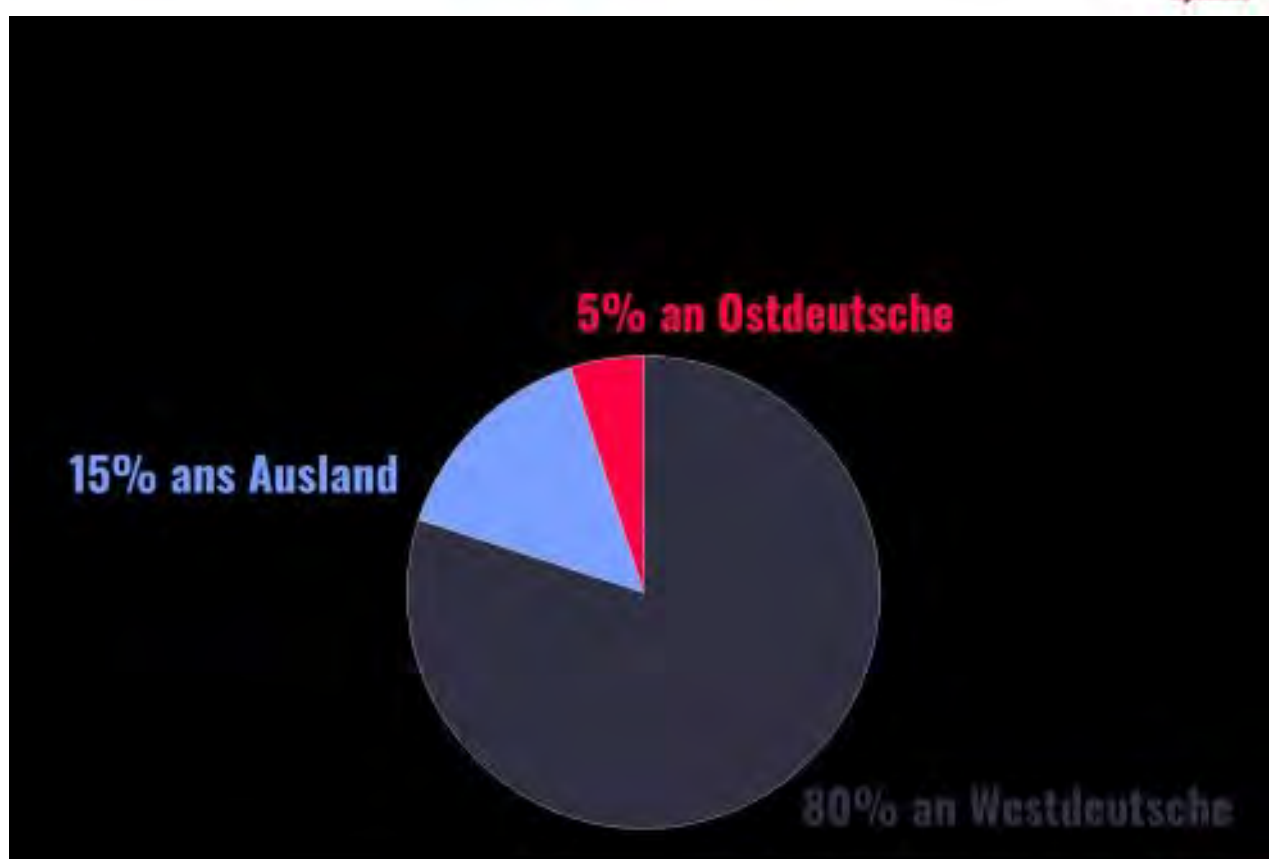
Otto Schily : "RAF Terror war von der CIA inszeniert"

Die CIA ist Rothschilds Privatarmee.

Sie finanziert sich durch Waffenverkäufe und Drogenhandel



Share with



Share with



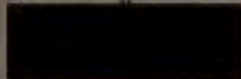
MISSION
OF THE
UNITED STATES OF AMERICA

Clayallee 170
1000 Berlin 33

USBER
Econ

Berlin, 20. August 1986

Herrn



Betr.: Grundstueck Koenigsweg 1 in Berlin-Zehlendorf

Bezug: Ihr Schreiben vom 27. Mai 1986 an unsere Botschaft
in Bonn

Sehr geehrter Herr [REDACTED]:

Ihr Schreiben wurde uns wegen der oertlichen Zustaendigkeit von
unserer Botschaft zur Beantwortung zugeleitet.

Unsere Ermittlungen ergaben:

Das Grundstueck Koenigsweg 1 in Berlin-Zehlendorf gehoert zum
Sondervermoegen "Deutsches Reich (Reichseisenbahnvermoegen)".
Dieses Vermoegen unterliegt gemaess Gesetz Nr. 52 den
Anweisungen der Militaerregierung.

Treuhaenderisch wird das Grundstueck vom

Senator fuer Finanzen
Verwaltung des ehem. Reichsbahnvermoegens
(Vorratsvermoegen) in Berlin (West) -VdeR-
Hallesches Ufer 74, 76
1000 Berlin 61

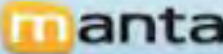
verwaltet.

Ein Antrag auf Veraeusserung des Grundstuecks liegt z. Zt. hier
nicht vor.

Wir empfehlen, weitere Fragen zur Beseitigung von Unklarheiten
die Ihrerseits bestehen sollten, mit Ihrer Vertragspartnerin,
der VdeR, zu klaeren.

Hochachtungsvoll

A. Elizabeth Jones
A. Elizabeth Jones
Wirtschaftsberaterin


Where Small Business Grows™
New to

U.S. Companies
Worldwide
Manta Connect
Features
P

U.S. - Washington, DC - Government - International Affairs - Washington International Affairs - Bundesrepublik Deutschland

Company Profile Page
Reports
Map
Web Results

Bundesrepublik Deutschland

Industry & Trade
1 Farragut Place Nw
Washington, DC 20011 map

Ads

[Bachelor Int'l Relations](#) BA International Relations. Study in Segovia and Madrid. Sign Up Now!
[www.ie.edu/university](#)

About Bundesrepublik Deutschland
Website: Information not found | Phone: (202) 347-0247 | Is this your company? [Claim This Profile](#)

Business Categories
International Affairs in Washington, DC | Industry & Trade Office | International Affairs

Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC is a private company categorized under International Affairs. Our records show it was established in and incorporated in District of Columbia. Register for free to see additional information such as annual revenue and employment figures.

[Own This Business?](#)
[Edit Company Info](#)

Company Contacts

Is this your company? [Claim This Profile](#)



Leuther Griessbach
Principal


Decide with Confidence

UPIK® - Unique Partner Identification Key

Home
News
Browse D&B Deutschland
D&B International
VDA
VCI
Kontakt
Login



12345 UPIK 6789
Be unique!

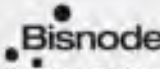
UPIK®-Suche

D.U.N.S.® Nummer erfordern

update

Mein UPIK®

UPIK®-Basics



UPIK® ist ein Produkt von Bisnode Deutschland. Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsdatenbanken. Erhalten Sie mehr über unser Unternehmen und unsere Angebote unter [www.bisnode.de](#)

Erhalten Sie mehr

UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Bundesrepublik Deutschland
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensname	BRD
L	D.U.N.S.® Nummer	741611478
L	Geschäftssitz	Platz der Republik 1
L	Postleitzahl	11011
L	Postleitzahl Stadt	Berlin
L	Land	Germany
W	Unter-Code	278
L	Postfachnummer	
L	Postfach-Strasse	
L	Telefon Nummer	03027770
W	Fax Nummer	03027750740
W	Name Hauptverantwortlicher	Joachim Gausch
W	Telefax (SIC)	030

Weitere Optionen:

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?

Bild auf UPIK® Suche klicken

Sie möchten kostenlos Ihre Stammdaten ändern? Sie müssen sich zuvor identifizieren. Dann bitte hier klicken

Mein UPIK® - Login

Benutzername:

Passwort:

Mehr zum Thema

[Welche Datenbanken sind der Treffpunkt zwischen?](#)

[Welche Datenbanken sind die UPIK®-Datenbank im Suchmaschinen-zusammenhang?](#)

[Was ist die D&B Workforce?](#)

[D&B ist eine wichtige Basis für die UPIK®-Datenbank zu den wichtigsten UPIK®-Daten?](#)



visit Bisnode.de

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsdatenbanken.



YouTube selim.schneid Q

WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Hauptseite
Themenportale
Zufälliger Artikel
Mitmachen
Artikel verbessern
Neuen Artikel anlegen
Aufmerksamkeit
Hilfe
Letzte Änderungen
Kontakt
Spenden

Werkzeuge
Links auf diese Seite

Verwertungsgesellschaft

Eine **Verwertungsgesellschaft** ist eine Einrichtung, die Urheberrechte oder verwandte Schutzrechte treuhänderisch für eine große Anzahl von Urhebern oder Inhabern verwandter Schutzrechte zur gemeinsamen Auswertung kollektiv wahrnimmt. Verwertungsgesellschaften sind **private Einrichtungen**, denen zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in vielen Ländern eine gesetzliche Monopolstellung zugewiesen wurde.

Ihr Charakter liegt zwischen der quasi-gewerkschaftlichen Funktion einer Solidargemeinschaft des ihr angeschlossenen Kollektivs an Urhebern gegenüber den wirtschaftlich stärkeren Rechteinverweirern und einer quasi-amtlichen Funktion, die Einhaltung der Meldepflicht bei der Nutzung von Werken, z. B. bei öffentlichen Aufführungen, Vervielfältigungen, Rundfunk- und Fernsehausstrahlungen sowie Verbreitung im Internet, zu kontrollieren.

Inhaltsverzeichnis (Verbergen)

1. Verwertungsgesellschaften in Deutschland

1.1. Bundes-GEMA

ASIA v. 10.09.2019

Beteiligungsberichte des Bundes

Startseite > Themen > Bundesvermögen > Privatierungs- und Beteiligungspolitik > Beteiligungsberichte des Bundes

Liste der mit dem Bund verbundenen Unternehmen

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Mit dem Bund verbundene Unternehmen, gegenüber denen der Bund als herrschendes Unternehmen anzusehen ist, unterliegen damit bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen der Berichtspflicht nach § 312 AktG. Zur Erleichterung der Erfüllung einer etwaigen Berichtspflicht nach § 312 AktG ist hier eine alphabetische Zusammenstellung der mit dem Bund im Sinne des §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen und nichtlich unselbstständigen Einrichtungen eingestellt.

Top Themen
Staat
Ökonomische Themen
Einkauf
Internationale Wirtschaft
Wirtschaftspolitik
Kulturpolitik
Kulturpolitik
Kulturpolitik

124 / 1.50.00

D.S.E. - Entschuldigung - Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus - Drittschuld



BEISPIEL

Wie kann ich bei «D&B» einen Geschäftspartner – ein Unternehmen finden?

1. Auf der Link www.dnb.de/dnb/ueber_suehung.htm klicken → ins Feld "Firma" – den Namen der gesuchten Firma eingeben → das gewünschte Land* wählen → auf Finden klicken
2. Falls die D&B D-U-N-SB Nr. bekannt ist, diese eingeben. Für Bundesrepublik Deutschland: 341611478. Übereinstimmende Daten sind mit dem Pfeil derselben Farbe gekennzeichnet.

«Die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND»

1. Sie kennen die D&B D-U-N-SB Nummer des gesuchten Unternehmens nicht? Dann geben Sie bitte Namen und Anschrift in die Felder ein.

Firma*

PLZ*

Ort*

Land*

2. Sie möchten D&B Geschäftspartnerinformationen anzeigen? Wenn Sie die D&B D-U-N-SB Nummer Ihres Geschäftspartners kennen, geben Sie die wählen Sie auch das Land aus, in dem sich der Geschäftspartner befindet.

D&B D-U-N-SB Nummer*

Land auswählen

3. Um zur Detailsicht der Geschäftspartnerinformationen zu gelangen, müssen Sie Unternehmensdaten eingeben.

L.

Auf BPD klicken → den Sicherheitscode eingeben → klicken auf Weiter → und die Datenrechercher erscheinen →

4. Eingetragener Firmenname: Bundesrepublik Deuts...
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: BPD
D-U-N-SB Nummer: 341611478
Geschäftssitz: Dorotheenstr. 104
Postleitzahl: 10117
Postleitzahl Stadt: Berlin
Land: Germany
Länder-Code: 276
Postfachnummer: 0302270
Postfach Stadt: 0302270
Telefon Nummer: 0302270
Fax Nummer: 0302270
Name Hauptverantwortlicher: Joachim Gauck
Tätigkeit (SIC): 9190

5. Bundesrepublik Deutschland
Federal Republic of Germany
Dorotheenstr. 104
Berlin, 10117, Germany
(mehr auf S. 5)

www.dnb.de/dnb/ueber_suehung.htm

Dorotheenstrasse 104 existiert nicht, nur 04. Gehen Sie auf Google.

09190 Sonstige Tätigkeitskategorie (S. 10)

«Das BUNDESPRÄSIDENTIALAMT» & «der BUNDESPRÄSIDENT»

Eingetragener Firmenname: Bundespräsidialamt
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: BPD
D-U-N-SB Nummer: 34201001
Geschäftssitz: Sprenckgasse 1
Postleitzahl: 10557
Postleitzahl Stadt: Berlin
Land: Germany
Länder-Code: 276
Postfachnummer: 03020001090
Postfach Stadt: 03020001090
Telefon Nummer: 03020001090
Fax Nummer: 03020001090
Name Hauptverantwortlicher: Joachim Gauck
Tätigkeit (SIC): 9190

Eingetragener Firmenname: Bundespräsidialamt
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: BPD
D-U-N-SB Nummer: 507448001
Geschäftssitz: Adenauerallee 135
Postleitzahl: 53113
Postleitzahl Stadt: Bonn
Land: Germany
Länder-Code: 276
Postfachnummer: 02282000
Postfach Stadt: 02282000
Telefon Nummer: 02282000
Fax Nummer: 02282000
Name Hauptverantwortlicher: Joachim Gauck
Tätigkeit (SIC): 9190

Firmenprofil

→ Anrecht → Branche & Tätigkeit → Management & Aufsicht

Der Bundespräsident

Strasse: Sprenckgasse 1
Ort: 10557 Berlin
Bundesland: Berlin
Telefon: (030) 20 00-0
Fax: (030) 20 00-1990

Firmenverzeichnis (BV) → Deutschland → Berlin → 5778344

Bundespräsident (BPr)

Adresse: Sprenckgasse 1
10557 Berlin
DEUTSCHLAND

Postfach/Ordnung: Targarten
Postfach/Ordnung: 53113
Bundesland: Berlin

Telefon: +49 (030) 2000-0
Telefon: +49 (030) 2000-1990

Der Bundespräsident

Bundespräsident Joachim Gauck

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Sprenckgasse 1
10557 Berlin
Telefon: +49 (030) 2000-0
Telefon: +49 (030) 2000-1990
E-Mail: gauck@bundespraesident.de

www.firmenverzeichnis.de/firmenverzeichnis.html

www.bvz.com/bvz

www.bundespraesident.de



Anmeldung bei D&B (Dun & Bradstreet)

Warum muss ich mich anmelden?

Jedes Unternehmen kann nur für sich selbst eine **D&B D-U-N-S® Nummer** anfordern (siehe S. 3) oder ein «Update» vornehmen. Um Missbrauch vorzubeugen und um gleichzeitig die Legitimation überprüfen zu können, werden Ihre persönlichen Angaben zu jeder UPIK® Anfrage benötigt.

Ihre Daten werden mit den Daten Ihrer Anfrage in UPIK® gespeichert und darüber hinaus genutzt, um die Legitimation zu prüfen und die Bestätigung oder Ablehnung Ihrer UPIK® Anfrage zuzusenden. Zudem werden sie für zu-

D&B Daten

UNSERE DATENBANK

Die D&B Datenbank ist die **grösste** Wirtschaftsdatenbank der Schweiz sowie der Welt mit über 200 Millionen **Firmeneinträgen** aus über 200 Ländern.

www.dnb.ch/frm/D&B/Datenbank.htm

künftige Recherchezwecke bei Anfragen oder Reklamationen genutzt. www.upik.de/de/deq.htm

DIE D&B-BROSCHÜRE (PDF) [www.dnb.germany.de/pressenotizen/201407/D&B_DUNSDeutsch2010_de-ww2.pdf](http://www.dnb.germany.de/de/pressenotizen/201407/D&B_DUNSDeutsch2010_de-ww2.pdf)

Was ist D&B D-U-N-S® Nummer?



Die **D&B D-U-N-S® Nummer (Data Universal Numbering System)** ist ein neunstelliger Zählenschlüssel. Mit diesem können Unternehmen weltweit eindeutig identifiziert werden. Für wen kann eine **D&B D-U-N-S® Nummer** beantragt werden?

Die **D&B D-U-N-S® Nummer** dient ausschließlich dazu, Unternehmen zu identifizieren. Dies umfasst auch Unternehmensbereiche, Gewerbetreibende und andere Selbstständige. Sie wird nicht für Privatpersonen vergeben. Detaillierte Informationen zur Vergabe der D&B D-U-N-S® Nummer finden Sie in der Global Policy von D&B, die Sie unter UPIK® Wissen abrufen können. Was

ist bei der Verwendung der D&B D-U-N-S® Nummer zu beachten? Die D&B D-U-N-S® Nummer ist ein eingetragenes, weltweit geschütztes Warenzeichen der **D&B Corporation, USA**. Seine Verwendung in Schriftform ist auf die Schreibweise «D&B D-U-N-S® Nummer» festgelegt.

Wer nutzt und empfiehlt die D&B D-U-N-S® Nummer? Die D&B D-U-N-S® Nummer wird unter anderem vom Verband der Automobilindustrie (VDA), dem Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Europäischen Kommission und der Internationalen Organisation für Normung (ISO) empfohlen und eingesetzt.

www.upik.de/de/deq.htm

Was ist SIC Nummer?

Standard Industrial Classification (SIC) ist ein Klassifikationsschema für unterschiedliche Industriezweige bzw. Branchen in den USA. Dieses Klassifikationsschema, welches seit den 1930er Jahren existiert, fand in der nordamerikanischen Forschung häufige Verwendung, um branchenspezifische Untersuchungen durchzuführen. Der SIC wurde 1987 durch das von den USA, Kanada und

Mexiko gemeinsam entwickelte, sechsstellige North American Industry Classification System (NAICS) ersetzt. Von einigen Behörden, wie der United States Securities and Exchange Commission (SEC), wird es weiter verwendet. https://en.wikipedia.org/wiki/Standard_Industrial_Classification
Abb. S.4 beachten Sie den **SIC-Code** bei Firmen auf D&B Website. Heutzutage wird SIC weltweit benutzt S.7/-19

ABKÜRZUNGEN

UPIK® = Unique (Geschäfts-)Partner Identification Key
D-U-N-S® Nummer = Data Universal Numbering System (für Unternehmen)
SIC = Standard Industrial Classification (für Branchen)
SEC = Securities and Exchange Commission – (für Branchen in den USA)

KURZE ZUSAMMENFASSUNG

Eine **D-U-N-S® Nummer** wird nur an eine Firma, bzw. ein Unternehmen vergeben – eine **SIC-Nummer** an eine Branche. Die **D-U-N-S® Nummer** wird **NUR** **EMMA** vergeben und ermöglicht somit eine eindeutige Identifizierung des Unternehmens.



BEISPIEL

«Das BUNDESZENTRALAMT für STEUERN» zahlt Steuern

Eingetragener Firmenname: Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: D-U-N-SB Nummer: Geschäftsitz: Postleitzahl: Postleitzahl Stadt: Land: Länder-Code: Postleitzahlnummer: Postfach Stadt: Telefon Nummer: Fax Nummer: Name Hauptverantwortlicher: Tätigkeit (SIC):	Bundeszentralamt für Steuern 332010042 An der Kuppe 1 53225 Bonn Bonn Germany 276 02284060 02284062661 Oerthel Polarsen 9911	Bundeszentralamt für Steuern An der Kuppe 1 53225 Bonn Kontakt: Telefon: +49 (0) 228 406 - 0 Telefax: +49 (0) 228 406 - 2661 E-Mail: postalstelle@bzst.bund.de Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE255562678	Bundeszentralamt für Steuern www.bzst.bund.de
--	---	--	---

52011 Steuer- u. Finanzverwaltung, Geld-, Kredit- u. Währungspolitik (S. 19)

USt-IdNr. in Deutschland ist eine eindeutige EU-weite Kennzeichnung eines Unternehmens im umsatzsteuerlichen Sinne.
http://ec.europa.eu/taxation_customs/celex/docs/EN/ufi/ufi_en.pdf

Company Profile Page Bundeszentralamt Fur Steuern An Der Kuppe 1 Bonn, 53225, Germany	Photo: 2284060 Website: Information: 2284060 Bundeszentralamt Fur Steuern is a private company categorized under Executive and Legislative Combined and located in Bonn, Germany. Our records show it was established in and incorporated in Register for free to see additional information such as annual revenue and employment figures.
--	---

www.mink.com

(...) ist eine private Firma, kategorisiert unter (...) und befindet sich in (...) Deutschland. Unsere Aufzeichnungen zeigen, es wurde gegründet und amtlich eingetragen.

Eingetragener Firmenname: Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: D-U-N-SB Nummer: Geschäftsitz: Postleitzahl: Postleitzahl Stadt: Land: Länder-Code: Postleitzahlnummer: Postfach Stadt: Telefon Nummer: Fax Nummer: Name Hauptverantwortlicher: Tätigkeit (SIC):	Bundeszentralamt für Steuern 341816317 Passower Chaussee 3b 16303 Schwedt/Oder Germany 276 0131	Eingetragener Firmenname: Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: D-U-N-SB Nummer: Geschäftsitz: Postleitzahl: Postleitzahl Stadt: Land: Länder-Code: Postleitzahlnummer: Postfach Stadt: Telefon Nummer: Fax Nummer: Name Hauptverantwortlicher: Tätigkeit (SIC):	Bundeszentralamt für Steuern 341816318 DgZ-Ring 12 13086 Berlin Germany 276 02284060 02284060710 8131
--	---	--	---

52013 Körperschaften u. Ämter (Exekutive, Legislative) (S. 18)

www.uplt.de/derduplt_zuinfo.cgi?news=1

Company Profile Page Bundeszentralamt Fur Steuern Passower Chaussee 3b Schwedt/Oder, 16303, Germany	Company Profile Page Bundeszentralamt Fur Steuern DgZ-Ring 12 Berlin, 13086, Germany
--	---

www.bzst.de/UESt/Unter_Unter/Gewerbesteuer/afahrt_Schwedt.htm?m=23552

www.mink.com

Eingetragener Firmenname: Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensstil: D-U-N-SB Nummer: Geschäftsitz: Postleitzahl: Postleitzahl Stadt: Land: Länder-Code: Postleitzahlnummer: Postfach Stadt: Telefon Nummer: Fax Nummer: Name Hauptverantwortlicher: Tätigkeit (SIC):	Bayrisches Landesamt für Steuern Finanzamt Bayern 557326664 Sophienstr. 5 80333 München Germany 276 München 089 9991 1005 089 9991 1005 Roland Jüpfer 9199
--	---

50190 Sonstige Regierungszweige (Exekutive) (S. 19)

Herausgeber:
Bayrisches Landesamt für Steuern - Dienststelle München
Sophienstraße 5, 80333 München Postanschrift:
 80264 München Telefon: 089 9991-0 Telefax: 089 9991-1005
 E-Mail: Medienstelle@lst.bayern.de Vertretungsberechtigter:
 Herr Dr. **Roland Jüpfer** USt-Identifikationsnummer:
 (gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz) **DE 913 267 313**
www.fiscamt-luewen.de/Muenchen/finanzen/muenchen.htm
 (siehe auch oben) USt-IdNr.



BEISPIEL

WAS HABEN «BRD FINANZAGENTUR GMBH» und «Das BUNDESMINISTERIUM für FINANZEN» GEMEINSAM?

Konzernverbindungen: Verbundene Unternehmen, wie einzelne Firmen innerhalb von Konzernfamilien, werden abgebildet. Dies ermöglicht einen Überblick über das Gesamtrisiko. <http://www.bundesbank.de/Presse/Qualitaetsbeurteilung.htm>

1. **Eingetragener Firmennamen**

Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensziel:
D-U-N-SB Nummer:
Geschäftsziel:
Postleitzahl:
Postleitzahl Stadt:
Land:
Länder-Code:
Postfachnummer:
Postfach Stadt:
Telefon Nummer:
Fax Nummer:
Name Hauptverantwortlicher:
Tätigkeit (SIC):

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH
Gesellschaft mit
BRD Finanzagentur
318602561
Lurgallee 5
60439
Frankfurt am Main
Germany
276

Frankfurt am Main
069 256160
069 256151476
Carl Heinz Daute
3153

60100 Gesellschaftsvertrag von (kredit) S. 19



Impressum:

Die Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH ist ein Ende 2000 gegründetes Unternehmen des Bundes mit Sitz in Frankfurt/Main. Alleiner Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH ist bei ihren Geld- und Kapitalmarktgeschäften nur und ausschließlich im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Sondermögen tätig.

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Lurgallee 5, D-60439 Frankfurt/Main
Telefon: +49 69 - 256160
Telefax: +49 69 - 256161476

www.bundesbank.de (mehr auf S. 7)

3. **Eingetragener Firmennamen**

Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensziel:
D-U-N-SB Nummer:
Geschäftsziel:
Postleitzahl:
Postleitzahl Stadt:
Land:
Länder-Code:
Postfachnummer:
Postfach Stadt:
Telefon Nummer:

Bundesministerium der Finanzen
332619717
Wilhelmstr. 97
10117
Berlin
Germany
276

030186820

www.bmi.bund.de/de/bmi_suche.bgi?new=f



Jedes Unternehmen kann nur für sich selbst eine D-U-N-SB Nummer anfordern (siehe S. 2-3) oder ein eUpdate vornehmen. Um Missbrauch vorzubeugen und um gleichzeitig die Legitimation überprüfbar zu können, werden Ihre persönlichen Angaben zu jeder UP&K-Anfrage benötigt.

BRAUCHEN SIE NOCH WEITERE BEWEISE?

5. **Anschrift**

Dienstsitz Berlin
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Postanschrift: 11016 Berlin

Tel.: 03018/ 682 - 0
Fax: 03018/ 682 - 32 60

www.bundesbank.de/Presse/Qualitaetsbeurteilung.htm

6. **Company Profile Page**

Bundesministerium Der Finanzen
GmbH
Wilhelmstr 97
Berlin, 10117, Germany
Phone: 30186820 | Website: Information und

Bundesministerium Der Finanzen is a private company categorized under Executive Offices and located in Berlin, Germany. Our records show it was established in and incorporated in: August

(...) ist eine private Firma, kategorisiert unter (...) und befindet sich in (...) Deutschland. Unsere Aufzeichnungen zeigen, es wurde gegründet und amtlich eingetragen.

www.bundesbank.de

Verträge zu LASTEN Dritter:

1. Du Heinz



Wenn Heinz Dir sagt, Du musst tun, was er von Dir verlangt, oder er bestraft Dich, dann findest du das zu Recht beschwerlich.

2. Du Heinz & Freunde



Auch wenn Heinz behauptet, er und seine Freunde seien in der Mehrheit und deshalb müsstest Du ihren Anweisungen folgen, wäre Das immer noch absurd.

3. Du Institution (Heinz & Freunde)



Selbst wenn Heinz und seine Freunde abstimmen, eine Institution einzurichten, die ihre Interessen vertreten, und deren Anweisungen Du folgen musst, und Du andernfalls bestraft wirst, dann sind Sie noch lange nicht im Recht, oder?

4. Du Regierung (Heinz & Freunde)



1.

Wenn Du diese einfache Überlegung verstehst, dann verstehst Du sicher auch, dass es genauso absurd bleibt, egal wie Heinz diese Institution (Firma, Staatsimulation) nennt, Regierung, EU, Zentralbank, BIZ, Crown, Vatikan, City of London, Washington D. C., NWO, ...

5. Wir das Volk

Regierung (Heinz & Freunde)



Und jetzt erst recht, oder?



UPIK®-Search

D-U-N-S® Number Request

eUpdate

My UPIK®

UPIK® Knowledge Base

Log out

Bisnode

UPIK® is an offering from Bisnode Germany. Bisnode is a leading provider of digital business information in Europe. Learn more about Bisnode and our offerings at www.bisnode.de

Erfahren Sie mehr

visit Bisnode.de

Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen.

English - English

UPIK®-Search hit list

To access the detailed information, you have to click on the company name.

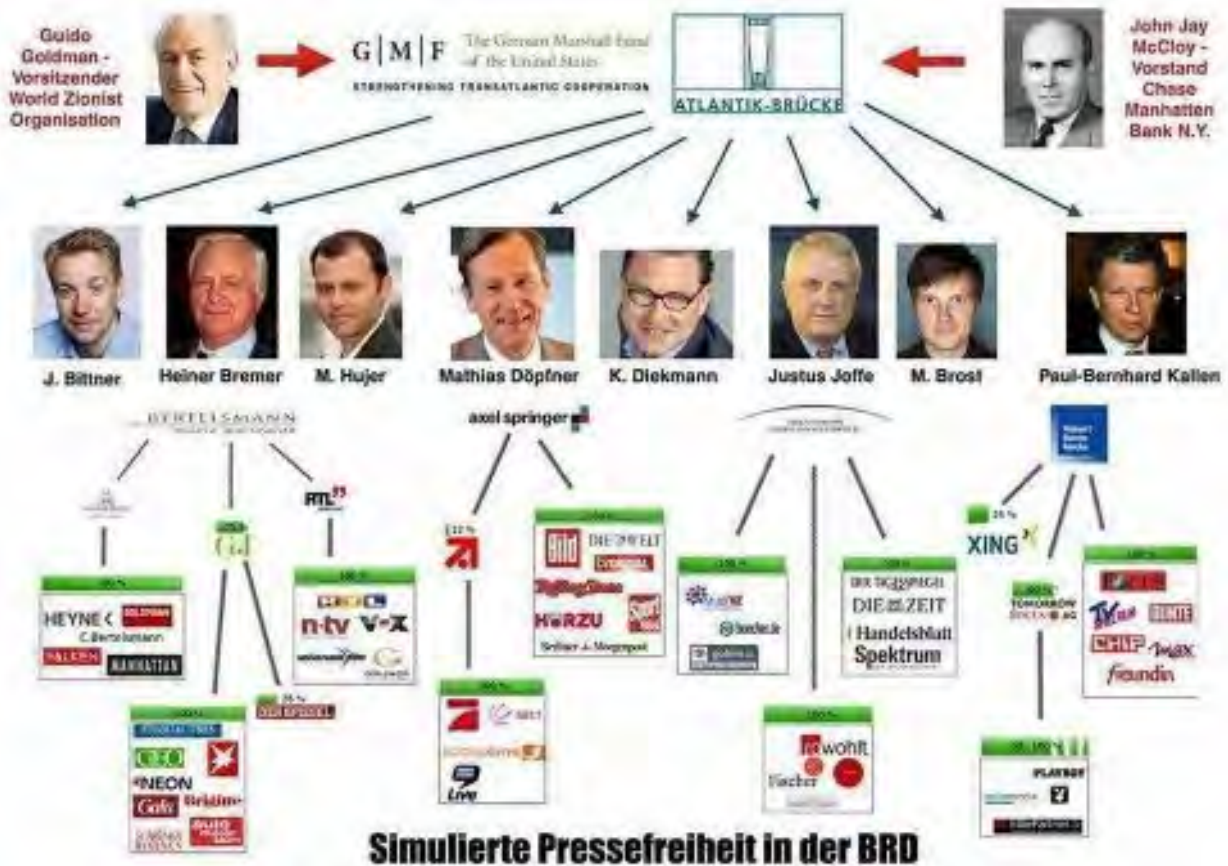
L Der Polizeipräsident in Berlin	Kruppstr. 2	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Friesenstr. 10	Branch	Berlin
L Polizeipräsident in Berlin Polizeidirektion 5	Friesenstr. 18	Single location	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Königsstr. 5	Branch	Berlin
L Polizei Holding Verwaltungs-GmbH	Diepensauer Heide 1	Single location	Diepenau
L Polizeipräsidium	Hochloye 5	Single location	Hagen
L Polizeipräsidium von Berlin	Platz der Luftkücke 6	Single location	Berlin
L POL-S-Gesellschaft zur Entwicklung nachhaltiger Infrastruktur mbH	Schönebecker Str. 51	Single location	Magdeburg
L Polizeipräsidium	Westerfluter Weg 27	Single location	Recklinghausen
L Der Polizeipräsident in Berlin	Charlottenburger Chaussee 57	Branch	Berlin
L North-Poli	Gartenstr. 38	Single location	Eschweiler
L Der Polizeipräsident in Berlin	Tempelhofer Damm 12	Branch	Berlin
L Polizeipräsidium	Löwenstr. 5	Single location	Häferslautern
L Der Polizeipräsident in Berlin	Geoliensstr. 92	Branch	Dortm
L Der Polizeipräsident in Berlin	Pankstr. 29	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Eckardstr. 14	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Pöschelstr. 1	Branch	Berlin
L Der Polizeipräsident in Berlin	Bolziger Str. 52	Branch	Berlin
L Landespolizei	Leichenfeldstr. 20	Single location	München
L Polizeipräsident Berlin LKA 145 Zentrastelle für Jugendkassen	Calumbadamm 4	Single location	Berlin
L Polizeipräsidium Münster	Friedenring 45	Headquarters	Münster
L Der Polizeipräsident in Berlin	Kelberstr. 36	Branch	Berlin





Das US-Propaganda-Netzwerk in Deutschland & Europa





9.5. Das Geldsystem als Fluch gegen die Menschheit

Geld regiert die Welt – und WER regiert das Geld?



Zitat von Karl Marx: „Jedes Kapital hat einen kriminellen Ursprung!“



GELDSCHÖPFUNG

Wie kommt Geld in die Welt?

VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL | 10. FEBRUAR 2012 | 41



Nicht nur die Europäische Zentralbank kann Geld schaffen, sondern auch jede ganz normale Bank. Sie schöpft ihre Kredite aus dem Nichts. Aber ist das schlimm, wie Occupy behauptet?

Die „Geldschöpfung“ aus dem Nichts... (Geld-Betrug)



Nicht jedem sagt der Begriff **Geldschöpfung** etwas. Im Prinzip sind wir der Meinung, dass unser Geld durch den Staat bzw. den Zentralbanken in Umlauf gebracht wird.

80 Prozent unseres Geldes wird von den Banken in Umlauf gebracht, das sogenannte Giralgeld (Buchgeld). Lediglich 20 Prozent unseres Geldes bringen die Zentralbanken in Umlauf, und zwar in Form des Bargeldes (Münzen und Scheine).

Geld per Knopfdruck

Viele Menschen sind der Meinung, dass Kredite, die vergeben werden, durch die Spareinlagen der Sparer gedeckt sind. Das heißt, haben Sparer eine Million Euro in der Bank, dann kann die Bank eine Million an Kredit vergeben. Klingt zumindest logisch, ist aber ein Irrtum. Banken schaffen das Geld für zu vergebende Kredite quasi aus dem Nichts. Per Knopfdruck wird das Geld erzeugt, indem es dem Kreditnehmer einfach gutgeschrieben wird. Mit jedem Kredit entsteht somit neues Geld, das aus dem Nichts geschöpft wird.

Grenzen werden Banken bei der Kreditgeldschöpfung keine auferlegt. Zentralbanken sind der Meinung, den Prozess der Geldschöpfung absichern zu können, weil Banken für jeden Kredit eine Mindestreserve hinterlegen müssen. Die Mindestreserve beträgt lediglich ein Prozent der Kreditsumme.

Beispiel Geldschöpfung

Herr Müller bringt 100 EUR zur Bank A, das auf seinem Sparbuch gutgeschrieben wird. Welch glücklicher Zufall, denn Frau Schmidt braucht ein neues Auto und erhält von ihrer Bank A einen Kredit in Höhe von 10.000 EUR. Bank A besitzt dieses Geld zwar nicht, kann es aber auf Knopfdruck erzeugen und hinterlegt die 100 EUR von Herr Müller als Mindestreserve. Für die Bank ein gutes Geschäft. Sie verdient mit dem Geld, das sie nicht besitzt, Zinsen von Frau Schmidt.

Frau Schmidt kauft sich für die 10.000 EUR ein Auto im Autohaus Wundermich. Der Autohändler bringt das Geld zu seiner Bank B. Diese bewilligt der Familie Busch einen Kredit in Höhe von 1 Millionen für ihren Hausbau. Die 10.000 EUR von Frau Schmidt (geschöpftes Geld) hinterlegt die Bank als Mindestreserve. Aus den 100 EUR Sparguthaben von Herr Müller, sind somit 1.010.000 EUR geworden.

Ein stark vereinfachtes Beispiel, zum besseren Verständnis. Die Realität ist noch viel komplexer, abgesichert mit einem Prozent Mindestreserve.

Umfragen auf der Straße zeigen, dass die wenigsten wissen, mit welcher Macht Banken wirklich ausgestattet sind.

Banken können quasi „Geld aus dem Nichts“ schöpfen.

Stellen Sie sich vor, Sie benötigen Geld und könnten dies einfach erfinden. Das wäre ja wundervoll und würde zumindest das Leben finanziell sorgenfrei stellen. Natürlich können wir das nicht, dafür gibt es Banken, die das können. Auch wenn man es nicht glauben mag, Banken erfinden das Geld, das wir benötigen, wenn man einen Kredit braucht. Das Ganze geht aber auch noch verrückter!

Benötigt der Staat Geld, so kann er das nicht wie Banken aus dem Hut zaubern.

Natürlich kaufen dann die Banken Staatsanleihen und versorgen den Staat mit dem benötigten Geld. Natürlich gibt es das nicht einfach so, dafür müssen Zinsen bezahlt werden, die natürlich wir Bürger zahlen. Derzeit ist Deutschland in der glücklichen Lage, Geld für geliehenes Geld zu bekommen. Das war aber nicht immer so und ob es in der Zukunft so bleibt, kann niemand sagen. Für spanische Staatsanleihen gibt es derzeit 3,6 Prozent und für italienische dürfte es wegen eines gewissen Ausfallrisikos entsprechend mehr geben. Natürlich kann es immer dazu kommen, dass Kredite nicht mehr bedient werden können und wenn das sehr viele Kredite betrifft, führt das auch schon einmal in eine Finanzkrise, wie im Jahre 2008.

Probleme der Geldschöpfung

Kritiker fordern schon lange, den Banken das Privileg der Geldschöpfung zu entziehen. Das geschaffene Geld durch Kredite, fließt in der Regel dorthin, wo hohe Gewinne zu erwarten sind. Davon profitieren globale Konzerne, Großprojekte oder renditestarke Produkte. Das Gemeinwohl, eher schwache Produkte, Kleinprojekte oder kleine, eher regionale Unternehmen stehen nicht so im Interesse der Banken, bei der Kreditvergabe.

Ein weiteres Problem sicherlich, dass durch Knopfdruck erzeugte Geld, führt auch immer wieder zu Finanzkrisen. Die Gewinne der Spekulanten sind längst im sicheren eigenen Hafen, wenn dann die Bürger die Banken retten müssen, weil Banken als systemrelevant gelten. In der Krise sperren Banken den Geldhahn zu und verschärfen so die Situation.

Durch die Geldschöpfung der Banken sind wir heute in der Situation, dass Geld im Verhältnis 4:1 auf dem Markt ist. 20 Prozent Bargeld stehen 80 Prozent Giralgeld gegenüber. Geld, das nur auf dem Auszug steht. In Krisenzeiten neigen Menschen dazu, ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Würde das nur jeder zweite wollen, würde das Bankensystem sofort zusammenbrechen. So viel Bargeld steht gar nicht zur Verfügung. Es ist ein Märchen, wenn wir glauben, dass jeder sein Geld auch bar in der Hand halten kann.

Persönliche Meinung

Die Geldschöpfung stattet Banken mit einer unwahrscheinlichen Macht aus. Eine kleine Gruppe von Menschen, die mit dem Produkt „Nichts“ verdammt viel Geld verdient. Ein solch wichtiger Bereich gehört nicht in die Hände von Spekulanten, die sich von den Bürgern retten lässt, wenn die Gier zu groß war. In staatlicher Hand könnte die Kreditvergabe fair betrieben werden und als sogenannter Zins könnten die damit verbundenen Kosten gedeckt werden. Das würde Kredite wirklich billig machen, wenn es nicht um den Profit Einzelner gehen würde.

Quelle: <https://www.umdenken.jetzt/geldschoepfung/>

Die „Geldschöpfung“ der Banken

1) Unternehmer A. lässt 5000.- Euro Profit auf seinem Konto



Geldmenge M1
(nach der Berechnung der Bundesbank)

$M 1 + 5.000$

2) Die A-Bank verleiht diese 5000.- Euro an die B-Bank



$M 1 + (2 \times 5.000)$

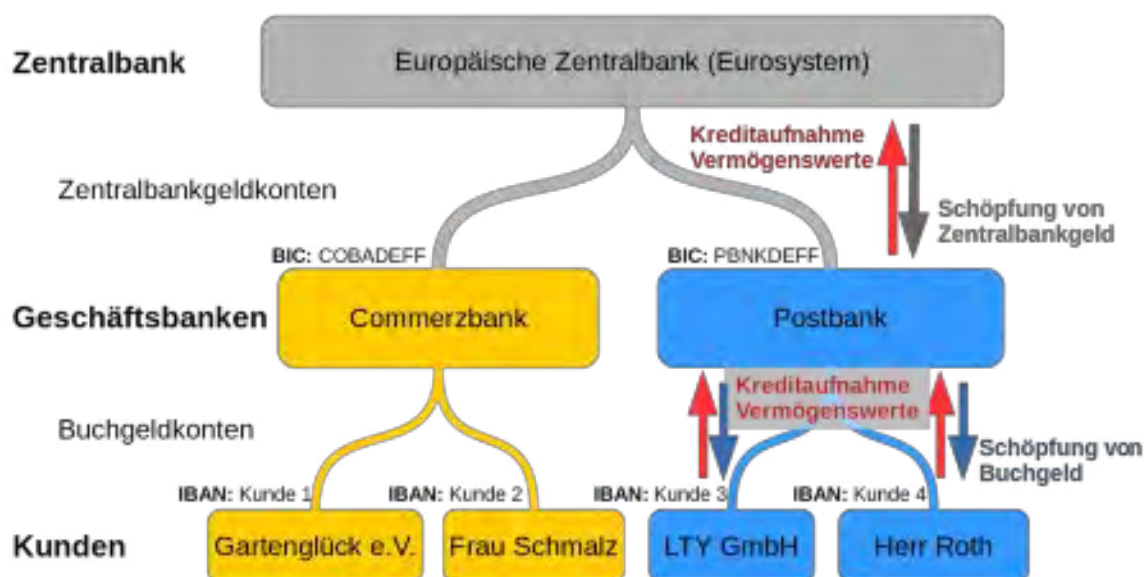
3) Die B-Bank gibt 5.000 Kredit in bar an den Unternehmer B.



$M 1 + (3 \times 5.000)$

Anmerkung:
BESITZ steht hier für HABEN oder PASSIVA
EIGENTUM steht hier für SOLL oder AKTIVA

*finanzDS
Freischgrafik 080918*



Guten Tag, mein Name ist Jacob Rothschild. Meine Familie hat einen Reichtum von 500 Billionen US-Dollar angehäuft. Wir besitzen fast jede Zentralbank der Welt. Wir finanzieren bei jedem Krieg beide Seiten, seit Napoleon. Wir besitzen eure Zeitungen, die Medien, euer Öl und eure Regierung. Sie haben wahrscheinlich noch nie von mir gehört...



Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, und es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze macht!

(Amschel Mayer Rothschild)

gutezitate.com

„**D**ie Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, daß aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird.

Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System ihnen feindlich ist.“

Gebrüder Rothschild, London 1863



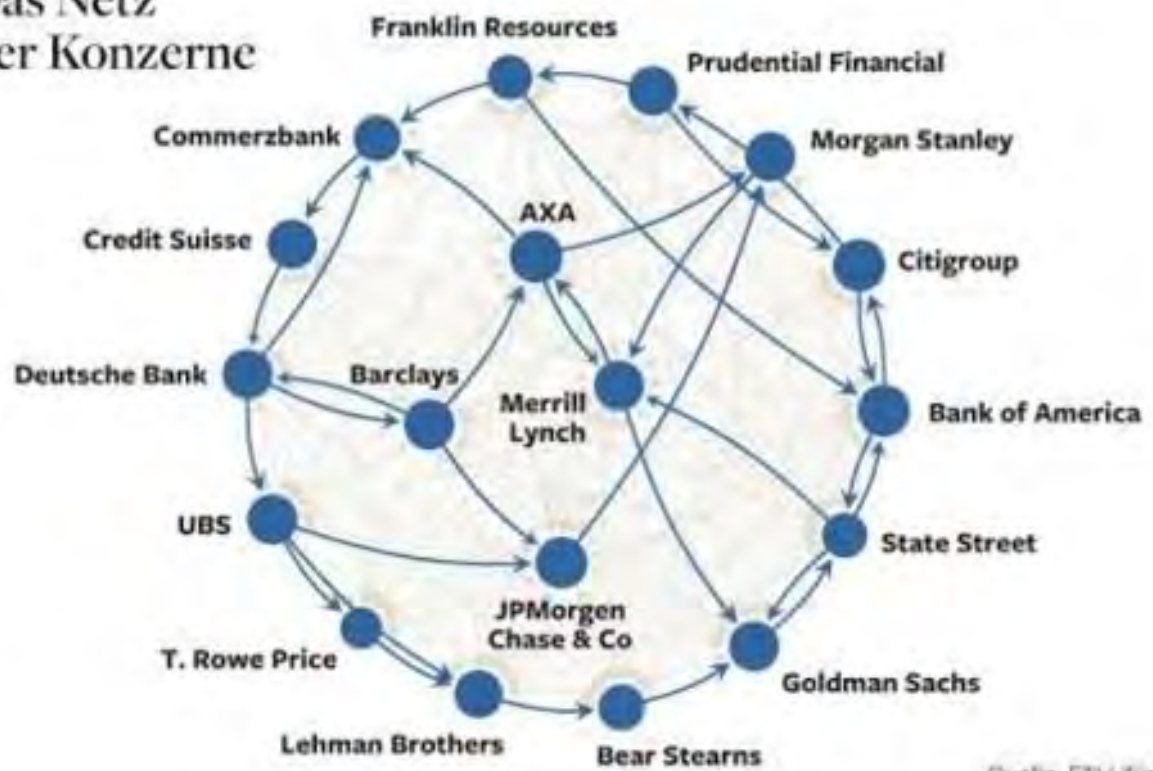
Das Geld ist der Gott unserer Zeit und
Rothschild ist sein Prophet.

(Heinrich Heine)

gutezitate.com

„Ich mach mir die Welt wie sie mir gefällt...“

Das Netz der Konzerne



Quelle: ETH Zürich





Die Plutokratie ist und bleibt der alleinige Herrscher der Welt, der ewige Antichrist. Sie gebiert das Unrecht, sie nährt die Verbrechen, sie verdirbt Körper und Seelen.

(Alexandros Papadiamantis)

gutezitate.com



Das Imperium der Rothschilds



Finanzen

- Rothschild Investment Banking
- Edmond de Rothschild Group
- Rothschild Private Banking
- Paris Orléans
- JP Morgan Chase & Co.
- Deutsche Bank AG
- EURONEXT
- London Bullion Marketing Association
- Eurazeo
- AXA Group
- UBS AG
- BNP Paribas
- ABN AMRO Rothschild
- Leumi Bank, Israel
- St. James's Place Group
- Lazard LLC
- World Bank Group
- und viele mehr...

>>> Medien <<<

- REUTERS <<<
- The Associated Press
- ABC Networks
- CBS Networks
- NBC Networks
- BSkyB
- News Corporation
- WYAY FM
- Financial Times Group
- Pearson
- und viele mehr...



Sonstiges

- Royal Dutch Shell
- Daimler Chrysler
- De Beers Diamonds
- Panama Canal
- Israel Aircraft Industries
- IPSOS Marktforschung
- Global Securities Information
- Siftology Inc. (NLP)
- Selis Network Inc.
- Hutchison Whampoa Ltd.
- International Biotechnology
- Nova Scotia Power Inc.
- Lukoil
- Yad Hanadiv
- Institute for Jewish Policy Research
- Waddesdon Manor / National Trust
- Preston Candover
- und viele mehr...

Komplette Liste von Banken im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds

Published on September 4, 2016September 4, 2016 in [Wirtschaft](#)

Eine immer größer werdende Zahl von Leuten wird sich der Tatsache bewusst, dass 99% der Weltbevölkerung von einer Elite des übrigen Prozents kontrolliert werden – aber wussten Sie, dass es (Verschwörungs-)Theorien gibt, nach denen die Rothschild-Familie alles beherrscht, sogar die Elite der 1%?

Hinter den Kulissen der Rothschild-Dynastie steht zweifellos die mächtigste Familie der Erde und ihr geschätzter (d.h. laut einer nicht bestätigten, inoffiziellen Quelle) Wohlstand beläuft sich auf geschätzte, aber nicht bestätigte, 500 Billionen Dollar.

Hier ist eine komplette Liste aller Banken im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds. Die US-Einträge könnten Sie überraschen (Übrigens: Der Artikel geht nach der Liste weiter!):

Ägypten: *Central Bank of Egypt*

Albanien: *Bank of Albania*

Algerien: *Bank of Algeria*

Äquatorialguinea: *Bank of Central African States*

Argentinien: *Central Bank of Argentina*

Armenien: *Central Bank of Armenia*

Aruba: *Central Bank of Aruba*

Aserbaidshan: *Central Bank of Azerbaijan Republic*

Äthiopien: *National Bank of Ethiopia*

Australien: *Reserve Bank of Australia*

Bahamas: *Central Bank of The Bahamas*

Bahrain: *Central Bank of Bahrain*

Bangladesch: *Bangladesh Bank*

Barbados: *Central Bank of Barbados*

Belgien: *National Bank of Belgium*

Belize: *Central Bank of Belize*

Benin: *Central Bank of West African States (BCEAO)*

Bermuda: *Bermuda Monetary Authority*

Bhutan: *Royal Monetary Authority of Bhutan*

Bolivien: *Central Bank of Bolivia*

Bosnien: *Central Bank of Bosnia and Herzegovina*

Botswana: *Bank of Botswana*

Brasilien: *Central Bank of Brazil*

Bulgarien: *Bulgarian National Bank*

Burkina Faso: *Central Bank of West African States (BCEAO)*

Burundi: *Bank of the Republic of Burundi*

Caymaninseln: *Cayman Islands Monetary Authority*

Chile: *Central Bank of Chile*

China: *The People's Bank of China*

Costa Rica: *Central Bank of Costa Rica*

Dänemark: *National Bank of Denmark*

Deutschland: *Deutsche Bundesbank*

Dominikanische Republik: *Central Bank of the Dominican Republic*

Ecuador: *Central Bank of Ecuador*

El Salvador: *Central Reserve Bank of El Salvador*

Elfenbeinküste: *Central Bank of West African States (BCEAO)*
Estland: *Bank of Estonia*
Europäische Union: *European Central Bank*
Fidschi: *Reserve Bank of Fiji*
Finnland: *Bank of Finland*
Frankreich: *Bank of France*
Gabun: *Bank of Central African States*
Gambia: *Central Bank of The Gambia*
Georgien: *National Bank of Georgia*
Ghana: *Bank of Ghana*
Griechenland: *Bank of Greece*
Guatemala: *Bank of Guatemala*
Guinea-Bissau: *Central Bank of West African States (BCEAO)*
Guyana: *Bank of Guyana*
Haiti: *Central Bank of Haiti*
Honduras: *Central Bank of Honduras*
Hongkong: *Hong Kong Monetary Authority*
Indien: *Reserve Bank of India*
Indonesien: *Bank Indonesia*
Irak: *Central Bank of Iraq*
Iran: *The Central Bank of the Islamic Republic of Iran*
Irland: *Central Bank and Financial Services Authority of Ireland*
Island: *Central Bank of Iceland*
Israel: *Bank of Israel*
Italien: *Bank of Italy*
Jamaika: *Bank of Jamaica*
Japan: *Bank of Japan*
Jemen: *Central Bank of Yemen*
Jordanien: *Central Bank of Jordan*
Kambodscha: *National Bank of Cambodia*
Kamerun: *Bank of Central African States*
Kanada: *Bank of Canada – Banque du Canada*
Kasachstan: *National Bank of Kazakhstan*
Katar: *Qatar Central Bank*
Kenia: *Central Bank of Kenya*
Kirgistan: *National Bank of the Kyrgyz Republic*
Kolumbien: *Bank of the Republic*
Komoren: *Central Bank of Comoros*
Kongo: *Bank of Central African States*
Korea: *Bank of Korea*
Kroatien: *Croatian National Bank*
Kuba: *Central Bank of Cuba*
Kuwait: *Central Bank of Kuwait*
Lesotho: *Central Bank of Lesotho*
Lettland: *Bank of Latvia*
Libanon: *Central Bank of Lebanon*
Libyen: *Central Bank of Libya (Ihre neueste Eroberung)*
Litauen: *Bank of Lithuania*
Luxemburg: *Central Bank of Luxembourg*

Macao: *Monetary Authority of Macao*
Madagaskar: *Central Bank of Madagascar*
Malawi: *Reserve Bank of Malawi*
Malaysia: *Central Bank of Malaysia*
Mali: *Central Bank of West African States (BCEAO)*
Malta: *Central Bank of Malta*
Marokko: *Bank of Morocco*
Mauritius: *Bank of Mauritius*
Mazedonien: *National Bank of the Republic of Macedonia*
Mexiko: *Bank of Mexico*
Moldawien: *National Bank of Moldova*
Mongolei: *Bank of Mongolia*
Montenegro: *Central Bank of Montenegro*
Mosambik: *Bank of Mozambique*
Namibia: *Bank of Namibia*
Nepal: *Central Bank of Nepal*
Neuseeland: *Reserve Bank of New Zealand*
Niederlande: *Netherlands Bank*
Niederländische Antillen: *Bank of the Netherlands Antilles*
Niger: *Central Bank of West African States (BCEAO)*
Nigeria: *Central Bank of Nigeria*
Nikaragua: *Central Bank of Nicaragua*
Norwegen: *Central Bank of Norway*
Oman: *Central Bank of Oman*
Österreich: *Oesterreichische Nationalbank*
Östliche Karibik: *Eastern Caribbean Central Bank*
Pakistan: *State Bank of Pakistan*
Papua-Neuguinea: *Bank of Papua New Guinea*
Paraguay: *Central Bank of Paraguay*
Peru: *Central Reserve Bank of Peru*
Philippinen: *Bangko Sentral ng Pilipinas*
Polen: *National Bank of Poland*
Portugal: *Bank of Portugal*
Ruanda: *National Bank of Rwanda*
Rumänien: *National Bank of Romania*
Salomonen: *Central Bank of Solomon Islands*
Sambia: *Bank of Zambia*
Samoa: *Central Bank of Samoa*
San Marino: *Central Bank of the Republic of San Marino*
Saudi-Arabien: *Saudi Arabian Monetary Agency*
Schweden: *Sveriges Riksbank*
Schweiz: *Swiss National Bank*
Senegal: *Central Bank of West African States (BCEAO)*
Serbien: *National Bank of Serbia*
Seychellen: *Central Bank of Seychelles*
Sierra Leone: *Bank of Sierra Leone*
Simbabwe: *Reserve Bank of Zimbabwe*
Singapur: *Monetary Authority of Singapore*
Slowakei: *National Bank of Slovakia*

Slowenien: *Bank of Slovenia*
Spanien: *Bank of Spain*
Sri Lanka: *Central Bank of Sri Lanka*
Südafrika: *South African Reserve Bank*
Sudan: *Bank of Sudan*
Surinam: *Central Bank of Suriname*
Swasiland: *The Central Bank of Swaziland*
Tadschikistan: *National Bank of Tajikistan*
Tansania: *Bank of Tanzania*
Thailand: *Bank of Thailand*
Togo: *Central Bank of West African States (BCEAO)*
Tonga: *National Reserve Bank of Tonga*
Trinidad und Tobago: *Central Bank of Trinidad and Tobago*
Tschad: *Bank of Central African States*
Tschechische Republik: *Czech National Bank*
Tunesien: *Central Bank of Tunisia*
Türkei: *Central Bank of the Republic of Turkey*
Uganda: *Bank of Uganda*
Ukraine: *National Bank of Ukraine*
Ungarn: *Magyar Nemzeti Bank*
Uruguay: *Central Bank of Uruguay*
Vanuatu: *Reserve Bank of Vanuatu*
Venezuela: *Central Bank of Venezuela*
Vereinigte Arabische Emirate: *Central Bank of United Arab Emirates*
Vereinigte Staaten: *Federal Reserve, Federal Reserve Bank of New York*
Vereinigtes Königreich: *Bank of England*
Vietnam: *The State Bank of Vietnam*
Weißrussland: *National Bank of the Republic of Belarus*
Zentralafrikanische Republik: *Bank of Central African States*
Zypern: *Central Bank of Cyprus*

Humansarefree [berichtet](#):

Die Federal Reserve Bank und der Internal Revenue Service (IRS)

Der allgemeinen Öffentlichkeit praktisch unbekannt ist die Tatsache, dass die *US-Federal Reserve Bank* ein Unternehmen in Privatbesitz ist, dass sich auf seinem eigenen Grundstück befindet und vor US-Gesetzen geschützt ist.

Dieses Unternehmen in Privatbesitz (kontrolliert durch die Rothschilds, Rockefellers und Morgans) druckt das Geld FÜR die US-Regierung, die ihm für diesen “Gefallen” Zinsen bezahlt. Dies bedeutet, dass wenn wir [d.h. die US-Amerikaner] heute die Schulden der Nation tilgen würden und damit beginnen würden, Geld nachzudrucken, wären wir vom ersten Dollar an, den unsere Regierung geliehen bekommt, bei der *FED* verschuldet.

Auch haben die meisten in den USA lebenden Leute keine Ahnung, dass der *Internal Revenue Service (IRS)* eine ausländische Behörde ist.

Um genauer zu sein, der IRS ist eine private ausländische Körperschaft des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* und ist die “Privatarmee” der *Federal Reserve Bank (Fed)*.

Sein Hauptziel ist, sicherzustellen, dass das amerikanische Volk seine Steuern bezahlt und alle gute kleine Sklaven sind.

1835 erklärte US-Präsident Andrew Jackson seine Verachtung für die internationalen Banker:

Ihr seid eine Grube voll mit Schlangen und Dieben. Ich habe beschlossen euch auszurotten, bei Gott dem Allmächtigen, ich werde euch ausrotten. Wenn die Menschen nur das abscheuliche Unrecht unseres Geld- und Bankensystems verstünden, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.

Es folgte ein (fehlgeschlagener) Attentatsversuch auf Präsident Jackson. Jackson hatte zu seinem Vizepräsidenten, Martin van Buuren, gesagt:

Die Bank, Mr. van Buuren, versucht mich umzubringen.

Dies war der Auftakt einer Reihe von Intrigen, die das Weiße Haus noch jahrzehntelang heimsuchen sollten. Sowohl Lincoln als auch John F. Kennedy wurden für den Versuch ermordet, das Land von den Bankstern zu befreien.

Die Megabanken der Welt

Es gibt zwei Megabanken, die allen Ländern auf der ganzen Welt Kredite anbieten, nämlich die *Weltbank* und der *IWF*. Die erste befindet sich in gemeinsamem Besitz der Top-Bankiersfamilien der Welt, wobei sich die Rothschilds ganz an der Spitze befinden, während die zweite den Rothschilds ganz alleine gehört.

Diese zwei Megabanken bieten “Entwicklungsländern” Kredite an und benutzen ihre fast unmöglich zurückzahlbaren Zinsen, um sich am realen Wohlstand zu vergreifen: Land und wertvollen Metallen.

Aber das ist noch nicht alles! Ein wichtiger Teil ihres Plans ist es auch, die natürlichen Ressourcen eines Landes (wie Petroleum oder Gas) mit Hilfe der Unternehmen auszubeuten, die ihnen im Verborgenen gehören, sie zu veredeln und demselben Land zurück zu verkaufen, wodurch riesige Profite erwirtschaftet werden.

Aber damit diese Unternehmen optimal arbeiten, brauchen sie eine solide Infrastruktur, die üblicherweise in den so genannten “Entwicklungsländern” fehlt. Und so stellen die Bankster, die selbst die fast unmöglich zurückzahlbaren Kredite anbieten, noch vorher sicher, dass der Großteil des Geldes in – Sie haben es erraten – Infrastruktur investiert wird.

Diese “Verhandlungen” werden durchgeführt von so genannten “Economic Hitmen”, die dadurch erfolgreich sind, dass sie denjenigen, die in der Lage sind, ihr Land zu verkaufen, eine hübsche Belohnung (d.h. Bestechung) bezahlen, oder sie mit dem Tode bedrohen.

Für weitere Informationen über das Thema empfehle ich, das Buch [*Bekenntnisse eines Economic Hit Man*](#) zu lesen.

Die eine Bank, die alles beherrscht, die [*Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*](#), ist – offensichtlich – von den Rothschilds kontrolliert und ihr Spitzname ist der “Turm zu Basel”.

Die wahre Macht der Rothschilds geht VIEL weiter über das Bankenimperium hinaus

Wenn Sie noch nicht über die Macht der Rothschilds in Erstaunen versetzt wurden (ich weiß, dass Sie es sind), nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass sie auch hinter allen Kriegen seit Napoleon stehen. Das ist der Fall, seitdem sie entdeckten, wie profitabel es ist, beide Seiten eines Krieges zu finanzieren und sie haben es seitdem die ganze Zeit über getan.

1849 sagte Gutle Schnapper, die Frau von Mayer Amschel Rothschild:

Wenn meine Söhne keine Kriege wollten, würde es keine geben.

Und so ist die Welt im Krieg, weil es für die Rothschilds und ihre parasitäre Bankster-Blutlinie sehr sehr profitabel ist. Und solange wir weiterhin Geld benutzen, wird die Welt niemals in Frieden leben.

Es ist für viele schockierend, herauszufinden, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Körperschaft ist, die vom Ausland beherrscht wird. Ihr ursprünglicher Name war *Virginia Company* und sie gehörte der britischen Krone (die nicht mit der Königin verwechselt werden sollte, die weitgehend nur zeremonielle Befugnisse hat).

Die britische Krone überschrieb das Unternehmen dem Vatikan, der die Ausbeutungsrechte zurück an die Krone übergab. Die US-Präsidenten werden zu Hauptgeschäftsführern ernannt und ihre Aufgabe besteht darin, Geld für die britische Krone und dem Vatikan zu erwirtschaften, die jedes Jahr ihren Anteil an den Gewinnen einstreichen.

Die britische Krone beherrscht im Geheimen die Welt von einem 677 Morgen großen, unabhängigen und souveränen Staat, der als "City of London" bekannt ist. Diese andere Krone besteht aus einem Komitee von zwölf Banken unter Führung der Bank of England. Raten Sie mal, wer die Bank of England kontrolliert? Yup, die Rothschilds!

1815 machte Nathan Mayer Rothschild die folgende Aussage:

Ich kümmere mich nicht darum, welche Marionette auf den Thron von England platziert ist, dem Reich, in dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldmenge kontrolliert, kontrolliert das britische Imperium, und ich kontrolliere die britische Geldmenge.

Das Haus der Rothschilds ist wirklich an der Spitze der Machtpyramide. Sie stecken hinter der Neuen Weltordnung und der kompletten Dominanz weltweiten Agenda. Sie stecken hinter der Europäischen Union und dem Euro und sie stecken hinter der Idee der Nordamerikanischen Union und dem Amero. Sie kontrollieren alle Geheimdienste der Welt und ihre Privatarmee ist die NATO."

Übersetzt aus dem Englischen von AnonHQ.com

Beweis-Quelle: <http://derwaechter.net/komplette-liste-von-banken-im-besitz-und-unter-kontrolle-der-rothschilds>





Die einzigen Länder, die bis zum Jahr 2017 ohne eine Zentralbank im Besitz oder unter Kontrolle der Familie Rothschild übriggeblieben sein sollen:

1. **Kuba**
2. **Nordkorea**
3. **Iran**
4. **Syrien**

[Nach den angezettelten Unruhen in den arabischen Ländern](#), haben die Rothschilds dort schließlich den Weg zur Etablierung von Zentralbanken geebnet und haben viele politische Führer beseitigt, was ihnen noch mehr Macht verliehen hat.

Beweis-Quelle: <https://dirtyworld1.wordpress.com/2017/09/20/nur-noch-vier-laender-ohne-rothschild-zentralbank-uebrig/>



9.6. Werden wir von Soziopathen regiert? - Politische Ponerologie -



Soziopathen und Psychopathen

Definition Psychopathie: Unter einer Psychopathie (Kunstwort aus griechisch ψυχή, psyché, „Seele“ und πάθος, páthos, „Leiden“; jeweils altgriechische Aussprache) wird eine schwere Form der antisozialen (dissozialen) Persönlichkeitsstörung (APS) verstanden. In den Klassifikationssystemen DSM-5 und ICD-10 ist Psychopathie als Diagnose nicht enthalten.

Psychopathie bezeichnet heute eine schwere Persönlichkeitsstörung, die bei den Betroffenen mit dem weitgehenden oder völligen Fehlen von Empathie, sozialer Verantwortung und Gewissen einhergeht. Psychopathen sind auf den ersten Blick mitunter charmant, sie verstehen es, oberflächliche Beziehungen herzustellen. Dabei können sie sehr manipulativ sein, um ihre Ziele zu erreichen. Psychopathie geht häufig mit antisozialen Verhaltensweisen einher, sodass in diesen Fällen oft die Diagnose einer dissozialen oder antisozialen Persönlichkeitsstörung gestellt werden kann. Psychopathie kann jedoch mitunter auch als Komorbidität einer Borderline- oder narzisstischen Persönlichkeitsstörung auftreten.

Soziopathie (Kunstwort aus lateinisch socius „Gefährte, Genosse“ und altgriechisch páthos (πάθος) ‚Leiden‘) ist ein Begriff der Psychiatrie für eine extreme psychische Störung vor allem des Sozialverhaltens des Menschen.

Geprägt wurde der Begriff 1909 von Karl Birnbaum; populär wurde er allerdings erst nach 1930 durch George Partridge.

Die heutige Bedeutung des Begriffes Soziopath bezieht sich entweder auf psychopathische Menschen, die nicht oder nur eingeschränkt fähig sind, Mitgefühl zu

empfinden, sich nur schwer in andere hineinversetzen können und die Folgen ihres Handelns nicht abwägen können, oder – anderen Definitionen gemäß – unterscheiden sich Soziopathen von Psychopathen u. a. dadurch, dass sie nur zu einer funktional-vorgetäuschten Empathie befähigt sind, sich aber dennoch extrem antisozial verhalten.

Klassifizierung: Definitionen und diagnostische Kriterien variieren sehr stark zwischen den verschiedenen Schulen der Psychiatrie, und nicht in allen wird der Begriff überhaupt noch verwendet. Am ehesten ist Soziopathie mit dem modernen Begriff der dissozialen Persönlichkeitsstörung oder antisoziale Persönlichkeitsstörung (zuweilen auch noch als amoralische, asoziale, psychopathische Persönlichkeitsstörung bezeichnet) gleichzusetzen.

Was sind die gefährlichen Gemeinsamkeiten von Soziopathen und Psychopathen?

Beide haben keinerlei Gewissen und menschliches Mitgefühl (Empathie). Das Gewissen im Menschen ist ein Regulationsmechanismus, der verhindern soll, dass der Mensch seine Mitmenschen und seine Umwelt schädigt.

Fehlt dieser Regulationsmechanismus, dann gehen Menschen sprichwörtlich über Leichen.

Dr. Andrzej Łobaczewski beschreibt in seinem Buch *Politische Ponerologie* ausführlich das Verhalten der Soziopathen.

Warum sind die Soziopathen gefährlicher als die Psychopathen? Die Psychopathen sind an ihrem Verhalten leicht für jeden erkennbar. Die Soziopathen sind hervorragende Schauspieler.

Sie können ihre triebhafte Bösartigkeit so gut verstecken, dass sie für die Mehrheit der Menschen unerkant bleiben.

Dr. Andrzej Łobaczewski schreibt in seinem Buch *Politische Ponerologie*, dass es einen harten Kern von 12% - 15% Soziopathen gibt. Diese haben seit ihrer Geburt kein Gewissen. Wo nichts ist, da ist nichts. Da kann man auch nichts hinpflanzen. Diese Soziopathen sind nicht therapierbar.

Man kann sie nur dauerhaft einsperren, um zu verhindern, dass die psychisch schwer kranken und gemeingefährlichen Menschen sie in der Gesellschaft keinen weiteren Schaden mehr anrichten können.

Soziopathie ist ähnlich ansteckend wie ein hochgefährlicher Virus.

Die Soziopathen können ihre Mitmenschen, die ein Gewissen haben, so beeinflussen, dass sie anschließend so reagieren wie die Soziopathen selbst. Die Menschen mit Gewissen, die von den Soziopathen angesteckt wurden, kann man therapieren.

Josef Ratzinger schreibt in seinem Buch, Werte in Zeiten des Umbruchs, dass das Merkmal eines Menschen das Gewissen ist, das er besitzt. Bei vielen Menschen der heutigen Zeit sei das Gewissen verschüttet worden. Es gilt deshalb das verschüttete Gewissen wieder zu befreien.

Was tun die Soziopathen um ihre Macht zu sichern? Sie bauen eine Hierarchie (Rangordnung) auf. Das Kennzeichen einer Hierarchie ist, dass der in der Rangordnung niedriger stehende Mensch an den in der Rangordnung höher stehende Mensch Verantwortung abgibt. Der Regulationsmechanismus des Gewissens ist somit eingeschränkt. Steht an der höchsten Stelle der Rangordnung ein Soziopath, so kann dieser einzelne Soziopath ein ganzes Volk zu Grunde richten. Siehe Milgram Experiment.

Merke: Sobald der Mensch in eine Hierarchie eingebunden ist und Verantwortung an den in der Rangordnung höherstehende Mensch abgegeben hat, ist die Entscheidungsfreiheit seines Gewissens stark eingeschränkt.

Zwei aktuelle Beispiele:

1. Wenn der Polizeipräsident von Berlin an dessen Polizei-Soldaten den Befehl gibt auf zivile Demonstranten zu schießen, dann werden die meisten Bediensteten das widerspruchslos tun. Zur Not wird zur Verstärkung der paramilitärischen BRD-Polizeieinheiten auch die Armee in Form der BRD-Bundeswehr als Verstärkung geholt, welche den Befehl ebenfalls nicht verweigern wird

Das Gewissen der BRD-POLIZEI-Soldaten ist entlastet, denn sie haben ja nur einen Befehl ausgeführt. (Vgl. DDR-Schießbefehl an der sog. „innerdeutschen Grenze“)

2. Heiko Schrang sagte am 1.8.2020 zu den Demonstrationsteilnehmern: *„Ihr müsst wahrhaftig werden“*.

Die große Masse der Demonstranten haben ihm daraufhin zugejubelt, ohne begriffen zu haben, was er eigentlich gesagt hatte: wahrhaftig = wahrheitsliebend

Wahrhaftig ist die Mehrheit der Menschen schon. Es geht zur Ursachen-Lösung aller Probleme zuerst um die sachliche Verantwortungsübernahme zur Umsetzung des Potsdamer Abkommens und nicht darum, dass die Menschen wahrheitsliebend werden sollen.

Der Spruch von Heiko Schrang, *„Ihr müsst wahrhaftig werden“*, ist daher genauso ein oberflächlich-dummer Ausspruch wie der damals von Roman Herzog, ehemaliger Bundespräsident - Zitat: *„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“*. Ich weiß nicht, wo es damals geruckt hatte, ob es eventuell bei Roman Herzog im Kopf war oder in seinem WC.

3. Thorsten Schulte hatte, nach seiner Aussage, mit Entsetzen festgestellt, dass dort vor dem Reichstag Reichsbürger und wirkliche Rechtsextreme eine Kundgebung abgehalten haben. Daraufhin hatte er beschlossen, vor das Bundeskanzleramt zu ziehen. In den Videofilmen konnte ich aber keine Kundgebung von Reichsbürgern feststellen. Dort war nur eine Staatenlos.info-Kundgebung zu sehen.

Hatte Thorsten Schulte etwa die Menschen von Staatenlos.info als Reichsbürger wahrgenommen?

Falls das so wäre, dann würde Thorsten Schulte einer Wahrnehmungsstörung unterliegen. Diese müsste dann unbedingt fachärztlich behandelt werden.

Buchautoren Redakteure und Unternehmer wie z. Bsp. Thorsten Schulte, Heiko Schrang, Oliver Janich, Ken Jebsen, Xavier Naidoo, Michael Ballweg, Dr. Bodo Schiffmann, Markus Krall, Jürgen Elsässer, Dr. Ganiele Ganser und wie sie alle heißen, ignorieren hartnäckig die Alliierten Gesetze und die zwingend notwendige Lösung der sog. „deutschen Frage“.

Dieses Fehlverhalten kann man entweder als Dummheit, Unwissenheit oder als kognitive Dissonanz bzw. strukturelle Ignoranz bezeichnen.

Wie kommt es, dass die Mehrheit der Menschen so ein Fehlverhalten aufweist?

Wenn es um konkrete Sachfragen oder gar um Verantwortungsübernahme geht, fühlt sich niemand angesprochen und man schaut ignorant einfach weg.

Verhaltensforscher haben beobachtet, dass die Mehrheit der Menschen

**-- nur auf der Gefühlsebene ansprechbar sind,
-- nur auf der Beziehungsebene ansprechbar sind,
-- nur auf der Appell-Ebene ansprechbar sind.**

Auf der Sachebene sind diese Menschen so gut wie nicht ansprechbar.

Woher aber kommt das?

Dazu muss man sich die sozialistische Indoktrination – beginnend in der Kindererziehung ansehen.

Manuel Smith schreibt in seinem Buch, *Sag nein ohne Skrupel*, MVG Verlag, dass die Kindererziehung nur eine manipulativ emotionale Kontrolle (des Staates) ist.

Genau das ist die Erklärung für das oben genannte, unverantwortliche Fehlverhalten der Menschen.

Von Staatenlos.info werden die Menschen zumeist auf der Sachebene angesprochen und an die Selbst-Verantwortung appelliert.

Die Reaktion der meisten Menschen darauf ist gleich Null.

Wenn man Probleme lösen möchte, kann man das aber nur auf der selbstverantwortlichen Sachebene tun, was man aber den Menschen nicht anezogen hat.

Diese Zusammenhänge müssen verstanden werden, um zu begreifen, wie heute die moderne gesellschaftliche Diktatur funktioniert.

Unsere anzustrebende Unabhängigkeit können wir doch nur über diese von den Alliierten uns auferlegten Gesetze erreichen.

Ein Thorsten Schulte, Heiko Schrang u. a. wollen eine direkte (Volks-) Demokratie (auf deutsch: Gewalt-Herrschaft) in Deutschland einführen.

Für welches Volk und auf welcher staatsrechtlichen Basis wollen sie das umsetzen?

In der alliierten BRD-Treuhand kann niemals eine direkte Volksherrschaft zustande kommen.

Ich rechne damit, dass in absehbarer Zeit Deutschland unregierbar sein und im Chaos versinken wird, falls es uns heute nicht gelingt das Potsdamer Abkommen umzusetzen.

Die große Masse der Demonstranten hat keine Vorstellung für die Zukunft.

Das wissen die Soziopathen in Deutschland sehr genau.

Für die Soziopathen der BRD gibt es keine Alternative mehr wie zum Ende der DDR.

Deshalb werden sich diese Soziopathen bis zum letzten Atemzug gegen eine positive Veränderung wehren.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass sich eine Prophetie eines Alois Irlmeier Realität wird: „Die Russen werden Deutschland besetzen. Es wird viele Zerstörungen und viele Tote geben.“

Wir werden sehen was geschieht....

„Corona“ ist aus meiner Sicht nur eine Plan-demie der Soziopathie!

Beweis: „COVID-MASTERPLAN - die große Transformation – die 4. Industrielle Revolution“ – Beweis auf der offiziellen Webseite des World-Economic Forum

<https://intelligence.weforum.org/>

+ „DER PLAN des World Economic Forum - Covid Masterplan - die große Transformation“ –

siehe aktuelle YouTube-Dokumentation: <https://youtu.be/XvVVTvQP61E>

Literaturempfehlungen:

Dr. Andrzej Łobaczewski,

Politische Ponerologie,

„Eine Wissenschaft über das Wesen des Bösen und ihre Anwendung für politische Zwecke“ – Verlag: Les Editions Pilule Rouge

Josef Ratzinger, Papst em. Benedikt XVI. „Werte in Zeiten des Umbruchs“ - Verlag Herder

Stanley Milgram.: „Das Milgram-Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität“ - Verlag: Rowohlt Taschenbuch

Manuel Smith – „Sag nein ohne Skrupel“ - MVG Verlag



9.7. Der Fluch der Demokratie (“Dämonkratie”)



LAOKRATIE oder Demokratie = Ochlokratie?

Demokratie ([altgriechisch](#) δημοκρατία *dēmokratía* „Herrschaft des Staatsvolkes“, von δῆμος *dēmos* „**Staatsvolk**“ und κράτος *krátos* „**Gewalt, Macht, Herrschaft**“) bezeichnet heute [Herrschaftsformen](#), politische Ordnungen oder [politische Systeme](#), in denen [Macht](#) und [Regierung vom Volk](#) ausgehen (**Volksherrschaften**). Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie>

Demos ([griechisch](#) δῆμος *dēmos*, meist als „**Staatsvolk**“ aufgefasst, im Gegensatz zu [ἔθνος](#) *éthnos* „Volk“; [Pl.](#) im Deutschen *Demen*) bezeichnet im [antiken Griechenland](#) vermutlich ursprünglich das Zusammensiedeln einzelner Sippen. Bei [Homer](#) und [Hesiod](#) steht der Begriff meist für ein Gebiet oder Land und davon abgeleitet für das dort lebende Volk. Die antike Überlieferung zu historischen Zeiten versteht unter dem Begriff in der Regel eine Dorf- oder Siedlungsgemeinschaft als kleinster Verwaltungseinheit innerhalb einer antiken griechischen [Polis](#) ([Pl.](#) *Poleis*). Dies gilt insbesondere für das [ionisch-attische](#) Siedlungsgebiet, trifft aber auch für einige [dorische](#) *Poleis* zu. So werden im politischen Bereich [Gemeinden](#), gemeinhin auch die Gesamtzahl der Vollbürger einer Polis *Demos* genannt. Da nur Bürger mit vollem [Bürgerrecht](#) – beispielsweise in der [attischen Demokratie](#), von der diesbezüglich die umfangreichste Überlieferung erhalten ist – an der [Volksversammlung](#) teilnehmen konnten, wurde auch auf diese das Wort *Demos* übertragen. **Zudem bezeichnet der Begriff das „einfache Volk“ oder den [Pöbel](#)**, schließlich fast synonym den Staat an sich.^[1]

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Demos>

Herrschaft des Abschaums

"Demokratie (dt. Volksherrschaft). Demokratie ist leider nicht Volksherrschaft. Schon Sokrates hat festgestellt, dass die Demokratie nur eine obsolete, entartete, krankhafte Form der Volksherrschaft ist. "Volksherrschaft" würde "Laokratie" heißen, "Demokratie" heißt **"Herrschaft der Volksvertretung"**.

Im Altgriechischen gibt es zwei Worte für "Volk": **Laos und Demos**. Wobei Demos noch eine andere Bedeutung hat: So wird beim Lackbetrieb von Farblösungen der Schaum auf dem Kessel genannt, der die Verunreinigungen enthält und abgeschöpft und weggeworfen wird. Dieser Abschaum und das Volk werden recht ähnlich geschrieben, es ändern sich nur die Betonungszeichen. Die Ähnlichkeit ist noch größer als zwischen "Volksvertreter" und "Volksverräter". Vermutlich gab es im alten Griechenland Menschen, die ganz bewusst "Demokratie" als **"Herrschaft des Abschaums"** ausgesprochen haben."

Quellen: <http://www.laocracy.me/deutsch.html> und <https://de.scribd.com/doc/220034416/Altgriechisch-Demos>

-kratie. Bedeutungen: [1] nachgestelltes Wortbildungselement in Fremdwörtern aus dem Griechischen mit der Bedeutung: Herrschaft, Macht. Herkunft: Quelle: <https://de.wiktionary.org/wiki/-kratie>

Herrschaft des Pöbels bzw. einfachen Volkes

Der Begriff Pöbel (*mhd. povel, bovel*) wurde im Mittelalter aus dem Altfranzösischen (*poble*) entlehnt. Er bezeichnete Diener oder auch einfache Leute. Dieses altfranzösische Wort geht etymologisch ebenso wie das damals koexistierende *peuple* „Volk“ auf das lateinische Wort *populus* „Volk“ zurück. Mit dem Wort „Pöbel“ wird gewöhnlich ein Mangel an Kultur, Kultiviertheit, Intelligenz, Stil, Feingefühl, Ethik und Moral oder „Sinn für Höheres“ dargestellt.

Daran schließt sich das Verb „(an)pöbeln“ an, worunter man allgemein ein ausgeprägt vulgäres „Anmachen“ mit beleidigender Wirkung versteht.

Ochlokratie (altgriechisch ὀχλοκρατία, aus ὄχλος *óchlos*, deutsch ‚Menschenmenge‘, ‚Masse‘, ‚Pöbel‘, und -kratie), deutsch auch **Pöbelherrschaft**, ist ein Begriff für eine Herrschaftsform, bei der eine Masse ihre politischen Entschlüsse als Mehrheit oder durch Gewalt durchsetzt.

Die Ochlokratie wird auch mit Pöbelherrschaft übersetzt. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ochlokratie>

Seit der käuflich, listigen- bzw. kriegerischen Übernahme der Könige bzw. des Adels gelangte die Herrschaft des oberen und unteren Pöbels in die pyramidale Macht-Struktur = Herrschaft des satanisch-Niederer mit dem Ergebnis der Zerstörung der göttlichen Schöpfung und allem Guten auf der Erde.

LAOKRATIE

Für die Erklärung sind ein Fremdwörterbuch und ein Wörterbuch Altgriechisch -> Deutsch nützlich.

Wörtlich aus der griechischen Sprache übersetzt heißt **Laokratie** - **"Volksherrschaft"**.

λαός (laos) heißt Volk (dies ist die Grundbedeutung), Volksmenge, Menschenmenge, Kriegsvolk, Bundesvolk, Nation.

κράτος (kratos) heißt Stärke, Kraft, Gewalt, Macht, Herrschaft. Mit diesem Wort in der Form von -kratia (in der Bedeutung "Herrschaft") werden Zusammensetzungen gebildet, die Staatsformen/ Verfassungen bezeichnen (z. B. Aristokratie, Timokratie, Plutokratie, Autokratie). Dazu gehört auch die übliche Bezeichnung für Volksherrschaft: Demokratie.

δῆμος (demos) heißt Land, Gebiet, Volk, Gemeinde, Lobby, Familie.....

Von dem griechischen Wort λαός abgeleitet ist auch das deutsche Wort Laie: λαϊκός (laikós) bedeutet „zum Volk gehörig“. Aus dem Gegensatz von einfachem Volk und Anführern/ Spezialisten hat sich die Bedeutung "Nichtfachmann", "Nichtexperte" entwickelt. In der Kirche gibt es die Bezeichnung "Laie" für einfache Mitglieder im Gegensatz zu dem Klerus (Geistliche). Quelle: <http://www.laocracy.me/deutsch.html>

Problem-Lösung

Ist die geistige Heilung der Menschen vom eigennützig-narzisstischen Ich-Denken (Geschäftsdenken) zum gemeinschaftlichen Wir-Denken (Volksdenken), insbesondere über eine zielgerichtete moralisch-ethische Erziehung auf dem Fundament der preußischen Tugenden und der zehn Gebote. Dazu eine Bildung auf dem wissenschaftlich höchsten Niveau für das „gemeine Volk“ mit dem Ziel dasselbe im Laufe der Zeit in der Intelligenz so weit anzuheben, um das Volk von dem Laster des Pöbel-Daseins zu befreien.

Praktische Umsetzung der Volksherrschaft (griech. „Laokratie“) für die deutschen Völker: Altpreußische Leistungsführung von geistigen hochintelligenten Führungseliten aus den deutschen Stämmen, welche die ritterlich-preußischen Tugenden und die zehn göttlichen Gebote als das moralisch-ethische Fundament der Gesellschaft und des eigenen Handelns sieht und sich aus sich selbst heraus ständig weiterentwickelt und gedeiht.



Die aktuelle Ausgangslage der „modernen“ westlichen Gesellschaft



Vernichtende Folgen für die gesamte Menschheit bei Nichterfüllung des Potsdamer Abkommens der alliierten Siegermächte durch weiteres Festhalten der Deutschen am Faschismus und Nazismus (HLKO Artikel 24: Kriegslisten sind erlaubt...)

„...Die mit der Direktive JCS 1067 auf der Potsdamer Konferenz 1945 bekannt gegebene Absicht der Alliierten war die völlige Ausrottung der nationalsozialistischen Ideologie, und deren Urheber, Repräsentanten und Anhänger zur Verantwortung zu ziehen, auf staatlicher, gesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Ebene...“

FOLGEN für Deutschland und dem internationalen Völkerbund

Zerstörung der „konzeptionellen Sicherheit sozialer Systeme im Völkerbund“ durch:

- verwaltungstechnisch illegale staatsrechtlich-juristische Weiterführung des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“ von Adolf Hitler
- Weiterführung des (zweiten) Weltkrieges auf allen Ebenen mit Ursache der Blockade und Sabotage der zwingend notwendigen Friedensverträge zur endgültigen Beendigung des zweiten Weltkrieges und damit Nichterfüllung des Potsdamer Abkommens
- dadurch weltweit dauerhafter Kriegszustand mit konventioneller, psychologischer, chemischer, physikalischer und biologischer Kriegsführung gegen die gesamte Menschheit
- Verhinderung der Entnazifizierung Grundgesetz Artikel 139 - Umsetzung Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 durch die BRD-Treuhandverwalter ab 1949 bis zum heutigen Tag – in Folge UN-Feindstatus jedes einzelnen Deutschen gemäß den UN-Feindstaatenklauseln.

(Die Feindstaatenklausel ist ein Passus in den Artikeln 53 und 107 sowie ein Halbsatz in Artikel 77 der Charta (oder Satzung) der Vereinten Nationen (SVN),

wonach gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges von den Unterzeichnerstaaten Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden können...)

- Förderung von Krieg und Terrorismus weltweit, weil Deutschland die finanzielle Drehscheibe und führender Rüstungsproduzent und -exporteur für fast alle Kriegsschauplätze auf der Erde ist.
 - systematische Provokation zur Völkerwanderung und Landnahme (sog. „Migration“) durch gezielte Kriegstreiberei und Förderung von Terrorismus
 - dadurch organisiert gesteuerte Masseneinwanderung fremder Volksstämme mit Infiltration fremder und/ oder sog. „radikalislamischer“ Religionsanhänger u. a. durch den sogenannten *Islamischen Staat* (ISIS, Daesh) Al Dschabhat an-Nusra verbündeten Freiwillige Syrische Armee (FSA), Al Qaida, Al-Schabab (Al-Shabab), Boko Haram, Tehrik-i-Taliban und weiterer international festgestellter Terrororganisationen in Deutschland und im Völkerbund
 - offensichtliche Auflösung der öffentlichen Ordnung durch Rechtsbankrott
 - totalitäre faschistische Diktatur mittels totalitärer POLIZEI-, Justiz- und Behördenwillkür gegen das indigene deutsche Volk,
 - Gewalt, Chaos und Gesetzlosigkeit, Plünderungen an Privateigentum vor allem der einheimischen deutschen Bevölkerung durch ein faschistisches Regime mit privaten Mafia-Strukturen in Deutschland - damit im Zentrum Europas und Drehscheibe für die Weltgemeinschaft
 - **Vorbereitung und Durchführungen von Umstürzen sozialer Systeme in anderen Nationen durch BRD-NATO-EU- Beauftragte (sog. „farbige Revolutionen“, Wirtschaftskrieg, Interventionen über 5. Kolonnen u. ä.) - aktuell zum Beispiel in Weißrussland, der Ukraine, Venezuela, Syrien, Libyen und viele weitere Staaten**
 - **Ifd. Bruch internationalen Rechts mit Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Nationen durch BRD-NATO-EU-Vertreter**
 - der heimtückisch psychologisch, ökonomisch, physikalisch, chemisch, biologisch und konventionell weitergeführte zweite Weltkrieg bedroht heute die gesamte Menschheit unmittelbar in ihrer Existenz.
- (Haager Landkriegsordnung - HLKO Artikel 24 *„Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.“*)
- **Mit dem 11. September 2001** Aufbau einer „Neuen Welt-Ordnung“ als sog. „5. Weltreich“ – eine moderne Sklavenhaltergesellschaft mittels künstlicher Intelligenz (KI) 5G/6G... der sog. „Covid-Masterplan – die 4. industrielle Revolution – die große Transformation“ zum „Prison-Planet“. Beweis: Cyberdyne Systems Skynet World Economic Forum <https://youtu.be/7EpEI6-6R4s> (zensiert)
- offizielle Webseite des World- Economic Forum <https://intelligence.weforum.org/>
+ „DER PLAN des World Economic Forum - Covid Masterplan - die große Transformation“ https://youtu.be/G8fxyl_LNr0

Beseitigung jeglicher rechtsstaatlicher Ordnung in Deutschland und in Folge Zerstörung der „konzeptionellen Sicherheit sozialer Systeme im Völkerbund“ durch:

- Voll-Privatisierung der BRD: begründete und vollständige Abwesenheit bzw. Ausfall rechtsstaatlicher Stellen zum Wohl für das betroffene einheimische *deutsche Volk*

und allen Migranten in Deutschland

- Die BRD (Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH / HRB 51411) ist gemäß dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kein rechtmäßiger Staat EGMR 75529 / 01 vom 8.06.2006
- Eintrag der Bundesrepublik – Deutschland/ Germany, BUND und diversen Ministerien im UN-Register als Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
- Täuschung aller Nationen und insbesondere derer Völker weltweit durch die BRD-Regierungsvertreter – Straftatbestand § 270 StGB Betrug sowie sittenwidrige, verbotene In-sich-Geschäfte (Verboden gemäß Paragraph 181 BGB), wie der sog. „2+4 Deutschland-Vertrag“ von 1990 und Folgeverträge.
- Auflösung des BRD-Staatsfragmentes durch die illegale Vollprivatisierung der deutschen Regierung, Verwaltung, Polizei und Militär zu privat-kommerziellen Firmen mit Inkassostrukturen gegen das gleichgeschaltete deutsche Volk
- Wegfall Staats- und Völkerrecht mit ausschließlicher Anwendung des See- und Handelsrechts UCC in Deutschland
- Mafia- und Vetternwirtschaft – Piraterie und Gesetzlosigkeit unter Ausnutzung der Mängel und Defekte des Nachkriegs-Provisoriums „Bundesrepublik Deutschland“
- verbotene Ausnahmegerichtbarkeit durch privat-kommerzielle Schiedsgerichte
- lfd. Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip (Artikel 20 Abs. 3 GG) und das Legalitätsprinzip (§ 152 Abs. 2, § 160, § 163 StPO) und die Gewaltenteilung gemäß Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz für die BRD
- dadurch begründeter Stillstand der Rechtspflege und Rechtsbankrott der BRD-Justiz
- nahezu Komplettausfall der Schutz- und Sicherheitsorgane (Polizei) für die Bevölkerung in Deutschland (Beispiel: fortlaufende Übergriffe und Attentate auf die Menschen in den deutschen Städten und Kommunen und POLIZEI-Gewalt gegen protestierende Zivilisten, insbesondere wehrlose ältere Menschen, Frauen und Kinder)
- Mandat zum Einsatz der deutschen „Bundeswehr“ gegen die unzufriedene Bevölkerung/ Menschen in Deutschland („Inlandseinsatz“)
- Anwendung verbotener nationalsozialistischer Gesetze, Verordnungen und Rechtsinhalte und die zwangsverordnete „deutsche Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 zum Nachteil des deutschen Volkes und der internationalen Weltgemeinschaft
- dazu zählt auch die inhaltliche Anwendung des NS-Polizei-Sicherheits- und Ordnungsrechtes von 1933 („Politische Polizei“ – „Staatsschutz“)
- extreme politische Verfolgung Andersdenkender; insbesondere der Opposition - staatenlos.info – Comedian e. V. – des Vorstands, Rüdiger Hoffmann, dessen Mitglieder und der ehrenamtlichen Helfer („Reichsbürger“-Stigmatisierung zur Verfolgung)
- kein strafrechtlicher Schutz und kein Rechtsweg für die Menschenrechte in Deutschland
- absolut feindseliges Verhalten der regierenden BRD-Vertreter und der BRD-Verwaltungen insbesondere gegen die einheimische deutsche Bevölkerung, Ethnien, Menschengruppen und Menschen in Deutschland
- Masseneinwanderung fremder Völker aus der gesamten Erde in das bereits völlig überbevölkerte deutsche Gebiet
- dadurch Verdrängung der einheimischen deutschen Stammesbevölkerung und Schaffung von Parallelgesellschaften gefördert, geduldete religiös politische

Radikalisierung in Deutschland

- Schaffung von Staatenlosigkeit der Einwohner in Deutschland durch Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit – damit Entzug aller Rechte der betroffenen Bevölkerung (1999/ 8.12.2010 Streichung der „unmittelbaren Reichsangehörigkeit“ als Basis der „deutschen Staatsangehörigkeit“ im Staatsangehörigkeitsgesetz (– Reichsangehörigkeit = Staatsangehörigkeit = Beides ist ein und dasselbe! (R=STAG))
- Nichtigkeit der Wahlen mangels ausreichender Wahlbeteiligung, durch Wahlbetrug mittels gezielter Falschinformation, Manipulation und mangelnder Verhältnismäßigkeit durch ungültige Überhangmandate (Urteil Bundesverfassungsgericht zum Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und die vom Grundgesetz garantierte Chancengleichheit der Parteien (Az.: 2 BvE 9/11))
- Meineid der deutschen Politiker auf vorgebliche „Verfassungstreue“ als Regimetreue zum verwaltungstechnisch weitergeführten „Dritten Reich“ und handelsrechtlichen Unternehmen „Deutschland“
- Entzug des Selbstbestimmungsrechts der Menschen/ der deutschen Völker in Deutschland
- Misswirtschaft und Missmanagement des vom Volke erschaffenen Kapitals
- grob fahrlässige und/ oder vorsätzliche Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen
- vorsätzliche Schaffung von Armut, Notständen, Krieg, Terror und damit allgemein permanenter Ausnahmezustand-Notstands-Kriegsrecht (seit 2020 z. Bsp. bezeichnet als „Covid- Masterplan – die vierte industrielle Revolution – die große Transformation“)
- Verletzung der Würde des Menschen durch den bürgerlichen Tod der Person (*Der bürgerliche Tod (französisch mort civile) bedeutet den Verlust der persönlichen Rechtsfähigkeit. Der bürgerliche Tod war bereits im römischen Recht eine Folge der capitis deminutio maxima, des Verlustes der persönlichen Freiheit bei Gefangennahme oder als Nebenfolge bei Kapitalverbrechen. Auch das gemeine Recht kannte eine direkte Vernichtung der Persönlichkeit (consumtio famae) in der Friedlosigkeit als Folge der Oberacht.*
Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerlicher_Tod)

Rechtswidrige Beseitigung der völkerrechtlichen Wahrung der Identität des deutschen Volkes. („Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) regelt, wer nach § 6 in der geänderten Fassung von 1987 deutscher Volkszugehöriger ist, wer „sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.“)

Projekt künstliche Intelligenz (KI/AI) mittels Einsatz der militärischen 5G/ 6G– Mikrowellen-Waffentechnologie - S.M.A.R.T. = Secret Militarized Armaments in Residential Technology („SKYNET-Terminator System)

Beweis: Cyberdyne Systems Skynet World Economic Forum

Seit 2019 Umsetzung Plandemie - Beweis: „COVID-MASTERPLAN - die große Transformation – die 4. Industrielle Revolution“ – Beweis auf der offiziellen Webseite des World-Economic Forum <https://intelligence.weforum.org/>

Phase 10: Die „Neue Welt-Ordnung - „New World Order“ („NWO“) – 5. Reich der Faschisten
– „Great Reset“ - „Die 4. industrielle Revolution“ – Die große Transformation



siehe auch Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Georgia_Guidestones

Etappen und das Endziel der internationalen Verschwörung:

z. Bsp. James Paul Warburg (1896 - 1969), Sohn von Paul Warburg, Bankier, Aufsichtsrat der Bank of Manhattan, Finanzberater von Präsident Roosevelt, Mitglied der CFR, sagte vor dem Senatsausschuss für Außenpolitik am 17. Februar 1950 - Zitat: *"Wir werden eine Weltregierung haben, ob wir es gut finden oder nicht. Die Frage ist nur, ob die Weltregierung durch Zustimmung oder Eroberung erreicht wird."*

David Rockefeller, geb. 1915, US-amerikanischer Bankier & Politiker-Zitat: *"Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung. Alles, was wir brauchen ist die richtige, allumfassende Krise und die Nationen werden in die Neue Weltordnung einwilligen."*

"Derjenige muss in der Tat blind sein, der nicht sehen kann, dass hier auf Erden ein großes Vorhaben, ein großer Plan ausgeführt wird, an dessen Verwirklichung wir als treue Knechte mitwirken dürfen."

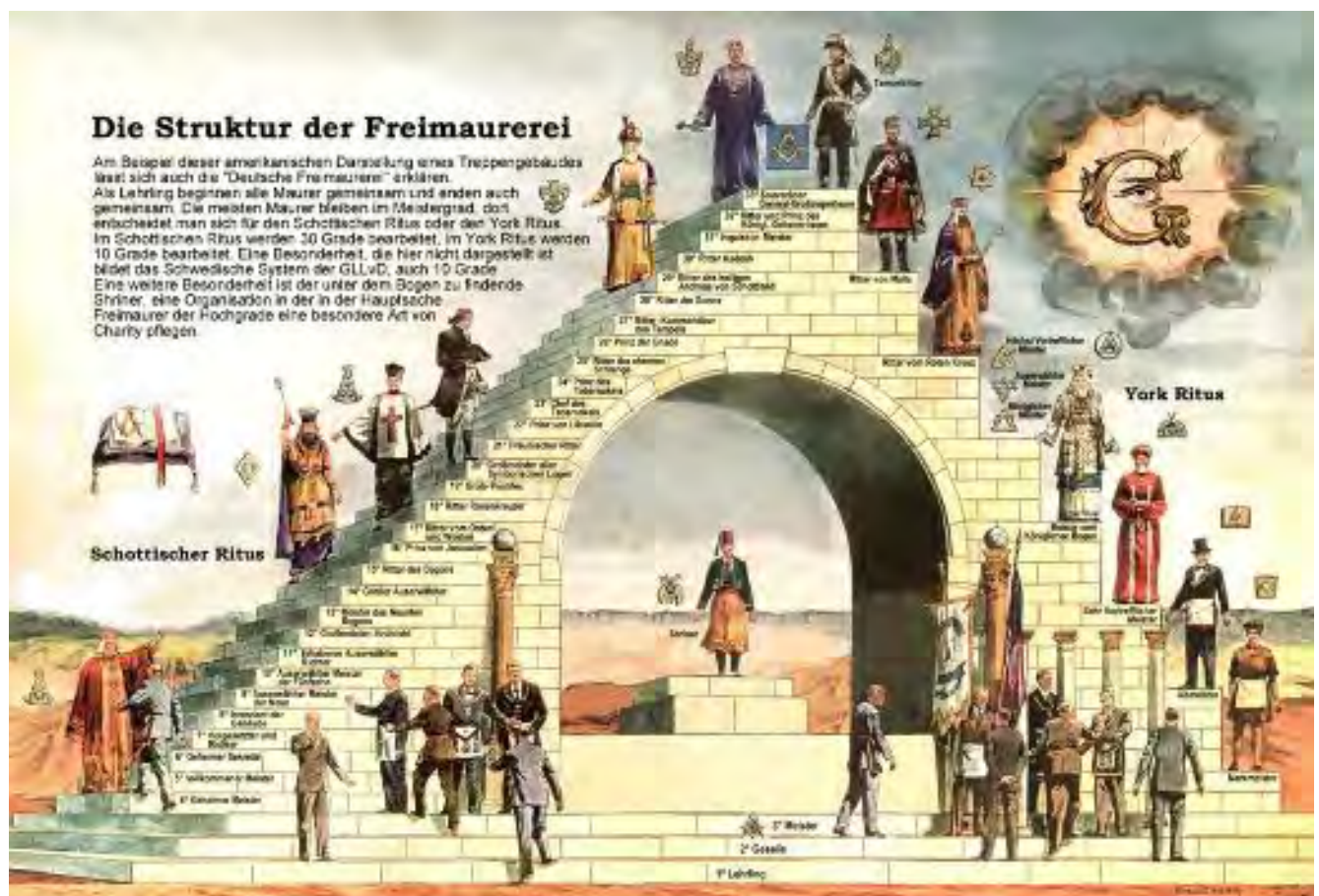
Winston Churchill (1874-1965), Britischer Premierminister

So sieht das globale Spinnen-Netz der anstehenden, bereits schon über Jahrhunderte angestrebten, jetzt fast errichteten Eine-Welt-Regierung = besser der faschistischen Welt-Diktatur aus.

Was den Verschwörern noch fehlt, ist der inszeniert-geplante „globale Finanz-Crash“ mit einem inszenierten religiösen „Armageddon“, was der letzte Auslöser für die Durchsetzung der Neuen Welt Ordnung = deren neuen Sklavenhaltergesellschaft sein wird.

Dazu dient der Corona-COVID-Masterplan des Weltwirtschaftsforums – kurz „WEF“!

Die Initiatoren der Neuen-Welt-Ordnung setzen folgenden Plan um:



Eine selbsternannte satanische „Elite“ mit religiös wahnhaftem Hintergrund spielt auf der Erde GOTT:

Diese Verschwörer gegen alles Leben sind in sog. geheimen Bünden (Logen) der „Freimaurerei“ (Baumeister der NWO) organisiert. (z. Bsp. Club of Rome, Bilderberger; Orientloge, Loge zu den drei Weltkugeln)

- siehe Liste: <https://www.freimaurer-wiki.de/index.php/Deutschland>

+ <https://de.wikipedia.org/wiki/Freimaurerei>

+ <https://www.freimaurer.org/>

Die Verschwörer gegen die Völker wollen den Menschen nach ihrem Willen umformen und „perfektionieren“ – Digitalisierung - Verschmelzung Mensch mit Maschine. Nach deren Agenda soll eine Weltregierung eingerichtet werden, die auf Endindustrialisierung und totale Versklavung jedes vereinzelt Menschen basiert.

Geplant ist ein „Grüner Planet“ („Green Planet“) mit sog. „urbanen Zentren bzw. „Megacitys“. Diese Großraum-Städte sind mit Superautobahnen (Supermagistralen) miteinander verbunden. Außerhalb der Megastädte und der großen Verkehrsadern befinden sich grüne Zonen (Green Zone), die sog. „No Go Areas“.

Heute sind dazu in allen Industrienationen die Baumaßnahmen für die großen Megaprojekte unübersehbar zu erkennen.

Die satanische „Elite“ unterhält ein Heer von komplett überwachten „Biorobotern“ für alle notwendigen Arbeiten und deren Vergnügungen auf der Erde.

Die wirkliche Hochtechnologie bleibt ausschließlich der „Elite“ vorbehalten, während die Sklaven nur das zugeteilt bekommen, wie es der „Elite“ beliebt.

Die heutige Gentechnik der satanischen Transhumanisten bzw. Rasse-Eugeniker hat zum Hauptziel diesen perfekten Welteinheitssklaven zu züchten und die Menschheit zu halten wie Vieh. Siehe dazu auch den Babylonischen Talmud!

Das Projekt wird bereits als „4. industrielle Revolution“ – „Corona-COVID-Masterplan“ umgesetzt.

Eine Vorstufe ist die ethnische Vermischung der Völker, die Vernichtung derer Kulturen und der Massenmigration bzw. andauernde Völkerwanderung.

Die Menschheit soll rasch über die Ausalterung, Krankheiten und Kriege reduziert werden. Auch diese kataklystischen Vorgänge sind seit dem 30-jährigen Krieg in vollem Gange. Der unter dem Tarnbegriff *demografische Wandel* inszenierte Völkermord ist bereits in allen Industrienationen feststellbar.

Das MEGA RITUAL 9/11 diene zur okkulten Einleitung des Neuen Zeitalters/ der neuen Ära: Das Symbol ist das One World Trade Center in New York = Das EINE - WELT - ZENTRUM! (BIG APPLE = der Apfel der Hesperiden-Verführung Satans)

Ab 1990 erfolgte die Auflösung des gescheiterten Kommunismus-Projektes. Im gleichen Zug erfolgt die weitere sozialistische Gleichschaltung (Internationalisierung) über die Erschaffung von gleichgeschalteten Großverwaltungsstrukturen (Gouvernements) wie z. Bsp. die Europäische Union, die Nordamerikanische Union, die Afrikanische Union, die Asiatische Union nach Vorbild der Kolonien.

Das juristische Staatsfundament bildet dazu *Neues Staatsrecht *1934 von Adolf Hitler.

Alle diese gleichgeschalteten Großverwaltungsstrukturen („Unionen“) sollen sich in absehbarer Zukunft zu einer geplanten imperialen, römischen Eine-Welt-Regierung („**5. Reich**“) vereinigen.

Die Menschen werden nach deutschem Vorbild unter Anwendung der Kriegslist STAATENLOS-VOGELFREI gemacht, um sie versklaven und letztlich reduzieren zu können.

(Eugenik-Plan: „Zukunft ohne Menschen“)

Zwecks Tarnung der Hintergrundaktivitäten dieser international agierenden Verschwörer-Clubs wurde vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA nach

dem Kennedy-**Auftragsmord** extra der Kunstbegriff „Verschwörungstheoretiker“ erfunden!

Dieser universelle Totschlagbegriff wird seitdem wie die Kunstbegriffe „Nazi“, „Antisemit“, „Rechter“, „Aluhutträger“, „Schwurbler“ u. ä. gegen jeden aufwachsenden Menschen eingesetzt.



Beispiel Herzog von Kent Empfang London <https://www.freimaurer-wiki.de/index.php/1717> - 2017: Empfang des Herzogs von Kent f%C3%BCr 136 Gro%C3%9Fmeister

Das satanisch-kanaanitische Großlogen-Wappen

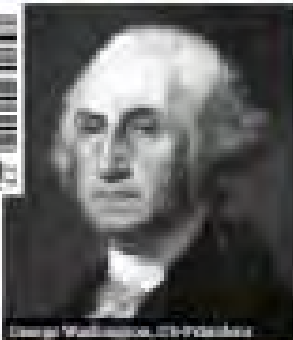


Vereinigte Großloge von England, Freimaurerloge https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigte_Gro%C3%9Floge_von_England

Zweiter Weltkrieg: Heinrich Rothmund rehabilitiert

DIE WELTWOCHEN

Freitag, 14. Juli 2017 10:00 Uhr | 1. Jahrgang | 1. Ausgabe | 1. Ausgabe



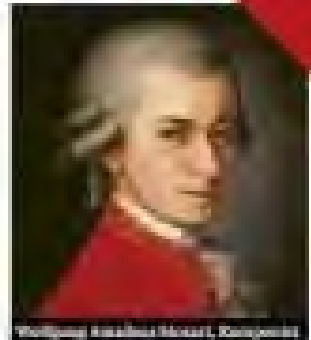
George Washington, US-Präsident



Winston Churchill, Premierminister



Oliver Hardy, Schauspieler



Wolfgang Amadeus Mozart, Komponist



John Wayne, Schauspieler

Die Freimaurer

Eine längst verdiente
Würdigung



Franklin D. Roosevelt, US-Präsident



Josef Stalin, Premier



Friedrich der Große, König



Johann Wolfgang von Goethe, Dichter



Peter Dinklage, Schauspieler



Wilhelmine von Bayern, Königin



John Glenn, Astronaut

53 Jahre
"oben ohne":
Die Bilanz

Liste berühmter Freimaurer:

Quelle: <https://de.public-welfare.com/4113666-the-most-famous-masons-a-list>

NaZi-Wunderwaffe sozialistische Gleichschaltung der Menschheit:



- **Auflösung der unabhängigen Nationalstaaten der Völker durch:**
- **Schaffung von Abhängigkeiten besonders auf wirtschaftlich-finanzieller und militärischer Ebene**
- **ethnische und gesellschaftliche Gleichschaltung aller Völker und Menschen (Tradition, Kultur, Sprache, Wirtschaft, Politik, Rechtesystem)**
- **Aufbau von sog. Großverwaltungszone nach römischem Muster- sog. Unionen - Bündnisse:**

Dazu zwischenstaatliche Bündnisse nach kultureller, militärischer, regionaler, politischer oder wirtschaftlicher Integrations- resp. Kooperationsrat auf supranationaler, intergouvernementaler, ferner auch nongouvernementaler Ebene.

Dazu zählen militärische Bündnisse, Regional-politische Bündnisse, Regionale Union, Wirtschaftsbündnisse, Finanzunion (IWF, Weltbank), Zollunion, Freihandelszone, Binnenmarkt, Währungsunion -

siehe Liste: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_%C3%BCber-_und_zwischenstaatlicher_B%C3%BCndnisse

Ziel der NWO-Faschisten:

- Eine politisch wirtschaftliche militärische Weltstruktur durch Gleichschaltung:
Eine Weltwirtschaft
- Eine Weltwährung
- Eine koloniale Welt-Staatsangehörigkeit = Staatenlosigkeit = Vogelfreiheit aller Menschen
- Eine Weltarmee
- Eine Weltjustiz
- Eine Weltpolizei
- Eine Weltreligion
- **Eine Weltkultur mit einem kulturellen „Welterbe“**

10.1. Realisierung ab 9/11/2001 Megaritual



„An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“ (1. Johannes 2,1-6)

Schläge gegen die Menschheit zur Neuen Welt Ordnung „New-World-Order“ der Faschisten:

1. Schlag 1914: Finanzierung-Aufrüstung-Gründung FED 1913 = erster Weltkrieg: Vernichtung der historischen Erbmonarchien 1914 bis 1918.
2. Schlag 1933:
Zuerst erfolgte der Austritt aus dem Völkerbund = Völkerrechtsabkommen für Deutsche nicht mehr zutreffend.
Das Zentrum von Europa – Deutschland wird ab 1934 durch die NS- Gleichschaltungsgesetze/ Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit selbst zur Kolonie.
Die Deutschen sind am 05.02.1934 über die zwangsverordnete deutsche Staatsangehörigkeit mit Glaubhaftmachung *DEUTSCH* vollkommen entmachtet und

ohne völkerrechtlichen Schutz.

3. Schlag: Finanzierung-Aufrüstung = zweiter Weltkrieg:

1945 kein Frieden – kalter Krieg – Neokolonialismus - NS-Projekt „Europa“ –

Gründung UNO und der NATO im Vatikan:

Fortgeführte Anwendung der NS-Gleichschaltung: Vernichtung der europäischen Nationalstaaten und die Vielfalt der Volkskulturen - insbesondere der deutschen Völker im Zentrum von Europa

3.1. Die von der BRD treuhänderisch verwaltete deutsche NS-Kolonie

„Deutschland“ wird weiter schrittweise auf die anderen europäischen Nationalstaaten ausgedehnt. Dazu wird das NS-Projekt von Walter Hallstein „4. Reich Europa“ durch Expansion weiter ausgebaut.

3.2. Ab 1933 Wegbereitung des national-zionistischen Staates Israel in Palästina

1933 – 1949: Europaweit organisierte Internierung und Vertreibung der semitischen Völker (als „Juden“ bezeichnet) in die britische Kolonie „Palästina“, um den National-Zionistischen Staat „Israel“ vorzubereiten.

Vertreibung der Araber bzw. Internierung als semitischen Volksgruppe „Palästinenser“ in kleine Reservate bzw. Ghettogebiete.

4. Schlag: 5. Weltreich Roms = Das koloniale NS-Gleichschaltungsprojekt wird auf die ganze Menschheit ausgedehnt. („Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“ sangen 1933 die SA - Sturmkolonnen)

Satanisches Opfer-Ritual Krieg:

Menschenopfer Nazismus und Faschismus bis 1945: geschätzt 25 Millionen Opfer

Menschenopfer 2. Weltkrieg bis 1945: geschätzt 56 Millionen Opfer

Menschenopfer Sozialismus/ Kommunismus: geschätzt 100 Millionen Opfer

Ab 1945 kein Frieden! HLKO Art. 24 „Kriegslisten...sind erlaubt.“

Heimtückische Kriegsführung auf allen Ebenen und mit allen zur Verfügung stehenden Methoden:

Weltweite konventionelle Kriege und Terror, psychologische, ökonomische, physikalische, chemische, biologische Kriegsführung, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Naturzerstörung, Vergiftung der Nahrung, des Wassers und der Luft, Wetterwaffen, Weltraumwaffen, nukleare Verseuchung, komplette globale Gleichschaltung der menschlichen Gesellschaft, Zerstörung der Vielfalt der Völker und deren Kulturen, künstliche Verknappung der Nahrung, des Wassers und der Rohstoffe, Eugenik und Medikamentierung, Klima-CO2-Agenda, Menschheitsreduktion...

Planerfüllung: Die Eugenik-Agenda der Transhumanisten – 4. industrielle Revolution - digitales Gefängnis - Klima-CO2-Agenda - Green Planet - Zukunft ohne Menschen

Roms

Umsetzung „Corona-Covid-Masterplan“ als Megaritual der 4. industriellen Revolution „die große Transformation“ als satanisch-kataklystischer Prozess gegen die gesamte Menschheit

- Menschheitsreduzierung - **planmäßiger Völkermord (Genozid) mittels Vorwand Gesundheitsschutz, Klimaschutz-CO2-Minimierung**
- **digitale Versklavung der Überlebenden (sog. „Digitalisierung“)**
- Eugenik-Menschenzuchtprogramm – Maschinenmenschen - Bioroboter



Originale Illuminatenprotokolle aus dem 19. Jahrhundert

Prinzip Gleichschaltung



10.2. NWO-NS-Gleichschaltungsprojekt „4. Reich Europa“

Die von der BRD treuhänderisch verwaltete deutsche NS-Kolonie „Deutschland“ wird schrittweise auf die anderen europäischen Nationalstaaten ausgedehnt.

Das NS-Projekt von Walter Hallstein „4. Reich Europa“ wird durch Expansion weiter ausgebaut und vervollkommenet.



NATO-Expansion = Barbarossa 2.0



5. Weltreich Roms = Das koloniale NS-Gleichschaltungsprojekt wird auf die ganze Menschheit ausgedehnt. („Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“ sangen 1933 triumphierend die SA - Sturmkolonnen)

NWO-Megaritual 11. September 2001 – 9/11



**Sie werden dieses Kriegs-Symbol -
(Pentag. bed. 5) den fünfzack-Stern
auf den Weihnachtsbaum,
in die Fenster hängen und div. anderen Dingen zuordnen !!!
Das Kriegssymbol ist kein Stern - Sterne gibt es bei Harald Lesch, in Hollywood
und Starwars (Sternen Krieg) !!!** *siehe Anhang*

<https://projekt-911.de/b/Pentagon.htm>
Schulprojekt der 11a - Pentagon
Basisdaten zum Pentagon: Baubeginn: 11. September 1941 (Fertigstellung: 15. Januar 1943).
Pentagon: Hauptsitz des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums. Grundfläche: 135.000
Quadratmeter. Gesamtlänge aller Koridore: 28,2 km. Offizielle Version: Einer der
Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA wurde am Pentagon ausgeübt. Das
Pentagon wurde an seinem „60. Geburtstag“ ...

^W https://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschläge_am_11._September_2001
Terroranschläge am 11. September 2001 - Wikipedia
Terroranschläge am 11. September 2001 Bildbeschreibung von oben nach unten: 1. Die
brennenden Twin Towers des World Trade Centers 2. Einstürztes Gebäudeteil des
Pentagons 3. Flug 175 schlägt um 9:03 Uhr im Südturm (WTC 2) ein 4. Ein Feuerwehrmann des
FDNY bittet am Ground Zero um Hilfe 5.

Das Pentagon
Baubeginn: 11. September 1941

11, 9 9, 11

*Genau 60 Jahre nach Baubeginn
machten sie ihren rituellen Anschlag
zur Vollversklavung mit Völker-
reduktion !!!*

10.2. NWO-Megaritual („Heilige“) „Corona-Pandemie“ ab Dezember 2019

Wussten Sie, welche Heilige in den christlichen Kirchen für Seuchenbekämpfung zuständig ist? Nun, es ist tatsächlich die Heilige Corona. Sie lebte wahrscheinlich im 2. oder 3. Jahrhundert und starb im Alter von nur 16 Jahren den Märtyrertod.

Sie gilt als Patronin der Schatzgräber und Metzger, für Standhaftigkeit im Glauben, in Angelegenheiten des Geldes und der Lotterie sowie eben auch als Schutzpatronin gegen Seuchen und Unwetter. Ihr Gedenktag ist in der katholischen Kirche der 14. Mai, in der orthodoxen der 11. November und in der armenischen der 10. November.

Der Name „Corona“, lateinisch „die Gekrönte“, weist ebenso wie der griechische Name „Stephana“ von Stephanus auf den allgemeinen Begriff „Märtyrerin“ hin. In Niederösterreich erinnern die Namen der Wallfahrtsorte St. Corona am Wechsel und St. Corona am Schöpfl an die Heilige. Die österreichische Münzeinheit hieß bis 1924 nach ihr Krone.

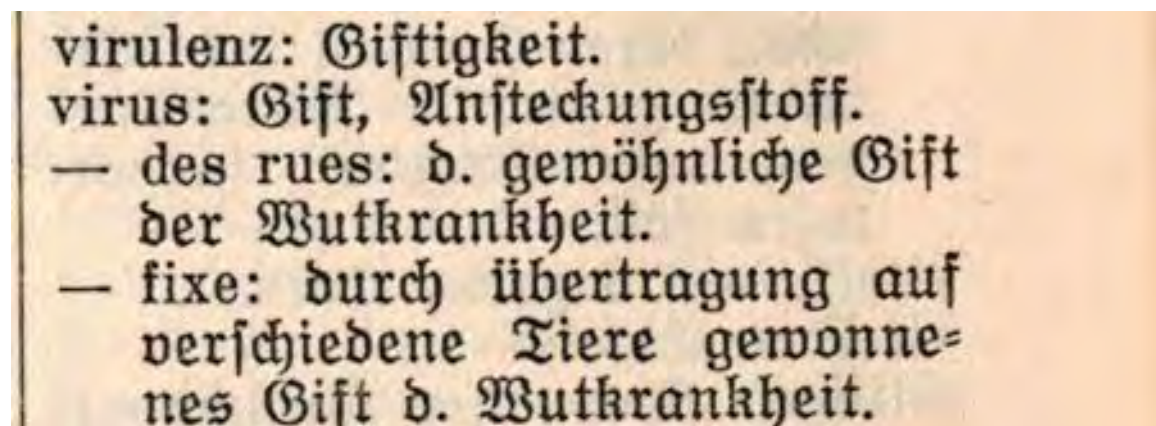
(Quelle: Ökumenisches Heiligenlexikon)



VIREN sind Gifte oder Stoffe - nicht lebendige Organismen!

Lebendige Mikroorganismen sind Bakterien und Bazillen –

Beweis-Quelle: Medizinisches Taschenwörterbuch von E. Schreiber, 12. Auflage überarbeitet von H. Albrecht 1930- Verlag Gustav Fischer Jena



MEDIZINISCHES
TASCHENWÖRTERBUCH

VON

E. SCHREIBER

12. AUFLAGE

NEUBEARBEITET VON

H. AUFRECHT

MEDIZINISCHES
TASCHENWÖRTERBUCH

HERAUSGEGEBEN

VON

E. SCHREIBER

12. AUFLAGE, NEUBEARBEITET

VON

H. AUFRECHT



JENA
VERLAG VON GUSTAV FISCHER
1930

Der wahre Grund für die Mundschutz-Masken

Früher mussten Sklaven eine Mundmaske tragen

Jetzt müssen wir eine Mundmaske tragen

Es soll symbolisieren, dass wir Sklaven sind



Bild-Quelle: <https://twitter.com/friederikeschi4/status/1254563416171327491>

Warum mussten Sklaven Masken tragen? <https://de.quora.com/Warum-mussten-manchen-Sklaven-Eisenmasken-tragen>

Vorbereitung Zombie-Programm?

Das geistige Wut-Virus ist gewollt!



Beweis-quelle: https://www.deutschlandfunkkultur.de/lakonisch-elegant-kulturpodcast-102.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

28 Days Later, auch 28 Tage später, ^{[3][4][5][6][7]} ist ein [2002](#) gedrehter [britischer Endzeit-Horror-Thriller](#) von [Danny Boyle](#) nach einem Drehbuch von [Alex Garland](#). Der Film thematisiert den Zusammenbruch der Gesellschaft durch die Verbreitung eines hochansteckenden und tödlichen [Virus](#) im [England](#) der [Jahrtausendwende](#) und zeigt die Flucht von vier Überlebenden aus dem von Infizierten bevölkerten [London](#). In den [deutschen](#) Kinos lief der Film am 5. Juni 2003 an. Die Fortsetzung [28 Weeks Later](#) kam am 30. August 2007 in die Kinos. Beweis-Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/28_Days_Later

US-Soldaten sollen Zombie-Invasion durchspielen
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/us-militaer-soldaten-muessen-zombie-invasion-durchspielen-a-969485.html>

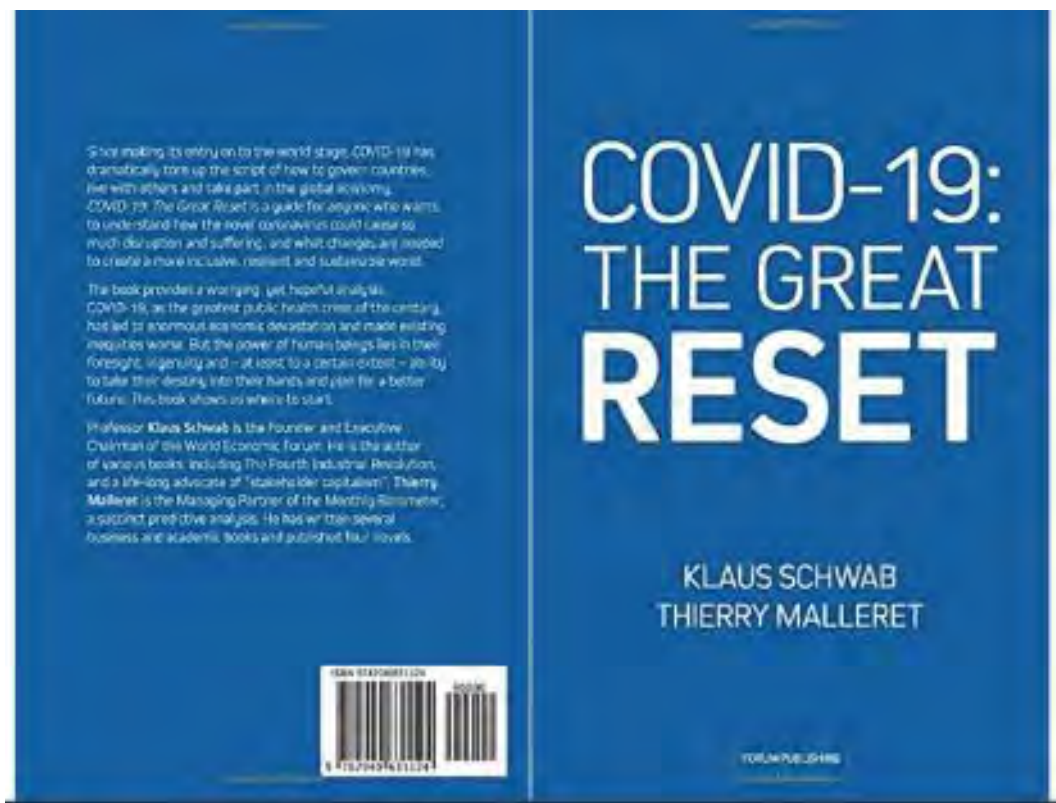
Suchtstoff Adrenalin?

Die satanischen Wesenheiten (Baal, Mammon, Luzifer, Satan usw.)

nähren sich von menschlichem Leid, Schmerz und Tränen...

Gentechnik = satanischer Transhumanismus!

MRNA „Der Stoff aus dem die Dämonen sind...“ (?)



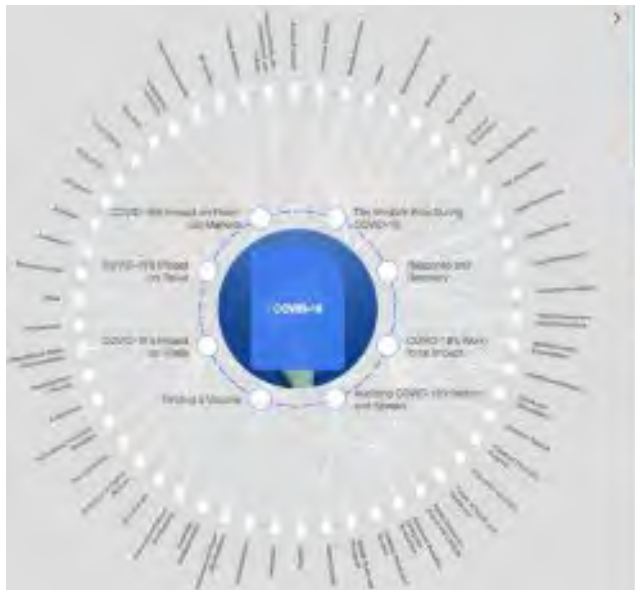
COVID-19: Der Große Umbruch (German Edition) Taschenbuch – 25. September 2020

Deutsch Ausgabe von [Klaus Schwab](#) (Author), [Thierry Malleret](#) (Author)

Vorwort: "Mit seinem Erscheinen hat Covid-19 die bisherige Regierungsführung der Länder, unser Zusammenleben und die Weltwirtschaft als Ganzes gehörig durcheinander gebracht. Covid-19: Der große Umbruch ist ein Leitfaden für alle, die verstehen möchten, wie das neuartige Coronavirus so viel Zerstörung und Leid anrichten konnte und welche Änderungen für eine integrativere, robustere und nachhaltigere Welt erforderlich sind. Das Buch bietet eine besorgniserregende, dennoch zusehenswerte Analyse. Covid-19, die größte Gesundheitsbedrohung des Jahrhunderts, hat enorme wirtschaftliche Schäden verursacht und bestehende Ungleichheiten verschlimmert. Die Macht des Menschen liegt jedoch in seinem Weitblick, Einfallsreichtum und – zumindest in einem gewissen Maße – Vermögen, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und eine bessere Zukunft zu planen. Dieses Buch zeigt uns, wo wir beginnen müssen. Professor Klaus Schwab ist der Gründer und Vorstandsvorsitzende des Weltwirtschaftsforums. Er ist Verfasser verschiedener Bücher, darunter Die 4. Industrielle Revolution, und langjähriger Verfechter des „Stakeholder-Kapitalismus“. Thierry Malleret ist geschäftsführender Partner von Monthly Barometer, einer prägnanten, prädiktiven Analyse. Er ist Autor mehrerer Bücher zu wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Themen und hat vier Romane veröffentlicht."

Great Reset – Klaus Schwab-WEF- deutsche Ausgabe: <https://www.ama-zon.com/COVID-19-Grosse-Umbruch-Klaus-Schwab/dp/2940631190>





GLOBAL ISSUE

COVID-19

Curation: World Economic Forum

Summary

COVID-19 promises to become one of the most difficult tests faced by humans in modern history. As the pandemic has spread, it has taken lives, stirred anxiety and political drama, overwhelmed health systems, and triggered potentially lasting sociological changes. The International Monetary Fund says the global economy now faces its worst downturn since the Great Depression, and Deloitte International has warned that half a billion people could be pushed into poverty as a result of the unfolding crisis. Around the world, desperate efforts are underway to contain what has become a profoundly disruptive outbreak.

Key Issues

- The Media's Role During COVID-19
- Response and Recovery
- COVID-19's Spillover Impact
- Assessing COVID-19 Infection and Spread
- Finding a Vaccine
- COVID-19's Impact on Global Markets
- COVID-19's Impact on Society
- COVID-19's Impact on the Environment

GLOBAL ISSUE

Human Enhancement

Curation: ETH Zurich

[Listen to an Overview](#)

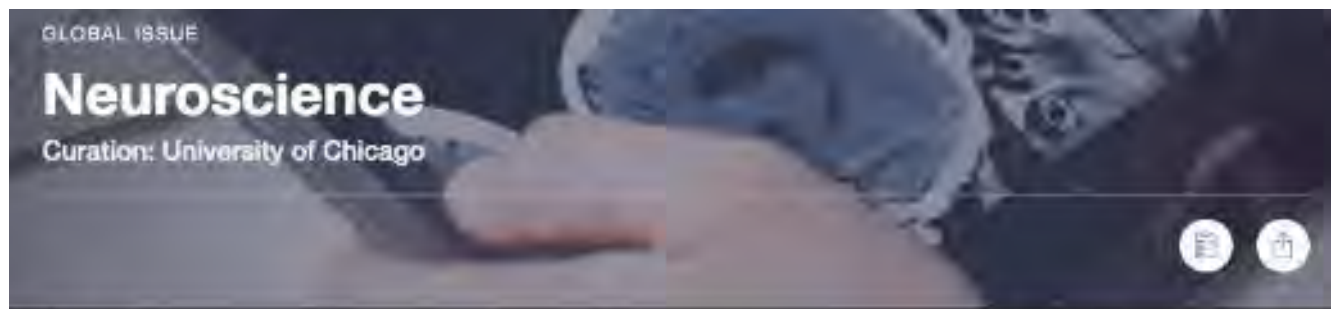
Summary

Human enhancement: just another buzzy term, or a very real phenomenon triggering effects that will soon be felt by everyone? Technology can now be deployed to extend and increase aspects of performance beyond natural limits, which may in turn transform the experience of being human. Although restoring bodily function has long been a common and generally accepted aspect of medical treatment, the emerging potential to go well beyond restoration calls for thoughtful reflection on potential consequences - both for individuals, and for society as a whole.

This briefing is based on the views of a wide range of experts from the World Economic Forum's Expert Network and is curated in partnership with Simone Schuerle, Branco Weiss Fellow and Head of the Responsive Biomedical Systems Laboratory at the Institute of Translational Medicine at ETH Zurich.

Key Issues

- Humanness and Autonomy
- Equity and Social Justice
- Enhanced Genes
- Enhanced Bodies
- Enhanced Minds
- Enhanced Longevity



Summary

Healthy brain function is an essential foundation for childhood development, education, normal social interaction, and a successful professional life. The prevalence of brain disorders has imposed heavy financial and emotional burdens, which will only worsen as global populations age. However, progress made in terms of understanding the structure and function of the brain, as well as the genetic and environmental bases of brain development, is providing significant insight into the causes of disorders.

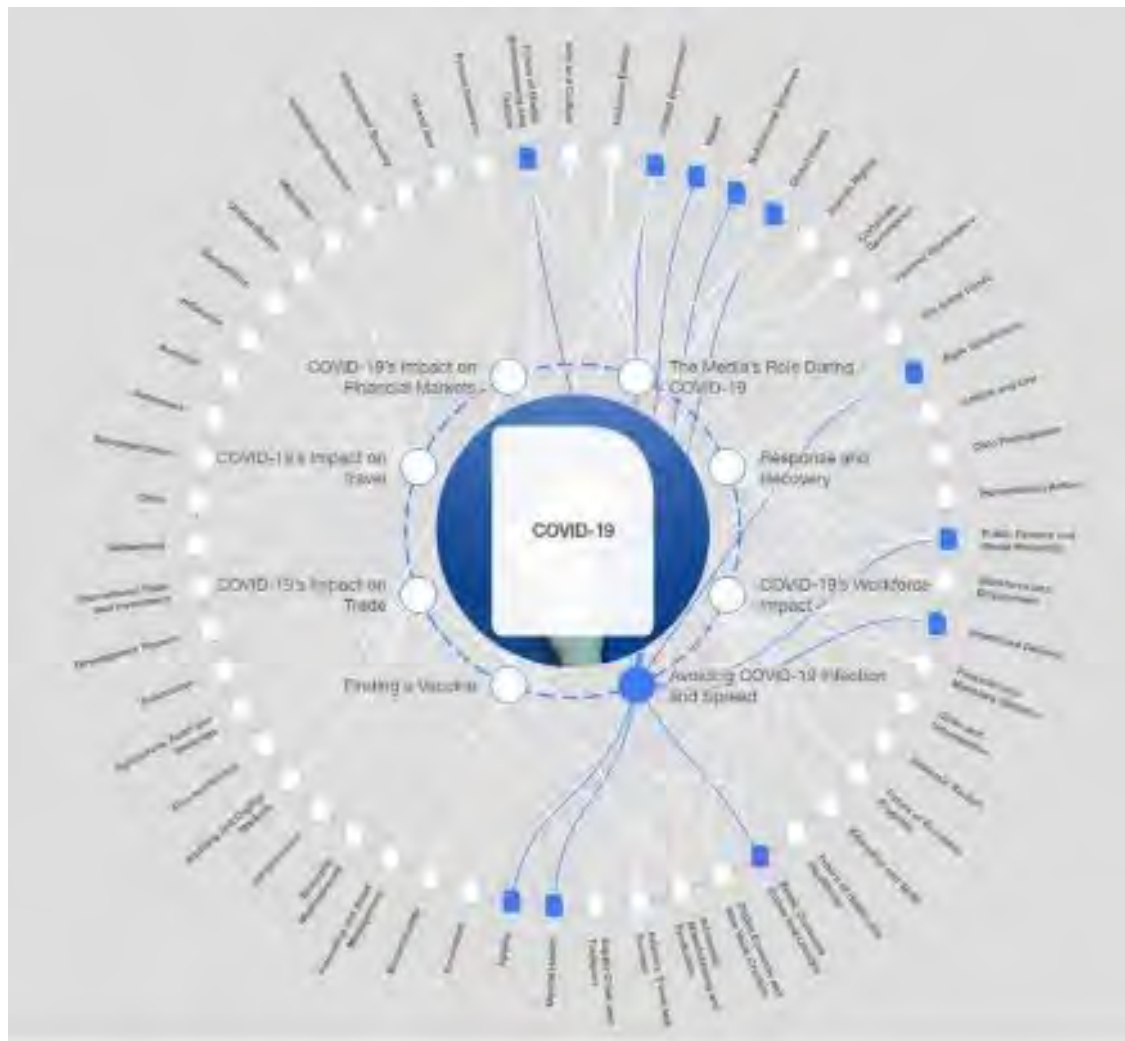
This briefing is based on the views of a wide range of experts from the World Economic Forum's Expert Network and is curated in partnership with John Maunsell, Director of the Grossman Institute for Neuroscience, Quantitative Biology & Human Behavior at the University of Chicago.

Key Issues



Führergeist 2000





DER PERFIDE PLAN DES WORLD ECONOMIC FORUM

The Great Reset - Was wirklich drinsteht

Quellverweise: https://www.weforum.org/de/open-forum/event_sessions/life-in-2030-human-kind-and-the-machine

<https://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftsforum>

https://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Schwab



Bild-Quelle: <https://www.spektrum.de/kurzgeschichte/die-letzte-frage/1566116>

Auszug vom WEF: „Leben im Jahr 2030: Mensch und Maschine

[Overview](#) [Speakers](#) [Embed](#)

„Die Welt steht auf der Schwelle einer neuen Revolution, angetrieben von neuen Technologien vom Gen-Editieren zur künstlichen Intelligenz und dem 3D-Druck. Wie werden diese Technologien das Leben der nächsten Generation verändern?

Welche Technologien sind wirklich bahnbrechend? Was für moralische, ethische und soziale Bedenken werfen sie auf? Wie werden diese Technologien die Geschäftswelt, das Regierungswesen und die Gesellschaft verändern? Wie können Mensch und Technologie zusammenarbeiten, um bessere Ergebnisse zu erzielen...?“

Quelle: https://www.weforum.org/de/open-forum/event_sessions/life-in-2030-humankind-and-the-machine

Spektrum
DER WISSENSCHAFT

KOMPAKT

ROBOTER

Die Evolution der Maschinenwesen

Robotik

Die Helfer der Zukunft

Nanomedizin

Hausgeister im Körper

Quelle: <https://www.spektrum.de/video/digitale-ewigkeit-ki-und-heilsversprechen/1701018>

Beispiel der psychologischen Vorbereitung über Hollywood: (deutsch: Zauberstab)

Terminator (Originaltitel: *The Terminator*; abgeleitet vom englischen Verb *to terminate* ‚beenden‘) ist ein [Science-Fiction-Film](#) des Regisseurs und Drehbuchautors [James Cameron](#) aus dem Jahr [1984](#). Darin verkörpert [Arnold Schwarzenegger](#) einen [Androiden](#) (im Film als [Cyborg](#) bezeichnet), den [Terminator](#), aus der Zukunft, dessen Auftrag lautet, Sarah Connor in der Gegenwart zu töten (zu „terminieren“). Der unerwartet sehr erfolgreiche [Autorenfilm](#) ist der erste aus einer Reihe von bislang sechs Kinofilmen sowie einer Fernsehserie.



10.3. Die „Endlösung“ der deutschen Frage

Die faschistische Neue-Welt-Ordnung („New-World-Order“ („NWO“))

Kapitalkommunistische Gleichschaltung zur Kolonie für die totalitäre Welt-Diktatur und

Staatenlosigkeit der Opfer, um mit den versklavten Menschen völlig willkürlich nach Gutdünken verfahren zu können.

Zitat: „Wir werden zu einer Weltregierung kommen, ob Sie dies wollen oder nicht. Mit Ihrer Zustimmung oder nicht. Die Frage ist nur, ob diese Regierungsform freiwillig, oder durch Gewalt erreicht werden muss.“

James Warburg, Senatsausschuss des Amts für Auswärtige Angelegenheiten CFR, am 17. Februar 1950

Ziel: Vollendung der faschistischen Weltherrschaft – 5. Reich.

Der NWO-PLAN des World Economic Forum - Covid Masterplan - die große **Transformation** – Menschheitsreduzierung - digitale Versklavung – Eugenik-Menschenzüchtung?

Ab 2019 Umsetzung „Corona-Covid-Masterplan“ als Megaritual der 4. industriellen Revolution als ein kataklystischer Prozess gegen die Menschheit? Menschheitsreduzierung, Opferkult und Versklavung der Überlebenden – Seelenfang - satanischer Auftrag erfüllt?



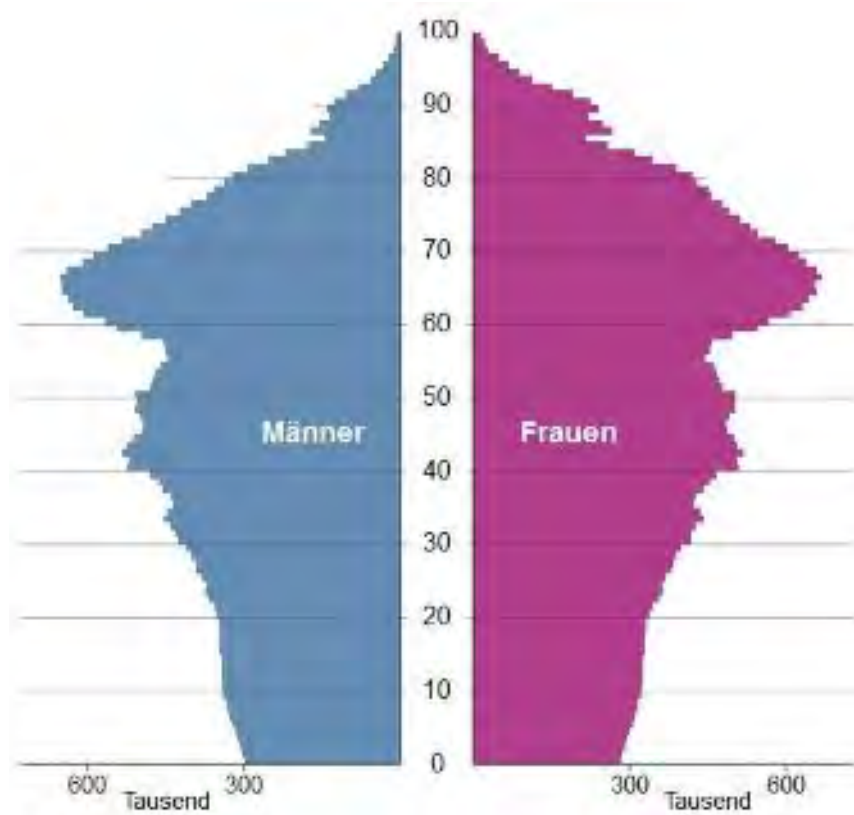
Robe ist nicht Robe??? Alles immer nur „Verschwörungstheorie“? Bild-Quelle:

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-die-verschwörungstheorie-the-great-reset,SY2OK1r>

„Wir sind die Guten...“



10.4. Bevölkerungsreduzierung, Eugenik, Versklavung



Der interne Plan BEVÖLKERUNGSREDUKTION

Auch als Agenda „Zukunft ohne Menschen“ bekannt.

Die komplexe, scheinbar unaufhaltsame Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen: der Böden, der Fauna, der Flora, der Luft und des Wassers ist kein Zufall.

Es erfolgt offensichtlich planmäßig.

Quecksilber, Formaldehyd, Nanopartikel, Squalen-Kampfstoffe in jeder Impfung, die hochgefährliche Mikrowelle in der Küche, das Nervengift Jod mit Rieselgift im Industrieresalz, der Krebs verursachende Radar-Funkmast im Wohnort, die Chemtrails am Himmel, der Haarp-Einsatz auch über Ihren digitalen Stromzähler, die Gasanlage (Biogasanlage) von nebenan, die komplexe Vergiftung und Entwertung unserer Nahrungsmittel, die Verseuchung/ Auslaugung der Böden, die Kontamination des Wassers mit Gülle, Bakterien/ EHEC, Chemikalien aller Art, Antibiotika, hochtoxische *Medikamente* sorgen effizient und rasch dafür, dass wir chronisch komplex erkranken, die Kinder unfruchtbar werden, die Menschen rasch ausaltern und ersatzlos sterben!

Ihr Hausarzt ist wie die meisten Menschen nicht über die unmittelbaren Zusammenhänge informiert und kann demzufolge nicht die wahren Ursachen der vielen Krankheiten und des geistigen und körperlichen Siechtums erkennen.

Die Deutschen staatenlos-vogelfrei im Niemandsland Deutschland!

Sollen die deutschen Volksstämme – alle Völker endgültig biologisch und geistig beseitigt werden, um den globalen Universalbetrug der Neuen Welt Ordnung perfekt zu machen? Klares JA!

Dave Foreman, Mitbegründer von Earth First – Zitat:

"Meine drei wichtigsten Ziele sind, die menschliche Population auf 100 Millionen weltweit zu reduzieren, die industrielle Infrastruktur zu zerstören und zuzuschauen, wie die Wildnis mit ihrem kompletten Spektrum an Spezies auf der ganzen Welt zurückkehrt."

Der Nazi-Kollaborateur und Befürworter eines Massengenzids Prinz Philip – Zitat:

„In dem Fall dass ich wiedergeboren werde, würde ich gerne als ein tödlicher Virus zurückkehren um etwas beizutragen für die Lösung [des Problems der] **Überbevölkerung.“**

Sir Julian Huxley, erster Generalsekretär der UNESCO (1946-1948) – Zitat:

„Obwohl es absolut wahr ist, dass jedwede radikale Eugenik-Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es wichtig sein für die UNESCO, dafür zu sorgen, dass das Eugenik-Problem mit der größten Behutsamkeit untersucht wird und dass die Öffentlichkeit über die Probleme informiert wird, damit das, was jetzt noch undenkbar ist, zumindest wieder denkbar wird."

Eugeniker Dr. Henry Kissinger 1978 – Zitat:

„Entvölkerung sollte die höchste Priorität unserer Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt sein, weil die US-Wirtschaft große und zunehmende Mengen an Mineralien aus dem Ausland brauchen wird, besonders aus den weniger entwickelten Ländern."

Thomas Mehner schreibt dazu – Zitat:

„Viel mehr als Reduktion von 7 Milliarden auf 1 Milliarde?

Also nur jeder Zehnte wird auserwählt sein zu überleben? Sind Sie dabei?

Es gibt einen **„Wissenschaftlichen Beirat der deutschen Bundesregierung globaler Umweltveränderungen“**, (WBGU) als Zusammenfassung für Entscheidungsträger.

Verantwortlich ist ein Prof. Schellnhuber.

Prof. Schellnhuber von der Universität Potsdam in einer Rede:

„Wir haben endlich die Schätzung, wie viele Menschen unser Planet tatsächlich tragen kann: Weniger als eine Milliarde. Welch ein Triumph! Andererseits, wollen wir

diese Alternative? Ich denke, wir können viel, viel mehr erreichen!“

"Dekarbonisierung" klingt wie ein Anschlag auf pflanzliches Leben; doch Prof. Schellnhuber will eine Reduktion der Weltbevölkerung erreichen. In dem Traktat mit der Überschrift „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation" werden nichts weniger als Empfehlungen für die Errichtung einer weltweiten Ökodiktatur verfasst, unter dem Vorwand einer zu diesem Zweck erfundenen, vom Menschen gemachten Klimakatastrophe. Die Zeit rennt, denn die "große Transformation" soll bereits im Juni im Gleichschritt von Bundeskabinett, Bundestag und Bundesrat in Gang gesetzt werden.

Die 10 Gebote der Nazi-Eugeniker: Die Steine von Georgia New World Order Plan to Kill 90% of the Worlds Population

Von wegen Fortschritt! Wir leben in Wirklichkeit in einem satanischen System!
Es soll heute immer noch Menschen geben, die glauben, dass zumindest die Bürger der modernen westlichen Welt in einem System leben, das das Beste unter der Sonne sei.

Indes zeigen die Entwicklungen der vergangenen Monate überdeutlich und vor allem *endgültig*, dass genau das Gegenteil der Fall ist:

Das herrschende System baut in seinen Grundlagen auf Irreführung, Manipulation, Ausbeutung, Überwachung, Krieg und Naturzerstörung auf – alles eindeutige Zeichen dafür, dass es einen satanischen Charakter hat.

Man muss kein gläubiger Mensch sein, um zu erkennen, dass die so genannten »Eliten« schöpfeungsfeindliche Individuen sind, die zwar in Sonntagsreden so tun, als seien sie Lichtgestalten, anhand ihrer Handlungen aber genau als das Gegenteil dessen zu erkennen sind.“

Von wegen Fortschritt! Wir leben in Wirklichkeit in einem satanischen System!

Thomas Mehner



Es soll noch Menschen geben, die glauben, dass zumindest die Bürger der modernen westlichen Welt in einem System leben, das das Beste unter der Sonne sei. Indes zeigen die Entwicklungen der vergangenen Monate überdeutlich und vor allem *endgültig*, dass genau das Gegenteil der Fall ist: Das herrschende System baut in seinen Grundlagen auf Irreführung, Manipulation, Ausbeutung, Überwachung, Krieg und Naturzerstörung auf – alles eindeutige Zeichen dafür, dass es einen satanischen Charakter hat. Man muss kein gläubiger Mensch sein, um zu erkennen, dass die sogenannten »Eliten« schöpfeungsfeindliche Individuen sind, die zwar in Sonntagsreden so tun, als seien sie Lichtgestalten, anhand ihrer Handlungen aber genau als das Gegenteil dessen zu erkennen sind.

Projekt „Zukunft ohne Menschen“ Green Planet – Co2-Klima-Agenda

Psychologische Vorbereitung über die Medien:

„Deutsche Erstaussstrahlung 05.12.2009 History Original-Erstaussstrahlung 21.04.2009

(Englisch)TV Movie: Wenn die Natur den Menschen überlebt ...Was wäre, wenn es plötzlich keine Menschen mehr auf der Erde gäbe? Wie muss man sich eine Welt vorstellen, in der die Natur die Macht über unseren Planeten übernähme? Gestützt auf Theorien von Archäologen, Ingenieuren, Biologen, Geologen und Klimaforschern, zeichnet die Dokumentarserie eine Vision von einer Welt ohne menschliches Leben und zeigt, wie die Natur den ehemals vom Menschen besetzten Raum zurückerobert würde. (Text: Sky)“ - Quelle: <https://www.fernsehserien.de/zukunft-ohne-menschen> USA 2008–2010 (Life After People) Doku



Schon angelegt? Das Grab für die Bevölkerung in Deutschland
- siehe Quelle: <https://www.bundestag.de/besuche/kunst/kuenstler/haacke/haacke-198996>



EUROPA - Der letzte Countdown ...wurde offiziell *aber okkult* ausgerufen



Start 14.02.1986

Das ist nur ein Teil ... als Ritual der Freimaurerei zu verstehen !!!

"Der finale Countdown"



Single nach Europa
aus dem Album Der Letzte Countdown

B Setz	"Auf geschickter Fliegerei"
Freigegeben	14. Februar 1986 (1)
	Oktober 1986
	(Großbritannien) (2)

Das Finale? Projekt: Omikron ([neugriechisches](#) Neutrum Ὀμικρον, „kleines O“, kurz gesprochen, [vergleiche auch [Omega](#)]; [Majuskel](#) O, [Minuskel](#) o) ist der 15. [Buchstabe](#) des [griechischen Alphabets](#) und hat nach dem [milesischen System](#) den Zahlwert 70. [https://de.wikipedia.org/wiki/Omikron_\(Buchstabe\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Omikron_(Buchstabe))

Projekt „NWO-Unisex-Sklave“ (lat. „Slave/ Slawe“)



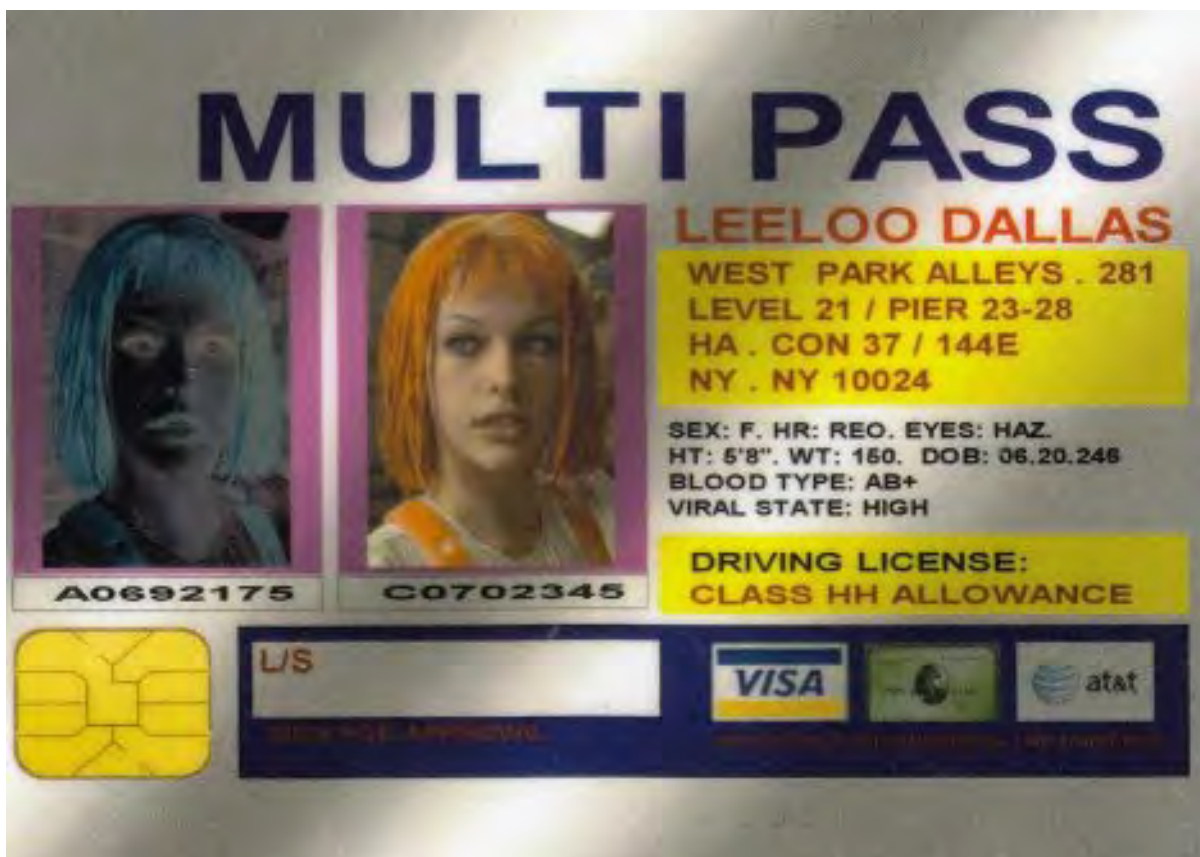
Transhuman-Modell 2050 - Quelle: <https://www.nationalgeographic.com/photo-graphy/article/visualizing-change>



Hier bitte PDF EINFÜGEN: „Transhuman Modell 2050 Visualizing Race, Identity and Change“



Quelle: Die Maske – die nächste Generation: <https://www.cinema.de/film/die-maske-2-die-naechste-generation,1299602.html>



10.5. Auswirkungen in Deutschland

Polizeistaat und Militärdiktatur



Seit 1945 gibt es keine Friedensverträge zur Beendigung des zweiten Weltkrieges.

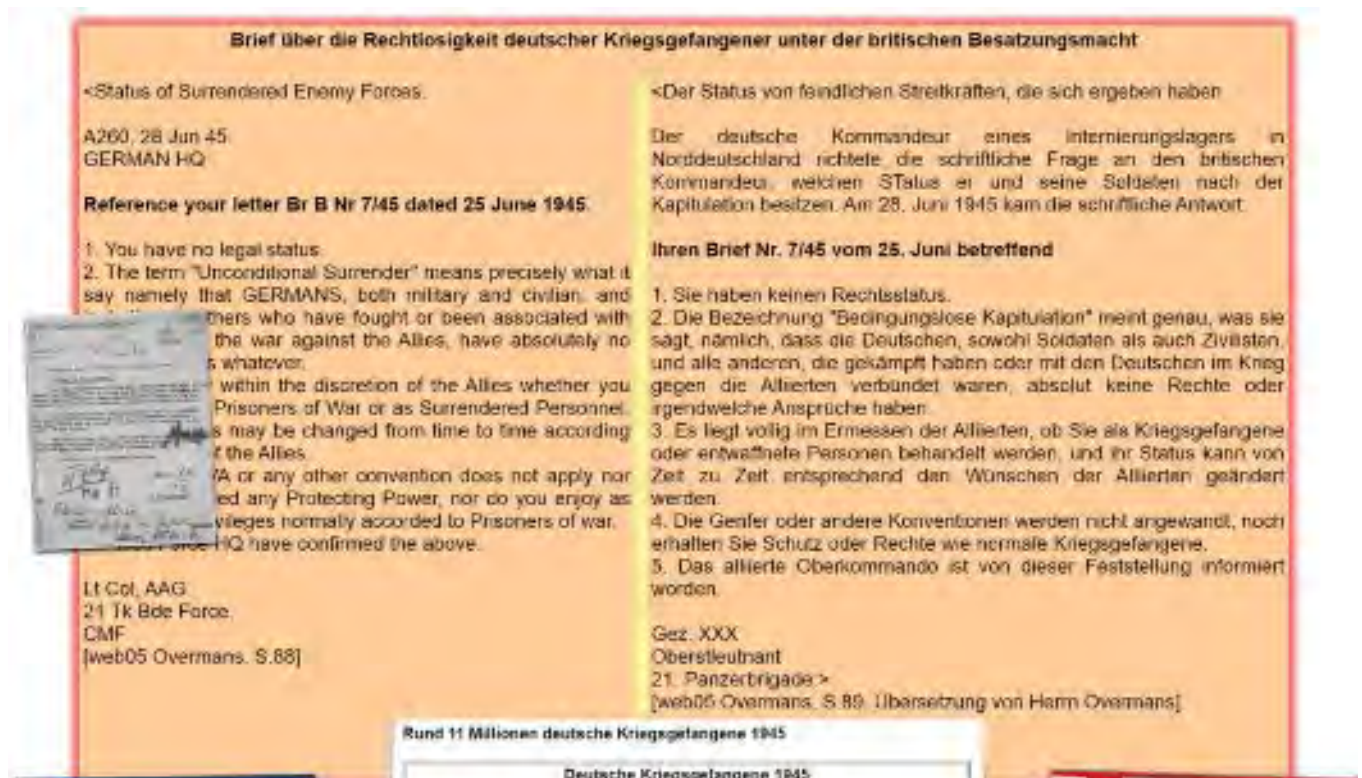
Der dauerhafte Kriegszustand wurde auch durch den „2 + 4 Deutschlandvertrag“ mangels Friedensverträge mit 54 kriegsbeteiligten Nationen NICHT beendet.

1. Rheinwiesenerlager-Status 2.0

Die Deutschen haben durch den Kriegszustand bis heute den Status Disarmed Enemy Forces (DEF).

Die US-Amerikaner gaben 1945 den offiziellen Status der in den sog. „Rheinwiesenerlager“ internierten Deutschen Militärangehörigen und Zivilisten bekannt und haben diese Bekanntmachung nicht aufgehoben:

Die Deutschen unterliegen daher offensichtlich bis heute nicht dem Schutz der Genfer Konvention und der HLKO. Es handelt sich um **„Disarmed Enemy Forces (DEF), „entwaffnete feindliche Streitkräfte“) bzw. Militärinternierte, welche u. a. für Zwangsarbeit verwendet wurden und für die die internationale Hilfsorganisation das „Rote Kreuz“ nicht zuständig ist.**



2. Das BRD-Personal wurde durch den sog. „geheimen Staatsstreich“ ab dem 01.01.2000 staatenlos und damit vogelfrei gemacht.

Staatenlos und vogelfreies Sklaven-Personal, mit dem man nach Gutdünken verfahren kann.

Der Status vogelfrei bedeutet Acht und Bann – ausgestoßen sein, völlige Recht- und Schutzlosigkeit, Ächtung, Gesetzlosigkeit, keine Rechte und kein Eigentum besitzend, Vogelfreie können überall verfolgt und getötet werden, dazu bürgerlicher Tod der Deutschen.

Der bürgerliche Tod (französisch *mort civile*) bedeutet den Verlust der persönlichen Rechtsfähigkeit.

Der bürgerliche Tod war bereits im römischen Recht eine Folge der *capitis deminutio maxima*, des Verlustes der persönlichen Freiheit bei Gefangennahme oder als Nebenfolge bei Kapitalverbrechen. Auch das gemeine Recht kannte eine direkte Vernichtung der Persönlichkeit (*consumtio famae*) in der Friedlosigkeit als Folge der Oberacht.

- siehe z. Bsp. Quellen: <https://www.wortbedeutung.info/vogelfrei/> + <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelfreiheit> + <https://de.wiktionary.org/wiki/Vogelfreiheit> + https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerlicher_Tod

Ergebnisse:

Kataklystische Prozesse gegen die Menschheit wie Massentötungen, Völkermord (Genozid), Flucht und Vertreibung bis hin zum Corona-Masterplan - 4. industrielle Revolution - Menschheitsreduzierung – Eugenik der satanischen Transhumanisten: Seit 1945 wurden etwa 300 Kriege geführt, die 25 Millionen Opfer forderten, über 85% davon Zivilisten (1). Allein im Jahre 1992 wurden 52 Kriege verzeichnet. Die moderne Völkermorddefinition umfasst bereits die Planung, eine Gruppe von Menschen zu vernichten, auch die Vernichtung einer Führungselite.

Es gibt ein ganzes Lexikon der Völkermorde -

Quelle: <https://wir-hn.de/lesecke/mordplanungen-und-massenmorde-im-20-jahrhundert/>

totalitäre Diktatur, straffreie Piraterie, Acht und Bann, (HartzIV-)Zwangsarbeit, Versklavung, straffreie Polizeigewalt, Überwachung, Zensur, Zwangsmaßnahmen wie Zwangshaft, Zwangsimpfung, Sterilisation, Prostitution, politische Schauprozesse, Meinungsdictatur, Rechtsbankrott, Enteignung, Mord und Totschlag, Raub, Vergewaltigung, Kindesentzug, Straffreiheit bzw. Bagatelldelikte für Verbrechen gegen Menschen, Haftungsausschluss und organisierte Unverantwortlichkeit, Korruption, satanische Geheimgesellschaften, Verschwörungen, Satanismus, Bandenunwesen („Mafia“) usw.

Der Polizeistaat repräsentiert die offene Militärdiktatur.

Der totalitäre POLIZEI- und Überwachungsstaat ist mit der Umsetzung des Corona-Masterplanes in Deutschland und Europa Realität geworden!

Deutschland ist vergleichbar wie ein riesiges Freiluft-Konzentrationslager, in welchem die Häftlinge als staatenlos Disarmed Enemy Forces untergebracht sind.

Die paramilitärische Privatpolizei der BRD bildet dazu die Lagerwache und die Regierung die Lager-Kommandantur, welche wiederum ihre Befehle aus Brüssel und Washington erhält.

Die Polizei wurde ebenfalls ab 1990 vollkommen entstaatlicht privatisiert.

Es wurden **anonymisierte paramilitärische Einheiten als „Polizei“ geschaffen. (z. Bsp. „Eurogenforces“)**

Der Auftrag ist die gewaltsame Durchsetzung und Sicherung der Neuen Welt Ordnung.

Die Zeit der BRD-Wohlfühlkolonie 1949-1990 ist spätestens 2012 endgültig abgelaufen.

Die Maske der Demokratie ist mit der Umsetzung des Corona-Masterplanes gefallen.

Die offene faschistische Militärdiktatur ist in Deutschland längst Realität geworden!



Auswirkungen für jeden Menschen

Recht - und Schutzlosigkeit, Willkür, Manipulation, Illusion und Angst in der totalitären faschistischen Welt-Diktatur

Kein Schutz:

Ohne einen real existenten Rechtsstaat und einer echten Heimat-Staatsangehörigkeit gibt es für die Menschen als Träger der Person weder (rechtlichen) Schutz noch Garantien auf einer menschlich, ethisch, moralischen Grundlage!

Die sog. Bundesbürger der BRD sind heute vollkommen der Willkür dieser offenkundigen Verschwörung privater Interessenskreise aus „Politik und Wirtschaft“ ausgeliefert.

Das staatenlose, einzelne Individuum ist in der BRD vogelfrei, vollkommen entmündigt, entrechtet und in fast allen Lebensbereichen auf Gedeih und Verderb den immer extremeren Umständen ausgesetzt. Siehe beispielsweise die Maßnahmen bzgl. der inszenierten „Corona-Pandemie“.

Willkür:

Die meisten Menschen bekommen diese Willkür im täglichen Leben in vielfältiger Art & Weise zu spüren. Sei es auf der Arbeit, im öffentlichen Leben, in der Familie oder vor den Schranken der kolonialen See-, Handelsgerichte. Sie können zwar nicht die

Ursache erkennen, wissen aber instinktiv, *dass etwas nicht stimmt*. Wenn sie die Schieflagen bemerken, wissen sie zumeist keinen Rat und machen -in sich gefangen- weiter wie bisher.

Manipulation und Schizophrenie (Wahrnehmungsstörung):

Die heutigen Menschen werden durch Manipulation in das Unterbewusstsein fast vollständig durch die gleichgeschalteten Massenmedien kontrolliert und ferngesteuert.

Auch die sog. „alternativen Medien“ gehören zum Steuerungssegment der Massenmedien.

Der *moderne* Mensch hat in der Realität längst seinen freien Willen verloren.

Die meisten Menschen lassen sich treiben und leben nur noch ziel- und planlos vor sich hin.

Der Mensch des 21. Jahrhunderts ist nur noch ein Sklave der in sein Unterbewusstsein projizierten (Medien)Manipulationen.

Durch die permanente (Medien)Manipulation sind die Menschen schizophren, regelrecht irre gemacht worden. Es geht sogar so weit, dass sich bei vielen Zeitgenossen Realität und die Illusion vermischen.

Sucht als Waffe zur Manipulation:

Z. Bsp. die *Spielesucht*, die Mobiltelefonsucht, die Rausch- und Genussmittelsucht.

Dies fördert wiederum auch sexuell-psychische Deformationen und Erkrankungen.

Dadurch entstehen u. a. auch gesplante narzisstisch-soziopathische Persönlichkeiten.

Egoismus – Asozialität:

Die meisten psychisch manipulierten Menschen unserer Gesellschaft versuchen sich in der imperialen kapitalistischen Raubtier-„Ordnung“ zu arrangieren. Jeder versucht für sich egoistisch durchzukommen um ja nicht *anzuecken* oder gar gefressen zu werden.

Die „nach mir die Sintflut“, „Scheißegal“-Ausblendung der Realität führt letztendlich nicht nur in eine seelische Krise, sondern zum Untergang unserer gesamten natürlich menschlichen Ordnung/ Zivilisation.

Dieses induzierte antisoziale (a-soziale) Fehlverhalten verstößt gegen jegliche Naturgesetze für Staaten bildende Lebewesen wie der Mensch oder aus der Tierwelt die Honigbiene, die Ameise oder Affenhorde.

Die gesamte Menschheit ist damit dem Untergang geweiht, wenn dieser satanische Zerstörungsprozess nicht von uns gemeinsam aufgefangen und in das Positive umgekehrt wird!

Illusionswelten:

Viele Menschen versuchen sich in so einer entseelt-kalten Gesellschaft so gut es geht in ihren kleinen Nischen einzurichten, um zu überleben.

Dazu umgeben sich die meisten Menschen mit Filterblasen, um die eigene Illusion gegenüber der Realität aufrecht zu erhalten.

In ihrer inneren seelischen Not flüchten sich viele Menschen in ideologische, religiöse und materialistische Illusionswelten und wiederum von den (alternativen und nichtalternativen) Massenmedien gesteuerten Wahnvorstellungen.

Willenlosigkeit und Apathie:

Durch die bereits willenlos gemachten Menschen sind heute Vorgänge möglich, welche noch vor Jahren völlig undenkbar waren und höchstens in den gruseligen Hollywood-Science-Fiktion-Filmen vorkamen.

Offener Faschismus und Nazismus, umfassender Sozialabbau, Recht- und Schutzlosigkeit gegenüber der völligen Willkür von dem *Staat*, den bestimmenden Banken und Konzernen, der totalitäre Polizei-Überwachungsstaat sind längst Realität/ Alltag geworden. Die BRD ist bereits in fast allen mörderischen Angriffskriegen aktiv. Die Menschen bedienen zombiehaft schweigend die „Hamsterräder“ ihrer vielfältigen Abhängigkeiten.

Die ursprüngliche starke deutsche Friedensbewegung existiert facto nicht mehr.

Gleichgültig was sich heute an immer neuen Skandalen und Persionen ereignet: Die heutigen Menschen zeigen das vergl. in der Angst erstarrte Fehlverhalten eines Kaninchens vor der Schlange.

Sie haben innerlich vollständig abgeschaltet und warten hoffend ab, ob die Schlange zubeißt oder es sich anders überlegt.

Fast jeder duckt nur noch ab und versucht ja nicht *negativ* aufzufallen.

Dieses organisiert unverantwortliche Fehlverhalten ist bestens erkennbar in dem Projekt „Corona-Pandemie“.

Genau diese Verhaltensmuster sind aber in der Konsequenz nur ein tödlicher Trugschluss.

Angst und Panik:

Die, durch den hemmungslos ausgelebten Materialismus-Wahn atomisierten Menschen von heute, haben eine ganze Reihe von Ängsten anzubieten.

Die Massenmedien sorgen über ihre lfd. Negativpropaganda zu allen Themen für die Vertiefung dieser Ängste.

Das ist beabsichtigt: Angst lähmt und fördert Fehlverhalten ohne Sinn und Verstand – z. Bsp. Panik!

Mit Angst sind die Menschen wesentlich besser kontrollier- und steuerbar.

Terrorismus und Krieg:

Das Ganze gipfelt sich bis in einer völligen Apathie wieder. Dazu kommen die heutigen Massenhysterien, wie der Corona-Wahn und satanische Massenveranstaltungen u.a. in Form von Musikkonzerten.

Diese gesellschaftlichen Missstände fördern wiederum unkontrollierte Ausbrüche von Emotionen wie Wut, Hass, Panik, die häusliche Gewalt, gewalttätige Demonstrationen, strafbare Delikte aller Art, Terroranschläge, Amokläufe - bis hin zum Bürgerkrieg.

An jeder Art von Angst, Schmerz und Tränen – Adrenalin nährt sich das ultimative Böse aus der geistigen Zwischenwelt.

Folge: Krieg gegen die gesamte Menschheit:

Satanischer Trick der „Elite“: Man erschafft die Probleme, um dann seine rettende Lösung anzubieten!

Durch Übernahme und Gleichschaltung der „Weltwirtschaft“ durch das Rothschild-Bankenimperium gibt es keinen realen Wettbewerb bzw. Konkurrenzkampf.

Die gesamte „Weltwirtschaft“ wird also von der Verschwörer-„Elite“ über ihr betrügerisches, frei erfundenes Scheingeldsystem (sog. „Giral- bzw. Buchgeld“) kontrolliert.

Damit gibt es keine ernst zu nehmende Konkurrenz mehr und die ursprünglich gewinnorientierte, kapitalistische Wirtschaft hat dadurch ihre Daseinsberechtigung/ Sinnhaftigkeit verloren.

Die Verschwörer benötigen also den natürlichen Menschen nicht mehr und betrachten auch den Leser dieses Beitrages als nutzlosen Esser und Gefährder für das „Weltklima“!

Mit dem Vorhalt das Leben auf der Erde zu schützen (CO2-Klimaschutz, Umweltschutz), wollen die Verschwörer Leben vernichten.

Zu diesem Zweck haben die Verschwörer Pläne zu einer komplexen Bevölkerungsreduzierung entwickelt. („Zukunft ohne Menschen“)

Die Umsetzung läuft bereits auf Hochtouren – siehe „Corona-Covid-Masterplan“.

Dazu gehört eine offensichtlich organisierte Zerstörung aller natürlichen Lebengrundlagen, die Vergiftung und Entwertung aller Nahrungsmittel, chemisch-bakterielle Verseuchung des Wassers, physikalische Bestrahlung sowie gezielter Einsatz von Bakterien und Bazillen (sog. „Biowaffen“) z. Bsp. mittels „Impfungen“.

Es ist also kein Zufall, wenn z. Bsp. das toxische Gift Jod im Salz, das Nervengift, Quecksilber, Formaldehyd, „Nanobots“-autonome Maschinen (Mikroroboter), Spikeproteine und alle möglichen Giftsubstanzen in der heutigen Impfung ist.

Es wurde in Deutschland fast die gesamte einheimisch-natürliche Lebensmittelerzeugung abgeschafft und mit Monokulturanbau für die Energieerzeugung („nachwachsende Rohstoffe für Biogasanlagen“) und Exportzwecke sowie extreme Massentierhaltung für den Export nahezu vollständig ersetzt.

Dazu wurde überall auf der Erde ein dichtes Netz von Mobilfunkanlagen installiert, die mit 5G bzw. 6G intensiv dauerhaft die Menschen bestrahlen.

Das Wetter wird unter Vorwand des Klimaschutzes (sog. „Geoengineering“) mit Wetterwaffensysteme wie Haarp und „Chemtrails“ manipuliert, was überall zu regional-kataklystischen Ereignissen führt.

Wie viele Krebsfälle gibt es in Ihrer Familie/ Nachbarschaft?

Nicht umsonst ist die Krebsstatistik „Top Secret“!

Weiter kommt der künstlich organisierte und forcierte „Welthunger“ besonders in Afrika vor, von welchem wieder deren „Wirtschaft“ profitiert.

Darüber hinaus kommt die wirtschaftliche Ausplünderung, Enteignung und Versklavung der Menschen.

Kein Mensch hat unter solchen lebensfeindlichen Umständen eine realistische Überlebenschance!

Der interne Plan der BEVÖLKERUNGSREDUKTION

= (baldige) *Zukunft ohne Menschen*.

Suchbegriffe Bevölkerung Reduzierung Ungefähr 8.740.000 Ergebnisse (0,67 Sekunden)

Menschheit Reduktion Ungefähr 814.000 Ergebnisse (0,59 Sekunden)

Ungefähr 814.000 Ergebnisse (0,59 Sekunden)

<https://www.quarks.de> › Gesellschaft

Wie die Überbevölkerung gebremst werden könnte - quarks.de

Über die Jahrtausende hinweg wurden auf der Erde mehr als 108 Milliarden Menschen geboren. Mitte 2019 steigt die aktuelle Weltbevölkerung auf 7,7 Milliarden ...

<https://www.amazon.de> › töten-halbe-Menschheit-mind...

Wir töten die halbe Menschheit - und es wird schnell gehen!

Manche sind dabei noch drastischer. Die Georgia Guide Stones schlagen eine Reduzierung auf 500 Millionen vor, David Foreman von Earth First sogar auf 100 ...

Home - List of Countries Ranked 2020 Tuesday, July 28, 2019

Deagel.com

Search

Facebook 11.0K Twitter 9K YouTube 1.1K

There are 183 countries listed below. Show your 2016 listing.

GDP: Gross Domestic Product (in USD millions)
 Mil. Exp.: Military Expenditures (in USD millions)
 PPP: Power Purchase Parity (in USD)
 \$: U.S. Dollar (USD)

See notes below

	Country	Population	GDP	Mil. Exp.	PPP
1	China	1,399,640,000 1,370,800,000	\$15,344,348 \$11,380,000	\$289,952 \$149,999	\$16,029 \$16,400
2	India	1,341,150,000 1,270,000,000	\$4,148,819 \$2,252,000	\$97,744 \$54,590	\$4,764 \$6,700
3	Russia	141,102,900 142,940,000	\$2,951,024 \$1,275,000	\$95,245 \$83,930	\$18,702 \$26,100
4	Japan	126,564,000 120,700,000	\$5,039,680 \$4,745,000	\$48,577 \$46,990	\$21,019 \$28,000
5	Brazil	210,806,000 205,870,000	\$3,013,820 \$1,772,000	\$80,338 \$21,000	\$14,257 \$15,200
6	Indonesia	207,084,000 200,320,000	\$1,545,262 \$911,000	\$18,038 \$9,170	\$1,201 \$11,700
7	Italy	60,345,000 62,000,000	\$1,588,190 \$1,050,000	\$18,731 \$21,200	\$20,800 \$26,300
8	Mexico	126,166,280 123,170,000	\$1,105,100 \$1,060,000	\$5,583 \$7,400	\$13,067 \$16,900
9	France	62,944,000 66,940,000	\$1,195,831 \$2,480,000	\$18,391 \$44,500	\$16,950 \$42,400
10	Canada	36,619,340 35,960,000	\$1,282,340 \$1,532,000	\$24,427 \$15,000	\$24,172 \$46,200
11	United States of America	34,375,300 323,990,000	\$821,157 \$16,560,000	\$8,346 \$812,000	\$11,204 \$57,300
12	South Korea	51,220,980 50,320,000	\$1,075,860 \$1,480,000	\$13,620 \$32,200	\$20,275 \$37,000
13	Netherlands	16,941,520 17,020,000	\$581,802 \$78,500	\$9,340 \$7,200	\$43,995 \$50,800
14	Germany	81,371,380 80,720,000	\$1,100,044 \$3,460,000	\$17,234 \$41,600	\$17,000 \$46,200
15	Iran	79,895,520	\$1,157,281	\$17,934	\$13,778

GABRIELE SCHUSTER-HASLINGER

NUTZLOSE

ESSER

Die Menschheit wird in den nächsten
Jahrzehnten massiv dezimiert!

Was ist zu erwarten,
was können wir tun –
und wer steckt dahinter?

armaschuster-haslinger

siehe z. Bsp.Quelle: https://www.buecher.de/shop/backen/nutzlose-esser/schuster-haslinger-gabriele/products_products/detail/prod_id/48225282/

10.6. Aus der Trickkiste der satanischen Faschisten



Bild-Quelle: <https://www.redbubble.com/de/i/poster/Atheistischer-Satanismus-Pride-Flag-von-damien-baal/22989443.LVTDI>



10.7. Fünfzig (50) Jahre "Verschwörungstheoretiker"

04. April 2017 [Markus Kompa](#)



1967 verteilte die CIA eine geheime Handreichung zur Diskreditierung von Zweiflern.

Ausgerechnet der "1. April" zielt als Datum das [CIA-Dokument 1035-960](#), in welchem die CIA 1967 den Begriff "Conspiracy Theory" - "Verschwörungstheorie" - einführte. Sie reagierte damit auf das verbreitete Unbehagen über die offizielle Interpretation des Kennedy-Attentats. Nach Präsentation des Warren-Reports, der maßgeblich von CIA-Mastermind [Allen Dulles](#) geprägt war, erschien eine Welle von Büchern, die bei damals 46% der US-Bürger Zweifel an der Alleintäterschaft Oswalds verursachte. In Langley fürchtete man nicht nur um das Ansehen des Staates und des vom Attentat profitierenden Nachrückers Präsident Johnson, sondern auch um den Ruf der eigenen Organisation. Denn etliche dieser Theorien deuteten auf die CIA. Daher entwarf der US-Geheimdienst eine Handreichung, wie Zweiflern am Warren-Report zu begegnen sei, etwa auch im Ausland.

Die CIA schlug ihrem Personal vor, das Thema diskret mit den ausländischen Eliten und Medienvertretern zu diskutieren. Diesen gegenüber solle der Warren-Report als substantiiert gepriesen und "Conspiracy Talk" als kommunistische Propaganda hingestellt werden. Dem Dokument war eine Sammlung an freigegebenem Material beigefügt, das die positive Bewertung des Warren-Reports stützen sollte. Der US-Geheimdienst verfügte damals über 250 "Media Outlets" und finanzierte verdeckt etliche ausländische Medien. Einflussreiche Verleger wie Time Life-Herausgeber Henry Luce, der den Zapruder-Film gekauft und im Tresor versteckt hatte, gehörten zum engen Freundeskreis von Allen Dulles, Journalisten im In- und Ausland wurden hofiert.

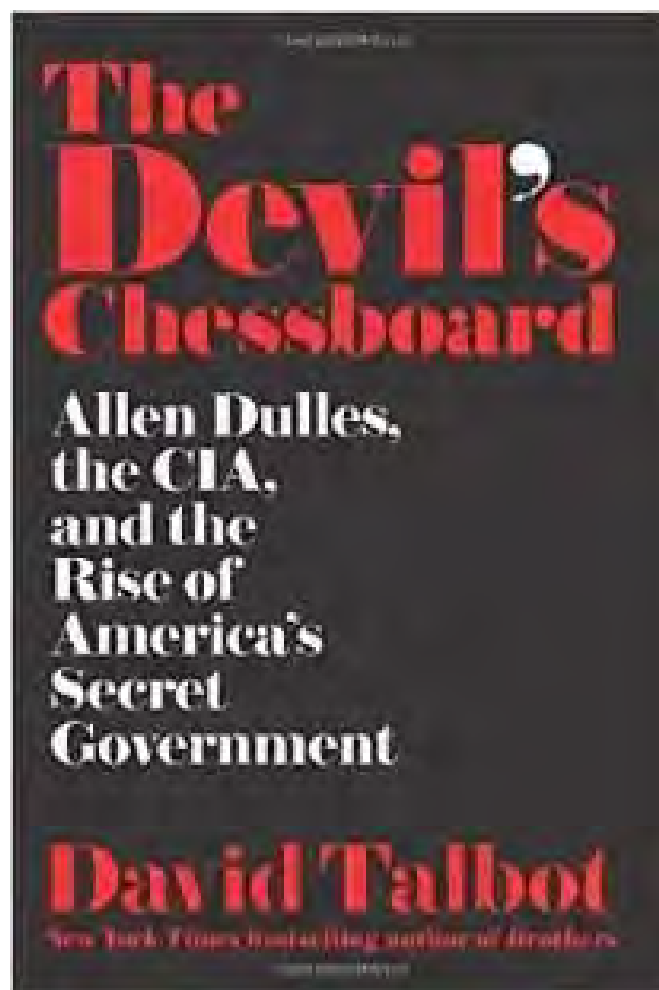
Die Kritiker sollten beschuldigt werden, mit Theorien verheiratet zu sein, die sie vor dem Vorliegen von Beweisen aufgegriffen hätten. Die Kritiker seien politisch motiviert, von finanziellem Interesse getrieben, hätten inakkurat recherchiert und seien in

ihre eigenen Theorien vernarrt. Eine nützliche Strategie sei es, die Theorie des Enthüllungsjournalisten Edward Epstein herauszugreifen und mit einem beigefügten Zeitungsartikel zu attackieren. Bei Mark Lane sei dies schwieriger.

Neben den Versuchen, Kritiker persönlich zu diskreditieren, etwa als in ihre Theorien verliebte und wichtigtuerische Intellektuelle, ging die Handreichung auch auf konkrete Argumente ein. So scheide eine häufig geargwöhnte nachrichtendienstliche Konspiration mit Oswald schon deshalb aus, weil dieser als Person unzuverlässig gewesen sei. Als "Patsy" hätte Oswald allerdings gar nicht in Attentatspläne eingeweiht sein müssen.

Das Dokument endete mit der Aufforderung, es zu zerstören, wenn es nicht mehr gebraucht werde. Nicht alle Exemplare wurden zerstört, vielmehr wurde der [Dispatch](#) 1976 auf Betreiben der New York Times freigegeben. Während in den USA Skepsis zum Kennedy-Attentat spätestens seit Oliver Stones Kinofilm JFK (1991) als salonfähig gilt, halten sich die deutschen Edelfedern noch immer bemerkenswert treu an die Vorgaben des nun ein halbes Jahrhundert alten Memos.

Im Oktober sollen die letzten noch gesperrten Akten zum Kennedy-Attentat freigegeben werden. Quellen: <https://www.heise.de/tp/news/50-Jahre-Verschwoerungstheoretiker-3674427.html> + Alan Dulles: <https://www.heise.de/tp/features/Die-magische-Kugel-des-Allen-Dulles-3376471.html>





Telford Taylor

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, **werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.**“

Nur Marionetten?



Quelle: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2011-50.html>



Zum Appell angetreten!

Die „Strippenzieher“?



PORTRAITS OF BILDERBERG PARTICIPANTS

Prominent European Bilderberg Participants:



Prince Willem-Alexander of the Netherlands, Queen Beatrix of The Netherlands, Prince Bernhard of The Netherlands, Prince Claus of the Netherlands, Queen Sofia of Spain



Prince Philippe of Belgium, Prince Charles of Wales, Prince Philip (Duke of Edinburgh), King Carl Gustaf of Sweden, King Harald V of Norway



Joseph H. Rösinger, Lord (Eric) Roll of Ipsden, Sir Siegmund Warburg, Edmond de Rothschild, Mario Monti, Jean-Claude Trichet



Giovanni Agnelli, Jorma Ollila, Peter D. Sutherland, Bertrand Collomb, Jürgen Schrempf, Otto Wolff von Amerongen



Jean Monnet, Étienne Davignon, Victor Halberstadt, Denis Hesley, Max Kohrstamm, Thierry de Montbrial



KNOW YOUR ENEMY THESE MEN RULE THE WORLD!



Heads of The World Order

1) Lord Jacob de Rothschild. 2) His son Nathaniel. 3) Baron John de Rothschild 4) Sir Evelyn de Rothschild 5) David Rockefeller 6) Nathan Warburg 7) Henry Kissinger 8) George Soros 9) Paul Volcker 10) Larry Summers 11) Lloyd Blankfein 12) Ben Shalom

¡Difunde si te indigna! – Pass it on if unworthy it to you!



Satanismus?

La baronne Philippine de Rothschild
sataniste et dévote à Baphomet
Sachons exactement par qui nous sommes contrôlés.

Rothschild-Party 1972



Quelle: <https://imgur.com/a/o0i53Dv>



Party Animals: The Rothschild Surrealist Ball

Beweis-Quellen: <https://therake.com/stories/icons/party-animals-the-rothschild-surrealist-ball/>

+ <https://allthatsinteresting.com/rothschild-party>

+ Beim Rothschild Illuminaten Ball 1972

Beweis-Quelle: <https://www.pravda-tv.com/2019/01/beim-rothschild-inspirierten-illuminaten-ball-an-silvester-videos/>

Aktivitäten der „Strippenzieher“



TOTHSCHILD

Kapitän der Neuen Welt Ordnung

1789 – 1799	Französische Revolution	Tothschild: Ideologien für Kriege
1814 – 1815	Wiener Kongress	Tothschild: Neue Welt Ordnung wird abgelehnt
1914	Attentat von Sarajevo	Tothschild organisiert das Attentat und den 1. WK
1918	Ende I. WK	Tothschild zerstörte drei Monarchien
1917 – 1919	Völkermord 1 Million	Tothschild: Hungerblockade gegen Deutschland
1919	Versailler Vertrag	Tothschild: Versailler Diktat
1930	Zentralverwaltung	Tothschild: IG Farben Frankfurt a. M.
1933	Ernächtigung	Tothschild: finanziert Braunschild und den II. WK
1941	Zentralvernichtung	Tothschild: IG Farben IG Auschwitz
1945	Waffenstillstand	Tothschild: Kriegslisten 3 Verwaltungszonen
1949	3 Militärgouverneure	Tothschild: Genehmigungsschreiben MGG
1949	Kolonie BRD	Tothschild: Militär-Grund-Gesetz Artikel 146
1989	Mauerfall	Tothschild: NaZi Verwaltungszone BRDDR
1989	Attentat Bad Homburg	Tothschild: Agenten ermorden Alfred Herrhausen
1992	Maastricht Vertrag	Tothschild: Unions- und StAng. UuStAG
2004	Zentralverwaltung	Tothschild: IG Farben: Gesetze Kolonie EU
2002	Gleichschaltung €	Tothschild: € Währung zerstört die EU-Staaten
2007	Lissaboner Vertrag	Tothschild: Lissaboner Diktat
2010	Staatlosigkeit BRD	Tothschild: Unmittelbare UnionsAng. U=StAG
2012	Gouverneursrat	Tothschild: € Schuldenunion ESM-Vertrag
2013	Zentralvernichtung	Tothschild: IG Farben IG Brüssel

Gouverneure sind Geschäfts-**Führer** von Kolonien

Das Kapitänspatent NWO bleibt im Tothschild-Clan

Faschismus = Tothschild = Föderalismus

Internationale Unternehmens-Struktur

	Das Imperium der Rothschilds	
Finanzen • Rothschild Investment Banking • Edmond de Rothschild Group • Rothschild Private Banking • Paris Orléans • JP Morgan Chase & Co. • Deutsche Bank AG • Euronext • London Bullion Marketing Association • Eurazeo • AXA Group • UBS AG • BNP Paribas • ABN AMRO Rothschild • Leumi Bank, Israel • St. James's Place Group • Lazard LLC • World Bank Group • und viele mehr...	>>> Medien <<< • REUTERS <<< • The Associated Press • ABC Networks • CBS Networks • NBC Networks • BSkyB • News Corporation • WYAY FM • Financial Times Group • Pearson • und viele mehr... 	Sonstiges • Royal Dutch Shell • Daimler Chrysler • De Beers Diamonds • Panama Canal • Israel Aircraft Industries • IPSOS Marktforschung • Global Securities Information • Siftology Inc. (NLP) • Selis Network Inc. • Hutchison Whampoa Ltd. • International Biotechnology • Nova Scotia Power Inc. • Lukoil • Yad Hanadiv • Institute for Jewish Policy Research • Waddesdon Manor / National Trust • Preston Candover • und viele mehr...

Liste von Banken im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds

Das Netz der Konzerne

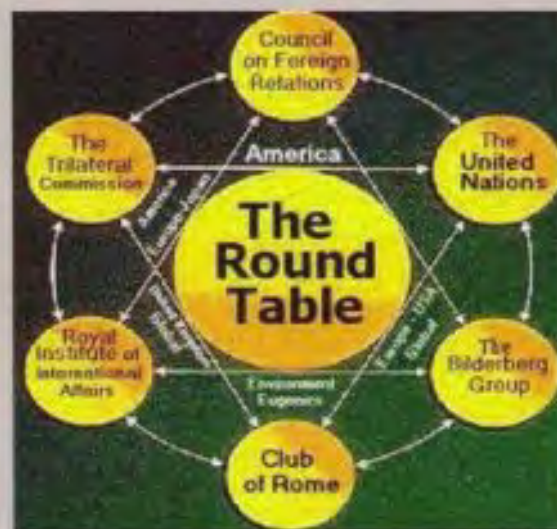
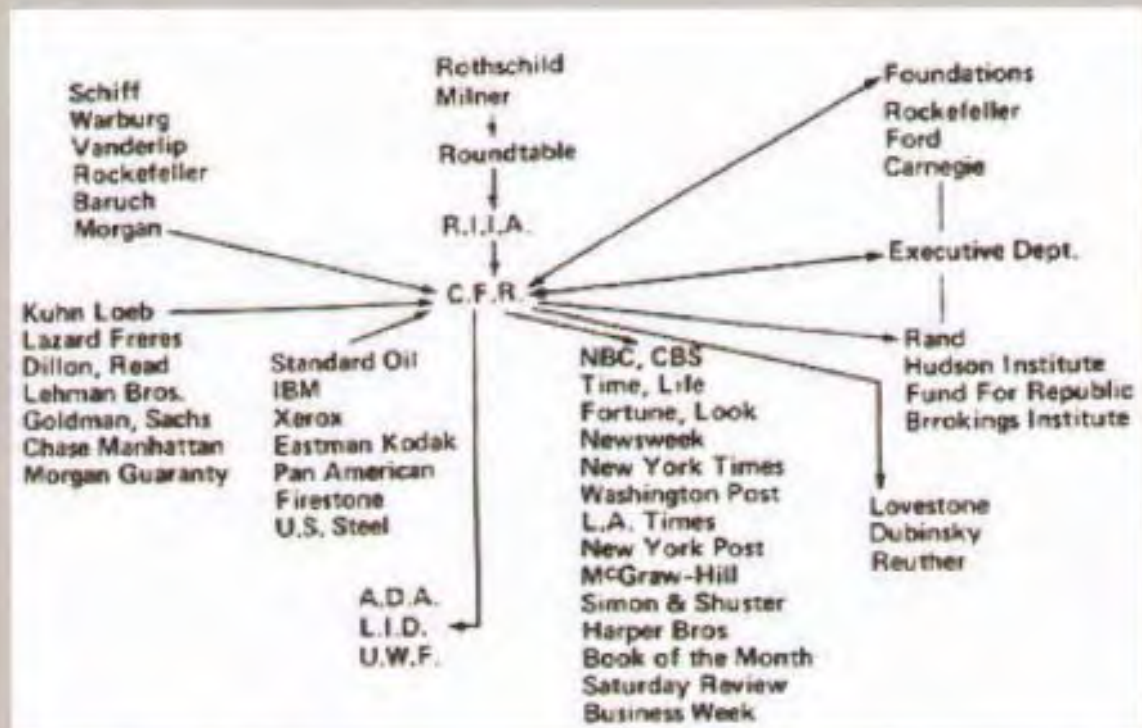


Quelle: ETH Zürich



NEUE WELT ORDNUNG

● KAPITÄN TOTHSCCHILD ●





Der Nürnberg-Code (1+1 = 2)



Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin [Potsdamer Abkommen], 2. August 1945

III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



SHAEF



GRUNDGESETZ
Artikel 139
→ **(Befreiungsgesetz)**
Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.



SMAD

43:01 / 43:11




Alliiertes Verbot von Geheimorganisationen!

VERORDNUNGSBLATT der Stadt Berlin

Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Berlin.
Erscheint nach Bedarf. — Bezugspreis vierteljährlich
5,— RM einschließlich Postgebühren. Einzelheft 1,— RM



Bestellungen sind zu richten an die Verlagshandlung
des Magistratsdruckerei, Berlin N 6, Luisenstr. 135—143
Telefon 47 66 31. — Postcheck Nr. Berlin 1096 11

1. Jahrgang / Nr. 8

5. Oktober 1945

Tag	Inhalt	Seite
21. 9. 1945	Proklamation Nr. 2 des Kontrollrates	85

Bekanntmachungen der Alliierten

Proklamation Nr. 2 des Kontrollrates

An das Deutsche Volk!

Einige zusätzliche Forderungen an Deutschland

Wie die Vertreter der Alliierten, Oberbefehlshaber der Besatzungsmächte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Republik, geben, im Anschluß an die Erklärung über die Niederlage Deutschlands, die am 5. Juni 1945 in Berlin unterzeichnet wurde, hiermit einige zusätzliche Forderungen bekannt, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben und die Deutschland befolgen muß (sonst dieselben noch scharf erfüllt worden sind), und zwar:

Abschnitt I

1. Alle deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte, SS, SA, SD und die Gestapo, mit allen ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen, einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, Reservekorps, der Militärschulen, Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer und alle anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen, samt ihren Vereinen und Vereinigungen, die dazu dienen, die militärischen Traditionen in Deutschland zu wahren, sind vollständig und endgültig entsprechend den von den Vertretern der Alliierten festzusetzenden Methoden und Verfahren aufzulösen.

2. Alle Arten militärischer Ausbildung, militärischer Propaganda und militärischer Betätigung jeglicher Natur sind dem deutschen Volk verboten, ebenso die Bildung irgendwelcher Organisationen und Gruppen zum Zweck der Förderung von militärischer Ausbildung irgendwelcher Art und die Bildung von Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer oder anderer Gruppen, die militärische Eigenschaften entwickeln könnten, oder die dem Zweck der Pflege der deutschen militärischen Tradition dienen, gleichgültig, ob derartige Organisationen oder

Gruppen angeblich politischer, erzieherischer, religiöser, gesellschaftlicher, sportlicher oder irgendwelcher anderer Natur sind.

Abschnitt II

3. a) Deutsche Behörden und Beamte in allen Gebieten außerhalb der Grenzen Deutschlands, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, und in allen solchen Gebieten innerhalb dieser Grenzen, wie sie von den Vertretern der Alliierten zu irgendeinem Zeitpunkt festgelegt werden sollten, haben die ihnen von den Vertretern der Alliierten erteilten Vorschriften, sich aus diesen Gebieten zu entfernen, zu befolgen.

b) Die deutschen Behörden haben die notwendigen Vorschriften zu erteilen und die notwendigen Vorkehrungen zu treffen für die Aufnahme und den Unterhalt in Deutschland von allen deutschen Zivilpersonen, die in den oben erwähnten Ländern und Gebieten anwesend sind und deren Evakuierung von den Vertretern der Alliierten angeordnet werden sollte.

c) Die Entfernung und Evakuierung, wie in den Unterparagraphen a) und b) oben erwähnt, wird in den Fristen und unter den Bedingungen erfolgen, wie sie von den Vertretern der Alliierten angeordnet werden sollten.

4. In den in Paragraph 3 oben erwähnten Ländern und Gebieten sind seitens aller Streitkräfte unter deutschem Befehl und seitens deutscher Behörden und Zivilpersonen alle Zwangsmaßnahmen und jegliche Zwangsarbeit sowie alle Maßnahmen, die eine Gesundheitsschädigung oder eine Verletzung als Folge haben können, unverzüglich und völlig einzustellen. Ebenso sind alle Maßnahmen der Requirierung, Beschlagnahme, Entfernung, Verbringung oder Vernichtung von Eigentum einzustellen. Insbesondere sind die oben in Paragraph 3 erwähnten Entfernungen und Evakuierungen so auszuführen, daß von den Befehlen der Vertreter der Alliierten nicht betroffene Personen oder nicht betroffenes Eigentum keinerlei Schaden erleiden oder entfernt werden. Die

39. Die deutschen Behörden müssen sofort alle Anweisungen befolgen, die von den Vertretern der Alliierten herausgegeben werden, für die Auflösung der Nationalsozialistischen Partei und ihrer untergeordneten Organisationen, angegliederten Verbindungen und des von ihr überwachten Organisations und aller öffentlichen Nazifunktionen, die als Werkzeuge der nationalsozialistischen Herrschaft geschaffen wurden, und aller solcher Organisationen, die als Bedrohung der Sicherheit der Alliierten Streitkräfte oder des internationalen Friedens angesehen werden könnten, für das Verbot ihrer Neubildung unter irgendeiner Form, für die Entlassung und Internierung von Nazipersonal, für die Kontrolle oder Beschlagnahme von Nazieigentum und Fonds, und für die Unterbindung der Nazidoktrin und Lehren.

40. Die deutschen Behörden und deutsche Staatsangehörige dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Geheimorganisationen bestehen.

41. Die deutschen Behörden müssen alle Anweisungen befolgen, die von den Vertretern der Alliierten herausgegeben werden, für die Abschaffung der Nazigesetzgebung und für die Umgestaltung der deutschen Gesetzgebung und des deutschen Gesetz-, Rechts-, Verwaltungs-, Polizei- und Erziehungswesens, einschließlich der Besetzung des betreffenden Personals.

42. a) Die deutschen Behörden müssen alle Anweisungen befolgen, die von den Vertretern der Alliierten herausgegeben werden, für die Ungültigkeitserklärung der deutschen Gesetzgebung, die unterschiedliche Behandlung auf Grund der Rasse, Farbe, Glauben, Sprache oder politischer Meinung mit sich bringt, und für die Abschaffung aller daraus erwachsenden gesetzlichen oder anderweitigen Rechtsunfähigkeiten.

b) Die deutschen Behörden müssen alle Anordnungen befolgen, die von den Vertretern der Alliierten herausgegeben werden, in bezug auf Eigentum, Guthaben, Rechte, Ansprüche und Interessen von Personen, die von Gesetzen, welche eine Diskriminierung auf Grund von Rasse, Farbe, Glauben, Sprache oder politischer Meinung mit sich bringen, betroffen werden.

43. Niemand darf von den deutschen Behörden oder von deutschen Staatsangehörigen verfolgt oder belästigt werden, auf Grund von Rasse, Farbe, Glauben, Sprache oder politischer Meinung, oder wegen Umgangs mit den Vereinten Nationen oder Sympathien für diese, einschließlich irgendwelcher Handlungen, die darauf ausgehen, die Durchführung der Erklärung über die Niederlage Deutschlands oder irgendwelcher auf Grund dieser

erlassenen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Vorschriften zu erleichtern.

44. In allen Verhandlungen vor irgendwelchen deutschen Gerichtshöfen oder Behörden muß den Bestimmungen der Erklärung über die Niederlage Deutschlands und aller auf Grund dieser erlassenen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Vorschriften, die alle damit unvereinbaren Bestimmungen des deutschen Gesetzes außer Kraft setzen, gesetzlich Rechnung getragen werden.

Abschnitt XII

45. Ohne Beeinträchtigung irgendwelcher besonderer Verpflichtungen, die in den Bestimmungen der Erklärung über die Niederlage Deutschlands oder irgendwelcher auf Grund dieser erlassenen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Vorschriften enthalten sind, müssen die deutschen Behörden oder alle anderen dazu fähigen Personen alle solche Auskünfte geben und öffentliche oder private Dokumente ausliefern, die die Vertreter der Alliierten verlangen könnten.

46. Die deutschen Behörden müssen gleichfalls auf Verlangen alle solche Personen zum Zwecke der Vernehmung oder der Anstellung vorführen, deren Kenntnisse und Erfahrung den Vertretern der Alliierten nützlich sein könnten.

47. Die Vertreter der Alliierten müssen zum Zweck der Durchführung der Erklärung über die Niederlage Deutschlands oder aller auf Grund dieser erlassenen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Vorschriften, und besonders zu Zwecken der Sicherstellung, Untersuchung, Abschrift oder Erfassung jeglicher gewünschter Dokumente und Auskünfte zu allen Zeiten Zutritt zu allen Gebäuden, Anlagen, Betrieben, Besitztümern und Geländen haben, und alle sich darin befindlichen Gegenstände müssen ihnen zugänglich sein. Die deutschen Behörden haben zu diesem Zwecke alle notwendige Unterstützung und Hilfe zu leisten, einschließlich Instandhaltung aller Fachkräfte, einschließlich Archivare.

Abschnitt XIII

48. Im Falle irgendwelcher Zweifel über die Auslegung oder Bedeutung irgendeiner Bedingung oder irgendeines Ausdruckes in der Erklärung über die Niederlage Deutschlands oder aller auf Grund dieser erlassenen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Vorschriften ist die Entscheidung der Vertreter der Alliierten endgültig.

Ausgegeben in Berlin, den 28. September 1945.

Hologramm des Faschismus

1871 – 1913	„1. Reich“ Heimat der Deutschen - *BuStAG 1870, Heimat der Deutschen - *RuStAG 22.07.1913 – Kolonie-Angehörigkeit unmittelbar RAG, Gründung FED
1914 – 1918	1. Weltkrieg – kataklystischer Prozess - Auflösung der Erbmonarchien – Kulturrevolution - Völkermord
1919	„2. Reich“ WRV 1919 - Versailler Diktat – Ausplünderung - Handelsrecht UCC – Transformation Bundesstaaten zu Ländern - *RuStAG 22.Juli 1913-Vakuum-Ideologien
1933	„3. Reich“ Einführung der Kolonie in Europa – Ermächtigungsgesetz, Gleichschaltung der Länder, Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBL1, S.480 28.07.1933, Vermögensbeschlagnahme, Plünderung NS-Gesetz
1934	Kolonieangehörigkeit – „deutsche Staatsangehörigkeit“ RGBL 05.02.1934 – Neues Staatsrecht – Staatsgrundgesetz 1934 *Unm.R.Ang. *R=STAG – NS-Gesetze
1939 – 1945	2. Weltkrieg – kataklystischer Prozess - Zerschlagung souveräner Nationalstaaten, Kulturrevolution, Völkermord
1943/1944	Vorbereitung 4. Reich - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
1945	keine Friedensverträge – 3. Reich geht nicht unter, keine Entnazifizierung
1946	IMG Kriegsverbrechertribunal, Militärbefehl Deutsche Zwangsangehörigkeit
1934	bleibt in Deutschland bestehen, NS-Gesetze, Kalter Krieg
1949	Gründung Deutsche Teilkolonien DDR und BRD – NS-Gesetze
1957	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG – 1. Phase 4. Reich
1990	Auflösung DDR, vereinigt Wirtschaftsgebiet BRD, Nato-Verträge, Plünderung Volksvermögen, komplette Privatisierung, Kulturrevolution, NS-Gesetze
1992	EU-Maastricht-Vertrag, EU-Staatenlosigkeit
1993	Transformation der EG zur Europäischen Union, 2. Phase 4. Reich „Europa“
1999 – 2000	Massenversklavung – geheimer Staatsstreich: Alle Deutschen werden durch Bereinigung der STAG 1934 staatenlos – Roma-Sinti-Status *R=STAG
2001	Nato-Bündnisfall 9/11 Megaritual
2007	Lissabon-Vertrag / EU-Todesstrafe – RGBL 1933 Teil I S. 155
2012	*ESM-Ermächtigungsgesetz – Plünderung Spareinlagen - ESM
2013	Ukraine-NATO-Russland-Kriegszustand - Transatlantisches Freihandelsabkommen
2019	Umsetzung „Corona-Covid-Masterplan“ - Megaritual 4. industrielle Revolution „die große Transformation“ als satanisch-kataklystischer Prozess gegen die Menschheit
2021	<u>Vollendung der satanisch-faschistischen Weltherrschaft – 5. Welt-Reich Roms</u>

- Genozid an den indigenen Völkern
- Menschheitsreduzierung
- digitale Versklavung
- Eugenik - Menschenzuchtprogramme - Maschinenmenschen

Alternative Befreiung vom Faschismus:

Umsetzung Potsdamer Abkommen
 durch Befreiungsgesetz GG Art. 139 und GG Art. 146
 Entnazifizierung SHEAF - SMAD
 IMG Kriegsverbrechertribunal II
 Friedenskonferenz Jalta II
 Umsetzung Heimat- und Friedensprogramm- Reformprogramm für Deutschland
 = Neue Welt Ordnung des Friedens, der natürlich-göttlichen Ordnung freier Völker und Menschen!

Erläuterungen: *BuStAG - Bundesstaatsangehörigkeitsgesetz Juli 1870 / *RuStAG - Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz 22.07.1913 / *Unm. R.Ang. - unmittelbare Reichsangehörigkeit aus den kaiserlichen Kolonien (Schutzgebiete) / *R=STAG – Reichs- = Staatsangehörigkeit / *RGBL – Reichsgesetzblatt / *ESM – Europäischer Stabilitätsmechanismus / *SHEAF - Gesetze der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces / *SMAD – Befehle der Sowjetischen Militär Administration in Deutschland / *HLKO – Haager Landkriegsordnung Art. 24 „Kriegslisten...sind erlaubt.“

„Niemandland“ Deutschland?

Johann Gottfried Herder: *"Das verschwammte Herz eines Kosmopoliten ist die Hütte für niemand."*

Deutschland wurde ab 1945 von den alliierten Siegermächten militärisch besiegt, besetzt, aufgeteilt und unter treuhänderische Fremdverwaltung gestellt.

Es wurden ab 1945 keine Friedensverträge mit Deutschland zur endgültigen und dauerhaften Beendigung des zweiten Weltkrieges geschlossen.

Der zweite Weltkrieg wird daher bis zum heutigen Tage in Form des sog. „kalten Krieges“ mit partiell heißen Kriegsschauplätzen unter Waffenstillstandsbedingungen weitergeführt.

(siehe Verhaftung der letzten amtierenden Reichsregierung Dönitz am 23. Mai 1945, die US-Dokumentation „Here is Germany“ von 1945, die von der BRD abgelehnten Friedensvertragsangebote der UdSSR von 1952, HLKO Artikel 24 „Kriegslisten...sind erlaubt“ und die Protokolle aus dem Bundeskanzleramt 354 BII vom 17.07.1990)

Der völkerrechtliche Vollstaat Deutschland mit der Bezeichnung „Deutsches Reich“ wurde von den alliierten Siegermächten bewusst nicht aufgelöst! Deutschland wurde allerdings ab dem 23. Mai 1945 handlungsunfähig gemacht und existiert bis zur Gegenwart auf deutschem Boden weiter!

Ab 1949 wurden die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) und die „Deutsche demokratische Republik“ („DDR“) als alliierte Besatzungsprovisorien in Deutschland zum Zwecke der Organisation des öffentlichen Lebens eingerichtet.

Die angloamerikanische Treuhandverwaltung Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) sind nicht der weiter existierende völkerrechtliche Vollstaat Deutschland (Deutsches Reich)!

Die BRD und die DDR sind auch NICHT der Rechtsnachfolger des deutschen Reiches (Deutschland)! - Siehe z. Bsp. Beweise:

- die Verhaftung der letzten amtierenden Reichsregierung Dönitz am 23. Mai 1945
 - US-Dokumentation „Here is Germany“ von 1945
 - Friedensvertragsangebote der UdSSR von 1952
- Haager Landkriegsordnung (HLKO) Artikel 24 „Kriegslisten...sind erlaubt“
 - Protokolle aus dem Bundeskanzleramt 354 BII vom 17.07.1990
- Grundsatzrede von Prof. Dr. Carlo Schmidt vor dem parlamentarischen Rat zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland vom 8.09.1948
- SHAEF-Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung in Deutschland
 - Gesetz Nr. 52 Art. VII Abschnitt e), Gesetz Nr. 53 Art. VII Abschnitt g), Gesetz Nr. 161/2
- Grundsatzurteil Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 - 2BvF 1/73 zum Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“
 - Dokumentation Deutscher Bundestag der BRD - wissenschaftlicher Dienst WD 3 – 292/07
- Antwort Auswärtiges Amt der BRD: *Auswärtiges/Antwort* vom 30.06.2015 – Referenz hib 340/2015)
 - Potsdamer Abkommen und die darin enthaltene Krim-Deklaration vom 2. August 1945

Die alliierten Treuhandverwaltungen BRD und DDR wurden ab 1990 im Wege eines sog. „Beitritts“ in ein vollprivatisiertes „vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ mit

den Bezeichnungen „Bundesrepublik Deutschland“, „Deutschland“ bzw. „Germany“ überführt. Dieses „vereinigte Wirtschaftsgebiet“ bezeichnen Vertreter der Russischen Föderation auch als „US-Okkupationsverwaltung“.

(siehe Artikel 133 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Zitat: Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“)

Seit dem gibt es nur noch ein sog. „Niemandland“ auf deutschem Boden unter der vorwiegenden Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), welches fremde Mächte, die multinationalen Konzerne und die angelsächsische Hochfinanz beliebig für ihre Interessen benutzen und ausplündern! So ein Gebietsstatus wird auch als Protektorat – zu Deutsch „Schutzgebiet“ bezeichnet.

(Auszug aus Wikipedia - Zitat: „Ein **Protektorat** (von [lateinisch](#) *protegere* ‚schützen‘; zuweilen auch **Schutzstaat** bzw. *Schutzgebiet*) ist ein teilsouveränes [Gemeinwesen](#) und abhängiges [staatliches Territorium](#), dessen auswärtige Vertretung und [Landesverteidigung](#) einem anderen [Staat](#) durch einen [völkerrechtlichen Vertrag](#) unterstellt sind.“ Siehe dazu auch die NATO-Verträge und sog. „Geheime Zusatzabkommen.“)



DAS REFORM-PROGRAMM

Ergebnis und notwendige Maßnahmen zur Erlangung der Freiheit & Einheit der Deutschen zur Wiederherstellung des Welt-Friedens und der natürlichen Ordnung



Zusammengefasst akute und unmittelbare Folge-Gefährdung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit aller Menschen auf der Erde – natürliches Recht auf Notwehr für Jedermann

Damit liegt auch Verstoß gegen Artikel 20 Grundgesetz Absatz 1- 3 vor:

Grundgesetz

II. Der Bund und die Länder (Art. 20 - 37)

Art. 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Recht auf Widerstand:

Damit greift Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz für die BRD für die existenziell betroffene Bevölkerung und erfordert demzufolge die zwingende Notwendigkeit des Absetzens der unverantwortlich handelnden bzw. unterlassenden BRD-Regierung und auch des Eingreifens der Hohen Hand – Anti Terror- Allianz – der internationalen Weltgemeinschaft.

Weiter greift auch der § 34 StGB für die betroffenen Menschen in Deutschland:

Strafgesetzbuch

Allgemeiner Teil (§§ [1](#) - [79b](#))

2. Abschnitt - Die Tat (§§ [13](#) - [37](#))

4. Titel - Notwehr und Notstand (§§ [32](#) - [35](#))

§ 34 Rechtfertigender Notstand

„Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.“

Ggfs. in Verbindung mit § 32 Notwehr

(1) Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.

(2) Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Weiter greift der übergesetzliche Notstand!

Damit erfüllt sich auch die Notwendigkeit Anwendung der rechtsgültigen Haager Landkriegsordnung (HLKO) und des Eingreifens der alliierten Mächte in Deutschland:

Beweis: Im Artikel 42 bis 56 der HLKO sind Regelungen zum Verhalten einer Besatzungsmacht auf besetztem feindlichem Gebiet festgelegt. Ein Besatzer ist unter anderem verpflichtet, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten (Artikel 43). Einziehung von Privateigentum ist ebenso verboten wie Plünderungen. (Artikel 46 und 47)

Die deutschen Stämme - eine Minderheit im eigenen Land?



Es gibt heutzutage immer noch deutsche Menschen, die über einen anderen genetischen Code (Zeichen der Erbinformation) verfügen und über eine andere ethnische, traditionelle, religiöse, kulturelle und sprachliche Identität. Diese stammesdeutschen Menschen zeichnen sich insbesondere mit einem besonders ausgeprägten Verstand, Vernunft, Gewissen, Mitgefühl (Empathie), Gemüt, vernetzten Zusammenhangsdenken, einem stetigen Streben nach Wissen und Erkenntnis und eine nahezu unbändige Schöpferkraft aus. Die deutschen Ureinwohner haben einen festen Glauben, ihr eigenes Wertesystem, welches auf den deutschen Tugenden und dem dazugehörigen gesellschaftspolitischen, weltanschaulichen Denken beruht und sich von der Mehrheit des in Deutschland befindlichen BRD-Personals, Migranten und Reisende maßgeblich unterscheidet.

Verweis genetischer Code: Rede des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin in Bezug auf das russische Volk – Auszug:

„...wir haben einen anderen kulturellen, genetischen und moralischen Code...“

Quelle: Rede des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin in Bezug auf das russische Volk – RT Deutsch – Titel: „Putin reagiert: Biden glaubt, er sei ein Mörder“

Dabei handelt es sich nur noch um eine kleine Minderheit, denn aufgrund von Krieg und Vertreibungen vor 1949 ist der deutsche Volkskörper und die

Volksseele schwer verletzt worden und konnte sich nie mehr von den grausamen Geschehnissen erholen und hat als bis heute besetztes Gebiet keine Gelegenheit mehr dazu bekommen.

Die Nachkriegszeit und die darin eingeführte Ordnung, die Kriegstraumata, die Gräueltaten und die ständige Negativpropaganda zur gesamten deutschen Geschichte und Kultur haben dazu geführt, dass sich der einst gesunde deutsche Volkskörper und die traditionelle Volksidentität nicht mehr herausbilden konnten und können.

Im weiteren Verlauf der Geschichte kam es durch Masseneinwanderung fremder Ethnien zu einer weitreichenden Überfremdung und Identitätsverlusten der indigenen Deutschen.

Die deutschenfeindliche Familien- und Sozialpolitik der Verwaltungsorganisation in Deutschland, die einhergehende Zerstörung der Familien, der daraus resultierende Geburtenschwund und die damit einhergehende Überalterung haben zu einer weiteren Dezimierung der indigenen deutschen Stämme geführt.

Dazu kommt, dass die Überalterung des deutschen Volkes eine Minderung der Reproduktion ausgelöst hat.

Zur gesellschaftlich-kulturellen Überlagerung kommt die pausenlose psychologische Kriegsführung gegen die Deutschen.

Es wird bis zum heutigen Tag ein Seelenmord an der deutschen Volksseele verbrochen.

Diese ethnische Verdrängung der deutschen Stämme gewinnt zunehmend den Charakter eines Völkermords (Genozid).

Hinzu kommt die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der einheimischen Menschen (Handwerk, Handel und Gewerbe, Bauerntum) und der heimischen Natur.

Dieser in seiner gesamten Auswirkung kaum fassbare Völkermord ist bis heute so weit vorangetrieben worden, dass sich heute nur noch wenige Menschen als Deutsche begreifen.

Die ehemals gepflegten Tugenden, wie der Glaube an das eigene Wertesystem, das Bekenntnis zur natürlich-göttlichen Ordnung, Treue, Redlichkeit, Ehrlichkeit, Familiensinn, Gerechtigkeit, Heimatliebe, Heldentum, Liebe zu Volk und Vaterland sind den deutschen Menschen abspenstig gemacht worden.

Das Merkmal der heute vorherrschenden BRD-Gesellschaft kennzeichnet sich im Gegensatz dazu, durch das Ausleben der Lasterhaftigkeit, Gottlosigkeit und eine vollkommene Orientierungslosigkeit.

Die Stammesdeutschen werden zunehmend zu einer ethnischen Minderheit auf eigenem Boden.

Daraus ergibt sich für die Stammesdeutschen schon jetzt das Recht auf Minderheitenschutz!

Bilanz

Die Bilanz der ungelösten „Deutschen Frage“ hat de facto dazu geführt, dass die indigenen Deutschen heute vor den Augen der Völkergemeinschaft langsam, aber sicher einem voranschreitenden Siechtum zum Opfer fallen.

Damit wird allen Völkern der Erde endgültig die Möglichkeit genommen, mit Deutschland und den Deutschen eine dauerhafte Ordnung des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der brüderlichen Völkerfreundschaft zu erreichen.

Sollten die alliierten Siegermächte, die Vereinten Nationen und Völker weiterhin tatenlos zusehen, wird der Faschismus, Nazismus und Militarismus nicht besiegt.

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland (NOD) fordert daher die alliierten Siegermächte und die Vereinten Nationen auf, die indigenen Deutschen aus der provisorischen Treuhandverwaltung zu entlassen, um eine dauerhafte, harmonische Ordnung des Friedens, der Freiheit der Gerechtigkeit und der brüderlichen Völkerfreundschaft zu ermöglichen!

Alle Völker der Erde sind aufgerufen die indigenen Deutschen dabei im eigenen Interesse zu unterstützen!

Feststellung 2021

„Das deutsche Volk ist ohne die Hilfe der alliierten Siegermächte nicht in der Lage, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 in Verbindung mit dem Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen. Die deutsche Opposition ist darum nicht in der Lage, die Bevölkerung in Deutschland zu erreichen und über ihre völkerrechtlichen Rechte und Pflichten gemäß des Potsdamer Abkommens und der Durchführung der Krim-Deklaration aufzuklären.“

Das Schicksal der indigenen Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!

Register - rechtliche Basis, Erläuterungen / Legende:

Minderheitenschutz ist ein Begriff aus Verfassungs- und Völkerrecht, der sich auf Freiheit und Gleichheit von Minderheiten und ihren Schutz vor Diskriminierung bezieht. Die spezifischen Interessen von ethnischen Minderheiten werden international durch die Menschenrechte, insbesondere durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, und auf staatlicher Ebene durch die in der jeweiligen Verfassung verankerten Individualrechte geschützt.

Ergebnis: Auch die Deutschen sind Volksstämme eingeborener (indigener), frei beseelter Lebewesen mit der irdischen Bezeichnung „Mensch“!

Rechtsgrundlagen:

Der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007, das "Kopenhagener Abschlussdokument über die menschliche Dimension" der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 29. Juni 1990:

Teil IV der Kopenhagener Dokumente geht detailliert auf die kollektiven Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten ein: Sie sollen ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten in voller Gleichheit vor dem Gesetz ausüben können. Außerdem sollten sich die OSZE-Mitgliedsstaaten verpflichten, „besondere Maßnahmen zur Sicherung der Gleichstellung mit anderen Staatsangehörigen zu ergreifen“. Einer Person soll zudem das Recht zugestanden werden, selbst zu entscheiden, ob sie einer nationalen Minderheit zugehörig ist oder nicht.

Das Abschlussdokument der Kopenhagener Dokumente enthält darüber hinaus die so genannten individuellen Minderheitenrechte: Gebrauch der Muttersprache, freie Religionsausübung, Garantie grenzüberschreitender Kontakte zu Angehörigen der eigenen Volksgruppe, Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Ausübung kultureller Aktivitäten, Schulunterricht in der Muttersprache oder mit der Muttersprache als Unterrichtssprache, Schutz und Förderung der Identität nationaler Minderheiten und die Einrichtung lokaler und autonomer Verwaltungseinheiten.

Die Europäische Konvention für den Schutz von Minderheiten vom 8. Februar 1991. Darin wird der Begriff „Minderheit“ klar definiert, und es wird klargestellt, dass ausländische Staatsangehörige nicht miteinbezogen werden sollen. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit soll von der Entscheidung des Individuums abhängen. Des Weiteren wird ein kollektives Recht von Minderheiten anerkannt, und den Staaten werden Verpflichtungen auferlegt, die einer Kombination von Individual- und Gruppenrechten entsprechen.

Weiter die Deklaration über die Rechte von Minderheiten, welche die Staaten verpflichtet, die Identität nationaler oder ethnischer, kultureller, religiöser und sprachlicher Minderheiten durch den Erlass entsprechender Maßnahmen zu wahren und zu fördern. Den Angehörigen solcher Minderheiten muss das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache im privaten und öffentlichen Bereich und eine angemessene Beteiligung an den sie betreffenden Entscheidungen garantiert werden."

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Minderheitenschutz>

Artikel 14 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die Europäische Menschenrechtskonvention erwähnt an einer Stelle die nationalen Minderheiten.

Unter den Merkmalen für eine Diskriminierung nach Art. 14 EMRK ist auch die Zugehörigkeit zu einer „nationalen Minderheit“ aufgelistet:

„Art. 14 Verbot der Benachteiligung. Der Genuss der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten muss ohne Unterschied des Geschlechts, der

Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischen oder sonstigen Anschauungen, nationaler oder sozialer Herkunft, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gewährleistet werden.“

104 Art. 14 EMRK stellt ein akzessorisch gewährtes Recht dar, d.h. das Diskriminierungsverbot beschränkt sich auf die durch die EMRK gewährten Rechte und Freiheiten.

Das Diskriminierungsverbot kann deshalb nicht separat geprüft werden, sondern erscheint in den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte nur zusammen in Prüfung mit der Verletzung eines anderen Artikels der Konvention.

Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit stellt ein Merkmal für die Nichtgewährung eines EMRK-Rechts oder einer EMRK konformen Freiheit dar.

Die EMRK ist individualrechtlich gestaltet und nicht auf kollektive oder Minderheitenrechte ausgerichtet.

Entscheidend für die Auslegung, ob eine Diskriminierung auf Grund der individuellen Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit erfolgt sei, sind die Urteile der Europäischen Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie das daraus abgeleitete case law. Klagen von Vertretern von Minderheiten wurden von der früheren Menschenrechtskommission, der Vorgängerin des Straßburger Gerichtshofes, mit der Begründung abgewiesen, die EMRK enthalte keine spezifischen Schutzrechte für Minderheiten.

Diese müssen sich zum Beispiel in einer Klage wegen Beeinträchtigung ihres traditionellen Lebensstils auf Art. 8 EMRK berufen.

Zur neusten Rechtsprechung siehe - Quelle: <https://dejure.org/gesetze/MRK>

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verbietet jede Form von Diskriminierung wegen der Sprache oder auf Grund von Heimat und Herkunft (Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz). Daran sind neben der Gesetzgebung auch die Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen sowie die Rechtsprechung gebunden. Bereits dadurch sind Minderheiten in Deutschland geschützt. Darüber hinaus gibt es weitere Regelungen und Vereinbarungen.

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten:

Das Übereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten verbietet jede Diskriminierung einer Person wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit. Ebenso schützt es die Angehörigen dieser Minderheiten vor einer Assimilierung gegen ihren Willen. Ferner verpflichtet es die Mitgliedstaaten zum Schutz der Freiheitsrechte und zu umfänglichen Fördermaßnahmen zu Gunsten der nationalen Minderheiten.

Für Deutschland ist das Rahmenübereinkommen am 1. Februar 1998 in Kraft getreten und hat Geltung im Rang eines Bundesgesetzes.

Die Unterzeichnerstaaten müssen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten den Europarat umfassend über die Umsetzung informieren. Danach müssen sie alle fünf Jahre Bericht erstatten. Ein beratender Ausschuss unabhängiger Experten

unterstützt den Europarat bei seinen Kontrollaufgaben.

Beweis-Quelle: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/minderheiten/minderheitenrecht/minderheitenrecht-node.html>

Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker

- Quelle: <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/ERiV.pdf>

Auszüge:

Artikel 1

Indigene Völker haben das Recht, als Kollektiv wie auch auf der Ebene des Individuums, alle in der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Menschenrechtsnormen anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt zu genießen.

Artikel 2

Indigene Völker und Menschen sind frei und allen anderen Völkern und Menschen gleichgestellt und haben das Recht, bei der Ausübung ihrer Rechte keinerlei Diskriminierung ausgesetzt zu sein, insbesondere nicht auf Grund ihrer indigenen Herkunft oder Identität.

Artikel 3

Indigene Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Artikel 4

Bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung haben indigene Völker das Recht auf Autonomie oder Selbstverwaltung in Fragen, die ihre inneren und lokalen Angelegenheiten betreffen, sowie das Recht, über die Mittel zur Finanzierung ihrer autonomen Aufgaben zu verfügen.

Artikel 5

Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen zu bewahren und zu stärken, während sie gleichzeitig das Recht behalten, uneingeschränkt am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Staates teilzunehmen, sofern sie dies wünschen.

Artikel 6

Jeder indigene Mensch hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

Artikel 7

1. Indigene Menschen haben das Recht auf Leben, körperliche und seelische Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit der Person.
2. Indigene Völker haben das kollektive Recht, als eigenständige Völker in Freiheit, Frieden und Sicherheit zu leben, und dürfen keinen Völkermordhandlungen oder

sonstigen Gewalthandlungen, einschließlich der gewaltsamen Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe, ausgesetzt werden.

Artikel 8

1. Indigene Völker und Menschen haben das Recht, keiner Zwangsassimilation oder Zerstörung ihrer Kultur ausgesetzt zu werden.
2. Die Staaten richten wirksame Mechanismen zur Verhütung und Wiedergutmachung der folgenden Handlungen ein:
 - a) jeder Handlung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass indigene Völker und Menschen ihrer Integrität als eigenständige Völker oder ihrer kulturellen Werte oder ihrer ethnischen Identität beraubt werden;
 - b) jeder Handlung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass ihnen der Besitz ihres Landes, ihrer Gebiete oder ihrer Ressourcen entzogen wird;
 - c) jeder Form der zwangsweisen Überführung der Bevölkerung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass ihre Rechte verletzt oder untergraben werden;
 - d) jeder Form der Zwangsassimilation oder Zwangsintegration;
 - e) jeder Form der Propaganda, die darauf abzielt, rassistische oder ethnische Diskriminierung, die sich gegen sie richtet, zu fördern oder dazu aufzustacheln.

Artikel 11

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre kulturellen Traditionen und Bräuche zu pflegen und wiederzubeleben. Dazu gehört das Recht, die vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Erscheinungsformen ihrer Kultur, wie beispielsweise archäologische und historische Stätten, Artefakte, Muster, Riten, Techniken, bildende und darstellende Künste und Literatur, zu bewahren, zu schützen und weiterzuentwickeln.
2. Die Staaten haben durch gemeinsam mit den indigenen Völkern entwickelte wirksame Mechanismen, die gegebenenfalls die Rückerstattung einschließen, Wiedergutmachung zu leisten für das kulturelle, geistige, religiöse und spirituelle Eigentum, das diesen Völkern ohne ihre freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung oder unter Verstoß gegen ihre Gesetze, Traditionen und Bräuche entzogen wurde.

Artikel 13

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre Geschichte, ihre Sprache, ihre mündlichen Überlieferungen, ihre Denkweisen, ihre Schriftsysteme und ihre Literatur wiederzubeleben, zu nutzen, zu entwickeln und an künftige Generationen weiterzugeben sowie ihren Gemeinschaften, Orten und Personen eigene Namen zu geben und diese zu behalten.
2. Die Staaten ergreifen wirksame Maßnahmen, um den Schutz dieses Rechts zu gewährleisten und sicherzustellen, dass indigene Völker politische, Rechts- und Verwaltungsverfahren verstehen und dabei verstanden werden, nötigenfalls durch die Bereitstellung von Dolmetscherdiensten oder sonstige geeignete Mittel.

Artikel 14

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen Bildungssysteme und -institutionen einzurichten und zu kontrollieren, in denen in ihrer eigenen Sprache und in einer ihren kulturspezifischen Lehr- und Lernmethoden entsprechenden Weise unterrichtet wird.

2. Indigene Menschen, insbesondere Kinder, haben das Recht auf Zugang zu allen Ebenen und Formen der öffentlichen Bildung ohne Diskriminierung.
3. Die Staaten ergreifen gemeinsam mit den indigenen Völkern wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass indigene Menschen, insbesondere Kinder, einschließlich derjenigen, die außerhalb ihrer Gemeinschaften leben, nach Möglichkeit Zugang zu Bildung in ihrer eigenen Kultur und in ihrer eigenen Sprache haben.

Artikel 18

Indigene Völker haben das Recht, an Entscheidungsprozessen in Angelegenheiten, die ihre Rechte berühren können, durch von ihnen selbst gemäß ihren eigenen Verfahren gewählte Vertreter mitzuwirken und ihre eigenen indigenen Entscheidungsinstitutionen zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Artikel 20-1.

Indigene Völker haben das Recht, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme oder Institutionen zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre eigenen Existenz- und Entwicklungsmittel in Sicherheit zu genießen und ungehindert allen ihren traditionellen und sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen.

2. Indigene Völker, die ihrer Existenz- und Entwicklungsmittel beraubt wurden, haben Anspruch auf gerechte und angemessene Wiedergutmachung.

Artikel 25

„Indigene Völker haben das Recht, ihre besondere spirituelle Beziehung zu dem Land und den Gebieten, Gewässern und Küstenmeeren und sonstigen Ressourcen, die sie traditionell besessen oder auf andere Weise innegehabt und genutzt haben, zu bewahren und zu stärken und in dieser Hinsicht ihrer Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen nachzukommen.“

Artikel 26

- „1. Indigene Völker haben das Recht auf das Land, die Gebiete und die Ressourcen, die sie traditionell besessen, innegehabt oder auf andere Weise genutzt oder erworben haben.
2. Indigene Völker haben das Recht, das Land, die Gebiete und die Ressourcen, die sie besitzen, weil sie ihnen traditionell gehören oder sie sie auf sonstige Weise traditionell innehaben oder nutzen, sowie die, die sie auf andere Weise erworben haben, zu besitzen, zu nutzen, zu erschließen und darüber zu verfügen.“

Der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.Dezember 1966 (BGBl. 1973 II 1553)– Quelle: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR_Pakt.pdf

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte:

<https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/aemr/>

Paragraf 6 Bundesvertriebenengesetz (BVFG):

§ 6 Volkszugehörigkeit

§ 6 hat [3 frühere Fassungen](#) und wird in [5 Vorschriften](#) zitiert

(1) Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird - Beweis-Quelle: <https://www.buzer.de/gesetz/4827/a66826.htm>

Heimatbewusstsein und Heimatliebe hat nur der seelisch geistig gesunde Mensch, welcher sich seiner eigenen Geschichte/ Herkunft voll bewusst ist, über eine verwurzelte Verbindung zur Heimaterde verfügt (Bodenständigkeit), Mitgefühl (Empathie) zu Gottes Schöpfung (die Natur) hat und damit die Heimat und dessen Menschen wertschätzt. Seelisch vergiftete, wurzellose, traumatisierte Heimatvertriebene, Heimatlose, Geflüchtete und deren Nachkommen können kaum oder nur unter größten Schwierigkeiten eine neue Heimat und erst recht keine neue Identität annehmen. Diese Menschen bedürfen daher der besonderen Hilfe und Obhut. Hierbei geht es um keine Maskerade oder Dekoration, sondern um die Wiederherstellung der gesamtgesellschaftlichen Struktur vor Ort! Heimatliebe ist Herzenssache! Heimat ist Bewusstsein, Mut und Gespür für das Wahre, Ursprünglich-Bewährte, Langlebige und das Nachhaltige!



Notwendige Schritte zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates auf deutschem Boden

Kompletter Neuaufbau des gesamten Systems in völliger Entscheidungsfreiheit des außen wie innen unabhängigen freiheitlichen Nationalstaates!

Sieben Punkte Programm zur Wiederherstellung des Völkerrechts in Deutschland, Europa und auf der gesamten Erde

***I. Die Herstellung der uneingeschränkten Souveränität Deutschlands durch Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates Deutschland u./ o. Deutsches Reich (beide Begriffe bezeichnen ein und dasselbe Völkerrechtssubjekt!)**

Das völkerrechtliche Bündnis der deutschen Volksstämme heißt wieder

Deutsches Reich.

Der Begriff „Deutschland“ ist nur eine historisch eingebürgerte umgangssprachliche Bezeichnung ohne jegliche Rechtswirksamkeit.

***II. Der zwingend notwendige (ehrenhalber) Abschluss der Friedensverträge mit über 54 Nationen zur endgültigen und dauerhaften Beendigung des bis heute fortgeführten zweiten Weltkrieges!**

***III. Befreiungsgesetz Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) – „Fortgelden der Vorschriften über Entnazifizierung“:**

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 139 Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Die Umsetzung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 mittels Entnazifizierung aller Deutschen durch die Befreiung der Deutschen aus der nationalsozialistischen deutschen Zwangsangehörigkeit = deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 gemäß Artikel 116 GG für die BRD durch Rückführung der Person in die ursprüngliche Bundesstaatsangehörigkeit gemäß unveränderten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) I vom 22. April 1871. Dazu gehört auch die Beseitigung und strafbewehrtes Verbot aller nationalsozialistischen Rechtsinhalte, Rechtsnormen, Verordnungen und Gesetze in Deutschland!

IV. Geltungsdauer Artikel 146 Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland:

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in

Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Deutschen geben sich nach der Herstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung über eine Nationalversammlung Verfassungsgebende Versammlung) mittels Volksabstimmung (Referendum) ihre Verfassung!

V. Sofortiger Austritt Deutschlands aus der privaten Interessengemeinschaft Europäische Union – 4. Reich Walter Hallstein Projekt und dem US-Kriegsbündnis NATO/OTAN!

(Sofern die BRD-Verträge grundsätzlich für Deutschland zutreffend)

VI. Abschaffung des Dollar-basierten Schuldgeldsystems und mittelfristig generelle Abschaffung des Geldes als Tauschhilfe!

VII. Schrittweise Umsetzung des Heimat- und Friedensprogramms – Das Reformprogramm für Deutschland als Ideenvorlage! (u. a. mittels Referenden)



Einrichtung Nationaler Übergangsrat - nationale Übergangsregierung auf deutschem Boden

Rechtliche Grundlage: Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung gemäß UN- Resolution 56/83, Kapitel 2, Artikel 10

I. Das Verhalten einer aufständischen Bewegung, die zur neuen Regierung eines Staates wird, ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten.

II. Das Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung, der es gelingt, in einem Teil des Hoheitsgebietes eines bestehenden Staates oder in einem seiner Verwaltung unterstehenden Gebiet einen neuen Staat zu gründen, ist als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechts zu bewerten.

Folgende Maßnahmen müssten wie in solchen Sachverhalten üblich durchgeführt werden, wenn sich alle Erkenntnisse und beweiskräftigen Dokumente tatsächlich in ihrer Richtigkeit bestätigen:

Das Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde am 23. Mai 1949 im Auftrag der alliierten Siegermächte des zweiten Weltkrieges für (!) die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt.

Nicht etwa für das deutsche Volk oder "Dem deutschen Volke" wie es am Hauptportal des Reichstages in großen Lettern steht.

Dieses alliierte Militär-Grundgesetz ist die höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland.

Die alliierten Siegermächte sind bis heute für (!) die Entnazifizierung (Befreiung) Deutschlands und des deutschen Volkes gesetzlich-vertraglich zuständig.

Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:

„Befreiungsartikel - Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung“ aus

***SHAEF – Zitat: „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“**

Die bis zum heutigen Tage rechtsgültigen SHAEF–Gesetze, Verordnungen und Anweisungen werden also vom Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland nicht berührt und sind weiterhin rechtsgültig.

Alle nationalsozialistischen, faschistischen Gleichschaltungsgesetze und Verordnungen/ Rechtsinhalte wurden durch die alliierten Siegermächte mit *SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III generell strafbewehrt verboten und aufgehoben - Zitat:

„Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.“

Das bedeutet, die Aufhebung aller nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsinhalte, damit auch die zwingend notwendige Aufhebung der von Adolf Hitler und seiner Reichsregierung am 5. Februar 1934 zwangsverordneten „deutschen Staatsangehörigkeit“ (Artikel 16 und Artikel 116 GG für die BRD) durch Entnazifizierung der Person über Wiederherstellung der Bundesstaaten

und der Bundesstaatsangehörigkeit im Deutschen Heimat-Reich gemäß erster *RuStAG vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) „Inland §1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

In Kombination mit:

Artikel 146 Grundgesetz für (!) die Bundesrepublik Deutschland (Geltungsdauer/ Laufzeit) der Bundesrepublik Deutschland - Zitat: *“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”*

Erster Schritt:

Einheit und Freiheit Deutschlands durch völkerrechtliche Wiedervereinigung und Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutsches Reich“ c/o „Deutschland“ - damit Befreiung der vom alliierten Militär-Grundgesetz für die BRD überlagerte, bis heute rechtsgültige, letzte historische Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919. (siehe u. a. SHAEF und Artikel 140 GG für die BRD)

Zweiter Schritt:

Die vollständige Reformierung der sog. „Weimarer Reichsverfassung“ von 1919 im handlungsfähigen Staat „Deutsches Reich“ u./ o. „Deutschland“ über eine Nationalversammlung/ verfassungsgebende Versammlung durch Volksabstimmung in freier Entscheidung des deutschen Volkes.

Dritter Schritt:

Die Wiederherstellung der Bundesstaaten-Struktur; der Königreiche, Herzog- und Fürstentümer, freien Reichs- und Hansestädte als Basis der Bundesstaatsangehörigkeit für die Person der Stammesdeutschen im Staatenbund „Deutsches Reich“ – Wiedererlangung aller Rechte für die Deutschen.

Maßnahmen zur Befreiung Deutschlands und der gesamten Menschheit aus der faschistischen Tyrannei und auch zur Wiederherstellung der „konzeptionellen Sicherheit für soziale Systeme im Völkerbund“

1. Bildung Nationaler Übergangsrat durch die Opposition in Zusammenarbeit mit allen verantwortungsfähigen, verantwortungsgewillten, positiv zukunftsorientierten Kräften unter Beteiligung von staatenlos.info - Kommission 139.

Mit diesem Schritt geht Staatenlos.info – Kommission 139 in den Nationalen Übergangsrat auf.

Ein nationaler Übergangsrat ist eine sog. „rechtmäßige juristische Entität“, die auch von der NATO und der UN anerkannt ist.

Gesetzliche Grundlagen: 1 Staatsgründung

UN-Resolution 56/83, Kapitel 2, Artikel 9

Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen für das betroffene Volk.

Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder die Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern.

Nationalversammlung und/ oder Verfassungsgebende Versammlung

Die völkerrechtlichen Instrumente dazu sind die Nationalversammlung und/ oder verfassungsgebende Versammlung, welche durch den Übergangsrat einzuberufen ist.

Aus der einzuberufenden Nationalversammlung müssen die Verfassung und die Übergangsregierung hervorgehen.

Rechtliche Basis:

1) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Artikel 146, Artikel 25 und Artikel 133 in der Fassung vom 23. Mai 1949 bis zum 29. September 1990. Übrigens: die Streichung des räumlichen Geltungsbereiches des Grundgesetzes und somit die Trennung zwischen dem freien Gebiet/ Landfläche von Deutschland und der verbliebenen Besatzungsordnung "BRD-Grundgesetz", die nur noch auf den "freiwilligen Teilnehmern an der BRD" liegt, finden Sie im Bundesgesetzblatt Teil II. Seite 890, Kapitel II, Artikel 4, Absatz 2 vom 23.09.1990 - rechtswirksam zum 29.09.1990. (siehe auch Seite 885 - Artikel 23 "weggefallen")

2) Urteil Bundesverfassungsgericht BVerfG 2 BvG 1/51 vom 23. Oktober 1951, II. Senat, Leitsätze 21, 27 und 29.

3) UN-Selbstbestimmungsrecht der Völker, Artikel 1 der UN-Charta - UN-Zivilpakt und UN-Sozialpakt

Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland [BVerfG 2 BvG 1/51](#) vom 23. Oktober 1951, II. Senat,

Leitsatz 21: Eine verfassungsgebende Versammlung ist ein weltweit anerkannter, völkerrechtlicher Akt und hat einen höheren rechtlichen Rang als die auf Grund der erlassenen Verfassung gewählte Volksvertretung ([siehe Art. 25 GG](#)). Sie ist im Besitz des „pouvoir constituant“. Mit dieser besonderen Stellung ist unverträglich, dass ihr von außen Beschränkungen auferlegt werden. Ihre Unabhängigkeit bei der Erfüllung dieses Auftrages besteht nicht nur hinsichtlich der Entscheidung über den Inhalt der künftigen Verfassung, sondern auch hinsichtlich des Verfahrens, in dem die Verfassung erarbeitet wird.

Leitsatz 27: Das Bundesverfassungsgericht der BRD erkennt die Existenz über positiven, auch den Verfassungsgesetzgeber bindenden Rechtes an und ist zuständig, das gesetzte Recht daran zu messen.

Leitsatz 29: Dem demokratischen Prinzip ist nicht nur wesentlich, dass eine Volksvertretung vorhanden ist, sondern auch dass den Wahlberechtigten das Wahlrecht nicht auf einem in der Verfassung nicht vorgesehenen Weg entzogen wird.

Gesetze international zu denen sich die BRD "ius cogens" (unabänderlich) verpflichtet hat und aus dem Grundgesetz:

UN - Selbstbestimmungsrecht der Völker - Artikel 1

- (1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ([siehe Art. 146 GG](#)).
- (2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
- (3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind ([siehe Art. 133 GG](#)), haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten. Weiter [UN-Zivilpakt](#) und der [UN-Sozialpakt](#).

Der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Christian Herter (Secretary of State), Beauftragter Vertreter der westlichen Hauptsiegermacht, vom 18. Mai 1959 anlässlich der Genfer Außenministerkonferenz - Zitat:

„Die Bundesrepublik Deutschland und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik stellen nicht – und zwar weder getrennt noch gemeinsam – eine gesamtdeutsche Regierung dar, die ermächtigt wäre, für das als Deutschland bekannte Völkerrechtssubjekt zu handeln und Verpflichtungen einzugehen.“

Kommentar: Diese Aussage steht im Einklang mit den Festlegungen der vier alliierten Siegermächte bezüglich „Deutschland/ Germany“ während der Außenministerkonferenz in Moskau von 1943, dem Londoner Protokoll von 1944, wie der Potsdamer Konferenz von 1945 und der Erklärung zur völkerrechtlichen Anerkennung des Völkerrechtssubjekts Deutschland/ Germany im Gebietsstand vom 31. Dezember 1937.

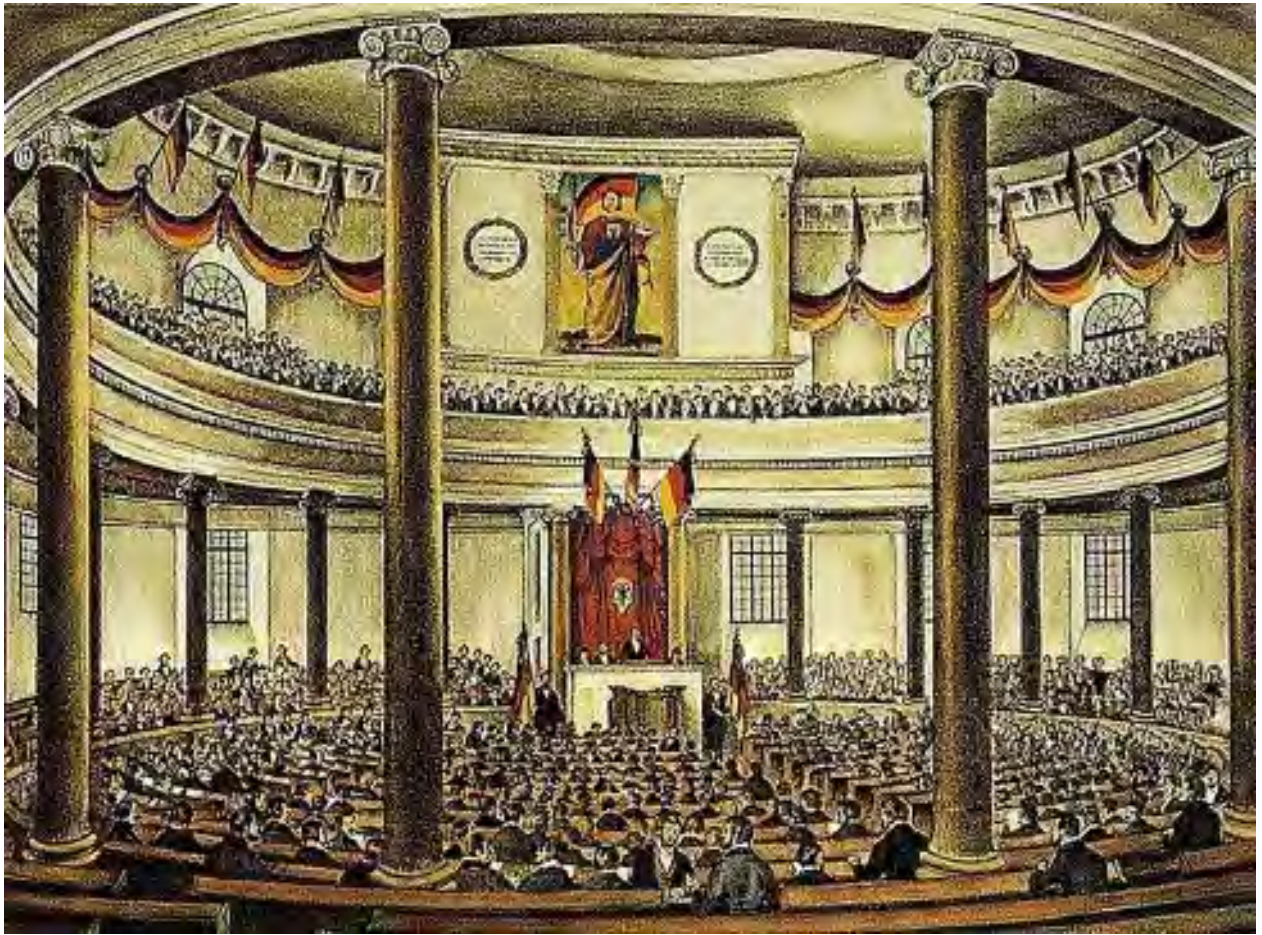
Die nationale Übergangsregierung im gegenwärtigen Deutschland



Die Übergangsregierung wird über den nationalen Übergangsrat in Abstimmung der alliierten Siegermächte c/o Russland und durch die Opposition unter Beteiligung der Organisation staatenlos.info – Kommission139 gebildet.

Hierbei geht es allerdings nicht um die Neugründung, sondern um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Völkerrechtssubjekts – Heimatstaatenbundes der deutschen Völker mit der völkerrechtlichen Bezeichnung ***Deutsches Reich*** und/ oder zur Zeit „Deutschland“.

Beweis: Urteil Bundesverfassungsgericht der BRD - Zitat: „Es wird daran festgehalten (vgl z. **Bsp.** BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teilidentisch“.



Maßnahmen der nationalen Übergangsregierung

Alle Maßnahmen müssen unter internationaler Kontrolle und Beobachtung erfolgen. (UN, OSZE, BRIGGS)

Referendum in Deutschland

Referendum zur Wiederherstellung der natürlichen Ordnung in Deutschland und in Folge auf der gesamten Erde

- I. **sofortige Abdankung der Bundesregierung und Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung vom deutschen Volke für die eingeborenen deutschen Volksstämme**
- II. **Einrichtung direkte Volksherrschaft in freier Selbstbestimmung der Menschen ohne Parteien**
- III. **Herstellung Welt-Frieden durch Friedensverträge**
(Beispiel: Japans Ex-Premier Abe: Friedensvertrag mit Russland unter neuem Premierminister möglich – Quelle: <https://deutsch.rt.com/asien/106986-ex-premier-japans-abe-hofft-russland/>)

Umsetzung der völkerrechtlichen Wiedervereinigung - Deutschland als Ganzes: Einheit und Freiheit der Deutschen durch Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutsches Reich“ gemäß Artikel 146 Grundgesetz für die BRD – Zitat Artikel 146: *“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert...”*

Stimmberechtigt sind ausschließlich nur die indigenen Deutschen mit dem anderen genetischen Code und der anderen ethnischen, traditionellen, religiösen, kulturellen und sprachliche Identität.

1. Nürnberg II

Leitsatz: Es geht nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit und Verantwortung!

Einrichtung Kriegsverbrecher-Tribunal mit dem Ziel der vollständigen Aufklärung aller sog. Nazi- und Kriegsverbrechen bis zum heutigen Tage und Verantwortungsnahme aller Verantwortlichen unter Anwendung alliierten Rechts von *SHAEF und *SMAD durch die dafür zuständige alliierte „Hohe Hand“.

Dazu erfolgt eine befristete formelle Reaktivierung auch der sowjetischen (russischen) Besatzungszone in Deutschland zum Schutz der deutschen Bevölkerung, der Arbeit der Übergangsregierung, zur endgültigen Entnazifizierung der Deutschen - Rückführung der Deutschen in ihre Heimat-Staatsangehörigkeit, Befreiung der historisch letzten, rechtsgültigen Verfassung (WRV 1919) vom Grundgesetz für die BRD–Verfassungsreform, analoge Wiederherstellung der Heimat-Bundesstaaten.

Alle deutschen NGOs, Organisationen, Vereine, Stiftungen, Firmen, Parteien und Verbände sind wegen möglicher Beteiligung an der Weiterführung des sog. „dritten Reiches“, Nazi- und Kriegsverbrechen, Völkermord zu überprüfen, bei gerichtlich unabhängiger bewiesener Tatbeteiligung aufzulösen und deren Vermögen zu beschlagnahmen und den deutschen Völkern zu übereignen. (Volkseigentum und/

oder Volksvermögen)

Dasselbe betrifft den gesamten BRD-Verwaltungsapparat und selbstverständlich auch die Banken- und Konzernkartelle, welche ihr Vermögen zum Teil global illegal auf „NS-Geld“ und „NS-Gold“ (sog. „Auschwitzgelder“) aufgebaut haben sollen. Das gesamte Personal der deutschen Organisationen, Verwaltung, der Banken und der Wirtschaft ist über eine militärjuristische Prüfung der gerechten Verantwortung unter voller privat kommerzieller Haftung aller Verantwortlichen zuzuführen. Die haftungsgemäße Abwicklung der BRD-Treuhandverwaltung sollte grundsätzlich ähnlich friedlich wie 1990 die Abwicklung der *Deutschen Demokratischen Republik* (DDR) erfolgen.

2. Militärische Übergangsregierung: Zur Sicherstellung einer entnazifizierten Verwaltung und des schrittweisen Wiederaufbaus des zerstörten Deutschlands erfolgt über den Nationalen Übergangsrat zeitgleich die Einrichtung einer militärischen Übergangsregierung mit Abstimmung der zuständigen alliierten Mächte (sog. „Hohe Hand“).

3. Konferenz von Jalta II bedeutet umgehende Einrichtung einer Welt-Friedenskonferenz mit der nationalen Übergangsregierung als Vertretung Deutschlands zum ehrenhalber Abschluss der Friedensverträge mit allen 54 kriegsbeteiligten Nationen und damit endgültige Aufhebung u./ o. Löschung der UN-Feindstaatenklauseln.

4. Entnazifizierung der Person gemäß Artikel 139 Grundgesetz für die BRD - *SHAEF und *SMAD = die Wiederherstellung der Rechte über die strukturelle Einrichtung der Bundesstaaten, Herzog- und Fürstentümer, Königreiche, freien Städte und der Bundesstaatsangehörigkeit im Deutschen Heimat-Reich durch Reformierung der *RuStAG vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) zur ursprünglichen *RuStAG vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87)

„Inland §1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

Ausländer haben die Möglichkeit einer Ehren-Staatsbürgerschaft mit dauerhaften Aufenthaltsrecht zu erhalten, wenn sie besonders herausragende Verdienste für Volk und Vaterland geleistet haben!

5. Sicherheit: Die deutsche Übergangsregierung stellt sich weiterhin unter den Schutz der alliierten Mächte bis der Faschismus, kommerzielle Militarismus und der Nazismus endgültig beseitigt und die völkerrechtlich-natürliche Ordnung wiederhergestellt ist.

Danach schrittweise koordinierter Abzug aller alliierten Besatzungstruppen aus dem deutschen Stammesgebiet.

6. Verfassungsreform: Notwendige Reformierung der letzten historisch-rechtsgültigen Verfassung „Weimarer Reichsverfassung“ (WRV) vom 11. August 1919 durch eine verfassungsgebende Versammlung. Abstimmung der Verfassungsreform über Referendum (Volksabstimmung)
- Schrittweise Umsetzung des staatenlos.info Heimat- und Friedensprogramms als weltweites Modellprojekt.

7. Konvention Tauroggen II Gemeinsame Wiederherstellung des Heimat- und Friedensbündnisses Deutsches Reich - Preußen - Russland auf historischer Grundlage als Garant für den Welt-Frieden, Wohlstand und Zukunft für alle Völker der Erde. (ewig alt-germanischer Bruderbund)

8. Aufbau eines gemeinsamen Europäischen Heimat- & Friedensbündnisses freier und unabhängiger Nationalstaaten der Völker mit Rückkehr zu den vielfältigen ethnischen Kulturen und den ethisch-moralischen Werten.

9. Internationaler Völkerbund:

Reformierung des alliierten Kriegsbündnisses gegen Deutschland „Vereinte Nationen (UN)“ zu einem gemeinsamen Freundschafts- und Friedensbündnis - Völkerbund freier, souveräner Nationen und Völker = Garant für den Weltfrieden, Wohlstand und eine positive Zukunft für alle Völker und Menschen der Erde.

10. Endziel: Eine neue Weltordnung des Friedens und der Harmonie unter Einhaltung der natürlichen - göttlichen Ordnung.

Die schrittweise Umsetzung des Heimat- und Friedensprogramms in Deutschland – Wiederherstellung der natürlichen Ordnung und des Welt-Friedens als weltweites Modellprojekt/ Ideenvorlage.

Vorläufige Ergebnisse mit Anregungen:

- Beendigung der BRD-Fremdverwaltung auch als ökonomischer, finanzieller und politischer Motor des Faschismus weltweit
- Alle Verträge der BRD-Treuhand mit ausländischen Organisationen (z. Bsp. EU, NATO, USA usw.) fallen weg!
- „automatisches“ Ende der EU- NATO-Privatdiktatur auf deutschem Boden
- Aufhebung der UN-Feindstaatenklauseln
- Rückführung des Kriegsbündnisses UNO gegen das Deutsche Reich in den ursprünglich friedfertigen Völkerbund
- Beendigung der weltweiten Kriege/ Interventionen/ Umstürze von bestehenden Ordnungssystemen, gesteuerter Terrorismus, Flucht und Vertreibung, Völkerwanderung - Massenmigration, Völkermord, Gleichschaltungsparteien und Organisationen, privater Verschwörungen, Rechtsverletzungen, Privatisierung der Staaten, Ausplünderung der Menschen, Sanktionen gegen Unabhängigkeitsbestrebungen, Umweltzerstörung, Familienzerstörung, gesteuerter Revolutionen/ Umstürze, Kolonien, Finanzierung fremder Interessen, (angloamerikanische) Besatzungstruppen/ Militärstützpunkte usw.
- Auflösung des Kriegsbündnisses NATO/ OTAN ggf. durch Referendum der vereinnahmten Mitgliedsvölker
- gemeinsamer Weltsicherheitsrat ohne alliierte Vorbehaltsrechte
- endgültige Beendigung bürgerlicher Tod der Person - die Menschen erhalten endgültig und für alle Ewigkeit ihre angestammten natürlichen Rechte und den allgemeinen Frieden zurück.

(Der bürgerliche Tod (französisch mort civile) bedeutet den Verlust der persönlichen Rechtsfähigkeit. Der bürgerliche Tod war bereits im römischen Recht eine Folge der capitis deminutio maxima, des Verlustes der persönlichen Freiheit bei Gefangennahme oder als Nebenfolge bei Kapitalverbrechen. Auch das gemeine Recht kannte eine direkte Vernichtung der Persönlichkeit (consumptio famae) in der Friedlosigkeit als Folge der Oberacht- Quelle:

Die Ursache fast aller Probleme und Schiefen wird damit mittelfristig für alle Völker endgültig beseitigt. Wenn die Deutschen endlich frei und unabhängig sind, befreit sich in logischer Folge Europa und die gesamte Menschheit selbst. (sog. „Dominoeffekt“)

**ZWEI STIMMEN
FÜR DIE BEFREIUNG!**



GG 139
„Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes NICHT berührt.“

GG 146
„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem EINE Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

 **GG 139** **www.staatenlos.info** **GG 146** 

DIE Opposition FÜR Deutschland.

**Aus der Geschichte lernen,
heißt siegen lernen!**



Erster Staatsauftrag: vollständiger gesellschaftlicher Strukturwandel zur Wiederherstellung der natürlich- göttlichen Ordnung



**Der Sozialismus ist das geistige Virus gegen die natürliche Ordnung.
Das sozialistische Virus hat die Menschen blind und taub gemacht.
Die Deutschen sind durch Flucht & Vertreibung und sozialistische
Gehirnwäsche zu entwurzelten Menschen gemacht worden.
Die sog. „Welt“ ist das vom Menschen Erdachte und Gesteigerte.
Im geistigen Schneckenhaus kann der Mensch nicht den aufrechten Gang
lernen.**

Das bedeutet im Umkehrprinzip:

**Schluss mit dem unverantwortlichen Kurzzeitdenken des kleinkarierten
Funktionsmenschen und wieder Hinwendung zum nachhaltigen
Langzeitdenken über Generationen und ganze Epochen!**

Befreit Euch von den eingetrichterten Vorurteilen und Klischees!

Schafft Euch wieder Fantasien und Visionen!

Träumt wieder und lasst Eure guten Träume wahr werden!

Nur wer im Kleinen begreift, kann auch im Großen denken!

Unsere Heimat wird eine nicht käufliche Welt sein!

Schluss mit dem satanischen Durcheinander!

Ein jeder zurück in seinen Stand!

Lasst den Krämer den Krämer sein, den Schreiberling den Schreiberling, den Handwerker den Handwerker, den Bauer den Bauer...!

Dem König was dem König gebührt!

Es wird von nun an weder getrickst, geschauspielert, geblufft, maskiert oder eine „Show“ abgezogen, sondern einzig und allein wahrhaftig gedacht und gehandelt!

Schrittweise Rückabwicklung und Reform aller Lebensbereiche der menschlichen Gesellschaft – Aufhebung der sozialistischen Gleichschaltung und Unkultur

Voraussetzungen

Die Einheit und Freiheit der Deutschen bedeutet Welt-Frieden!

- Wiederherstellung der vollen Souveränität und Beendigung der alliierten Besetzung und Fremdbestimmung Deutschlands gemäß HLKO und Völkerrecht, GG120 und GG139 mit vollständigem Abzug aller alliierten NATO-Besatzungstruppen und die alliierte BRD-Treuhandverwaltung aus Deutschland
- in Folge Wegfall aller EU – NATO – Auslandsabgaben, Finanzierungen, Besatzungskosten, Kriegs- und Kriegsfolgelasten (GG Art 120 GG für die BRD)

Staat und Verfassung



Der Staat der Deutschen muss nach fast 80 Jahren alliierter Okkupation und BRD-Fremdverwaltung wieder handlungsfähig gemacht werden!

Die Bürger erhalten damit ihre Rechte zurück!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- der Staat heißt wieder „**Deutsches Reich**“
- Einführung der königlichen Volksherrschaft nach dem altgermanischen Führungsprinzip durch gerechte Mitbestimmung der deutschen Stammesangehörigen zu allen wichtigen Belangen ihrer Gesellschaft! (Thing-System)

Leitsatz: Volksstaat für die deutschen Stämme - die Verfassung schützt die Deutschen - die Deutschen schützen ihre Verfassung

Der Volksstaat dient künftig der allgemeinen Wohlfahrt für die deutschen Völker!

- vollständige Reformierung der historischen Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 zu einer neuen fortschrittlichen Verfassung für die deutschen Völker durch Volksentscheid/ Referendum über eine verfassungsgebende Versammlung
- Ende der faschistischen Parteiendiktatur durch Entnazifizierung/ SHAEF- SMAD
- Die deutschen Volksstämme bestimmen über ihre unabhängigen Abgeordneten, welche zu jeder Zeit bestimmt bzw. bei Verstößen fristlos entlassen werden können.
- Volksherrschaft über Leistungspolitik für die deutschen Volksstämme mit Volksentscheiden zu allen entscheidend wichtigen Belangen von Staat und Gesellschaft
- **Unabhängigkeit einzelner Gemeinden der Siedlungen (Städten und Dörfer)** entsprechend des Zell-Bewusstseins des Organismus **Volksstaat in urgermanisch-deutscher Tradition entsprechend der Verfassung**
- fachlich und sachlich qualifizierte Amtsträger Vorsteher u./ o. Dorfschulzen wie als ehrenvolle Repräsentanten ihrer jeweiligen Gemeinden und Städte
- strikte Trennung von Staat, Wirtschaft, Religion und Ideologie
- Die Amtshoheit unterliegt ausschließlich dem Staat und dessen Verwaltungsorganen bis in jede einzelne Gemeinde.
- Einrichtung von Regierungsverwaltungen der jeweiligen Bundesstaaten und freien Städte (Hanse)

Reform des Gesellschaftssystems

Beendigung der „Demokratie“ = Beendigung der Herrschaft des Abschaums!

Ersatz durch die königliche Volksherrschaft mit Leistungsführung:

Verantwortungsübernahme für die deutschen Stämme nur durch die am besten für die Führungsaufgaben geeigneten und lang bewährten Stammesangehörigen.

- **Führungspersönlichkeiten unterstehen der ständig-positiven Leistungsbewährung für Volk und Vaterland auf Basis der Verfassung und den altdeutschen Tugenden**

Fundament der königlichen Stammesführung:

- **Rechtschaffenheit und Tugendhaftigkeit in Gott!**
- **Treuebekenntnis zur Führung: Treue um Treue! In Treue fest!**
- **Gefolgschaftstreue auf Basis der Verfassung bis in den Tod!**

- Auch die Vertreter des deutschen Hochadels können bei entsprechender fachlich-sachlicher Qualifikation, bewährter Weisheit und ritterlicher Tugendhaftigkeit führen. Der Reichsverweser fällt dann in dem betreffenden Königreich, Herzog- oder Fürstentum weg.

Dazu unabdingbar die Treue – und Loyalitätserklärung unter Eid:

Jeder im Heimatreich ansässige Stammesdeutsche hat einen bedingungslosen Treue-Eid mit Gott auf die gesamte verfassungsmäßige Ordnung, das Wohlergehen der deutschen Stämme und dessen Heimat-Reich zu leisten!

Wortlaut: *Wortlaut: Ich, <Name, Vorname>, trete freiwillig und bewusst in die Bundesstaatsangehörigkeit des Völkerrechtssubjekts Staatenbund Deutsches Reich ein und schwöre unter Eid, bedingungslos der Verfassung und der Ordnung des deutschen Reiches zu folgen sowie die Rechte und Freiheiten dessen Bürger zu achten, die Pflichten eines Bürgers des deutschen Reiches zum Nutzen der deutschen Stämme zu erfüllen, die Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches zu schützen, den deutschen Völkern und dessen Heimat-Reich treu zu sein, deren Kultur, historische Vergangenheit und Tradition zu achten, zu ehren und zu pflegen.*

Eidbruch ist Verrat an den deutschen Stämmen und führt zu Acht und Bann und zur dauerhaften Aberkennung der Staatsangehörigkeit!

Gesellschaftliches Ordnungssystem

Altdeutsche Weisheiten: „*Schuster bleib bei deinen Leisten!*“, „*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist*“ ist eine Jesus von Nazareth zugeschriebene Sentenz im Wortlaut der Lutherbibel (Matthäus 22,21)
- Beendigung der angloamerikanischen Subkultur in Deutschland u. a. durch die Wiedereinführung der traditionellen Ständeordnung mit standesgerechter Kleidung und Ausstattung. (siehe dazu die Landstände)
Das schließt die Wiederauferstehung der Zünfte und Gilden mit ein.

Staat und Staatsangehörigkeit:

Die staatsrechtliche Täuschung der BRD-Okkupationsverwaltung muss und wird aufgedeckt und Schritt für Schritt aufgehoben:

Mensch vs. Person

UM DAS MENSCHENRECHT!



Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Paragraf 1 Beginn der Rechtsfähigkeit
Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.

Der entscheidende (juristische) Unterschied zwischen Menschen und Person

Definition „Mensch“:

„Der Mensch“ ist ein mit Sprachvermögen, Verstand, Vernunft, Gewissen, Mitgefühl, vernetztem Denken begabtes, frei beseeltes Lebewesen, welches in seinem gesamten Leben schöpferisch auf der Erde tätig ist.

„Der Mensch“ steht im Mittelpunkt des von ihm gestalteten Rechtes.

Der Mensch selbst ist nicht rechtsfähig und steht außerhalb des von ihm geschaffenen Rechtes.

„Der Mensch“ sollte die zehn göttlichen Gebote als Fundament für sein Dasein ansehen.

Definition „Person“:

Herkunft, ab dem 3. Jahrhundert als person(e) aus lateinisch persona „Maske des Schauspielers“,

lateinisch per-sonare für „durchtönen“ - nämlich die Stimme durch die Maske.

Der Mensch wurde spätestens mit Einführung des [Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis](#) ab Januar 1756 (römisches Recht) ungefragt zum Träger „der Person“ gemacht.

„Die Person“ des Menschen ist rechtsfähig und unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört. Die Person hat bestimmte Rechte gegenüber dem Staat.

zitierte Beweise von Seiten des Systems in Deutschland:

Ein Mensch ist nicht rechtsfähig, denn vor (davor) dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Nach (danach) dem Gesetz sind alle Menschen ungleich, denn hat der Mensch Rechte übertragen bekommen, dann ist er nicht mehr als Mensch zu betrachten, sondern als Person.

Mit der Menschenwürde ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch gemeint, der dem Menschen wegen seines Menschseins zukommt - Quelle: BVerfGE 87, 209/228. Daraus folgt, dass der Mensch als gleichberechtigtes Glied mit Eigenwert anerkannt wird und als Mensch (Subjekt) behandelt werden muss - Quelle: BVerfGE 45, 187/228.

Insoweit steht dem Menschen ein Elementarschutz zu, weshalb alle Handlungen verboten sind, mit der die aus der Menschenwürde fließende Subjektqualität verletzt werden könnte.

Verboten ist daher auch, Menschen als Objekt, also als Person zu behandeln - Quelle: BVerfGE 63, 332/337.

Auszug juristisches Wörterbuch Köbler:

„Der Mensch“:

ist das mit Verstand und Sprachvermögen begabte Lebewesen von seiner Geburt bis zu seinem Tod. Der Mensch steht im Mittelpunkt des vom ihm gestalteten Rechtes. Er hat bestimmte grundlegende Rechte gegenüber dem Staat.

„Menschenrecht“:

ist das dem Menschen als solches (gegenüber dem Staat) zustehende, angeborene (unveräußerliche, unantastbare) Recht vor allem die Rechte auf Leben, Freiheit und Eigentum).

„Menschenwürde“:

ist der innere und zugleich soziale Wertanspruch, der den Menschen um seinerwillen zukommt. Die Menschenwürde besteht darin, dass der Mensch als geistig sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Freiheit und Selbstbewusstsein sich selbst zu bestimmen und in der Umwelt auszuwirken. Die Menschenwürde ist unantastbar. Daraus folgt, dass einerseits die Würde des Menschen nach der Verfassung der höchste Wert und damit der Mittelpunkt des Wertesystems ist und andererseits der Staat ausschließlich um den Menschen willen da ist und Verletzungen der Menschenwürde verhindern muss.

So urteilte ein österreichisches Gericht: Da der Mensch „kein Verwaltungsobjekt“ darstellt, kann die Staatsgewalt über einen Menschen „NICHT“ verfügen. Im Gegenteil ist es die Aufgabe der Staatsgewalt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Siehe dazu das EU-Verfassungsgesetz aus 2004 und die Menschenrechtskonvention von 1948.

Eine „Person“ ist, wer Träger von Rechten und Pflichten sein kann. (Rechtssubjekt, Rechtsfähigkeit - Definition jur. Wörterbuch Köbler)

Beweis: „Person“ (Quelle: Wikipedia)

(Herkunft, 3. Jahrhundert als person(e) aus lat. persona „Maske des Schauspielers“, lat. per-sonare für „durchtönen“ (nämlich die Stimme durch die Maske))

BGBEG § 10 „Name“: (1) Der Name einer Person unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört.

Fall: Beamtenverhältnisse

Fundstellen: BVerfGE 3, 58; DVBl 1954, 86; DÖV 1954, 53; JZ 1954, 76; MDR 1954, 88; NJW 1954, 21 Gericht: Bundesverfassungsgericht Datum: 17.12.1953

Aktenzeichen: 1 BvR 147/52 Entscheidungstyp: Urteil

Flugblatt von Sophie und Hans Scholl

Flugblätter des Adolfen Haus.

1

Nichts ist eines Kulturvolkes schändlicher, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Fäulnis ergehen lassen. Es ist nicht so, dass sich jeder einzelne Deutsche heute seiner Regierung schämt, und was man nur nicht das Aussehen der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schläger von unseren Augen gefallen ist und die grünen-weißen und gelblichen Wunden unendlich überschreitenden Verbrechen aus Tageslicht treten! Wenn das deutsche Volk schon so in seinen tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es ohne eine Hand zu heben, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine tragwürdige Gesetzmäßigkeit der Geschichte, das Rechte, das die Menschheit besitzt, und das ihm erst jetzt andere Kreuze erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit der Menschheit preisgibt, selbst mit einzustimmen in das Lied der Geschichte und es seiner verdienstlichen Entschädigung unterwerfen, wenn die Deutschen zu jeder Individualität hat, sehen sie nicht nur geistlosen und folgen Meere geworden sind, dann, ja dann werden sie den Übergang.

Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volk, gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es nicht den Ansehen, als sei es eine leichte, willenlose Herde von Mitkessern, denen das Werk aus dem Inneren gezogen und man ihnen keine Freiheit, bereit sind sich in den Übergang setzen zu lassen. Es scheint so - aber es ist nicht so; vielmehr hat man im langsamen, trügerischen, systematischen Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst, als er darin gefesselt lag, wurde er zum Widerstand gezwungen. Wenige nur empfanden das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Handeln war der Tod. Über das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein.

Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, werden die Baten der rühmenden Murensis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Bechen des unerfülllichen Dämons geworfen sein. Daher muss jeder Einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewusst in dieser letzten Stunde sich wehren so viel er kann, arbeiten wider die Geisel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand - Widerstand - so immer ihr auch seid, verhilft den Weiterkämpfern der absoluten Kriegsmaschine, die es zu spät ist, die letzten Städte mit Erdmörserhaufen sind, gleich Köln, und die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Unternehmens verblüdet ist, vergesst nicht, dass ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es trägt.

Aus Friedrich Schiller, "Die Gesetgebung des Lykurgus und Solon".

"...Neben seinem eigenen Zweck gehalten, ist die Gesetzgebung des Lykurgus ein Meisterstück der Staats- und Menschenkunde. Er wollte einen mächtigen, in sich selbst gegründeten, unverwundbaren Staat; politische Stärke und Bauschaftigkeit waren das Ziel, wonach er strebte, und dieses Ziel hat er so weit erreicht, als unter seinen Umständen möglich war, aber hält man den Zweck, welchen Lykurgus sich vorgesetzt, gegen den Zweck der Menschheit, so muss eine tiefe Missbilligung an die Stelle der Bewunderung treten, die uns der erste, flüchtige Blick abgewen hat. Allen darf das Besten des Staates zum Opfer gebracht werden, nur dasjenige nicht, dem der Staat selbst nur als ein Mittel dient. Der Staat selbst ist niemals Zweck; er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer, als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fort-

schreitung, hindert eine Staatsverfassung, dass alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln; hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht und in ihrer Art noch so vollkommen sein. Ihre Dauerhaftigkeit selbst gereicht ihr alsdann vielmehr zum Vorwurf, als zum Ruhme - sie ist dann nur ein verlängertes Uebel; je länger sie Bestand hat, umso schädlicher ist sie.

.....Auf Unkosten aller sittlichen Gefühle wurde das politische Verdienst errungen und die Fähigkeit dazu ausgebildet. In Sparta gab es keine eheliche Liebe, keine Mutterliebe, keine kindliche Liebe, keine Freundschaft - es gab nichts als Bürger, nichts als bürgerliche Tugend.

.....Ein Staatsgesetz machte den Spartanern die Unmenschlichkeit gegen ihre Sklaven zur Pflicht; in diesen unglücklichen Schlachtopfern wurde die Menschheit beschimpft und misshandelt. In dem spartanischen Gesetzbuche selbst wurde der gefährliche Grundsatz gepredigt, Menschen als Mittel und nicht als Zwecke zu betrachten - dadurch wurden die Grundfesten des Naturrechts und der Sittlichkeit gesetzswidrig eingerissen.

.....Welch schöneres Schauspiel gibt der raue Krieger Cajus Marcius in seinem Lager vor Rom, der Rache und Sieg auspufft, weil er die Tränen der Mutter nicht fließen sehen kann!

"...Der Staat (des Lykurgus) konnte nur unter der einzigen Bedingung fortdauern, wenn der Geist des Volkes stillstünde; er konnte sich also nur dadurch erhalten, dass er den höchsten und einzigen Zweck eines Staates verfehlte."

Aus Goethe "Des Epimenides Erwachen", zweiter Aufzug, vielter Auftritt:

Genien.

.....

Doch was dem Abgrund Kühn entstiegen,
Kann durch ein ehernes Geschick
Den halben Weltkreis übersiegen,
Zum Abgrund muss es doch zurück,
Schon droht ein ungeheures Bangen,
Vergebens wird es widerstehn!
Und alle, die noch an ihn hangen,
Sie müssen mit zu Grunde gehn

Röffnung

Man begegnet ich meinen Braven,
Die sich in der Nacht versammelt
Um zu schweigen, nicht zu schlafen,
Und das schöne Wort der Freiheit
Wird gellapelt und gestammelt.
Sie in ungewohnter Neuheit
Wir an unsrer Tempel Stufen
Wieder neu entzündet sie rufen
(Mit Ueberzeugung laut.)
Freiheit!
(gemässigt)
Freiheit!
(von allen Seiten und Köden Echo)
Freiheit!

Wir bitten Sie, dieses Blatt mit möglichst vielen Durchschlägen abzuschreiben und weiter zu verteilen!

Staatsangehörigkeit (Die Entnazifizierung der Person)

Entnazifizierung der Person gemäß Artikel 139 Grundgesetz für die BRD - *SHAEF und *SMAD = die Wiederherstellung der Rechte durch Einrichtung der Bundesstaaten und der Bundesstaatsangehörigkeit im Deutschen Heimat-Reich durch Reformierung der *RuStAG vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) zur ursprünglichen *RuStAG vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87)

„Inland §1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

- in Folge Rückführung aller Menschen in den natürlichen Personenstand mit Rückerlangung aller Rechte
- Austausch der BRD-(Personal)-Ausweise/ Pässe mit Heimat- Staatsangehörigkeitsausweise und Pässe
- Fahrerlaubnis statt Führerschein

Reformierung der RuStAG vom 22. Juli 1913 mit folgenden Wortlaut:

Paragraf 1 *Heimatangehörigkeit: Die Reichsangehörigkeit wird ausschließlich nur durch die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Stammvolk erworben und erlischt mit deren Verlust.*

Paragraf 2 *Der Erwerb der traditionellen Stammesvolksangehörigkeit erfolgt ausschließlich mit der Geburt in der traditionellen Blutslinie des jeweiligen Stammvolkes im traditionell historischen Königreich, Fürstentum, Großherzogtum und Herzogtum, Freien und Hansestadt, Reichslande und erlischt mit dem Tod des Stammesangehörigen.*

Der besondere genetische Code (Erbinformative Zeichen) und die ethnische, traditionelle, religiöse, kulturelle und sprachliche Identität sind unerlässliche Voraussetzung für die Stammeszugehörigkeit.

(Traditionelle Basis: „Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 - Paragraf 1. Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“)

Dazu unabdingbar die Treue – und Loyalitätserklärung unter Eid:

Jeder im Heimatreich ansässige Stammesdeutsche hat einen bedingungslosen Treue-Eid auf die verfassungsmäßige Ordnung, das Wohlergehen der deutschen Stämme und dessen Heimat-Reich zu leisten!

Wortlaut: *Wortlaut: Ich, <Name, Vorname>, trete freiwillig und bewusst in die Bundesstaatsangehörigkeit des Völkerrechtssubjekts Staatenbund Deutsches Reich ein und schwöre unter Eid, bedingungslos der Verfassung und der Ordnung des deutschen Reiches zu folgen sowie die Rechte und Freiheiten dessen Bürger zu achten, die Pflichten eines Bürgers des deutschen Reiches zum Nutzen der deutschen Stämme zu erfüllen, die Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches zu schützen, den deutschen Völkern und dessen Heimat-Reich treu zu sein, deren Kultur, historische Vergangenheit und Tradition zu achten, zu ehren und zu pflegen.*

Eidbruch ist Verrat am deutschen Volke und führt zu Acht und Bann und zur dauerhaften Aberkennung der Staatsangehörigkeit!



Widerherstellung göttliches Naturrecht

Der Mensch steht als frei beseeltes Lebewesen über dem Gesetz!

- Befreiung der Menschen durch schrittweise Abschaffung der Person –

Persona – der Maske: Das staatsrechtliche Endziel ist damit die endgültige Aufhebung des Personenstandes c/o der Geburtsurkunde. Künftig gilt nur noch der Mensch nach Naturrecht. Der souveräne, selbstverantwortliche Mensch steht über allen irdischen Erfindungen und untersteht einzig und allein GOTT, dem einzigen und wahren Schöpfer.



Rechtesystem

Aufhebung des gesamten römischen Rechtssystems

- Aufkündigung aller römischen Verträge u. a. des nationalsozialistischen Reichskonkordats gegenüber dem Vatikan in Rom

Staats- & Völkerrecht und das Naturrecht:

- Aktivierung des Völkerrechts und des Naturrechts im vom Faschismus befreiten deutschen Heimatreich
- Aktivierung aller menschlichen Naturrechte wie das Recht auf Heimat und freier Selbstbestimmung
- Wiederherstellung der Recht-Staatlichkeit mit vollständiger Aufhebung des römischen See- und Handelsrechts UCC im Staatswesen
 - es gilt künftig Staats- und Völkerrecht an zweiter Stelle unter dem Naturrecht
- vollständige Reformation des staatlich deutschen Rechts im BGB und ZPO
- Nationales Staatsrecht steht stets über dem internationalen Recht!
- Keine ausländische Organisation hat ein Recht sich in innere Angelegenheiten des deutschen Volksstaates einzumischen!
- kostenfreie unabhängige Rechtsprechung und Rechtsberatung für alle Menschen

See- und Handelsrecht:

- das Handelsrecht UCC gilt künftig ausschließlich nur noch für private Unternehmen in der Wirtschaft; freiwillige geschäftliche Annahme durch die Menschen

Strafrecht:

- vollständige Reformation des staatlich deutschen Rechts im StGB und StPO – dazu zählt u. a. die Straftatverfolgung
- dazu zählt strafbewehrtes Verbot von Wucher/ Spekulation im BGB und StGB
- strafbewehrtes Verbot aller sozialistischen, kommunistischen Gleichschaltungsideologien und Organisationen, Glaubhaftmachung, wohnhaft, zwang(haft), allgemeine Überwachung, unmittelbare Reichsangehörigkeit - Kolonie, gesteuerte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Geheimgesellschaften, Gleichschaltung, u. a. Gleichschaltung der Geschlechter („Genderismus“), Pornografie und Gewaltverherrlichung, Kriegs- und Terrorpropaganda, Konzerne und Kartelle, Wucher & Spekulation, Ausnutzung von Abhängigkeiten und Schwächen, Ausplünderung jeglicher Art, Natur- und Umweltzerstörung
- dasselbe betrifft sog. missionarische Buchreligionen, welche Unfrieden, Krieg & Terror, Verachtung, Hass gegen die Schöpfung andersdenkender Menschen und deren Kulturen beinhalten
- Die Ausübung u./ o. Verbreitung satanisch-sozialistischer Ideologien u./ o. satanischer Religionen in jedweder Form, die Mitgliedschaft sowie die aktive Teilhabe in derartigen ideologischen bzw. religiösen Organisationen, eingeschlossen Logen und Geheimbünde, werden im deutschen Heimatreich mit der Höchststrafe Acht und Bann – der Reichsacht mit aller Härte bestraft!
- strafbewehrter Schutz der Ethik und Moral

- Regelstrafen sind gemeinnützige Arbeiten zum Wohl der Gesellschaft einschließlich Militär-Hilfsdienste
- strafbewehrtes Verbot jeglicher Art von Folter
- Abschaffung der allgemeinen Todesstrafe und langjähriger Gefängnisstrafen außer bei schweren Verbrechen wie z. Bsp. Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Kindesmissbrauch, schwere Körperverletzung, Folter, schwerer Diebstahl, Heimat-Verrat sowie im Kriegsfall.
- Alle Verbote werden im künftigen Deutschland strafbeweht umgesetzt.
- Bei Tatverdacht gilt stets die Unschuldsvermutung.
- Die höchste Strafe in Friedenszeiten ist Acht und Bann - die Reichsacht
- im Verteidigungsfall gilt das allgemeine Kriegsrecht gemäß der HLKO

Generale Abwicklung der alliierten Treuhandverwaltungen BRD und DDR

- Revision und generelle Aufhebung aller durch die BRD und DDR abgeschlossenen Verträge auf nationaler und internationaler Ebene
- Revision und generelle Aufhebung aller in den Besatzungsverwaltungen BRD und DDR abgeschlossenen Verträge - insbesondere Immobilien-, Versicherungs-, Finanz- und Wirtschaftsverträge aller Art
- Alle Verträge werden im Rahmen einer umfassenden Generalrevision überprüft und ggf. neu verhandelt und abgeschlossen.
- Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Treuhandverwaltungen BRD und DDR und alle ihrer Strukturen wird vom deutschen Volksstaat beschlagnahmt bzw. sichergestellt wegen erhärtetem Verdacht der Täuschung im Rechtsverkehr = dem Verbrechen Betrug
- Nach gerichtlich unabhängiger Feststellung der Rechtmäßigkeit ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der BRD und DDR in das Volkseigentum in Rahmen einer kompletten Abwicklung zu überführen!
- Alle verantwortlichen Entscheidungsträger, Beauftragte, Helfer und Helfershelfer der BRD-Treuhandverwaltung sind im Rahmen der justiziellen Revision „Nürnberg 2“ in die direkte „persönliche“ Verantwortung bis in das letzte Glied zu nehmen!

Bodenrechte

Die deutschen Stämme sind uneingeschränkter Eigentümer an Grund und Boden in ihrem Stammesgebiet.

Bodenreform:

- **Wiederherstellung des Volksvermögens und/ oder Volkseigentums an öffentlichen Immobilien, des gesamten Grund und Bodens, wie Wald, Wiesen, Felder, Gewässer-Wasser und der Atmosphäre (Atemluft) - ausgenommen sind private Wohnhaus- und Kleingewerbegrundstücke sowie Gärten.**
- Alle in der BRD privat und gewerblich abgeschlossenen Immobilien-Kaufverträge werden generell aufgehoben und überprüft, ob diese gegen ein gültiges deutsches Gesetz verstoßen haben oder eventuell ein krimineller Hintergrund vorliegt.
- Eine Ausnahmegenehmigung u./ o. Bestätigung für alle vor der Befreiung abgeschlossenen Kaufverträge von privat für eigene Wohn- und Arbeitszwecke

genutzte Gebäude-, Garten- und Werkstattflächen kann während der Überprüfung beantragt werden.

Staats-Strukturreform

- generelle Beseitigung aller BRD-Regierungsstrukturen auf deutschem Boden
- sofortige Auflösung der ab 1949 sozialistisch-gleichgeschalteten BRD-Länder durch Wiedereinführung der Bundesstaaten nach alt-historischem Vorbild der germanischen Stammesgebiete auf Basis der Struktur der Königreiche, Fürstentümer, Großherzogtümer, Herzogtümer, freien und Hansestädte und Reichslande, welche einen festen, aber in sich flexiblen Reichsverbund bilden.

Damit erfolgt auch die Aufhebung der sozialistischen BRD-Gleichschaltungsstruktur (sog. „Großgemeinden“ und „Landkreise“) durch vollständige Dezentralisierung der Gesellschaft mittels Schaffung kleiner, überschaubarer, in sich unabhängiger Strukturen der Gemeinden (Städte und Dörfer)

Aufhebung der Gleichschaltung in Deutschland und Europa

- Wiederherstellung der Selbstbestimmung und traditionell-kulturellen Vielfalt der europäischen Volksstämme nach Völkerrecht und Schutz indigener Minderheiten
- siehe dazu Karten europäischer Sprach-, Siedlungs- und Kulturraum aus dem sog. „Mittelalter“ bis „frühe Neuzeit“ als gemeinschaftliche Anregung für alle indigenen europäischen Volksstämme



MITTELEUROPA ZUR ZEIT DER STAUFER





Quelle: <https://deutschland-im-mittelalter.de/Landkarten/Habsburgerzeit>

Zur Heimatstruktur-Reform im deutschsprachigen Kulturraum erfolgt auch die Wiedereinführung der traditionell-historischen bayrischen, sächsischen, hessischen, schlesischen, österreichischen Original-Wappen - Quelle: <http://www.wappenbuch.de/index.htm>

Ideologien und Religionen

Der religiöse Wahn findet auf deutschem Boden ein Ende!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- Es herrscht in Deutschland Glaubens- und Religionsfreiheit, sofern diese nicht Menschen und/ oder Volksgruppen missionieren und Schaden zufügen.
- Religionsgemeinschaften und deren Gotteshäuser dürfen keine hoheitlich amtlichen Rechte ausüben
- die öffentliche Ausübung missionarischer nichtchristlicher „Weltreligionen“ im sog. „christlichen Abendland“ bedürfen einer staatlich speziellen Sondergenehmigung
- sozialistische, kommunistische, Ideologien und extremistisch-aggressive, missionarische Religionen, insbesondere der Satanismus sind auf deutschen Boden streng strafbeweht verboten! (Einzelheiten siehe Menü „Rechtesystem“ Seite 156)

Einheit und Freiheit der Deutschen - „Deutschland als Ganzes“

Nach fast 80 Jahren muss und wird die völkerrechtliche Umsetzung der Einheit und Freiheit der Deutschen erfolgen!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

Einheit und Freiheit der Deutschen gemäß Artikel 146 Grundgesetz für die BRD = Umsetzung völkerrechtliche Wiedervereinigung zur rechtlichen Wiederherstellung der deutschen Heimat-Bundesstaaten.

Dazu Empfehlungen zwecks Lösung der sensiblen Angelegenheit im gegenseitigen Einvernehmen:

- strukturelle Wiederherstellung der deutschen Bundesstaaten, Herzog- und Fürstentümer, Königreiche, Provinzen, freie Städte und der Außengrenzen des deutschen Heimatreiches im Rahmen der Entnazifizierung
- ausdrücklicher Verzicht auf die ehemaligen deutschen Schutzgebiete u./ o. Kolonien
- gegenseitiger Verzicht auf einseitig starre Gebietsansprüche, um unnötigen Ängsten und Zwistigkeiten zwischen den Völkern vorzubeugen
- Die ab 1945 fremdverwalteten und besetzten deutschen Ost- und Westgebiete werden künftig zweisprachige Sonderverwaltungszone unter jeweils gemeinsamer deutsch-französischer, deutsch-tschechischer, deutsch-polnischer und deutsch-russischer Verwaltung.
- gleichberechtigte Mitbestimmung der deutschen, tschechischen, polnischen und russischen Bevölkerungsteile mit entsprechendem Minderheitenschutz
- gleiche Rechte und Pflichten für die Einwohner dieser Gebiete
- Das Heimat- und Friedensprogramm sollte in den künftigen Sondergebieten ebenfalls sofort unter internationaler Kontrolle umgesetzt werden.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich_in_den_Grenzen_vom_31._Dezember_1937

Umsetzung Welt-Frieden

Der fast hundertjährige Welt-Krieg – Kriegszustand gegen die Menschheit muss endlich beendet werden!

Notwendige Maßnahmen:

- Nach Abschluss aller Friedensverträge Schaffung einer internationalen, speziellen Militär-Gendarmerie (sog. „Blauhelme“) zur vollständigen Beseitigung der Söldner – und Terroristenorganisationen, sog. „5. Kolonnen“ des sog. „Tiefen Staates“ (sog. „Deep State“) und aller deren Helfershelfer und Nichtregierungsorganisationen (sog. „NGOs“)
- In betroffene Staaten einreisende Agenten und politische und wirtschaftliche Aktivisten (Geschäftsleute) der Faschisten sind vorsorglich zur Überprüfung festzustellen und ggf. der zuständigen Justiz zuzuführen.
- Schädigende Unternehmungen dieser international agierenden Personenkreise sind sofort zu stoppen.
- Schaffung einer internationalen militärpolizeilichen Kulturgüterkommission zur globalen Sicherstellung deutschen und internationalen Kulturgutes
- Sicherstellung und Rückgabe von Raubkunst an die rechtmäßigen Eigentümer

Ausländer auf deutschem Boden – andere Ethnien

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat ab 1949 für eine stufenweise inszenierte Masseneinwanderung fremder Völker und deren Kulturen zum Nachteil der einheimischen deutschen Bevölkerung gesorgt!

Überfremdung und soziale Ungleichbehandlung der Deutschen sind heute Alltag in der BRD!

Ursache sind die völkerrechtswidrigen Kriege auf der ganzen Erde.

Heimat- und Kulturzerstörung und Vernichtung der natürlichen

Lebensgrundlagen sind durch den kapitalsozialistischen Imperialismus über die Völker hereingebrochen und zwingen die Menschenopfer zur Flucht.

Ethnische Säuberungen und Völkermord gegen die einheimischen Deutschen und gegen alle Völker der Erde!

Allein die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben in 231 Jahren seit ihrer Gründung, insgesamt 219-mal selbst Krieg geführt, militärisch interveniert oder waren in kriegsähnliche Handlungen verwickelt, beispielsweise über eine Geheimdienstbeteiligung an Terroranschlägen, Putsch- und Umsturzversuchen auf dem Territorium eines anderen Staates.

Dabei wurde die USA kein einziges Mal selbst angegriffen.

Allein diese Kriege der USA und später der NATO belegen das zweifelsfrei!

Notwendige Maßnahmen:

- Nach der endgültigen Wiederherstellung des Weltfriedens und der Beendigung der lokalen Kriegsherde erfolgt die schrittweise, sozialverträgliche und geförderte Rückführung/ Rücksiedlung aller nach 1949 nach Deutschland eingewanderten Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge in ihre befriedeten Heimatgebiete.*

- Nachweislich politisch und militärisch verfolgte Personen genießen weiterhin Schutz- und Bleiberecht im deutschen Heimatreich.

- Familienzusammenführungen und Aufbauhilfsprogramme für die vom Krieg zerstörten Gebiete

- in Deutschland vollständig integrierte Ausländer und deren Nachkommen können durch besondere Verdienste und Bereicherungen für die Gesellschaft im deutschen Heimatgebiet ehrenhalber verbleiben, erhalten neben ihrer jeweiligen ethnischen Stammeszugehörigkeit eine Ehren-Staatsbürgerschaft „Reichsangehöriger“ (sog. „mittelbare Reichsangehörigkeit“) mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht.

- in der BRD geschlossene Mischehen zwischen Stammesdeutschen und Ausländern bleiben bei praktischer Ausübung bestehen und genießen rechtlichen Bestandsschutz.

Die Eheleute und deren Sprösslinge erwerben die Staatsbürgerschaft

„Reichsangehöriger“ (sog. „mittelbare Reichsangehörigkeit“) durch Heirat mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht!

Betrügerische Scheinehen sind strafbewehrt verboten.

- Menschen anderer Ethnien (Ausländer) in Deutschland haben kein Recht auf gesellschaftlich-politische Mitbestimmung wie z. Bsp. Teilnahme an Referenden und Wahlen

Dazu unabdingbar die Treue – und Loyalitätserklärung unter Eid.

Jeder eingebürgerte ausländische Staatsbürger hat ebenfalls einen bedingungslosen

Treue-Eid auf die Verfassung, die Rechtsordnung, für das Wohlergehen der deutschen Völker und des deutschen Heimatreiches zu leisten!

Wortlaut: *Ich, <Name, Vorname>, trete freiwillig und bewusst in die Staatsbürgerschaft des Völkerrechtssubjekts Staatenbund Deutsches Reich ein und schwöre unter Eid, bedingungslos der Verfassung und der Ordnung des deutschen Reiches zu folgen sowie die Rechte und Freiheiten dessen Bürger zu achten, die Pflichten eines Bürgers des deutschen Reiches zum Nutzen der deutschen Stämme zu erfüllen, die Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches zu schützen, den deutschen Völkern und dessen Heimat-Reich treu zu sein, deren Kultur, historische Vergangenheit und Tradition zu achten, zu ehren und zu pflegen.*

Eidbruch ist Verrat am deutschen Volke und führt zu Acht und Bann, dazu zur dauerhaften Aberkennung der Staatsbürgerschaft „mittelbare Reichsangehörigkeit“ sowie des Aufenthaltsrechtes!

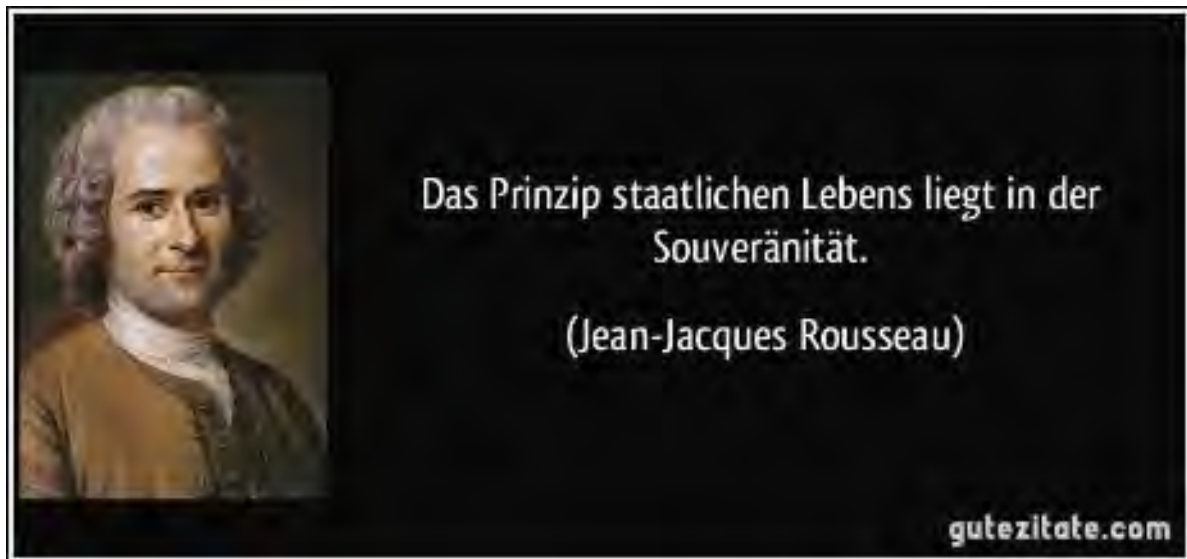


Souveränität und Völkerbund

Ursache Bundesrepublik Deutschland: Andere Völker leiden durch den weltweiten Kriegszustand, Kolonie und dadurch begründete Okkupation!

Notwendige Maßnahmen:

- Souveränitätsbestrebungen von einzelnen Völkern in sog. „Kunststaaten“ und/ oder Kolonien sollten stets durch Referenden unter international unabhängiger Beobachtung des Völkerbundes in den betreffenden Staaten entschieden werden und sind danach im internationalen Völkerbund nach Völkerrecht durch den deutschen Volksstaat anzuerkennen.
- Der Schutz von Volksminderheiten wird vom Volksstaat im internationalen Völkerbund garantiert und auf dem deutschen Heimatgebiet sichergestellt.



Nationalfarben, Hoheitsadler, Staatsflagge, Siegel und Nationalhymne

Die Staatsflagge und das Hoheitszeichen bilden der preußische Adler von 1850 mit Wappenschild auf der Brust in den Freiheitsfarben der Deutschen Gold-Rot-Schwarz in Kombination mit Weiß-Rot-Schwarz, welche übereinander in geraden Balken angeordnet sind.

Der preußische Adler von 1850 trägt in dem rechten Fang das Schwert und in dem linken Fang das Zepter.

Über dem Haupt des stolzen Adlers schwebt die königliche Krone der deutschen Stämme.

Der Adler ist umringt von den 26 Wappen der Bundesstaaten.

Die einzelnen Stämme und Regionen führen wieder die urdeutschen, traditionellen Wappen der einzelnen Königreiche, Fürstentümer, Großherzogtümer, Herzogtümer, freien und Hansestädte, Reichslande welche alle von römischen Fremdbeeinflussungen bereinigt werden.

Der Hoheitsadler ist auch das staatliche Siegel.

Den Hoheitsadler, Staatsflagge und Siegel des deutschen Heimatreiches und dessen Stämme dürfen ausschließlich nur von dessen staatlichen Regierungsorganisationen und den Stammesführern verwendet werden!



Nationalfarben in der Kombination Gold-Rot-Schwarz und Weiß-Rot-Schwarz:

Gold für eine goldene Zukunft
Rot für die Blutslinien der Stämme
Schwarz für die Heimaterde

Weiß für die göttlichen Tugenden
Rot für die Blutslinien der Stämme
Schwarz für die Heimaterde

Die deutsche Nationalhymne

1. Strophe

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen und wir zwingen sie vereint,
denn es wird uns gelingen, dass die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint.

2. Strophe

Glück und Friede sei beschieden Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Völker sehnen sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.
Lasst das Licht des Friedens scheinen,
dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.

3. Strophe

Lasst uns pflügen, lasst uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor
Gott - der eignen Kraft vertrauend, steigt ein freies Geschlecht empor.
Deutsche Jugend, bestes Streben unsrer Stämme in dir vereint,
wirst du Deutschlands neues Leben.
Und die Sonne schön wie nie über unsere deutsche Heimat scheint.

Zurück zur natürlichen Ordnung!

**Staatsauftrag sofortige stufenweise und vollständige
Wiederherstellung der natürlich gesellschaftlichen
Lebensgrundlagen auf der Basis der Rückkehr zu den traditionell-
unterschiedlichen Heimatstrukturen, Gemeinwohl geht stets vor
Eigennutz - positive Zukunft, Gleichberechtigung für alle Menschen!**



Gesellschaftliches Zusammenleben

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat den Deutschen ihre eigene Heimat geraubt und abspenstig gemacht!

Heimatbewusstsein und Heimatliebe hat nur der seelisch geistig gesunde Mensch, welcher sich seiner eigenen Geschichte/ Herkunft voll bewusst ist, über eine verwurzelte Verbindung zur Heimaterde verfügt (Bodenständigkeit), Mitgefühl (Empathie) zu Gottes Schöpfung (die Natur) hat und damit die Heimat und dessen Menschen wertschätzt.

Seelisch vergiftete, wurzellose, traumatisierte Heimatvertriebene, Heimatlose, Geflüchtete und deren Nachkommen können kaum oder nur unter größten Schwierigkeiten eine neue Heimat und erst recht keine neue Identität annehmen.

**Diese Menschen bedürfen daher der besonderen Hilfe und Obhut.
Hierbei geht es um keine Maskerade oder Dekoration, sondern um die
Wiederherstellung der vielfältigen Heimat-Strukturen vor Ort!
Heimatliebe ist Herzenssache! Heimat ist Bewusstsein, Mut und Gespür für das
Wahre, ursprünglich Bewährte, Langlebige und das Nachhaltige.**

**Notwendige kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Reformierung aller
Lebensbereiche der menschlichen Gesellschaft:**

(2) Zeiteinteilung wie Jahreszeiten, Kalender und Uhrzeit

- Entschleunigung der Gesellschaft durch Abschaffung der industriellen Zeitemstellung zu Gunsten der ursprünglichen Uhrzeit
- Wiedereinführung der germanischen Jahreszeiten und Wochentage
- Untersuchung der christlich-römischen Zeitrechnung mit dem Ziel der Wiederherstellung der wahren Zeitrechnung
- Einführung der althistorischen Sonn- und Feiertage und Ruhezeiten vor der lutherischen Reformation 1517
- komplett arbeitsfreie Wochenenden von Freitag bis einschließlich Sonntag
- Wiedereinführung der ursprünglichen Ständeordnung der deutschen Völker: Handwerk, Bauerntum, Wissenschaft und Kunst sowie die edle, ursprüngliche Ritterschaft und ggf. verantwortungsbewusster Uradel zur Führung, Schutz und Wehr.
- Es gilt wieder die altbewährte Leistungsführung statt die sittlich moralische Verkommenheit von Geburtsrecht und Postenschieberei!
- Bedächtigkeit und zielgerichtete Unbeirrtheit zeichnet unsere künftige Lebensweise aus

(3) Lebensweise

Beendigung der zerstörerischen angloamerikanisch-angelsächsisch-westlichen Lebensweise und Lebensunart auf deutschem Boden.

Rückkehr der Menschen zur natürlichen Lebensweise in Liebe und Mitgefühl zur göttlichen Schöpfung.

- Der Mensch lebt wieder mit der Natur anstatt gegen die Natur und hat vor allem Zeit zum wahren Erleben.
- Wiederherstellung der Drei-Generationen-Lebensweise mit Arbeiten und Wohnen unter einem Dach in einem geräumigen Haus bzw. auf einem Bauernhof in/ mit der Natur, wie seit eh und je vor dem Welt-Krieg (Wohn- und Arbeitsräume sowie das sog. „Altenteil“)
- Dazu zählt auch die Wiedereinführung der guten alten regionalen Küche (sog. „Hausmannskost“) zur gesund ausgewogenen Ernährung

Schluss mit dem privat-kommerziellen Geschäftsdenken und der Vermarktung von Städten und Dörfern!

Schluss mit der verlogenen Wegwerfmentalität:

- Wiederherstellung der Nutzung von handwerklich künstlerisch und dauerhaft hochwertig hergestelltem Inventar, wie Einrichtungsgegenstände und Hausrat mit Vererbung desselben zum nachhaltig-ökologisch-ganzheitlich-vernünftigen Nutzen

für Mensch und Umwelt

- Beendigung der westlich-angloamerikanisch-angelsächsischen kapital-kommunistischen Gleichschaltungskultur einer „Neuen-Welt-Ordnung“ (NWO) der Faschisten durch Rückführung in die bunte Vielfalt regionaler Volkskulturen.

Familie

Die BRD-Okkupationsverwaltung führt u. a. einen sozialistischen Geschlechterkrieg („Genderismus“, „Transhumanismus“) gegen die schutzlose Bevölkerung auf deutschem Boden! Die Zerstörung der Familien und der Kinder durch die BRD-Okkupationsverwaltung muss sofort beendet werden!

- besondere staatliche Förderung, Schutz und Fürsorge für die Familie

Den Geburtenrückgang der einheimischen deutschen Bevölkerung beenden:

- besondere staatliche Hilfe der Familien mit mehr als zwei Kindern

- Verbot Schwangerschaftsabbrüche, ausgenommen sind Notfälle wie z. Bsp.

Vergewaltigung und krankheitsbedingter Kindsgefährdung

Respekt vor der Schöpfung: Was Gott geschaffen hat, darf nicht leichtfertig getötet werden.

Der geschlechtliche eheliche Akt muss vorher gut überlegt und ggf. die ungewollte Empfängnis kann so gut wie möglich mit natürlichen Mitteln vorgebeugt werden

- Verbot von empfängnisverhindernden Medikamenten wie z. Bsp. der sog. „Pille“

Familienzusammenführung:

- Die Sprösslinge („Kinder“) gehören wieder zu ihren Müttern in ihre Familien!

- Abschaffung und Ersatz der sozialistischen „Kindertagesstätten“ und „Kinderkrippen“ durch Waisenhäuser mit herzlich liebevoller Behütung elternloser Sprösslinge

- staatliche Inobhutnahme ausschließlich nur von Waisen oder bei krankheits- bzw. umständebedingtem, zeitweisem Ausfall der eigenen Familie

- weiter Zusammenführung der Familie durch Arbeit direkt am Wohnort und damit Freizeitgewinn

- strafbewehrtes Verbot der Genderismus- und Transhumanismus-Ideologie

- Wiederherstellung der natürlichen Geschlechter Mann und Weib

- Wiederherstellung der natürlichen Familien-Struktur Mann – Weib – Sprössling („Kind“) und der Rollen entsprechend der natürlichen Schöpfungsordnung

- Verbot der sog. Kinderarbeit und gewerbsmäßigen Arbeit von Müttern und Schwangeren

- staatliche Förderung, Schutz und Fürsorge für behinderte, alte, kranke und schutzbedürftige Menschen

- In der BRD geschlossene Ehen bleiben bestehen und genießen rechtlichen Bestandsschutz, sofern diese nicht gegen ein gültiges Gesetz verstoßen oder ein krimineller Hintergrund vorliegt.

Mann und Weib

Der ewige Bund der Ehe!

„*Drum prüfe wer sich ewig bindet!*“ (Friedrich Schiller)

Die Heirat ist der ewige Bund der Familie!

Eine Scheidung ist nur im allerhöchsten Notfall gestattet! Zum Beispiel bei Bruch des Ehegelübdes und häusliche Gewalt.

Verheirateten können sich nur die Menschen, die **über** die entsprechenden Voraussetzungen wie gleiche seelische Schwingung, Verständnis, Herkunft, Tradition und Lebenskultur verfügen!

Die außereheliche geschlechtliche Beziehung ist bei Acht und Bann streng untersagt, da dies zur Zerstörung der natürlichen Bindungsordnung in den Völkern geführt hat!

Sprösslinge (Kinder)

- liebevolle Erziehung der Buben und Mädchen ab Säuglingsalter, der heranwachsenden Mädels und Burschen in Hinwendung zur Familie, Natur, Geschichtsbewusstsein und Gott (Schulgarten, Spielen und Erleben in der Natur)
- Basis der Erziehung sind die deutschen Tugenden, Ethik und Moral
- Verbot und Entsorgung des satanisch-futuristischen Kriegsspielzeugs, Spielzeug zur Förderung von Ängsten und Aggressionen der angloamerikanischen Hollywood-Industrie. Das schließt auch alle Medien wie z. Bsp. filmische und/ oder bildliche Darstellungen mit ein - sog. „Horrorfilme“ und „Horrorbücher“ u. ä.
- Dazu zählt auch das Verbot der vorsätzlich die Buben und Mädchen verdummenden, angloamerikanischen Zeichentrickfilme (z. Bsp. „Simpson“, „Mickeymouse“, „Teletubbys“ u. ä)



Verwaltung

Schluss mit den Ewigkeitsmühlen, der Ungerechtigkeit und der Willkür der aufgeblähten, sozialistischen BRD-Bürokratie!

Die Verwaltung dient künftig wie der Staat der allgemeinen Wohlfahrt für die Deutschen!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- vollständige Auflösung des privatisierten und maßlos überdimensionierten BRD-Verwaltungsapparates und der gesamten BRD-Gleichschaltungsstruktur als typisches Merkmal einer faschistischen Diktatur mit zeitgleichen Neuaufbau einer übersichtlich-kleinen, dezentralisierten Heimat-Verwaltung der Gemeinden (Dörfer und Städte)
- Es gilt wieder die alt-bewährte tugendhafte Leistungsführung nach altpreußischem Vorbild
- Postenschieberei ist strafbewehrt streng verboten

Die Verwaltung des künftigen Volksstaates - deutschen Heimatreiches besteht aus dem qualifiziert bestellten Menschen wie dem Reichskanzler und dessen

Bundespräsidium, dem Bundesrat im Reichstag (Bevollmächtigte der Bundesstaaten und freien Städte), dem Reichsministerium, den jeweiligen Reichsministern, dem Reichsverweser, Staatssekretären, Unterstaatssekretären, den jeweiligen Sekretären und Hilfsbeamten

- **sog. Reichsämlter (Ministerien)** für Familie, Bildung, Post- & Fernmeldewesen, Volkswirtschaft, Handwerk & Industrie, Nährstand & Forstwirtschaft, Umwelt & Natur, Gesundheitswesen, Wasser- & Energieversorgung, Wissenschaft & Forschung, Reichsschatzamt, Versicherungswesen, Justiz, Kunst & Kultur, Medien & Presse, Siedlung & Bauwesen, Verteidigung, Inneres (Polizei & Nachrichtendienst)

- Die Reichskanzler und dessen Bundespräsidium sowie deren Reichsämlter haben ihren Sitz künftlg im „Stadtschloss“ und in den historischen preußischen Regierungsgebäuden in Berlin.

- Der Bundesrat tagt künftlg im Reichstag.

Die Verwaltung der Bundesstaaten, Fürsten- Herzogtümler, Königreiche, freien Reichsstädte und die freien Hansestädte bestehen aus dem qualifiziert bestallten Menschen in Strukturen wie dem jeweiligen Reichsverweser, dem Senat und den Senatoren, den jeweiligen Ämltern, Staatssekretären, den jeweiligen Sekretären und Hilfsbeamten.

- **Reichsämlter (Ministerien) der Bundesstaaten, Fürsten- Herzogtümler, Königreiche, freien Reichsstädte und die freien Hansestädte im Auftrag des Volksstaates** für Familie, Bildung, Post- & Fernmeldewesen, Volkswirtschaft, Handwerk & Industrie, Nährstand & Forstwirtschaft, Umwelt & Natur, Gesundheitswesen, Wasser- & Energieversorgung, Wissenschaft & Forschung, Reichsschatzamt, Versicherungswesen, Justiz, Kunst & Kultur, Medien & Presse, Siedlung & Bauwesen, Verteidigung, Inneres (Polizei & Nachrichtendienst).

- Die Schlösser und Burgen, öffentlichen, repräsentativen Regierungsgebäuden wie z. Bsp. Staatskanzleien sind die künftlg Verwaltungseinrichtungen der Bundesstaaten und freien Städte (Hanse) auf der Basis der historischen Struktur der einstlg Königreiche, Herzog- und Fürstentümler in Deutschland

Die Landstände werden wieder eingeführt, welche sich aus qualifiziert bewährten Vertretern der einzelnen Stände zusammensetzen.

- Die Landstände vertreten die Interessen der Stände (z. Bsp. auch Zünfte, Gilden und Innungen) und wachen mit über die Einhaltung der verfassungsmäßlg Ordnung!

- Sitz der Landstände sind die ehemaligen Landratsämlter und der sog. „Landtag“.

- die Landstände beraten nach dem Thing-Prinzip und sind vor den Bürgern sowie den staatlich vereidigten Beamten rechenschaftspflichtlg.

- handwerkliche Lösungen gehen industriellen Lösungen vor, zur Schonung von Beständen und Umwelt

- die Tätigkeit der Landstände unterliegt immer der verfassungsmäßlg Ordnung

- Berufungen in die Landstände erfolgen nach menschlicher und fachlicher Qualifikation

Die Gemeinde-Verwaltungen bestehen künftlg aus qualifiziert bestallten Menschen

wie dem Dorfvorsteher (Dorfschulze) und Sekretär, den Thing, Standesbeamter, Notar, Katasterverwaltung, Kämmerer (Finanzen) und jeweils notwendige Schreiber

- die historischen Rathäuser und Bürgermeisterämter sind die kommunalen Verwaltungseinrichtungen in Deutschland
- Die BRD-Grundbuchämter werden als Katasterämter in die jeweiligen Gemeindeämter integriert
- Die BRD-Grundbücher werden in Liegenschaftsbücher umgewandelt.
- auf das allgemeine Volkswohl vereidigte Staatsbeamte gemäß ursprünglichem BGB und altpreußischem Leistungsprinzip

Justizwesen

Der Rechtsbankrott und die private Willkür der BRD-Okkupationsverwaltung müssen und werden auf deutschem Boden ein jähes Ende haben!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- **Generalamnestie** bedeutet Aufhebung aller politischen Urteile sowie Überprüfung aller anderen Urteile der BRD-Justiz auf deren staatliche Rechtmäßigkeit: In der BRD bestrafte mindere Vergehen werden nach der Befreiung, um den Betroffenen einen vom Staat zu fördernden Neustart (sog. „Wiedereingliederung“ in die Gesellschaft) zu ermöglichen, gewährleistet.

In der BRD geurteilte Haftstrafen sind in soziale Besserungsmaßnahmen umzuwandeln, sofern es sich nicht um nachgewiesenen Mord, Völkermord und/ oder organisierte Kapitalverbrechen handelt.

Die Betroffenen sind bei sog. „Haftstrafen“ aus den Gefängnissen zu entlassen.

Alle BRD-Gefängnisse sind in menschenwürdige Besserungsanstalten umzuwandeln sowie organisatorisch und baulich zu verbessern bzw. nach Einzelfallprüfung ggf. zu schließen.

Allgemeine Generalamnestie bzgl. Kindesentzug durch die BRD-Jugendämter:

- Rückführung aller Kinder zu ihren angestammten Müttern, Vätern bzw. Familien
- bei familiär-sozialen Problemen erfolgt stets Hilfestellung durch den Staat
- Es gilt künftig das göttliche Prinzip der Gerechtigkeit, Ausgleich und Vergebung!
- Es gibt daher keine sog. „Halbgötter in schwarzen Roben“ mehr.
- unabhängige Staatsgerichte gemäß GVG § 15 ohne den nationalsozialistischen Anwaltszwang von 1935
- Alle BRD-Landgerichte, Oberlandesgerichte, Verwaltungsgerichte und Obergerichtsverwaltungsgerichte werden aufgelöst.
- Stattdessen gibt es künftig das jeweilige Amtsgericht, die Reichsrayonkommission, das Admiralitätsgericht, die jeweiligen Kaufmannsgerichte, das Oberlandeskulturgericht, den Reichsfinanzhof (RFH) und das Reichsgericht als das oberste Verfassungsgericht.
- kostenfreie unabhängige Rechtsprechung und Rechtsberatung für alle Bürger
- staatliche Notariate
- Abschaffung der privatwirtschaftlichen Rechtsanwalts- und Notarkammer
- Einfache zivile Streitigkeiten sollten stets auf dem unkomplizierten Schiedsweg innerhalb der ursprünglichen Gerichtsbarkeit der jeweiligen Kommunen entschieden und geheilt werden.
- Wiedereinführung der historisch bewährten Gerichtslinden, Thinglinden als Recht-

und Versammlungsstätten in den Dörfern

Finanz- und Versicherungswesen

Die soziale Ungerechtigkeit, der Mangel an Finanzen und die private Willkür der BRD-Okkupationsverwaltung werden auf deutschem Boden ein Ende finden!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- bedingungsloses Basiseinkommen für jeden Angehörigen des deutschen Heimatreiches in für einen angemessenen Lebensstandard ausreichender Höhe. Folge: Jeder gewinnt damit mindestens 50 Prozent mehr Lebenszeit zur eigenen freien Entfaltung.
- Bargeld-Zahlungsverkehr ist gesetzlich vorgeschrieben
- Ausnahme: bargeldloser Zahlungsverkehr nur für Überweisungen und im Onlinehandel
- strafbewehrtes Verbot des Zinses und Zinseszinses
- die Banken- und Versicherungshoheit liegt ausschließlich beim Staat
- Die staatliche Bank heißt „Reichsbank“
- staatlich garantierte Gesundheitsversicherung, Brand-, Unfall-, KFZ-, Hausrat und Haftpflichtversicherung
- Das Betreiben von Privatbanken und Privatversicherungen sind auf deutschem Boden streng untersagt.
- Währungsreform - Wiedereinführung goldgedeckte Reichsmark und Reichspfennig
- staatliche Reichsdruckerei
- zinslose Darlehen der Reichsbank für alle deutschen Staatsbürger
- strafbewehrtes Verbot virtueller Geldhandel/ Auflösung der heutigen (DAX-) Börse
- striktes Wett- und Glücksspielverbot mit wirtschaftlichem Hintergrund (Casinos, Spielhallen u. ä.)
- allgemeiner Schuldenerlass im Zuge der Währungsreform für alle Bürger (ausgenommen die ehemaligen bundesdeutschen Verwaltungsstrukturen, Banken, Versicherungen und Konzerne/ Kartelle - die durch deren Gläubiger abzuwickeln sind)

mittelfristige Ziele:

- künftig keine Akzeptanz der heutigen sog. „Finanzwelt“:
- keine Akzeptanz von Dingen, die nicht direkt aus der menschlichen Wertschöpfung entspringen
- Der übersteigert vorgebliche „Wert“ von sog. „Edelmetallen“ und „Edelsteinen“ wird daher annulliert, weil diese Naturmaterialien keine menschliche Wertschöpfung darstellen.

Ziel ist der Schutz der Menschen vor Missbrauch und um den Todsünden die materielle Basis zu entziehen.

- Einführung ursprünglicher Tauschbörsen zum Gemeinwohl mit dem längerfristigen Ziel der kompletten Geldabschaffung

Geldsystem

Das sog. „Geld“ als Hilfsmittel für den Handel fällt künftig ersatzlos weg!

Die Geschichte lehrt, dass das „Geld“ die verbrecherischen Todsünden fördert.

Das Geld ist die Hauptursache für die Ausplünderung der Menschen und der Kriege!

Das „Geld“ deshalb für alle Zeiten endgültig ersatzlos abzuschaffen und zu ächten!
Daher erfolgt die stufenweise ersatzlose Abschaffung des „Geldes“ als Hilfsmittel für den Handel! (siehe die Rubrik Handel & Gewerbe)
Die ersatzlose Abschaffung des „Geldes“ ist entscheidend für die Zukunft der gesamten Schöpfung!

Steuern und Abgaben

Das schonungslose Auspressen und Ausbluten der deutschen Bevölkerung für fremde Interessen und die Willkür der BRD-Okkupationsverwaltung müssen und werden auf deutschem Boden ein Ende finden!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- nur eine, für jeden Menschen tragbare, Basissteuer von geschätzt maximal 10 Prozent zum Wohle der Allgemeinheit. Damit Wegfall der gegenwärtigen Steuer- und Abgabenbelastung von über 70 Prozent in der BRD für jeden einzelnen Menschen. (90 Prozent allein pro Liter Kraftstoff für die Fahrzeuge)
Folge: Die Menschen erhalten geschätzt mindestens 70 Prozent ihres Einkommens und damit 70 Prozent ihrer Lebenszeit und Lebensenergie zur eigenen freien Entfaltung zurück.
- Vereinfachung der Steuererklärung für Unternehmen mit einfachen Einnahmen - und Überschussabrechnung (sog. „Kassenbuch“)
- Steuergeldverwendung ausschließlich nur zum Wohl der deutschen Völker und des Friedens
- Abschaffung der überflüssigen BRD-Steuerberatung

Überwachung und Zensur

Die BRD-Okkupationsverwaltung führt eine totale Überwachung aller Bürger durch und wendet gegen ihre Kritiker eine intensive Zensur an!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- Die Überwachung und Zensur der Menschen wird sofort beendet!
- Eine allg. Zensur findet auf deutschem Boden nicht statt! Ausgenommen sind strafbewehrte Inhalte auf Basis richterlicher Entscheidung.
- striktes Verbot der Überwachung der Post- und Telekommunikation der Bürger
Ausgenommen sind verbrecherische Straftaten auf Basis richterlicher Entscheidung
- Verbot und Beseitigung aller Überwachungseinrichtungen im öffentlichen Raum
- Verbot und Beseitigung der sog. „Blitzer“ u. ä. Kontrolleinrichtungen (z. Bsp. Maut „Toll Collect“) im Straßenverkehr (Überwachung aus der Terrorfahndung)
- Es gilt das Post- und Fernmeldegeheimnis.

Volkswirtschaft und Industrie

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat das gesamte deutsche Volksvermögen/ Volkseigentum über ihre Treuhandfirma an zumeist ausländische Spekulanten verschachert!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- sofortige Auflösung/ Umwandlung der Konzernkartelle wieder zu mittelständisch-regionalen Handwerksbetrieben, Manufakturen und Bauernhöfen
- staatliche Heimatindustrie, insbesondere der Schlüsselindustrien, wie der

Schwerindustrie, Rüstung und Bergbau

- Reform der gesamten Volkswirtschaft zu einer weitestgehend exportunabhängigen regionalen, zukunftsorientierten Heimatwirtschaft unter Ausnutzung des gesamten anwendbaren prozeduralen Wissens und aller verfügbaren Patente
- Patente unterliegen dem Schutz des Volksstaates
- strafbewehrtes Verbot der Konzern- und Kartellwirtschaft (sog. „Ketten“ und „Filialen“)
- ausländische Firmen dürfen nur mit erteilter Sondergenehmigung auf deutschem Boden unter strikter Einhaltung der deutschen Rechtsordnung aktiv werden
- Raus aus dem kapitalistischen Leistungs- und Geschwindigkeitswahn bedeutet zurück in die Bedächtigkeit und Geruhsamkeit der Handarbeit.
- Vollständiger Ersatz der teuflischen „Digitalisierung“ mit der analogen Technologie auf allen Ebenen, ausschließlich zum nachhaltigen Wohl der Menschen und Völker! (ausgenommen bestimmte Bereiche der Verteidigung)

Wiedereinführung von Handarbeit statt Maschinenwahn:

- Maschinen werden künftig nur dort eingesetzt, wo sie überdurchschnittlich schwere, gewaltige u./ o. monotone Arbeiten dem Menschen erleichtern bzw. abnehmen!

Zurück zum HAND-WERK bedeutet die Regulierung der wild wuchernden kapitalistischen Technisierung der Gesellschaft!

Handwerk und Gewerbe

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat bis zum heutigen Tage nahezu das gesamte deutsche Manufakturgewerbe, das Hand-Werk, den einheimischen Nährstand und den Kleinhandel vernichtet!

Notwendige kurz-, mittelfristige- und längerfristige Maßnahmen:

- Wiederherstellung der mittelständisch-regionalen Handwerksbetriebe, Manufakturen und Bauernhöfe
- Abschaffung der privatwirtschaftlichen Industrie- und Handelskammer
- Wiederherstellung der Arbeitsstätten und der Lagerwirtschaft am Wohnort im Rahmen der regionalen Wirtschaft von Handwerk, Manufaktur-Gewerbe und Kleinhandel aller Art
- Zurück zum gesunden HAND-WERK bedeutet das Ende des Technikwahns in der Gesellschaft!
- Wiederherstellung durch Bildung der alten Berufe wie z. Bsp. Baumeister, Zimmerer, Maurer, Lehmverstreicher, Estrichmacher, Terrazzomacher, Straßenbauer, Steinbrecher, Dachdecker, Strohdachdecker, Glaser/ Glasmacher, Elektriker, Ofensetzer, Schindelhauer, Ziegelbrenner/ Ziegler, Stuckateur, Maler/ Tüncher, Steinsetzer/ Dammsetzer/ Pflasterer/ Straßen- und Brückenbauer, Brunnenbauer/ Brunnenmeyer, Steinmetze, Schmied/ Kupferschmied, Glockengießer, Vergolder, Münzschneider/ Münzmacher, Kesselschmied/ Kesselflicker, Rotgießer, Kupferstecher, Kupferschmied, Hüttenarbeiter, Hammerschmied, Zinngießer, Glockengießer/ Glockenschweißer, Kunstgießer/ Kelchmacher/ Kannengießer, Erzgießer, Nadelmacher, Büchsenmacher, Blatner (Plattner)/ Harnischmacher/ Rüstung, Helmschmied, Klingenschmied, Blaupließer, Sensenschmied, Dengler, Nagelschmied, Goldschläger, Werkzeugmacher, Feilenhauer; Emmerer, Bergmann, Schmelzer, Hüttenarbeiter, Feilenhauer, Gold- und Silberschmied, Juwelier,

Bernsteinschleifer, Pariserarbeiter (unechter Modeschmuck), Spangenmacher, Sägemeister, Schreiner/Kastenmacher/ Parkett- und Paneelenmacher, Drechsler, Weißbinder, Lampenmacher/ Laternenmacher, Töpfer/ Kachelmacher, Zeichner, Kunstmaler, Porträtmaler, Glasmaler, Schlüsselmacher/ Schleifer, Uhrmacher, Sattler, Schleifsteinhauer, Küfer/ Böttcher/ Brückner/ Büttner, Klein- und Fassbinder, Moldenhauer, Gerber/ Weißgerber, Schuster, Sattler, Riemenschneider/ Gürtelmacher, Weber, Kürschner, Färber/ Schwarzfärber, Schneider/ Gewandschneider, Visierschneider (Hersteller von Larven, Kurzwaren), Näher, Seidenwirker, Samtweber, Klöpfer, Tuchwalker, Weber, Spinner, Wollweber; Zwirner (Fadenmacher), Polsterer, Filz-Hutmacher, Schirmmacher, Beutelmacher, Modisten, Posamentier/ Posamentenmacher (Raum-Dekorateur), Teppichwirker, Matratzenmacher, Kupferstecher, Segelmacher, Spiegelmacher, Korbflechter, Seilmacher, Kamm-Macher/ Kartätschenmacher, Barbieri/ Perückenmacher, Papiermacher, Tütenmacher, Schachtelmacher, Spielzeugmacher/ Puppenmacher, Buchdrucker/ Buchbinder, Steindrucker, Stempelschneider/ Graveur, Notenstecher, Schriftsetzer, Schrift-, Brief-, Klein-, Initialmaler, Wachszieher (Kerzenmacher), Bürstenmacher, Besen- und Rutenbinder, Stellmacher, Schirmmacher, Bootsbauer, Schlittenmacher, Gärtner, Bienenzüchter/ Imker, Müller, Schäfer/ Hirte, Bauer, Melker, Knecht, Mäher/ Schnitter, Metzger, Fischer, Winzer, Küfer, Bäcker/Konditor (Kuchenbäcker), Alkoholbrenner, Bierbrauer/Mälzer, Meier/ Käsemacher, Schankwirt, Koch/ Kellner/ Magd, Hausgesinde, Dienstboten, Kuriere, Wäscherin, Blumenbinderin (Floristen), Salzsieder, Ölschläger, Hebammen, Heiler, Dentist, Arzt/ Tierarzt, Drogist, Bader/ Masseur, Apotheker, Salbenhändler, Seifensieder, Jäger, Kaminkehrer, Drucker, Grafiker, Abortfeger, Straßenfeger/ Kehrer, Köhler/ Aschenbrenner, Fuhrmann, Fährmann, Spediteur, Schreiber, Gelehrte, Dichter, Fiedler/ Geiger/ Spielmänner, Seemann (Matrose), Wächter/ Wachtmeister, Nachtwächter/ Türmer, Packer, Racker (Abdecker), Bestatter/ Totengräber und viele weitere...

- Förderung der Handarbeit und Abschaffung vermeidbarer Maschinen
- freies Handwerk- und Gewerbe, freier Handel, freie Stände, Innungen, Zünfte und Gilden zum allgemeinen tugendhaften Nutzen für Mensch und Natur

Dazu die Wiedereinführung der traditionellen Ständeordnung mit standesgerechter Kleidung und Ausstattung.

Das schließt auch die Wiedererrichtung der regionalen Handwerksinnungen, Zünfte und Gilden mit ein.



Wasser- und Energieversorgung

Beendigung mit dem Auspressen der Bevölkerung durch privat-kommerzielle und gewinnorientierte Wasser- und Energieunternehmen!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- staatlich kostenfreie Energie- und Wasserversorgung als ein natürliches Basisrecht
- Verstaatlichung und Übertrag aller großen Energieunternehmen (Konzerne) auf deutschem Boden in das Volkseigentum.
- vorübergehende Notaktivierung bisheriger Atomkraftwerke (AKW) zur Sicherung der eigenen, unabhängigen Energieversorgung
- sofortiger Stopp Einlagerung westallierter Atom Müll in Deutschland sowie den Müllimport und Müllexport aus bzw. in das Ausland
- Ersatz der konventionellen Kohlekraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und Atomkraftwerke durch Einführung der freien Energie (z. Bsp. regional unabhängige Wasserstofftechnologie-Kraftwerke, Gezeitenkraftwerke, „Magnet- bzw. Raumenergie“, saubere Kernkraft durch ev. „kalte Fusion“, sog. „schnelle Brüter“ usw.)
- Schwerpunktsetzung auf unabhängig arbeitende dezentrale Energie-Hausanlagen anstatt große, zentrale Kraftwerke
- Rückbau und Verwertung der sog. „Biogasanlagen“, Windkraftanlagen, veralteten Atomkraftwerken, Braunkohlenkraftwerken, Müllverbrennungsanlagen und des engmaschigen Freileitungssystems (Elektrosmog-Beseitigung)
- Wiederherstellung bzw. Neubau der altbewährten Mühlen auf Basis von Wind- und Wasserkraft zur flächendeckend dezentralen Erzeugung von Energie

Müllentsorgung und Verwertung

Die kostenfreie Müllentsorgung ist ein Lebensrecht für jeden Menschen und ist

Staatsauftrag!

- sofortige Einführung eines lückenlos vollständigen Wiederverwertungssystems für den gesamten Müll

Die Müllvermeidung ist ein oberstes Ziel des gesellschaftlichen Zusammenlebens!

Altlasten der DDR-BRD:

- Entsorgung und Entgiftung aller Müllkippen mit Wiederverwertung aller dort verklappten Materialien

Verkehrs- und Transportwesen

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat ab 1990 über ihre Treuhandfirma fast das gesamte Transportwesen an Spekulanten verschachert! Es erfolgt seit Jahrzehnten eine beispiellose Umwelt- und Naturzerstörung durch das hemmungslose Gewinnstreben der Fahrzeugindustrie, Mineralöl-Konzerne, Straßenbaukonzerne sowie der Energiekonzerne!

Notwendige kurz-mittelfristige- und längerfristige Maßnahmen:

- staatliches Transportwesen zur See, zu Wasser und in der Luft (Reichsbahn

Reichsstraßen, Schienen- und Wasserwege)

- allgemeine Aufhebung und Verbot der Maut

- umgehende Rückverlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Wasserwege

- umweltschonende Wiederherstellung des Schienennetzes und Regionalbahnen entsprechend der Struktur regionalen Landschaft (ohne den ICE-Trassenwahn)

- regionaler Güterverkehr mittels Kleinlastkraftwagen (Zulieferer)

- Verbot des internationalen Transitverkehrs durch die deutsche Heimat

- Entschleunigung durch technische Geschwindigkeitsreduzierung der Vehikel, weil die Menschen wieder Zeit haben und in die Gemütlichkeit und innere Ruhe kommen!

- Entsperrung aller Verkehrswege, um die BRD-Behinderungen zu beenden

- rascher Abbau des ab 1949 eingeführten individuellen Massenverkehrs durch kostenfreie Beförderung mit Bus & Bahn, Fahrräder, Mitfahrzentralen,

Sammeltransporte, Taxen und weiterer innovativer Ideen

- Der sog. „TÜV“ und „DEKRA“ werden verstaatlicht und erfolgen als kostenlose Dienstleistung für die Bürger. Private Prüfgesellschaften sind untersagt.

- sofortiger Baustopp, einhergehender Rückbau und Renaturierung des nicht mehr benötigten, engmaschigen Massenverkehrssystems, insbesondere auch der Autobahnen, Begleitbauten wie deren Zubringer, Lärmschutzwände usw.

- Als Zwischenlösung erfolgt der Ersatz der gefängnisartigen Lärmschutzwände durch Wälle mit Hecken und Bäumen, solange die BRD-Autobahnen noch bestehen.

- neue, fortschrittliche Fortbewegungstechnologien (u. a. Nutzung freier Energie/ Raum-Energie u. ä.)

Der mündige Fahrer benötigt weder Schilder noch Leitsysteme einer „Playmobil-Welt“

- Entfernung aller überflüssig, unnützen Straßenverkehrsschilder (außer absolut unerlässlich-notwendige Hinweisschilder wie Haupt- und Nebenstraße, Durchfahrt verboten, „STOP“, Ortsschilder, „Achtung Bahnübergang“ u. ä.)

- Entsorgung aller Leitplankensysteme, Masten

Da die Fahrzeugmassen der Vergangenheit angehören:

- Straßen, Wege und Plätze sind zum ungehinderten Befahren und Begehen da:
- daher Beseitigung aller Straßen-Weg-Sperren der BRD wie Poller, Bügel, Zäune, Steine u. ä. an/ in den Straßen und Wegen im öffentlichen Raum
- Ersatz der Ampeln durch Kreisverkehr-Systeme oder einfacher Rechts- vor Links-Regelung bis auf besondere Gefahrenbereiche und Bereiche wo es baulich nicht möglich ist
- Ersatz der hässlichen Industrieleitplanken durch Natursteinbegrenzungen an besonderen Gefahrenbereichen wie Schluchten und Abgründe
- Die Ortsschilder haben wieder schwarze Frakturschrift auf weißen Grund und werden mit den lagerhaft-gelben BRD-Ortschildern ausgetauscht.
- Verbot von Streusalz, stattdessen Winterdienst nur mit Streusand und natürlichem Granulat

Luftfahrt

- Einrichtung einer dauerhaften Flugverbotszone für alle ausländischen Flugapparate (z. Bsp. Flugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Drohnen, Ballone, Drachen) ohne staatliche Sondergenehmigung
- fortschrittlichste Technologien für eine künftig umweltfreundliche und effiziente Luft- und Raumfahrt

Aus bekannten Sicherheitsgründen für Volk, Reich, Umwelt und Natur wird der gesamte private Flugverkehr über dem Reichsgebiet untersagt!

Ausnahmen sind Flüge für wissenschaftliche Zwecke, der Bildung und der Pflege des kulturhistorischen Erbes und bedürfen einer staatlich eingehenden Prüfung und Sondergenehmigung.

Das Flugwesen unterliegt ausschließlich dem Reich zum Wohl und der Sicherheit des deutschen Volkes.

Fremdenverkehr

Abschaffung/ Untersagung des nationalen und internationalen Massentourismus zugunsten des regionalen Bildungs- und Erholungsurlaubs!

Post- und Fernmeldewesen

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat ab 1990 über ihre Treuhandfirma die gesamte deutsche Post und Telekommunikation an Spekulanten verschachert! Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- Wiederherstellung staatliches Post- und Fernmeldeamt („Reichspost“) mit kostenfreier Telekommunikation und elektronischer Fernübermittlung (Internet) durch Verstaatlichung und Überführung in das Volkseigentum der privat-kommerziellen, gewinnorientierten Unternehmen Deutsche Post, DHL und aller Telekommunikationsfirmen auf deutschem Boden
- sofortige Übernahme und Reaktivierung aller historischen Niederlassungen der Reichspost bzw. vorübergehende Noteinrichtung selbiger in öffentlichen Gebäuden und/ oder ehemaligen Firmengebäuden der Banken und Konzerne, wo die Baulichkeiten der Reichspost durch Krieg und Abriss verschwunden sind.
- Betätigungsverbot aller privaten Telekommunikationsgesellschaften, Brief- und Paketdienste auf deutschem Boden
- Ausländische Versandunternehmen haben ihre Sendungen an der Grenze nach der Kontrolle der Reichspost zwecks Weitertransport zu übergeben.

- Abschaltung der gesamten Mobilfunktechnik Typ 2G bis 6G u. ä. sowie Entsorgung aller entsprechenden Sendeanlagen und Empfangsgeräte
- Einführung alternativer gesundheitsunbedenklicher Kommunikationstechnologien
- Wiederherstellung des drahtgebundenen Fernsprechnetzes (Telefon)
- Schaffung eines vom Ausland unabhängigen, eigenen Weltnetzsystems (sog. „Internet“) zusammen mit Russland und allen freiheitsliebenden Völkern der Erde!
- Verbot und Entsorgung ausländischer Computer- und Telekommunikationstechnologien und deren Internet-Netzwerke wie z. Bsp. Microsoft von Bill Gates

Handel und Gewerbe

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat heutzutage nahezu den gesamten deutschen Kleinhandel und den regional bäuerlichen Nährstand vernichtet!

Notwendige kurz-, mittelfristige- und längerfristige Maßnahmen:

- Mittelfristige Beseitigung des Geldsystems zugunsten des einfachen Tauschhandels
- Handelsbasis:

Alle natürlichen Rohstoffen sind GLEICHWERTIG!

Alle vom Menschen hergestellten materiellen und immateriellen Güter sind im Tauschhandel angemessen höher zu bewerten, auszuwiegen, zu bemessen und zu berechnen!

- Handels- und Gewerbefreiheit zum allgemeinen Nutzen von Mensch und Natur
- Auflösung/ Umwandlung aller Nachkriegs-Handelsketten und Konzerne mit Wiederherstellung des ursprünglichen Kleinhandels und derer Berufsstände – die sog. „Tante Emma Läden“, der „Dorfkonsum“, Händler/ Krämer wie z. Bsp. Gewürzkrämer, Bäcker/ Konditor (Kuchenbäcker), Metzger/ Wurstmacher, Müller, Winzer, Mostereien/ Obsthändler, Alkoholbrennereien und Bierbrauereien/ Mälzer/ Malzmüller/ Brauknecht/ Brenner, Meiereien/ Käsemacher, Wirtshäuser/ Schankwirt/ Koch/ Kellner/ Magd, Drogerien/ Drogisten, Apotheken/ Salbenhändler, der bäuerliche Landhandel („Hofläden und „Milchtankstellen“), Gebrauchtwaren-Kleinmärkte/ Trödler, Vogel- und Kleintierbörsen/ Vogelhändler, Viehmärkte/ Viehhändler usw.
- Beendigung des hemmungslosen Wachstumswahns der Maßlosigkeit und Gier
- staatlich reale Preisbindung auf alle Grundnahrungsmittel und lebenswichtigen Erzeugnisse
- Förderung Regionalhandel und Gebrauchtwarenhandel (Märkte)
- Abschaffung der Hotel- und Gastronomieketten, Freizeitparks als Form der verbotenen Kartellwirtschaft mit gleichzeitiger Wiederherstellung der regionalen Wirtshäuser, Herbergen in gediegen, behaglicher Gastlichkeit und kulturelle Freizeit- und Sporteinrichtungen aller Art
- ausländische Gastronomen bedürfen einer staatlich speziellen Sondergenehmigung und Zertifizierung bzgl. Einhaltung der strengen deutschen Lebensmittelnormen
- Schrittweise Wiederherstellung der Autarkie mit Eindämmung und Regulierung des ausgeferten Welthandels
- Der internationale Waren – und Güteraustausch wird über einen gerechten Tauschhandel bzw. übergangsweise in der jeweiligen nationalen Währung“ ohne irgendwelche Leitwährungen geführt.
- gerechter Handel mit strafbewehrtem Verbot des Wuchers und der Schieberei - §

291 StGB und § 138 Absatz 1 BGB

- Wirtschaftsverbot für alle ausländischen Handelsketten wie Amazon, Zalando, Metro, Selgros, Mega Image usw. auf deutschem Boden
- striktes Einfuhrverbot von ausländischen Billig- und Fertigprodukten speziell aus Fernost – Asien, Indien und Afrika
- striktes Wirtschaftsverbot von ausländischen engl. sog. „Fastfoodketten“ wie z. Bsp. „Mc Donalds“, „Burgerking“, „Starbucks“, Pizza Hut, Kentucky Fried Chicken und Taco Bell (KFC), Starbucks, alle Döner-Kebab-Anbieter und Zulieferer wie z. Bps. die AC-Mega Meatfood Trading GmbH, Büyükasik GmbH und anderer ausländischer Lebensmittelunternehmen, deren Liefer- und Gastronomieketten auf deutschem Boden

Wissenschaft und Forschung

Private Konzerne bestimmen heute in Deutschland was erforscht wird und was nicht!

Patentdiebstahl und Patent-Erpressung sind aktuelle in der BRD scheinbar ein Regelfall.

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- die unabhängig freie Wissenschaft und Forschung zum Wohle der gesamten Schöpfung sind Staatsauftrag und genießen besonderen Schutz
- Patente dienen nur zur Absicherung der Erfinder und der deutschen Völker und sind vom Staat geschützt
- Verbot von Versuchen mit Menschen, Säugetieren und Vögel, u. a. für die Medikamenten- und Kosmetikherstellung, ausgenommen sind Laborratten, Mäuse und niedere Lebensformen.

Dabei ist der respektvolle Umgang mit jeglicher Art von Leben zu wahren.

Gesundheitswesen

Die BRD-Okkupationsverwaltung fördert privat-kommerziell gewinnorientierte Pharmakonzerne, abhängige Klinikkartelle, Rehabilitationsfirmen und sonstige Krankenanstalten zum Nachteil der Bevölkerung auf deutschem Boden!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- staatlich kostenfreies Gesundheitswesen durch Verstaatlichung und Enteignung aller Kliniken und Gesundheitseinrichtungen
- sofort nach der Befreiung mindestens ein Jahr Kur-Rehabilitation für die gesamte deutsche Bevölkerung mit Einrichtung von Sanatorien und Heilstätten, um die an Körper und Seele schwer erkrankte Bevölkerung therapeutisch zu heilen
- kostenfreie medizinische Versorgung auf wissenschaftlich höchstem Niveau für alle Einwohner
- staatlich finanzierte Begleitung („Hebamme“) werdender Mütter bis zu neun Wochen nach der Geburt, die Geburt eingeschlossen
- strafbewehrtes Verbot aller nachhaltig schädlichen Substanzen in den Nahrungsmitteln, in Getränken, Medikamenten, Mikrowellen, *Chemtrails*, Wetter-Klimabeeinflussung „Geoengineering“ (z. Bsp. sog. „Chemtrails“, „Haarp“-

Wetterwaffensysteme), weitere Strahlung und Elektrosmog aller Art zur Wiederherstellung der Volksgesundheit

- keine Verarbeitung von menschlichen Bestandteilen in Medikamenten, Nahrungsmitteln, Kosmetikartikeln u. a. Waren.
- Verbot jeder Art von Zwangsmedikamentierungen, Zwangsimpfungen, Chemotherapien, Organhandel und Elektroschocktherapien
- Verbot von „Schönheitsoperationen“ aus Mode- bzw. Eitelkeitsgründen; ausgenommen sind Geburtsfehler, Unfälle und Krankheiten zwecks Wiederherstellung des natürlichen Antlitzes
- statt Impfung gesunde Ernährung und Bewegung in der Natur → keine Impfungen!
- holistische Gesundheitsfürsorge in allen Bereichen, auch der Zahnmedizin, somit Förderung von natürlichen, geistigen, energetischen Heilmethoden
- die Senioren gehören in ihre Familien: Finanzierung pflegender Angehöriger mit abgesichertem Pflegelohn
- staatliche Kranken- und Altenpflege nur bei Totalausfall der eigenen Familie
- Der Arzt und alle anderen Gesundheitskräfte haften wie jeder Mensch uneingeschränkt für ihre Taten:
Es gibt daher keine sog. „Halbgötter in weißen Kitteln“ mehr
- Umwandlung des Berufsstandes der Ärzte in Heiler.

Sozialwesen

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat heutzutage ein extremes soziales Ungleichgewicht in der Bevölkerung erschaffen und sorgt für künstlichen Geldmangel durch Ungleichbehandlung und schonungsloses Auspressen der Bürger!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- finanzielle Absicherung aller Menschen durch ein bedingungsloses Basiseinkommen und Übernahme aller sozialen Lasten Bedürftiger durch die Volksgemeinschaft
- Ruhestand ist ab spätestens 50 Jahre möglich

Bildungswesen

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat heutzutage einen Bildungsnotstand in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen und betreibt statt wissenschaftlicher Bildung sozialistische Propaganda zum Machterhalt!

Notwendige Sofort-Maßnahmen - Struktur:

- staatlich vollständig finanziertes Schul- und Bildungswesen einschließlich Material und Bekleidung
- Wiederherstellung der alten Berufsbezeichnungen: Schuldienner, Schulmeister statt „Lehrer“, Zögling statt lat. „Student“
- Dezentralisierung des gesamten Bildungssystems („Dorfschulsystem“)
- Reform aller Lehrmaterialien wie Schulbücher mit Bereinigung falscher, ideologischer, religiöser Inhalte und Aktualisierung auf den neusten wissenschaftlichen Stand
- Einschulung individuell ab 7 Jahre mit Schulzeit für maximal 8 Jahre
- Einführung der Kadettenanstalten mit integriertem Arbeitsdienst von zwei Jahren für

Jugendliche als weiterführende Schulen bis zum Studium bezeichnet, die auch die vormilitärische Vorbereitung beinhaltet.

- Pflichtjahr für Mädchen mit Hauswirtschaftslehre und zusätzlicher einjähriger Anstellung (sog. „in Stellung“) in öffentlichen Einrichtungen und Volkswohlfahrt
 - strikte geschlechtliche Trennung in Mädchen- und Knabenschulen
 - Schuluniform für Knaben und Schulkleider für Mädchen - Förderung des freischöpferisch-positiven Denkens, der Selbstständigkeit und Disziplin
 - zielgerichtete Begabtenförderung ggfs. zur Fach- und Hochschulreife
 - Fremdsprachenunterricht insbesondere für sprachbegabte Menschen
 - Fach- und Hochschulstudium für Zöglinge mit Dauer 3 bis max. 6 Jahre (6 – 12 Semester)
 - staatliche Bildung auf wissenschaftlich höchstem Niveau für alle Menschen, einschließlich der Heimatkunde
 - Basis der Bildung sind die deutschen Tugenden, Ethik und Moral
 - Dazu zählen die Aufklärung über die (sieben) Todsünden des Verderbens und die zehn Gebote für die Schöpfung Gottes.
 - liebevolle Bildung der heranwachsenden Mädels und Burschen in Hinwendung zur Familie, Natur, Geschichtsbewusstsein und Gott (Schulgarten, praktisches Erleben in der Natur)
 - Rückkehr zur natürlichen Ordnung und den deutschen Volkskulturen
 - historisch korrekte, ideologie- und religionsfreie Aufarbeitung der gesamten deutschen, europäischen sowie der Welt-Geschichte nach dem neusten Stand der freien Wissenschaft und Forschung
 - geschichtshistorische und staatsbürgerliche Aufklärung der Menschen über Geld- und Machtsysteme, die Entstehung von Abhängigkeiten und Kolonien, gesteuerte Ideologien und Religionen, private Verschwörungen in Geheimlogen/ NGOs gegen die Völker, Kriege und gesteuerte Revolutionen usw.
 - Orientierung des neuen Schulsystems z. Bsp. an der Schetinin-Pädagogik
- Wir erschaffen ein neues System, dass aus diesen Modellen heraus geboren wird. Von Menschen für Menschen mit der Absicht eine umfassende, ganzheitliche Bildung zu ermöglichen und Menschen hervorzubringen, die einen respektvollen und hilfsbereiten Umgang mit ihren Mitmenschen pflegen, Verantwortungsbewusstsein für die Volksgemeinschaft haben, sozial engagiert sind und tiefen Respekt und Liebe zu Gott und dessen Schöpfung, zur Stammes-Identität wie Tradition, Kultur und Sprache haben.
- Abwechslung kreativer Arbeiten mit theoretischem Unterricht: Dualität des menschlichen Gehirns wird angesprochen, die linke Gehirnhälfte mit dem systematischen Denken, die rechte mit der Intuition und Kreativität -> bei Gleichgewicht zwischen rechts- und linkshemisphärischen Tätigkeiten weniger Ermüdung der Schüler, starker Anstieg des Lernerfolgs
 - Schwerpunkt seelisch-geistige Entwicklung
 - Motivation statt Druck, Ziel ist es als Gemeinschaft weiterzukommen, die Stärkeren helfen den Schwächeren Stärke zu erreichen!
 - gewaltfreie Kommunikation, Ausschluss schlechter Wörter, keine Negierung der Wörter, Worte sind mit behutsamen Gefühlen erwärmt
 - Unterricht durch Schüler nach deren eigenen Stärken (gute Wissensaufnahme der

anderen Schüler, Motivation und Stärkung des Selbstbewusstseins, weil die Schüler etwas erklären dürfen, was ihnen sehr gut liegt – jeder hat unterschiedliche Stärken)

- keine Hausaufgaben
- Unterricht in und mit der Natur je nach Witterungslage
- Hauswirtschaft, Werkunterricht, Achtsamkeitsübungen, gemeinsame Projekte (Schöpfung aus unterschiedlichen Stärken)
- Ein Schwerpunkt ist die geistig-spirituelle Weiterentwicklung des Bewusstseins der Menschen, um ein größtmöglich-komplexes Zusammenhangsdenken und Erkenntnis zu ermöglichen.

Dabei geht es auch um die geschichtlich wahren Ereignisse, damit sich Schlechtes nicht wiederholt.

Weiter damit ein Jeder seine Anbindung zu Gott erkennt, sich in Selbsterkenntnis weiterentwickelt und somit tugendhaft sein Leben führt.

Unsere deutsche Muttersprache

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat die deutsche Muttersprache mit unklaren Fremdwörtern, sog. „Anglizismen“ und der römischen Fremdsprache „Latein“ vermengt und damit ungenau, zweideutig gemacht!

Schon ab dem Mittelalter wurde durch die Einführung der römischen Fremdsprache/ frei erfundene Kunstsprache „Latein“ über die Klosterschulen des Vatikans begonnen bei den Deutschen eine Sprachverwirrung zu schaffen. Notwendige kurz- und mittelfristige Maßnahmen:

- Ersatz der römisch- lateinischen Fremdsprache durch die historisch hochdeutsche Sprache in Wort und Schrift – Fraktur und Sütterlin
- Bereinigung der deutschen Sprache von den angloamerikanisch-angelsächsischen (sog. „Denglisch“) und den erheblichen lateinischen Einflüssen
- Erforschung und Wiedereinführung der alten deutschen Sprachbegriffe
- Reform des Dudens
- Förderung regionaler Stammessprachen wie z. Bsp. „Plattdeutsch“, altgermanische Runensprache und Schrift - älteres Futhark „sorbisch“ usw.

Medien und Presse

Die BRD-Okkupationsverwaltung führt über ihre zu einfachen Firmen privatisierten Massenmedien und private Medienunternehmen einen psychologischen Propagandakrieg vor allem gegen die Deutschen!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- staatliche Massenmedien und Presseunternehmen
- auf wahrheitsgemäße Berichterstattung vereidigte staatliche Heimatmedien und Presseorgane
- private Presse und Medienunternehmen unterstehen ebenfalls dem streng strafbewehrt vereidigten Wahrheitsprinzip der neutral-unabhängigen Berichterstattung

Bildungs- Informationsauftrag:

Die Medien dienen zur sach- und fachgerechten Information zu allen Bereichen des Lebens, Bildung zur Vergangenheit und Gegenwart für die deutsche Bevölkerung und das Ausland.

- **Betätigungsverbot aller ausländischen Netzwerk-Firmen**, zumeist **Medienagenten** auf deutschem Boden wie z. Bsp. „Facebook“, „Whats App“, „Twitter“, „Telegram“, „VK“, „Bitchute“ u. ä., weiter private Firmen-Plattformen wie „Google“, „Mozilla-Firefox“, „Bing“, „Yahoo“ u. ä. (virtuelle Datensammel-, Werbe- und Spekulationsunternehmen)

Nährstand, Umwelt und Natur



Die angloamerikanische BRD-Okkupationsverwaltung hat heutzutage nahezu unsere gesamten Lebensgrundlagen, wie das Wasser (Flüsse, Seen, Bäche, Tümpel, Moore), den Boden (Wälder, Wiesen, Felder und Gebirge) durch hemmungslosem Raubbau und kapitalkommunistische Kolchosen-Misswirtschaft ökologisch schwerstens geschädigt.

Der einheimisch-bäuerliche Nährstand ist nahezu vernichtet!

Das natürliche Gleichgewicht ist schwer gestört!

Die Natur Gottes allein ist der Inbegriff des Guten, Reinen und Schönen!

Die Zerstörung der Natur nennt man „Fortschritt“, „Wachstum“ oder „Aufschwung“!

Notwendige kurz-mittelfristige- und längerfristige Maßnahmen:

- Volkseigentum u./ o. Volksvermögen an Grund und Boden
- Volksernährung aus einheimisch-natürlicher Erzeugung gesunder Lebensmittel
- Aufhebung der industriell-gleichgeschalteten Agrarerzeugung zugunsten der ökologisch, regional angepassten bäuerlichen Einzelwirtschaft zur Erzeugung unserer Lebensmittel

- Wiederherstellung des freien, ursprünglich germanischen Wehr-Bauerntums zur Volksernährung auf Basis des germanischen Erbhofrechts und der Nutzungspacht von Grund und Boden

Lasst dem Bauern, was des Bauern ist!

- Abschaffung der industriellen Agrarberufe wie Agrar-Ingenieure, Agrar-Techniker usw.

- Wiederherstellung bzw. Neubau der alt bewährten Korn- und Sägemühlen, Hammermühlen auf Basis von Wind- und Wasserkraft zur regionalen Erzeugung von Mehl, Schrot, Schnittholz, Eisen und Energie

- Wiederherstellung der alt bewährten Meiereien zur regionalen Erzeugung von Milchprodukten

- weitere Wiedereinführung regionaler Bäcker, Fleischer, Mostereien vor bzw. am Ort

- Einführung und Förderung des bäuerlichen Hofhandels (Hofläden) in den Dörfern

- staatlich strafbewehrter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Umwelt und Natur

- ökologisch-bäuerliche Wirtschaft unter strenger Einhaltung der Naturgesetze

- ökologisch naturgemäße bäuerliche Bewirtschaftung der Wiesen und Felder

- Abschaffung der schweren Landwirtschafts- und Forstwirtschaftstechnik zum Schutz der Böden, der Flora und Fauna

- Wiedereinführung der ökologisch und menschlich nutzbringenden bäuerlichen Handarbeit mit Hilfe kleiner Gerätschaften für die wieder entstehenden kleineren Fruchtwechsel-Felder.

- Verbot landwirtschaftlicher Großgeräte

- Nutzung der natürlichen Kraft von Zugtieren wie z. Bps. Pferde und Ochsen

- Artgerechte Tierhaltung mit strafbewehrtem Verbot der Massentierhaltung, industrielle Nur-Stallhaltung von Klein- und Großvieh zwecks Massenproduktion

- zukünftig werden Tiere ihrer Natur entsprechend gehalten und Ställe zum Schutz und aus organisationstechnischen Gründen errichtet

- Verbot Gentechnik, giftiger Landwirtschaftschemie jeglicher Art sowie Streusalz

- Verbot von umweltschädlichen Bestandteilen in Reinigungsmitteln

- Auflösung der Großschlachtbetriebe durch Wiedereinführung der Hausschlachtung

- Verbot des Handels geschützter Tier- und Pflanzenarten

- Wiederherstellung der alten Tier- und Pflanzenwelt durch gezielte Wiederansiedlung regional seltener, vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten

- streng strafbewehrter Tier- und Pflanzenschutz als Achtung vor der Schöpfung

- Die Entnahme von Pflanzen, Früchten und Pilzen aller Art aus Wald und Flur ist nur für den Eigenbedarf gestattet, um (kommerziellem) Missbrauch vorzubeugen.

- Sichere Betäubung der zu schlachtenden Tiere unter ruhigen Bedingungen (Respekt vor Gottes Schöpfung, Tiere sind frei beseelte Lebewesen)

- die Tötung von Lebewesen findet zukünftig im Freiland statt

- Verbot von Tierversuchen

- keine Verstümmelung, Überzüchtung und Tötung von Lebewesen aus Eitelkeitsgründen (zum Beispiel für Mode)

- Nachwuchs darf nicht von den Elterntieren getrennt werden

- keine künstliche Ersatznahrung für Tiere, sondern natürliche Nahrung

- keine prophylaktische Medikamentierung und Impfung von Tieren

- Züchtung und Verbreitung alt-bewährter Obst-, Gemüse, Kartoffel- und Getreidesorten
- Rettung historischer Haustierrassen, Tier- und Pflanzenarten
- Rückzüchtungsprogramme mit dem Ziel in Deutschland ausgestorbene Tier- und Pflanzenarten zu reanimieren
- Aus Achtung zur Schöpfung Verbot der privaten und gewerblichen Gefängnishaltung zur Zu-Schau-Stellung, Unterhaltung, Belustigung, Dressur von einheimischen und exotischen wilden Säugetieren, Reptilien und Vögeln aller Art. Davon ausgenommen sind staatliche und private Artenschutzprogramme.
- im Rahmen des allgemeinen Glücksspielverbots auch das Verbot von Tierwetten

Jagd und Fischereiwesen

- freie Jagd und freies Fischen nach altgermanischem Naturrecht unter Einhaltung der strafbewehrten Naturgesetze, Hege und Pflege des Wildes als uns gleichwertige Schöpfung.

Die private, waidgerechte Jagd und das artgerecht-schonende Fischen sind nur für den Eigenbedarf gestattet, um (kommerziellen) Missbrauch vorzubeugen.

- Wiederherstellung einer ökologisch schonenden Binnengewässer- und Seefischerei an Nord- und Ostsee sowie die Hochseefischerei in alter Tradition
- Wiederherstellung der natürlichen Kreisläufe in der Tier- und Pflanzenwelt (urwüchsige Landschaften)
- Fische müssen so schnell wie möglich aus dem Wasser geholt, betäubt und getötet werden. Da dies bei größeren Mengen unmöglich ist, müssen die Fische so schnell wie möglich von den Netzen in Wasserbehälter auf dem Schiff/ unter Deck umgelagert werden, um sie vor dem Tod durch Ersticken zu bewahren und unnötigen Stress zu vermeiden.

Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume



Ein Kahlschlag geht durch unsere Heimat! Begradigung, Erschließung, Bereinigung, Beschleunigung, Kanalisierung, Neuordnung, Verordnung und schließlich Verödung.

Unsere Landschaft wird hergerichtet, abgerichtet und hingerichtet.

Am Ende bleibt nur noch das öde Raster, der Triumph des rechten Winkels – industrielle Serienlandschaft. Eine ausgeräumte nackte Maschinensteppe mit schnurgeraden asphaltierten und betonierten Wegstraßen, Monsanto vergiftet und versalzen, ohne Strauch, ohne Baum, ohne Geschichte - am Reißbrett der sozialistischen Gleichschaltungs-Technokraten belanglos und beliebig produziert. Alles was nicht in das Raster der sozialistischen Funktionsmenschen passt wird gnadenlos ignoriert bzw. mit allerlei Ausflüchten bekämpft.

Nur Menschen mit Herz und Verstand, Gewissen und Moral können auch über den eigenen Tellerrand hinaus blicken und auch an die zukünftigen Generationen denken!

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat nahezu alle natürlichen Lebensräume zerstört bzw. mehr oder weniger schwer geschädigt!

Sterben unsere Pflanzen und Tiere, sterben wir selbst!

Wir haben unsere Lebensgrenzen bereits überschritten.

Wir sind nicht bei Null - wir sind bereits weit im Minus!

Weit über die Hälfte der einheimischen Tier- und Pflanzenarten sind bereits ausgestorben bzw. stark gefährdet.

Insekten- und Vogelsterben allenthalben – Stirbt die Biene stirbt der Mensch!

Leitsatz des neuen Reform-Denkens:

Ab nun ein Leben mit der Natur, anstatt gegen die Natur, denn die Natur hat die längere Erfahrung! Gärten, Wald, Wiesen und Felder, statt Asphalt und Beton!

Notwendige kurz-mittelfristige- und längerfristige Maßnahmen zur Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichtes:

- Verbot giftiger Landwirtschaftschemie (z. Bsp. Monsanto/ Bayer) und Streusalz
- Stopp und restlose Beseitigung der gleichgeschalteten, verödeten, lebensfeindlichen BRD-Gewerbe- und Siedlungswüsten (sog „Gewerbegebiete“) auf deutschem Boden!
- sofortige Aufhebung der sozialistischen Flurbereinigung und Rückbau der Äcker zur ursprünglich-bewährten bäuerlichen Dreifelderwirtschaft
- gezielter Einsatz entsprechend fachlich qualifizierter Landschaftsarchitekten, Förster und Wissenschaftler sowie deren Ausführungsgehilfen vor Ort
- Entgiftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (Wiesen und Felder) und Wiederherstellung der natürlichen Bodenstruktur

Forstwirtschaft

- ökologisch schonende, regionale Forstwirtschaft nach altgermanischen Naturregeln
- Verbot der industriellen Forstwirtschaft mit Holzerntemaschinen und Holzexport in das Ausland, Waldrodungen, sowie das Abholzen alter Baumbestände, Hecken und Gehölze (ausgenommen Wiederaufbauprojekte, Wohn- und Arbeitssicherheit, sowie Eigenbedarf nach streng ökologischen Maßstäben)

- Holz wird per Hand eingeschlagen und mit Zugtieren gerückt

Der deutsche Wald:

- Wiederherstellung durch flächendeckende Aufforstung mit Wiederherstellung der ursprünglichen Mischwaldstruktur in der Ausdehnung ca. vor 1100 christlicher Zeitrechnung (Beginn der großen mittelalterlichen Waldvernichtung).
- Alle bestehenden Monokultur-Wälder werden wieder zu Urwäldern nach Vorbild des ursprünglichen deutschen Mischwaldes umgestaltet (Eiche, Buche, Hainbuche, Ulme, Esche, Linde, Birke, Erle, Eide, Wildobstbäume, Holzapfel, Eibe, Wacholder usw.).
- Wiederaufbau bzw. Neubau der benötigten Baumschulen und Saat-Darren
- Ansiedlung von Raubwild wie Luchs, Wolf, Wildkatze, Greifvögel, um das natürliche Gleichgewicht in der Tierwelt wiederherzustellen. Bis dahin ist eine staatliche Bejagung zur Bestandsregulierung notwendig. Dazu zählt insbesondere die vollständige Beseitigung eingewanderter exotischer Tierarten, welche die einheimische Tierwelt offenkundig existenziell bedrohen (z. Bsp. den Waschbär, Marderhund und Ochsenfrosch).

Wiederherstellung der ursprünglichen Landschaften und Gewässer

- komplexe Wiederherstellung der natürlichen Oberflächenstrukturen, Hügellandschaften vor der DDR-BRD-Flurbereinigung
- Wiederherstellung bzw. Neuanlage der Hecken an den Feldrändern, Wegen und Straßen mit regionalen Pflanzenarten und Lesesteinen vor den Äckern
- Heckenpflege nach ökologisch einfühlsam schonenden, altbäuerlichen Regeln
- Wiederherstellung bzw. Neuanlage der Gehölze und Einzelbäume (Eichen) auf den Acker- und Wiesenflächen
- Wiederherstellung der landschaftstypischen Baumalleen u. a. bestehend aus Eichen, Linden, Ulmen, Blutbuchen, Kastanien, insbesondere auch Hochstamm-Obstbäume alter Sorten
- manuell zu erntende Hochstamm-Streuobstwiesen statt industrielle Obstbaumplantagen
- Wiederherstellung der Streuobstwiesen, Obstbaum-Alleen, Hausgärten und Hausbäume
- gezielte Anlage von Kleinbiotopen
- Mahd der Wiesen und Straßen-Wegränder nur noch einmal im Jahr mit der Sense, der Sichel bzw. mit dem Mähbalken (Kleintraktoren bzw. Zugtiere)
- Motorangetriebene Rasentrimmer, Mulcher, Rasenmäher, Sägen, Schredder im Privatgebrauch sind wie die unseligen Industrie-„Steingärten“ künftig verboten.
- Wiederherstellung und Neuanlage der ursprünglichen Gewässerstruktur in Stadt und Land wie Seen und insbesondere der Kleingewässer wie Teiche, eiszeitliche Sölle, Rinnsale/ Bäche
- naturgerechte Wiederherstellung verlandeter Gewässer z. Bps. an historischen Orten
- Anhebung der überall manipuliert abgesenkten Grundwasserpegel durch Beseitigung der künstlichen Grundwasserabsenkungen – z. Bsp. der „Agrar-Melioration“
- Wiederherstellung und Neuanlage der Auwälder, Feuchtwiesen, Hoch- und

Niedermoore

- Verbot industrieller Torfabbau

Hochwasserschutz/ Küstenschutz

- Wiederherstellung der vernichteten Auwälder, Wälder, Sumpfwiesen, Wiesen als Überflutungszonen für das Hochwasser der Flüsse

- Wiederherstellung der natürlichen Verläufe von Flüssen und Bächen durch:

- Beseitigung der vielen Staudämme, Wehre, Entwässerungskanäle, künstliche Fluss-Vertiefungen zugunsten des natürlichen Hochwasserschutzes mittels der Auwälder, Feuchtwiesen und Sümpfe.
- Beseitigung der naturzerstörenden Talsperren, da diese zur Energieerzeugung nicht mehr benötigt werden (z. Bsp. freie Energie)
- Beseitigung aller Begradigungen, Kanalisierungen, Beton-Steinkorsetts und Verrohrungen der natürlichen Flüsse und Bäche
- Aufgabe bzw. Verlegung aller hochwassergefährdeten Siedlungsstrukturen in höher gelegene Gebiete

- Wiederherstellung der natürlichen Küstenlandschaften durch:

- Rückverlegung bzw. Aufgabe der Deiche und industriellen Hochwasserschutzanlagen in den natürlichen Überflutungsgebieten der Nordsee, insbesondere der Watten, der Vorländer, Polder, Salzwiesen
- Renaturierung der natürlichen Überflutungsflächen und Küsten, ausgenommen sind Städte, wie z. Bsp. Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Cuxhaven und Hamburg
- Siedlungsaufgabe besonders erosionsabgängiger Gebiete, weil auf Dauer nicht haltbare Siedlungsräume, wie z. Bsp. die Insel Sylt
- unvermeidbare Hochwasserschutzanlagen und Wehre sind vom sichtbaren Beton (z. Bsp. sog. „Tetrapoden“ u. ä.) zu befreien und naturnah unauffällig zu gestalten.
- Schließung und Abriss aller nach 1990 gebauten Umwelt- und naturbeeinträchtigenden Luxushäfen für private Motorboote (sog. „Yachten“) und Luxus-Segelboote bzw. Schiffe (sog. „Marinas“) bzw. bei Notwendigkeit Umwandlung in Häfen für kleine Segel- und Ruderboote sowie der regionalen See- und Binnenfischerei
- Rück- bzw. Umbau der modernen Strandbäder entsprechend den Naturschutz und kulturhistorischen Erfordernissen u. a. durch Wiedererrichtung der alten Fischerdörfer im Zuge der Wiederbelebung des Fischereiwesens

Die Renaturierung der vielfach gestörten Uferzonen von Binnengewässern erfolgt unter denselben Maßgaben.

Insbesondere wird die uferzerstörende Bootshaus- und Stegbebauung aus BRD/DDR-Zeiten rückgebaut. Ausgenommen sind die Binnenfischerei, Häfen und Anwesen am Wasser (sog. „Wassergrundstücke“).

Der kommerzielle, umweltschädliche Kreuzfahrtschiffstourismus ist künftig in deutschen Hoheitsgewässern untersagt.

Bergbau/ Tagebau

- Schließung aller Braunkohletagebaue, Deponien und Halden, Renaturierung und Rettung bereits verlassener Ortschaften

Die sofortige Beendigung der sozialistisch-kommunistischen Kulturbarbarei auf deutschem Boden und Wiederherstellung der ursprünglichen Arbeits-,

Wohn- und Lebenskultur der deutschen Stämme!

Notwendige kurz-mittelfristige und längerfristige Maßnahmen:

- sofortiger Stopp und Verbot des Immobilienhandels und des Maklerunwesens
- Wiedereinführung des regionalen Heimatschutzes (Heimatschutzbewegung)

Bauwesen

- Umwandlung der sog. „Bauindustrie“ der großen Baufirmen zugunsten wieder kleiner, regionaler Bauhütten
- Reformierung zum ökologisch-umweltgerecht, behutsamen Bauen
- Förderung der gesund kreativen Handarbeit im Bauwesen und Vermeidung Einsatz von schwerer bzw. überschwerer Baumaschinen zum Schutz von Umwelt und Natur
- weg vom Sündenfall der „modernen“ Reissbrettschiene, des toten rechten Winkels, dem modernen Lasermessgerät und der Wasserwaage bis auf die wenigen, unerlässlichen Ausnahmebereiche in Industrie und Bauwesen
- Abschaffung des gesamten BRD-Architektenstandes der natur- und menschenfeindlichen sozialistischen „modernen“ Containerarchitektur mit Karosseriefassaden aus kaltem Beton, Klinker, Glas und Stahl
- gebaut wird wieder von den Handwerkern zusammen mit den Architekten vor Ort nach den natürlichen Gegebenheiten und Erfordernissen und nicht mehr von Technokraten im Büro bzw. am Computer

Strukturwandel der Städte und Dörfer



„Nichts ist bedauerlicher, dass so viel guter Tee zu schlechtem Tee verkocht wird!“

Unsere Landschaft ist eine über einen langen Zeitraum geschichtlich gewachsene Struktur.

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat ab 1949 fast die gesamte Siedlungsstruktur der deutschen Landschaftskultur demoliert und ruiniert!

Dazu zählen auch die alten deutschen Kunst- und Kulturdenkmäler.

Das Wunder einer alten deutschen Stadt: Mitten in der freien Landschaft hinter Mauern und Türmen, eine kleine Welt - eine Welt im Kleinen, ein gebauter Kosmos, ein Kunstwerk, ein Gehäuse dicht zusammen stehender, nicht genormter Häuser, ein Sinnbild von Schutz, von menschlichem Zusammenleben, Gemeinsamkeit, Behaglichkeit, gebaute Nachbarschaft, gebaute Lebensräume in Mustern freier Fantasie ohne Reissbrettschiene und Symmetrie, eine Stadt zu Fuß, geschwungen-geräumige Wege der Hauptstraßen, Straßenplätze, (gleichzeitiger Marktplatz), Nebenstraßen und Gassen und Steige als Querungen, wie die Sprossen einer Leiter von Giebeln geführt werden, Wände, den Türmen, Erkennungsmerkmale - präzise Stadtgestalt im harmonischen Gefüge des gemeinsamen Maßstabes, Versetzungen und Knicke der Häuserzeilen vermitteln Lebendigkeit und Vielfalt, und harmonisches Wachstum - ähnlich wie die Jahresringe eines Baumes...

Das Wunder eines alten deutschen Dorfes bedeutet nicht genormte Gebäude, sondern gebaute Nachbarschaft im natürlichen Lebensraum, das urgesellschaftliche Sinnbild menschlichen Zusammenlebens in und von der Natur, Vielfalt, Buntheit einer regionalen Stammeskultur...

Ausgangslage in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2021:

Postmoderner sozialistischer Protzschrott prägt heute unsere Lebens- und Wohnkultur!

Der berechenbare sozialistisch-dressierte Mensch ist nur in der Intensivhaltung einer gesellschaftlichen „Wohnkultur“ „moderner“ Massenhaltungsquartiere zu erziehen.

Der Sozialismus schafft nur Gebäude von der Stange und/ oder Menschen von der Stange.

Unsere Umwelt, wie die Architektur, der Städtebau und die gestaltete Natur spiegeln unser innerliches Wesen wieder!

Das sozialistische Erbe der BRD:

Die BRD-Okkupationsverwaltung und die privaten Unternehmen/ Konzerne haben unsere gesamte Landschaft/ Umwelt nahezu vollständig zerstört, schwer geschädigt und das natürliche Gleichgewicht sprichwörtlich „aus den Angeln gehoben“!

Ergebnis der sozialistischen Fehlplanung - unverantwortlich organisierte Fehlverwaltung (sog. „Missmanagement“):

Die einst schönen, stolzen Städte und umliegenden Ortschaften sind unter Verwaltung der BRD zu angloamerikanischen Massenhaltungsanlagen für Menschen und zu ohrenbetäubenden Verkehrsknotenpunkten mit schrill aggressiver Verbraucherwerbung verkommen.

Geprägt wird unser Lebensraum durch Übererschließung, Verstädterung durch rücksichtslose Ausuferung der Städte in die Umgebungslandschaften, damit

Verschwendung von natürlichem Raum durch spekulativen Flächenverbrauch durch Gewerbewüsten (sog. „Gewerbegebiete“), Wohnsiedlungsbebauungspläne, sozialistische Einheits-Regelbauten u./ o. Typenbauten (DDR: TGL BRD: DIN-Norm), die Hallen der monotonen Einkaufszentren („Supermärkte“), Möbelhäuser, Supermärkte, von sog. „Freizeitparks“ im Walt Disney-Format einer angloamerikanisch-westlichen Bepflanzungsindustrie (z. Bsp. aktuell auch sog. „Outlet-Center“), Autobahnen, Umgehungsstraßen, Zubringer, Parkwüsten, über- und unterirdische Parkbunker, eine Flut von Straßenverkehrsschildern, Hinweisschildern, Verbotsschildern, Leitplanken, Parkautomaten, Ausbau der Flüsse zu Wasserpisten, lebendige Natur als „Grün“ unterteilt in „Straßenbegleitgrün“ und „Großgrün“ auf Schnipselflächen. Autowahn statt Felder, Wiesen und Wälder, „Bio“-Methangasanlagen (Klimakilleranlagen) statt Lebensmittelerzeugung, gigantische Windkraftanlagen („Windparks“) statt Wind- und Wassermühlen zur regionalen Stromerzeugung und Handwerk, Agrar-Gentechnik (Mais, Getreide) für die „Bio“-Methangasanlagen der Agrar- und Tierfabriken, Energie-Freileitungstrassen, Rodungen von Wald- und Hecken im Rahmen der sozialistischen Flurbereinigung, hohe Schadstoffemissionen und Entsorgungskosten, wahnsinnig hohe Energieverschwendung, Menschenmassenhaltung in den Containern u./ o. trübsinnigen Kisten einer sog. „Moderne“.

Dazu gesellt sich überall derselbe, gleichgeschaltete Schrott des Banalen, des überall Beliebigen, wie in Wittenburg z. Bsp. auch die Granitquader-Wasserspülung als „Brunnen“, die das Stadtbild verschandelnde, klobig-hässliche Einheitspflanzkübel aus verzinktem Industrieblech oder lasiert-vergifteten Bauholz, schreiende LED-Straßenlampen, die unbequemen Quadrat-Bänke ohne Lehne, die müllabweisenden, kalten Edelstahl-Papierkörbe, die Fußboden-Stolperstein-Lampen, LED-Scheinwerferbatterien zur fürstlichen Beleuchtung der Containerarchitektur usw. Überall die banale industriell-gleichgeschaltete und spießbürgerlich-kitschig verschandelte Landschaft mit Gartencenter-Niveau.

Was ab 1933 die nationalen und internationalen Sozialisten und wenig später die Bomben der „Befreier“ an unserem Lebensraum, Kunst und Kultur nicht zerstört haben, wurde später im blind naiven, sozialistischen Fortschrittsglauben an „blühenden Wirtschaftswunderlandschaften“ fast restlos geopfert.

Eine heute weltweit grenzenlose kapitalkommunistische „Kulturrevolution“ nach rotchinesischem Vorbild - die längst alle Völker der Erde betrifft... (siehe auch den Plan: „The Great Reset“, „COVID-Masterplan“, „4. Industrielle Revolution“ des Beauftragten Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum – „World Economic Forum“ Beweis-Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Great_Reset)

Daher ist der Staatsauftrag, die sofortige Beendigung der sozialistisch-kommunistischen Kulturbarbarei auf deutschem Boden und Wiederherstellung der ursprünglichen Arbeits-, Wohn- und Lebenskultur der deutschen Stämme! Notwendige kurz-mittelfristige und längerfristige Maßnahmen:

- sofortiger Stopp und Verbot des Immobilienhandels und des Maklerunwesens
- Wiedereinführung des regionalen Heimatschutzes (Heimatschutzbewegung)

Strukturwandel in Stadt und Land

- Nach der Rückführung der illegal durch die BRD nach Deutschland übersiedelten Menschenmassen fremder Völker in deren befriedete Heimatgebiete erfolgt die schrittweise Rücksiedlung der einheimischen deutschen Stammesbevölkerung in die ländlichen Gebiete.
- Jeder deutscher Bürger hat einen rechtmäßigen Anspruch auf ein menschenwürdiges, das heißt anheimelndes, wohltuendes, gemütliches Heim und/ oder Zuhause!
- Einsatz der Massenmedien und Beamte vor Ort, um auch die Einwohner aufzuklären und wieder für die wahre, natürliche Lebensqualität zu begeistern
- Aufklärung über das natürliche Wohnen ohne den eingetrichterten sozialistischen Hygiene- und Regulierungswahn von „Frau und Herr Saubermann“ aus der Werbung des chemisch-industriellen Komplexes
- Rücksiedlungsprogramm der Menschen von der Stadt auf das Land
- Umsiedlung der Einwohner aus den sozialistischen BRD-Wohnsilos in frei werdende bzw. neu zu bauende 1 bis 2 Familienhäuser, Reihenhäuser oder Wohnhäuser bis maximal 3 Etagen
- auch hier gezielter Einsatz fachlich qualifizierter Planer und Architekten sowie deren Ausführungsbeamte vor Ort
- Es wird nicht mehr wild und brachial ohne Rücksicht auf Verluste in der Landschaft geklotzt, niedergewalzt und geschoben!
- Künftige Neubauten von Gebäuden, Straßen, Wegen, Tunnel und Brücken usw. werden wieder architektonisch harmonisch-einfühlsam in die gewachsene Dorf- und Stadtlandschaft integriert.

Die große Kunst wieder ein kleines Haus zu bauen:

- künftige Neubauten nur noch als behagliche, anheimelnd gemütliche Einzel- und Reihenhäuser mit Geschosshöhe von 1 bis maximal 3 Wohn- bzw. Nutztagen – ausgenommen die historisch-öffentlichen Gebäude
- Neubauten werden nach alt-bewährter Struktur und nach den heutigen Bedürfnissen errichtet.

Das Fachwerkhaus ist das bestmögliche und bewährteste „Schnellbauhaus“ für den Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte und Dörfer:

- Vorzugsweise regional - durch die Dorf- und Stadtgemeinschaft zu errichtenden Fachwerkbauten mit Förderung des individuellen Selbstausbaus
- Mut zu alt-neuem Bauen: z. Bsp. germanische Langhäuser, Wikingerhäuser, Häuser aus Lehm, Holzbohlen, Erdhäuser mit heutigen Wohnniveau
- Wiederherstellung der natürlich ländlichen Siedlungsstrukturen wie Kleinstädte, Dörfer, Vorwerke und Weiher
- Befreiung der Innenstädte von den Büros der aufgelösten und enteigneten Privatbanken, Versicherungen, Konzernen usw.

- vollständiger, sofortiger Baustopp und nachfolgender Rückbau aller postmodernen BRD-Bauprojekte:

- Das bedeutet die Befreiung der Dörfer und Städte von der menschen- und naturverachtenden Gleichschaltungsarchitektur, vom öden, monotonen Albtraum von trübsinnigen Kisten, Containerarchitektur u./ o. gestapelten Karton-Zellen der „Moderne“ durch vollständigen Rückbau aller ab 1950 erschaffenen, menschen- und naturfeindlichen, abstoßend kalter Bauwerke.

Dazu zählen weiter die Einkaufscenter-Kaufhaus-Konsumhöhlen, die riesigen Logistikcenter, die Möbelgiganten, die gesamte Container-Architektur der „Moderne“, den Autobahnen, den Zubringern, Schnellstraßen, den Autobahntunneln, Autobahnbrücken, den ganzen Autobahnzubehör wie Schilder, Überwachungsanlagen, Leitplanken, grelle Ampelanlagen, die kalten LED-Straßenleuchten, der alles versiegelnden Asphalt- und Betonflächen usw.

- Abbruch aller öden Wüsteneien – genannt „Gewerbegebiete“ an und in den Städten und Dörfern, weil Handwerk, Handel, das Gewerbe sich wieder harmonisch in die Städte einfügen und dort wirtschaftlich aufblühen
- Aufhebung und Beseitigung sog. „Lückenbebauung“ in den Gemeinden.
- zwischen den Wohnhäusern muss ausreichend Abstand zum Schutz der Privatsphäre und für den Hausgarten und/ oder Kleintierhaltung sein
- Ausgenommen vom großen Rückbau sind private Wohn- und Geschäftshäuser, welche sich in das historische städtische und dörfliche Landschaftsbild einfügen.

Beendigung der sozialistischen Stadtplanung und Rückbau der Städte und verstädtert versteinerten Dörfer in die ursprüngliche Struktur:

Es erfolgt dazu keine sog. „Disneyland-Rekonstruktion“ oder Kitschbauten im „neubayrischen Jodlerstil“, keine Dekoration oder Maskerade, sondern die Rückbesinnung und Rückführung in die historisch gewachsene Struktur unserer einst großartigen Kulturnation.

Oberstes Gebot für den Städte- und Siedlungsbau in der deutschen Heimat ist die absolute Sparsamkeit an kostbarem Grund und Boden!

Voraussetzungen:

- nach über 70 Jahren Flächenfraß, Wucherungen und weiten Wegen endlich wieder zur menschengerechten-harmonisch-kompakten Stadt
- keine Monsterbauten der „Postmoderne“, schreiende Werbung großer Handelsketten, der Großindustrie
- kein narzisstischer Geltungsdrang Einzelner = keine BRD-Ellbogenarchitektur mehr
- künftige Städtebaukunst im menschlich-harmonischen Gefüge zum natürlichen Leben für Jedermann und jeden Tag
- Der Mensch steht wieder im Mittelpunkt der Stadt
- Wiedereinführung der bewährten Giebelbauweise
- Einheit von natürlich regionalen Baumaterialien, Formen und Farben
- Struktur der mittelalterlichen Stadtplanung mit wieder fließenden, bewegungsfreundlichen Straßen, unregelmäßigen, unzerschnittenen und behaglichen Plätzen für Handel und Wandel
- kurze Wege, wie z. Bsp. wieder 3 bis maximal 10 Minuten Fußweg bis in die freie Landschaft und Natur vor den Mauern der Stadt
- Wiedereinführung von Gärten direkt vor der Stadt
- Wiedereinführung der alten Hausbäume (Linde, Eiche, Ulme, Kastanie, Birne und Apfel) statt Kübel-Zwergkrüppel
- ökologische Stadtbegrünung der Wände und Mauern mit Kletterpflanzen wie Efeu, Blauregen, wilden Wein, Hauswein, Obst (wie Birne, Apfelbäume und der Glyzinie)
- kein wildes Wuchern, Auskippen, Überschwappen von Gefüge-zerreißenden, gesichtslosen, kulturlosen, gestaltlosen, uferlosen und endlosen Vorstadtsiedlungen (sog. „Schlaf- bzw. Geisterstädte“) und Einheitsregelbau-Wüsten als sog.

„Gewerbegebiete“

- keine autogerechte Stadt mit brutalen Stadtautobahnen, Schnellstraßenpisten, uferlose Großraumparkplätze, unterirdischen und oberirdischen Parkbunkern, Parkautomaten, Parkstreifen, grell-schreiende Ampelanlagen, düstere Fahrzeug-Tunnel und hässliche Betonbrücken, plärrende Tankstellen, endlose Lärmschutzwände mit Fluchtwegen, wie in einer Haftanstalt usw. usf.
- keine protzigen Fußgängerzonen mit *Granit*-Wasserspülung als „Brunnen“, klobig hässliche Einheitspflanzkübel aus verzinktem Blech oder lasiert vergiftetem Holz, schreiende LED-Straßenlampen, die unbequemen Quadrat-Bänke ohne Lehne, die müllabweisend-kalten Edelstahl-Multifunktionspapierkörbe, Bügel, Sperrriegel, Geländer aus Industrieisen und Edelstahl
- Bauwerke dürfen künftig endlich wieder würdig altern:
Flechten und Moose gehören wieder in das Bild unserer Städte und Dörfer.

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- Die Energie muss wieder ungehindert fließen:
- Befreiung der Städte und Dörfer durch Beseitigung aller Industriezäune, Poller und Sperranlagen aus der BRD-Besatzungszeit
- Wiedereinführung der Baukunst alter und neuer Meister
- Beendigung der sog. „Verstädterung“ (sog. „Urbanisierung“) durch vollständigen Rückbau der BRD-Großstädte auf ein natürlich-wohnlich gesundes Maßverhältnis
- historisch detailgetreue Wiederherstellung/ Rückbau des alten Stadtbildes in anheimelnder, wohltuender gemüthlicher Architektur der städtischen Struktur und Ausdehnung im Stand vor 1815.

Inbegriffen ist die gesamte Innen- und Außenarchitektur unter Nutzung regional-einheimischer Naturbaustoffe vom Dach bis in den Keller.

Das betrifft auch die historisch detailgetreue Wiederherstellung der in der BRD-Zeit „modern“ wiederaufgebauten, sanierten und ergänzten historischen Gebäude

- Reaktivierung der deutschen regionaltypischen Fachwerkbaukunst mit Holz, Naturstein, Ziegelsteine, Erdfarben in historisch überlieferter Form und Beschaffenheit und Lehm mit heutigen Wohnniveau
- Sicherung und Wiederverwendung aller geschichtlich wertvollen Baumaterialien und Elemente aus Ziegelton, Keramik, Holz, Glas, Naturstein, Stuck usw..
- Reaktivierung der großen deutschen und europäischen Baukunst der Romanik und Gotik, Renaissance, Barock, Rokoko, Klassizismus, Romantik, Jugendstil, Art Déco und zeitgenössischer Naturbauweise
- vollständige Wiederherstellung aller ab 1919 vernichteten Kunst- und Kulturdenkmäler, Gotteshäuser, Schlösser und Burgen, Gutshäuser, Friedhöfe mit ihrer alten Sakralkultur, einschließlich Sanierung vorhandener Bausubstanzen mittels bester wissenschaftlicher Methoden im Außen wie auch im Inneren der Gebäude

Die neue germanische Renaissance = die Wiedergeburt Germaniens:

- sog. *Sternenstädte* und *Sternendörfer* entsprechend der traditionellen Vorbilder der sog. „Renaissance-Zeit“ (Aufbau ähnlich wie die geometrische Struktur der Schneeflocken)
- Die Sternenstädte und Sternendörfer sind ein über das gesamte Stammesgebiet umfassendes, asymmetrisch gestaffeltes, völlig unabhängig organisiertes

Verteidigungssystem, welches wie ein natürliches Zellsystem aufgebaut ist und funktioniert

- Daher erfolgt die historisch detailgetreue Wiederherstellung auch zu Schutz- und Einfriedungszwecken der ab ca. 1800 abgetragenen Befestigungen und Wehranlagen der Städte, (Wehr-) Dörfer und Landsitze (Stadtmauern, Türme, Festungen, Bastionen, Forts, Kurtinen, Wallanlagen, (Wasser-)Gräben, Schanzen und Hecken sofern es möglich ist.

Dazu zählt auch der Neubau von modernsten Bunkersystemen.

Alle Befestigungsanlagen sind im Inneren nach modernsten Anforderungen erschaffen und gerüstet.

- Die gesamte Wiederherstellung aller Bauwerke und Neubauten erfolgt stets mit Naturbaustoffen aus der Region wie Holz, Lehm- Kalkbaustoffe, Feldbrandziegel und die vor Ort vorkommenden Natursteine

- Ausgenommen sind repräsentative Prachtbauten, Kunstwerke und Denkmäler aus hochwertigem Naturstein und Metall. (Marmor, Granit, Kalkstein, Sandstein, Porphy, Basalt, Raseneisenerzgestein, Bronze, Messing, Guss- und Schmiedeeisen usw.)

- Reaktivierung der Feldbrandziegeleien mit dem Schwerpunkt der Backsteine nach den historischen Formaten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

- Aktivierung der urdeutschen Baustile GOTIK und der germanischen Romanik! (göttlicher Baustil)

Der Schwerpunkt künftiger Ziegelbauten wird deshalb der sog. „Klosterformat-Ziegelstein“ sein, weil sich besonders dieser großformatige, stabile Backstein historisch für fast alle Bauwerke hervorragend bewährt hat – siehe dazu die sog. „norddeutsche Backsteingotik“ und die sog. „Romanik“.

- Die Wiederherstellung erfolgt insbesondere bei den germanisch-frühmittelalterlichen Burganlagen streng nach archäologischen Prinzipien, sofern eine Rekonstruktion überhaupt möglich und sinnvoll ist. Vor allem geht es um die archäologische Erschließung und Bestandsicherung aller frühzeitlichen Bauwerke und Objekte

- Endsiegelung der Wege und Plätze vom Beton und Asphalt

- Rückbau bzw. Ersatz aller „modernen“ BRD-Bauwerke aus unnatürlichen, umweltfremden, kalten Baustoffen wie Beton, Asphalt, Edelstahl, (rostigen) Industrieisen, Einheitsklinker und Glas.

Dazu zählen z. Bsp. Gebäude, Brücken, Straßen, Mauern, Industriezäune, Bügel, „Poller“ – weiter industrielle „Kunstwerke“ wie plastische Darstellungen wie. Z. Bsp. Gartenmarkt-Spülsteine („Brunnen“) aus Stein, zur Schau gestellte Industriebauteile aus (rostigen) Eisen, Holz, Stein und Kunststoff

- dazu weiter sog. „Stadtmöbel“ wie Papierkörbe, Pflanzbehältnisse aus Waschbeton und Stahl, „moderne“ Bänke, Fahrradständer, Postkästen aus Eisen, Stahl, Kunststoff, plumpe Holzelemente im bayrischen „Jodlerstil“ u. ä. gestalterische Grausamkeiten im öffentlichen Raum.

Diese Baulichkeiten und „Stadtmöbel“ werden bei notwendigem Bedarf nach alt überlieferten landschaftstypisch - möglichst bewährt - historischen Vorlagen neu gestaltet

- Wiederherstellung und Neuanlage der bäuerlichen Hausgärten mit Blumen, Gemüsepflanzen, Obstbäumen, Beerensträuchern in unseren Städten und Dörfern
- sog. „Steinwüsten“ und „Baumarkt-Vorgärten“ mit fremdländischen Koniferen,

Blaufichten, Nadelgehölzen aller Art, Zwergkrüppeln u. ä. sind künftig untersagt

- Beton und Stahlkonstruktionen werden bei Notwendigkeit wieder versteckt gebaut.
- Ersatz aller Straßen-Wegedecken, öffentlichen Plätze aus Asphalt- und Beton durch Natursteinpflaster, Steinplatten, Kies u. ä. natürlich regionale Baustoffe
- Entsiegelung aller Feld- und Waldwege
- Verbot sog. BRD-Lichtraumprofilschnitte an Straßen und Wegen
- Rückbau des völlig überflüssigen und landschafts-zerstörenden BRD-Fahrradstraßennetzes, weil Fahrradfahrer auf Grund der künftig geringen Verkehrsdichte wieder gefahrlos die öffentlichen Straßen, Plätze und Wege benutzen können.
- Erfassung und Wiederherstellung aller seit 1945 durch die BRD-DDR-Flurbereinigung beseitigten Feld- und Hohlwege, Urwege und Pfade
- Wiederherstellung bzw. Umgestaltung aller Brücken und Furten nach landschaftstypisch historischem Vorbild
- Verbot und Beseitigung jeglicher aufdringlicher Werbung. Die Werbung erfolgt künftig über altdeutsche Fraktur-Schriftzüge und schmiedeeiserne Ausleger im historisch ortstypischen Stil.
- ortsangepasste warmweiße Beleuchtung mittels Laternen und der bewährten Glühbirne
- Verbot greller, augenfeindlicher Lampen (z. Bsp. Neon- und LED-Leuchten) sowie aufdringlich aggressive Leuchtreklame
- Nachts ist es wieder es dunkel = Beseitigung der unnötigen Lichtemission durch Beendigung der flächendeckenden Nachtbeleuchtung in den Dörfern und Städten
- der gute, alte Nachtwächter wird in den Städten wieder eingeführt
- Die Technik dient ausschließlich nur zum Wohl des Menschen und wird künftig verdeckt unaufdringlich genutzt.

Die gesamte deutsche Heimat wird zu einer wunderschönen Park-, Garten- und Wald- und Naturlandschaft nach dem Wörlitz-Dessauer Vorbild englischer Landschaftsgärten (z. Bsp. Landschaftsarchitekt Peter Joseph Lenné) umgestaltet.

Alle Maßnahmen dienen auch zur Wiederherstellung eines ausgewogenen Klimas.



Kunst und Kultur

Die Kunst und Kultur liegen in Deutschland durch fast 100 Jahre sozialistischer Herrschaft fast völlig am Boden!

Beliebiges vom Beliebigen ist das Gegenteil von Kultur.

Die Kultur ist Haltung - die Aufgabe von Haltung ist Unkultur.

Auch hier die gründliche Beendigung der sozialistischen Kulturbarbarei auf deutschem Boden!

Notwendige kurz-mittelfristige und längerfristige Maßnahmen:

Auch hier vollständige Beendigung der zerstörerischen angloamerikanischen Subkultur durch

- Wiederherstellung der eigenen deutschen Kunst und Kultur in allen Lebensbereichen (z. Bsp. Filmkunst, Theater, Musik, Literatur, Malerei, Bildhauerei, Geisteswissenschaften)
- staatlich garantierte Freiheit der Kunst und Kultur unter Einhaltung der gesellschaftlich-ethisch-moralischen Werte
- Die Kunst darf bei uns wieder anmutig, verspielt, gewagt-mutig und vor allem wieder schön und erbaulich sein.
- Beräumung der primitiv-hässlichen sozialistischen Gleichschaltungskunst der sog. „Moderne“ (BRD-Kunst“) im öffentlichen Raum mit gleichzeitiger Wiedereinführung von Schönheit aller Kunststilrichtungen der sog. „Romanik“, „Gotik“, „Renaissance“, „Barock“, „Rokoko“, „Klassizismus“, „Romantik“, „Jugendstil“, „Art Déco“ bis hin zur zeitgenössischen Volkskunst aus allen Ständen der deutschen Völker
- Die deutschen Volkskulturen verlassen sinnbildlich die Museen und kehren auf allen Ebenen in das gesellschaftliche Alltagsleben zurück. (Bsp. die „Blumenfrau“ Bertha Klingberg in Schwerin/ in Mecklenburg)
- Wiedereinführung der erbaulichen Künste der schöngeistigen Literatur, Dichtung, Lyrik, der Malerei, der wundervollen Musik der deutschen Klassik und unserer Volkslieder in die Alltagskultur
- Wiederherstellung der regional vielfältigen Volkskulturen der deutschen Stämme mit einhergehendem staatlich garantiertem Schutz, Förderung und Pflege der deutschen Volkskunst, Brauchtum und der deutschen Volkskultur
- Wiedereinführung der regionalen Volkstrachten und der Standeskleidung im Volk
- Wiedereinführung einer ehrenvollen Uniform für alle Staatsbeamten
- Wiederherstellung der Wirtshäuser in gediegener Gastlichkeit, Qualität und Behaglichkeit, anstatt der aufgesetzten BRD-„Erlebnisastronomie“ oder besser Schauspielerlei/ Maskerade
- Wiedereinführung der sog. „Tanzlinden“ und Wiederherstellung der Tanzsäle in den Wirtshäusern in den Dörfern und Städten

Der Massentourismus zerstört mehr und nachhaltiger als jeder Krieg!

- Beendigung des Massentourismus und Rückbau aller touristischen Großanlagen, Hotels (sog. „Bettenburgen“), Massensportzentren, der modernen römischen Arenen
- sog. „Stadien“ („Amphitheater“), energieverwendende Skihallen (sog. „Alpin-Center“) und der gesundheitsschädlichen Massen-Schwimmbädern - zugunsten eines Systems von kleinen, gemütlichen Herbergen, Wirtshäuser und Gasthöfe mit klein-überschaubar, regionalen Sportangeboten
- Wiederherstellung der altbewährten Lichtspieltheater (sog. „Kinos“) in den Dörfern und Städten
- Überprüfung und ggf. Verbot von der Allgemeinheit gefährdenden Filme und Schriften aus „In- und Ausland“ (z. Bsp. Inhalte der angloamerikanischen Hollywood-

Industrie)

Kunst- und Kulturdenkmäler

Deutschland ist heutzutage kulturell völlig ausgeplündert!

Allein in Mitteldeutschland haben die BRD-DDR-Sozialisten und die Alliierten Besatzer weit über 2252 Schlösser samt Inventar, Parks und Gärten zerstört. Darunter allein in der Mark Brandenburg über 643 Herrensitze und Parkanlagen samt Inventar!

Notwendige kurz-mittelfristige und längerfristige Maßnahmen:

- Denkmal- und Kulturschutz unter Maßgabe höchstqualitativer Gesichtspunkte
- archäologische Erfassung, Konservierung und ggf. behutsame Wiederherstellung aller noch vorhandenen Bodendenkmäler in ihrer ursprünglichen Form
- Wiederherstellung aller ab 1945 zerstörten Denkmäler und Gedenkstätten deutscher und preußischer Geschichte (ausgenommen die Denkmäler des National-Sozialismus von Adolf Hitler)
- staatlich garantierter Denkmal- und Kulturschutz, Schutz/ Rettung der Altertümer
- strafbewehrtes Verbot des Handels mit kulturhistorisch wertvollen Altertümern und Kunstwerken
- historisch korrekte, ideologie- und religionsfreie Aufarbeitung aller Denkmäler und Gedenkstätten nach dem neusten Stand der freien Wissenschaft und Forschung

Feuerwehr/ Brandwache und Rettungswesen:

Feuerwehr und Rettungswesen sind heutzutage nur noch privat-kommerzielle Unternehmen! (z. Bsp. Vereine)

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

- staatliches Feuerwehr- und Rettungswesen
- Diese Staatsbeamten tragen eine dunkelblaue Uniform mit dem Schriftzug „Feuerwehr“ bzw. Rettungsdienst“ und dienen selbstlos zum Schutz der Bürger
- Der Not-Arzt trägt die standesgemäße weiße Arztkleidung mit der Aufschrift: „Notarzt“
- sog. „freiwillige Feuerwehren“ gehen in der staatlichen Feuerwehr/ Brandwache auf
- Der wöchentlich stattfindende Sirenen-Test-Alarm“ der BRD wird eingestellt und technische Alternativen zur Funktionsüberprüfung geschaffen.
- Die Brandwachen stehen in ständiger Bereitschaft und ergänzen den Nachtwächter und die Streifendienste.

Schutzpolizei und Verteidigung

Die Polizei

Die BRD-Okkupationsverwaltung hat die gesamte „POLIZEI“ und Armee „Bundeswehr“ zu Söldner-Unternehmen privatisiert und setzt diese Einheiten bei Bedarf gegen die deutsche Bevölkerung oder auf internationalen Kriegsschauplätzen zur Unterstützung der Westalliierten USA-NATO ein!

Notwendige Sofort-Maßnahmen:

Die Schutzpolizei

Die deutsche Schutzpolizei dient ausschließlich zum Schutz der Bevölkerung und deren Heimat.

- Die Schutzpolizei steht in direkter Verbindung und unter Schutz der Armee nach bewährtem altpreußischem Muster.

- Der unbewaffnete Polizeibeamte heißt künftig *Schutzmann* und trägt eine dunkelgrüne Uniform, eine Trillerpfeife, einen Ehrensäbel mit Portepée und ein Tschako mit entsprechenden Stammeswappen der jeweiligen Bundesstaaten, Königreiche, Herzog- und Fürstentümer und freien Reichsstädte, Hanse.

Die Schutzpolizei ist Teil der Armee und steht unter deren bewaffneten Schutz mittels Sondereinsatzkräfte („SEK“) der Militärpolizei („MP“).

Der militärpolizeiliche Einsatz des SEK erfolgt nur im äußersten Notfall bei akuter Gefahr an Leib, Leben und körperlicher Unversehrtheit.

- **Die Kriminalpolizei** ist nicht uniformiert und für Ermittlung und Festnahmen von dringend tatverdächtigen Verbrechern spezialisiert und bestens gerüstet.

Die Armee

- Der alt-bewährte preußisch-heldenhafte „Langemarck-Geist“ und der Nationalstolz werden wiederbelebt und bilden das geistige Fundament der allgemeinen Wehrhaftigkeit! (siehe Vietnamkrieg u. ä.)

- Die auf den höchsten technischen und organisatorischen Stand zu modernisierende Armee heißt *Reichswehr* und dient ausschließlich der Heimat-Verteidigung und dem Grenzschutz.

- allgemeine Verteidigungspflicht für alle wehrfähigen Männer von 19 bis 40 Jahren

- Die Verteidigung erfolgt ausschließlich zum Schutz der Heimat, der deutschen Völker und des Friedens: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich meinem deutschen Volke und Vaterland allzeit in bedingungsloser Treue und Redlichkeit dienen und als tapferer und gehorsamer Soldat bereit bin, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

- aktiver Wehrdienst zwei Jahre und in der Offizierslaufbahn mindestens drei Jahre

- Berufssoldatentum bleibt nur dem Offizierskorps vorbehalten

- Die Offizierslaufbahn beinhaltet Fach- und Hochschulstudium auf militärischem Gebiet.

- Die Reichswehr wird durch regionale, bestens gebildete und gerüstete Volkswehren, Bürgerwehren bzw. Bürgergarden unterstützt und ergänzt, welche gleichzeitig das Ersatzheer und die Reserve bilden.

- Der Volkswwehrmann behält seine hochmoderne Ausrüstung und Bewaffnung jederzeit einsatzbereit bei sich im Haus als ehrenhaftes Eigentum – gestiftet vom deutschen Volke

- Reservistenzeitdauer: 19 bis 50 Jahre

- staatliche Förderung der Volkswehren, Bürgergarden, Schützengünfte und Reservistenverbände in Stadt und Land

- Weibliche Angestellte dürfen nur in der Verwaltung, in der Versorgung, als Nachrichtenhelferinnen und im medizinischen Dienst von Militär und Schutzpolizei arbeiten.

- Der militärische Dienst an der Waffe bleibt ausschließlich wehrhaften Männern vorbehalten.

Als die Stadtmauern und deren Tore fielen, verloren die Einwohner ihren Schutz:

Die neue germanische Renaissance bedeutet auch die Wiedergeburt des wehrhaften Germaniens:

- sog. *Sternenstädte* und *Sternendörfer* entsprechend den traditionellen Vorbildern der sog. „Renaissance-Zeit“ (Aufbau ähnlich wie die geometrische Struktur der Schneeflocken)

- Die Sternenstädte und Sternendörfer sind ein über das gesamte Stammesgebiet umfassendes, asymmetrisch gestaffeltes, völlig unabhängig organisiertes Verteidigungssystem, welches wie ein natürliches Zellsystem aufgebaut ist und funktioniert

- Daher erfolgt die historisch detailgetreue Wiederherstellung auch zu Schutz- und Einfriedungszwecken der ab ca. 1800 abgetragenen Befestigungen und Wehranlagen der Städte, (Wehr-) Dörfer und Landsitze (Stadtmauern, Türme, Festungen, Bastionen, Forts, Kurtinen, Wallanlagen, (Wasser-) Gräben, Schanzen und Hecken sofern es möglich ist. Dazu zählt auch der Neubau von modernsten Bunkersystemen.

Alle Befestigungsanlagen sind im inneren nach modernsten Anforderungen erschaffen und gerüstet.

- lückenlose Sicherung aller äußeren und inneren Grenzen nach modernsten Verteidigungsgesichtspunkten.

- Die Verteidigungseinrichtungen sind stets unter Waffen jederzeit gefechtsbereit zu halten und zu pflegen.

- Wiederherstellung der historischen Zeughäuser, Kasernenanlagen mit Übungsflächen für schwere Waffen, Ausrüstung und die Ausbildung der Rekruten und Übungen der Reserve

Alle Bauwerke werden mit regionaltypischen Naturbaustoffen ausgeführt.

Die ober- und unterirdischen Bunker- und Befestigungsanlagen werden mit regionaltypischen Naturbaustoffen verblendet und mit Steinen, Erden und Bewuchs (Sträucher, Bäume, Gras, Moosen) getarnt.

- Die Angehörigen der Volkswehren bzw. Bürgergarden sind im Verteidigungsfall jederzeit voll einsatzbereit und können als Einwohner ihrer Siedlung innerhalb kürzester Zeit die Verteidigungsanlagen beziehen und die Kampfbereitschaft herstellen.

Menschenwürdige Sicherheit statt Überwachungswahn:

- Wiedereinführung der äußeren und inneren Bewachung der Städte und Dörfer mittels Brandwachen, Streifendienst und dem sog. „Nachtwächter“

Spionageabwehr und Nachrichtendienst

- Der Nachrichtendienst ist für die Spionageabwehr und Aufklärung von Aktivitäten gegen die deutschen Stämme und dessen Heimatreich zuständig und untersteht dem Militär.







Geschichtshistorische Revision

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann weder die Gegenwart verstehen, positiven Einfluss nehmen noch eine positive Zukunft gestalten!

Leitsatz: Geschichte wird immer vom Sieger geschrieben! (Alliierte)

Die Geschichtsschreibung unterliegt heutzutage in Deutschland der sozialistischen Ideologie und Dogmen von politischen Interessensgruppen!

Notwendige kurz-mittelfristige und längerfristige Maßnahmen:

- Die Geschichtsforschung und Aufklärung ist frei, unabhängig und einzig und allein der Wahrheit verpflichtet!
- Vollständige Tiefenaufarbeitung der gesamten historischen Vergangenheit Deutschlands, Europas und weltweit nach dem Wahrheitsprinzip

Mittelfristige Maßnahmen zur Reform der Gesellschaft

- Beendigung des Sklaven-Arbeitskultes durch bedingungsloses Basis-einkommen und späterer stufenweiser kompletter Abschaffung des Geldes, da als Tauschhilfe durch ständigen Missbrauch nicht bewährt
- langfristige ersatzlose Abschaffung der „Person“, weil nur der Mensch allein vor Gott zählt
- Rückkehr zum natürlichen Lebenskreislauf ohne Wachstums- und Arbeitswahn
- jeder Mensch bekommt künftig alles was er für die glückliche Erfüllung seines Lebens benötigt und sollte sich als Gegenleistung in die Gesellschaft tugendhaft nach den eigenen Fertig- und Fähigkeiten einbringen.
- Rückkehr zum altdeutschen Leistungsprinzip ohne narzisstische Arbeitssucht
- damit Beseitigung der Basis der sog. „sieben Todsünden“

1. Hochmut (Stolz, Eitelkeit, Übermut)
2. Geiz (Habgier, Habsucht)
3. Wollust (Ausschweifung, Genusssucht, Begehren, Unkeuschheit)
4. Zorn (Jähzorn, Wut, Rachsucht)
5. Völlerei (Gefräßigkeit, Maßlosigkeit, Unmäßigkeit, Selbstsucht)
6. Neid (Eifersucht, Missgunst)
7. Faulheit (Feigheit, Ignoranz, Überdruß, Trägheit des Herzens)

Rückkehr zur Tugend, Sitte und Moral - den altdeutschen-preußischen Tugenden

„Ehre wem Ehre gebührt!“

Ehre durch:

Heimatliebe (Liebe zu Gottes Schöpfung, Bodenständigkeit, Geschichtsbewusstsein)

Liebe zu Volk und Vaterland (Patriotismus)

Mut

Tapferkeit

(Selbst-)Disziplin

Aufrichtigkeit

Duldsamkeit-Geduld

Ehrlichkeit

Bescheidenheit – Mäßigkeit

Fleiß – Tüchtigkeit

Geradlinigkeit

„Üb immer Treue und Redlichkeit!“

Treue (zur Familie und in der Ehe, zu Volk und Vaterland)

Redlichkeit

Wahrhaftigkeit! = Messet sie immer an ihren Taten!

Gerechtigkeitssinn ("Jedem das Seine")

Gewissenhaftigkeit

Ordnungssinn

Pflichtbewusstsein

Selbstbewusstsein

Pünktlichkeit

Sauberkeit

Sparsamkeit

Toleranz ("Jeder soll nach seiner Lebensart glücklich sein.")

Unbestechlichkeit

Zurückhaltung („Mehr sein als scheinen!“)

Zielstrebigkeit

Zuverlässigkeit

Gnädigkeit

- „Üb’ immer Treu und Redlichkeit“ – Glockenspiel der [Potsdamer Garnisonkirche](#)
- [Theodor Fontane](#) lässt in seinem Roman [Der Stechlin](#) einen Offizier sagen: „Dienst ist alles, und Schneidigkeit ist nur [Renommisterei](#). Und das ist alles, was bei uns am

niedrigsten gilt. Die wirklich Vornehmen gehorchen nicht einem Machthaber, sondern einem Gefühl der Pflicht. Was uns obliegt, ist nicht die Lust des Lebens, auch nicht einmal die Liebe, die wirkliche, sondern lediglich die Pflicht. Es ist dies außerdem etwas speziell Preußisches. Wir sind dadurch vor anderen Nationen ausgezeichnet, und selbst bei denen, die es nicht begreifen und Übel wollen, dämmert die Vorstellung von unserer daraus entspringenden Überlegenheit.“

- „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte“ (Inscription auf dem Grabstein des Johann Friedrich Adolf von der Marwitz in Friedersdorf, der während des Siebenjährigen Krieges den Befehl des Königs, Schloss Hubertusburg zu plündern, verweigerte)
- *Être Prussien est un honneur, mais pas plaisir.* („Preuße zu sein ist eine Ehre, aber kein Vergnügen.“ – Französisches Sprichwort)

Ergebnis und Ziel einer Gesellschaft edler Menschen:

„Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.“

Konfuzius (551–479 v. Chr.) antwortete laut seinen um 200 n. Chr. aufgeschriebenen Analekten einem Schüler auf die Frage, was sittliches Verhalten sei:

„Begegne den Menschen mit der gleichen Höflichkeit, mit der du einen teuren Gast empfängst. Behandle sie mit der gleichen Achtung, mit der das große Opfer dargebracht wird. Was du selbst nicht wünschst, das tue auch anderen nicht an. Dann wird es keinen Zorn gegen dich geben – weder im Staat noch in deiner Familie.“

Sei mitfühlend liebevoll, gerecht und Weise und handle mit Herz & Verstand wie es Dir Gott lehrt!

Hauptziel: Die Rückkehr der menschlichen Gesellschaft zur göttlich-natürlichen Ordnung!





Alles kommt wieder „unter Dach und Fach“!
Alle Punkte haben für die notwendige schrittweise Umsetzung die gleichrangig hohe Notwendigkeit der Umsetzung.

Vorläufige Feststellung im Jahr 2021

Das gleichgeschaltete „deutsche Volk“ ist, ohne die Hilfe der alliierten Siegermächte nicht in der Lage das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 in Verbindung mit dem Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen, weil die meisten Menschen in Deutschland durch die hinterlistige chemische, biologische, physikalische und insbesondere psychologische Kriegsführung an Körper, Geist und Seele mehr oder weniger schwer erkrankt sind.

Dazu kommt das die BRD-Bevölkerung existenziell auf allen Ebenen völlig von der BRD-Okkupationsverwaltung abhängig ist und zusätzlich auch noch mittels bewaffneter Gewalt brutal unterdrückt wird.

Fast alle gesellschaftspolitischen Basisgruppen außerhalb von staatenlos.info sind von Agenten des Regimes unterwandert und werden gesteuert!

Daher ist auch die deutsche Opposition (NOD) gegenwärtig nicht in der Lage die bereits halbaufgewachten kritischen Menschen und deren Gruppen zu vereinigen.

Nur die kaputt-tyrannisierten Deutschen können entscheiden, ob der Menschheitstraum vom ewigen Frieden, Freiheit und Wohlstand für Alle wahr wird oder nicht!

Das dramatische Schicksal der Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!

Die Menschheit kann nur mit Liebe, Heilung, Versöhnung und Vergebung in den Frieden kommen.

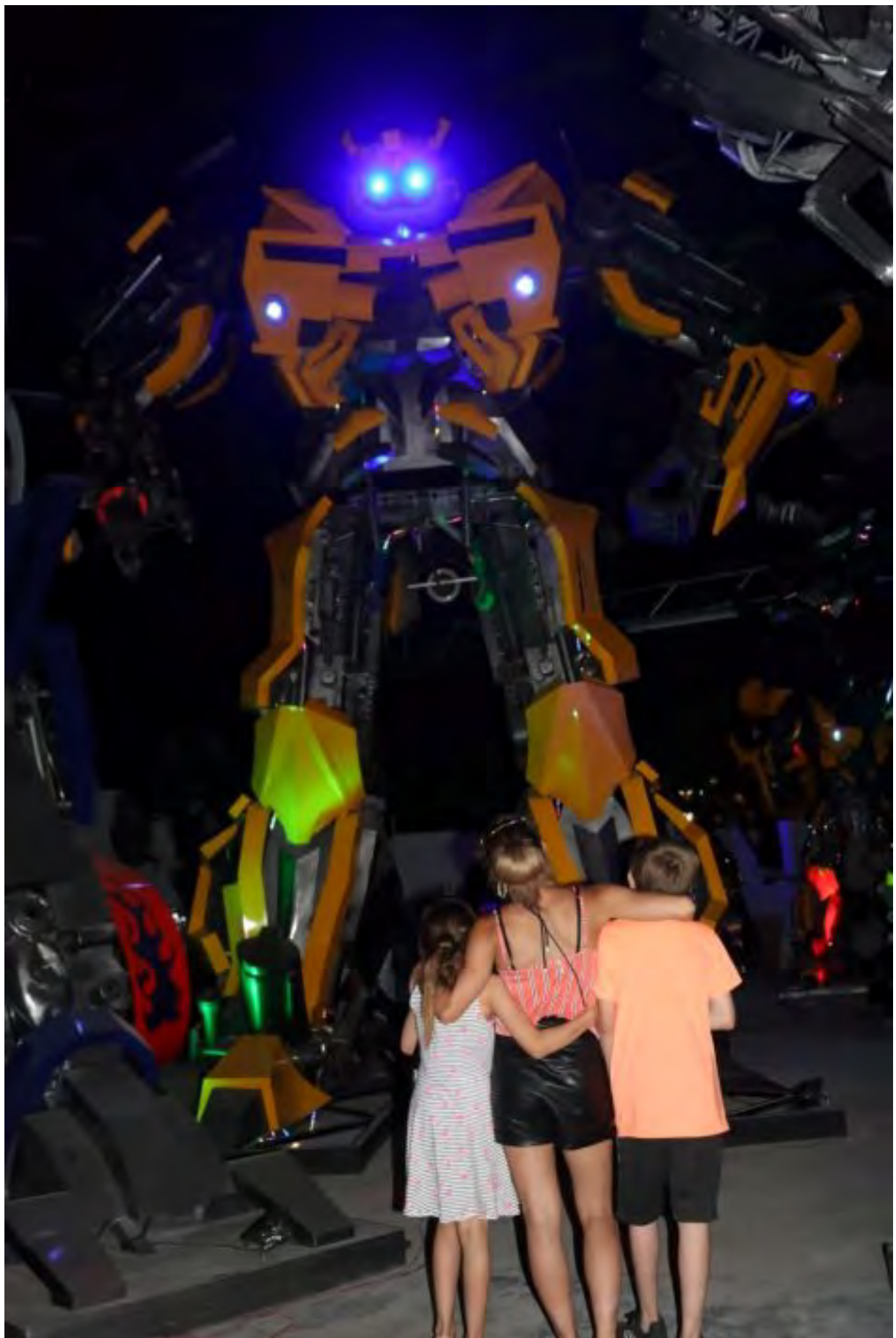
Wir! Die indigenen deutschen Stammes-Nachkommen, welche aus der Geschichte mehr als nur gelernt haben, haben ein Recht auf Befreiung vom Nationalsozialismus, Faschismus, Nazismus, Militarismus und einen gerechten Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Erde gemäß dem aktuell gültigen Potsdamer Abkommen von 1945!

Ohne die Hilfe, der bis zum heutigen Tage kriegsbetroffenen Völker der Erde, können sich die Deutschen nicht befreien und die gesamte Menschheit wird weiter im satanischen Chaos und Vernichtungswahn gegen die Schöpfung versinken



Ab Januar 2020 Umsetzung satanischer NWO-Plan der Faschisten: „Covid-19 Masterplan, 4. Industrielle Revolution, Weltwirtschaftsforum in Davos 2020“ -
Quelle: <https://frankundfrei.online/the-great-reset-was-wirklich-drinsteht/>





COVID-MASTERPLAN

>The Great Reset_

In den nächsten Monaten liegt das Schicksal der gesamten Menschheit in **DEINEN** Händen!





ZWEI STIMMEN FÜR DIE BEFREIUNG!



GG 139

„Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes NICHT berührt.“



GG 146

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem EINE Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“



GG 139

www.staatenlos.info

DIE Opposition FÜR Deutschland.

GG 146



Sofort-Maßnahmen für alle kriegsbetroffenen Nationen und deren Völker

wie zum Beispiel die Syrisch Arabische Republik, Islamische Republik Iran, Libanesisch Republik, Republik Irak, Islamische Republik Afghanistan, Volksrepublik Donezk, Demokratische Volksrepublik Korea, Volksrepublik China, Palästina, Republik Kuba, Republik Guatemala, Indien, Bolivarische Republik Venezuela, Brasilien, Republik Serbien, Transnistrien/ Republik Moldau, Republik Tschetschenien, Weißrussland, Ägypten, Hellenische Republik Griechenland, Königreich Spanien, Republik Portugal, Italien, Zypern, Ungarn, Türkei, Aserbaidschan, Armenien und viele weitere Nationen

1. Nicht beendeter 2. Weltkrieg: Anträge aller betroffenen Nationen auf Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates und der UNO zur Wiederherstellung des Welt-Friedens durch Abschluss der fehlenden Friedensverträge mit 54 kriegsbetroffenen Nationen

2. Anwendung verbotenen nationalsozialistischen Rechts in Deutschland:

Notwendiger Schutz der ausländischen Staatsbürger und Migranten, die in der Bundesrepublik Deutschland eingewandert leben und arbeiten:

Diese Menschen wurden teilweise durch Täuschung Ihrer Staatsangehörigkeit beraubt, indem sie die ab 8.12.2010 gelöschte „~~Deutsche Staatsangehörigkeit~~“ von 1934 mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler erhalten haben.

Dazu wurden diese Menschen durch den BRD-Gesetzgeber ab dem 01.01.2000 staatenlos gemacht und damit völlig entrechtet und entmacht.

Alle Ausländer/ Migranten sind in der BRD durch willkürliche Übergriffe der deutschen Faschisten (Behörden und Justiz usw.) in ihrer unmittelbaren Sicherheit akut gefährdet wie die letzten Ereignisse von POLIZEI-Gewalt eindrucksvoll beweisen.

Die zuständigen BRD-Verwaltungen von Justiz und POLIZEI wenden im Rahmen von Menschenjagden illegal verbotene NS-Gesetze an.

Dazu zählen auch die vielen räuberischen Geld-Erpressungen, insbesondere aber auch die illegale Anwendung der nationalsozialistischen Steuergesetzgebung von 1937 mit Anwendung weiterer nationalsozialistischer Zwangsgesetze und Verordnungen (Justizbeitreibungsverordnung vom 11. März 1937) von Adolf Hitler usw..

3. Möglichkeit der Klageerhebung aller betroffenen Ausländer bei den international zuständigen internationalen Stellen, wie den Internationalen Strafgerichtshöfen in Den Haag und Malaysia; der Vereinten Nationen und weiteren Institutionen – siehe Anschriftenliste international zuständiger Organisationen – siehe Webseiten-Rubrik: **Beschwerden Strafanzeigen International**

Weblink: <https://www.staatenlos.info/beschwerden-strafanzeigen-international>

4. Umstürze, farbige Revolutionen, Aggressionen gegen andere Nationen durch NGOs: Auch deutsche Nichtregierungsorganisationen - Unternehmen wie Stiftungen,

Vereine und weitere Firmen im Ausland können als verdeckte Operationsbasen zur Zerstörung der jeweiligen Nation dienen.

Eine mögliche Beteiligung an geheimen NWO-Projekten - unter anderem „Barbarossa 2.0, Farbrevolutionen, Umstürzen u. ä. sollte daher ebenfalls überprüft werden.

Dazu zählen insbesondere politische Organisationen, Parteien, Verbände, Vereine und Stiftungen aus dem nicht souveränen Deutschland.

Alle diese Organisationen sind durch unabhängige Untersuchungskommissionen zu überprüfen, bei bewiesenem Tatbestand zu verbieten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und das Vermögen zu beschlagnahmen.

In die betroffenen Staaten einreisende Agenten des sog. „Tiefen Staates“ („Deep State“) sind wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr vorsorglich festzunehmen und der zuständigen Justiz zwecks Ermittlung zuzuführen.

Schädigende Unternehmungen einer eventuell global agierenden Mafia des militärisch industriellen Banken- und Konzernkomplexes müssen sofort mit allen notwendigen Mitteln unterbunden werden.

5. Mobilisierung der betroffenen Nationen:

Handlungsanleitung Urkunde International für Menschen anderer Nationen zwecks Unterstützung der Deutschen zur Befreiung vom Faschismus & Nazismus - siehe dazu Handlungsanleitung zur Willenserklärung zur Wiederherstellung des Weltfriedens mittels Friedensverträge - Weblink:

<https://www.staatenlos.info/handlungsanleitung-urkunde-international>



Vorläufige Handlungsempfehlung für alle verantwortungsbewusste Menschen in Deutschland und Europa



Weil einfach, einfach nur einfach ist!

Ihre direkte Mitverantwortung zur Befreiung der Deutschen und in Folge der gesamten Menschheit vom Faschismus & Nazismus und zur Beendigung des globalen Kriegszustandes:

(Das betrifft alle Deutschen und die in Deutschland eingebürgerten Migranten!)

Leitsatz:

Die bisherige Erfahrung lehrt: Die Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland-Okkupationsverwaltung dürfen, können und wollen Ihnen niemals die Heimatangehörigkeit und Ihre angestammten Rechte zurückgeben.

Die einheimischen Stammesdeutschen/ Herkunftsdeutschen und auch die ab 1949 eingebürgerten Ausländer als Neusiedler/ Umsiedler = Migranten leben völlig recht – und schutzlos in der US-Okkupationsverwaltung Bundesrepublik Deutschland. (BRD)

Der Zustand könnte heutzutage auch mit einem großen, kommunistischen Konzentrationslager (KL) zu vergleichen sein, welches auf das gesamte Deutschland ausgedehnt worden ist.

Die sog. „BRD-Spaßgesellschaft“ wäre dann vergleichbar mit einem Lagerkulturprogramm, Angehörige des „öffentlichen Dienstes“ wie die sog. „Kapos“ (Funktionshäftlinge), eine „Bundes-Regierung“ wie eine Lagerkommandantur und die alliierten Hintergrundmächte und Auftraggeber wie eine auftraggebende regierende Geschäftsführung...

Ohne pflichtgemäße Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen sog. „ENTNAZIFIZIERUNG“ der dem Menschen zugewiesenen PERSON (GG139) haben die Deutschen offensichtlich keine Möglichkeit auf Rettung vor der ethnischen Vernichtung, weil die BRD treuhänderisch das sog. „Deutsche Reich“ im Rechtszustand vom 31.12.1937 völkerrechtswidrig okkupiert hält und daher der sog. 2. Weltkrieg mangels Friedensverträge zwischen Deutschland und 54 Kriegsparteien bis heute nicht beendet werden kann.

1. **Startseite und das Heimat- Friedensprogramm auf der Webseite www.staatenlos.info gründlich durchlesen und das einfache deutsche Weltthema: staatenlos in der BRD-EU-Okkupationsverwaltung und die gesetzliche Generallösung zur Rückkehr in die Heimat und den Welt-Frieden Artikel 139 – Artikel 146 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland (BRD) sorgfältig studieren und verstehen.**
2. **Dann Ihre Willenserklärung zur Heimatrehabilitation/ Entnazifizierung FÜR Ihre Person an die zuständige alliierte „Hohe Hand“ Hauptmilitär-Staatsanwalt nach Moskau tätigen:**
<https://www.staatenlos.info/handlungsanleitung-heimatpaket>

(Ihre Heimat Staatsangehörigkeit erhalten sie erst nach der Befreiung von den Heimatbehörden ausgestellt.)

3. **Hinweis zu juristischen Streitfällen aller Art im BRD-System:**
A. Anwalt des Vertrauens nehmen und den Vorgang im System klären;
B. Die Tatverdächtigen „persönlich“ direkt INTERNATIONAL in Verantwortung nehmen = stets ALLE Menschenrechtsverstöße/ Verbrechen/ Straftat-Verdächtigungen sofort INTERNATIONAL an alle zuständigen Institutionen u. a. auch nach MOSKAU anzeigen und die Tatverdächtigen ggf. direkt persönlich verklagen:
<https://www.staatenlos.info/beschwerden-strafanzeigen-international>
Siehe dazu: <https://www.staatenlos.info/nuernberg-2>

Wie man die Übermacht des Feindes der Schöpfung bricht:

Sich selbst für den Freiheitskampf aktivieren!

Dazu gehört vor allem, damit aufzuhören, in den Auswirkungen der Besatzung von Deutschland sinnlos, ohne die Lösung klagend zu agieren bzw. ignorant und/ oder nur träge-untätig zuzuschauen!

Mehr als 70 Jahre Dämonstrationen/ Pro-teste OHNE realistische

LÖSUNG zur Befreiung der Heimat aus der Tyrannei der Fremdherrschaft sind genug!

I. Abonnieren sie den staatenlos.info – Newsletter auf der Startseite von staatenlos.info oben.

II. EINFACH SELBST und STÄNDIG überall das staatenlos.info-Thema VERBREITEN!

- Laden Sie unsere Filme unverfälscht auf ihre Kanäle und verbreiten Sie diese täglich auf alle sozialen Netzwerke wie Twitter, Facebook, VK. Sollte ein staatenlos.info- Youtube-Kanal von der Steuerung geschlossen werden, abonnieren Sie unsere Youtube-Ersatzkanäle, die wir ggf. bekannt geben.
- Zielgerichtete Weiterverbreitung des Themas auf allen Ebenen. Richten Sie Messenger, WhatsApp Gruppen ein. Nutzen Sie dazu auch weitere aktuelle Internetdienste wie z. Bsp. „Telegram“!
- Melden Sie sich beim staatenlos.info Telegram - Kanal: Rüdiger Hoffmann offiziell <https://t.me/Topinfosdiskussion> mit der Diskussionsgruppe Link „Diskussion“ Chatgruppe (engl. sog. „Joinchat“): <https://t.me/befreidiskussion> an!

III. Helfen Sie aktiv mit, dass wir immer mehr werden! Aus der „Virtualität“ der „Bits und Bytes“ in die Realität = Echtheit der ÖFFENTLICHKEIT treten und AUFSTEHEN!

Lassen Sie das staatenlos.info - Informationsmaterial drucken und geben Sie es zielgerichtet an Nachbarn, alle Freunde und gute Bekannte, ohne die Menschen überzeugen zu wollen, weiter.

WISSEN IST HOLSCHULD!

Informieren Sie alle erreichbaren Menschen in den mehr oder weniger Regime-gesteuerten „Protest-Bewegungen“ und deren Veranstaltungen ohne Lösung mittels der aktuellen staatenlos.info-Flyer (z. Bsp. den aktuellen „Great Reset Flyer und die „Heimat-Visitenkarte“).

Geben Sie das staatenlos.info-Thema an alle internationalen Botschaften und Konsulate weiter.

Das Informationsmaterial herunterladen:

<https://www.staatenlos.info/info-material-zur-befreiung-downloaden/info-material-zur-befreiung-deutsch>

Für die Druckaufträge/ Bestellungen nutzen Sie dazu z. Bsp.:

<http://www.flyeralarm.com/de>

<https://www.wir-machen-druck.de>

Wenn Sie im Thema sicher sind, psychisch und physisch gegen zu erwartende Angriffe des Regimes stabil sind:

Richten Sie in ihren Städten und Gemeinden staatenlos.info –Sammel- und Kommunikationspunkte auf den öffentlichen Plätzen vor BRD-Regierungszentralen ein, wie z. Bsp. Rathäusern, Staatskanzleien, Parlamenten: Diese sind dann als sog. „Versammlungen unter freiem Himmel“ gemäß Artikel 8 Grundgesetz für die BRD und dem regionalen „Versammlungsgesetz“ korrekt anzumelden und durchzuführen. Stellen Sie an einem günstigen Tag in der Woche so einen Sammel- und Kommunikationspunkt auf, filmen Sie Ihre Veranstaltung und stellen Sie Ihre Filmbeiträge über eigene Kanäle auf allen verfügbaren, sozialen Plattformen ins Internet. Z. Bsp. auf „YouTube“, „Bitchute“, „Telegram“, „Twitter“, „Facebook“ und andere sog. „soziale Netzwerke“. W... (Lautsprecher und weiteres Zubehör wie Fahnen kann man einfach preisgünstig über E-Bay oder über Onlinehandelsplattformen wie Amazon bestellen.)

4. Teilnahme an regelmäßigen staatenlos.info - Versammlungen in D-19243 Wittenburg an jedem Donnerstag ab 17:30 bis maximal 21:00 Uhr auf dem Marktplatz Markt 1 - und insbesondere an den aktuellen Versammlungen im Regierungsviertel von 11011 Berlin, Platz der Republik 1 – direkt vor dem Reichstag Haupteingang Portal „Dem deutschen Volke“ – Versammlung von verantwortungsbewussten Menschen mit dem Ziel der Wiederherstellung des völkerrechtlichen Staates auf deutschem Boden, Einrichtung der direkten Volksherrschaft - Freiheit - Frieden = Zukunft für alle Menschen und deren Völker!
5. **MIT ENTSCHEIDEND WICHTIG!** (regelmäßige) finanzielle Unterstützung der allgemeinnützigen staatenlos.info - Befreiungsbewegung Deutschland & Europa GG 139 – GG146.
Jeder Euro zählt für die außerparlamentarische Opposition (APO) staatenlos.info



ADEL VERPFLICHTET! WO ist der deutsche Adel?

Der einst edle, tugendhafte Ur-Adel zerbröckelte im Laufe der Geschichte – seine Nachfahren heute verkauft und verraten, vergessen, kleingeistig, lasterhaft, gottlos, verantwortungsunfähig - endgültig selbst aufgegeben? Scheint wieder eine Ausnahme die Regel zu bestätigen?

Der deutsche Hochadel in der BRD

„An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“

Hohenzollern Nachfolger Georg Friedrich und das vierte Reich – Walter Hallstein Projekt: schmähhlicher Verrat an den Deutschen?

Auszug- Zitat Webpräsenz: „EU-Austritt Großbritanniens: Burg zeigt Flagge für Europa

31.01.2020 12:00 von Roland Beck



"Das ist kein guter Tag für Europa, für alle Europäer und – auch wenn das manche anders sehen mögen – für die Briten“, sagte Georg Friedrich Prinz von Preußen mit Blick auf den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs. "Ich denke viel an meine häufigen Besuche in dem Land, an meine freundschaftlichen Verbindungen dort und besonders gerne an meine Schulzeit in Schottland und an die offene, proeuropäische Grundhaltung, die ich dort erlebt habe.“

Leider sei der Austritt aus der Europäischen Union ein Beleg dafür, dass die notwendigen Lehren aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht von allen und nicht überall gezogen worden seien oder bereits dem Gedächtnis entfallen seien. Das gelte auch für gewisse Strömungen in Deutschland, die mancherorts Morgenluft wittern würden.

"Nicht nationale Abschottung, sondern das gemeinsame Handeln der Völker Europas sichern Freiheit, Demokratie und Wohlstand über die eigenen nationalen Grenzen hinaus“, so der Chef des Hauses Hohenzollern. "Vor allem aber ist Europa das Friedensprojekt schlechthin".

Er hoffe, so Prinz Georg Friedrich, dass er die Korrektur des heute „vollzogenen politischen Irrtums“ noch erleben werde. An diesem Tag habe er demonstrativ die Europa-Flagge auf der Burg Hohenzollern, dem Stammsitz seiner Familie aufziehen lassen. „Am Tag der Rückkehr

der Briten, denen ich ja auch familiengeschichtlich eng verbunden bin, werde ich mit Freude die europäischen Farben wieder hissen – und den Union Jack dazu.“ – Zitat Ende
Beweis-Quelle: <https://www.burg-hohenzollern.com/nachricht/items/Europa-Fahne.html>



Herzogin Donata zu Mecklenburg von Solodkoff – nur im „Streit um Perlen“?

Donata will mehr Kunst zurück



Donata zu Mecklenburg und Bildungsminister Mathias Brodkorb 2014 bei der Übergabe der Herzogskunst

Herzogin zu Mecklenburg möchte Gegenstände im Wert von 500 000 Euro vom Land. Gericht gab ihr recht. Finanzministerium sperrt sich



Beweis-Quellen: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/nordmagazin/Das-Leben-von-Adolf-Friedrich-zu-Mecklenburg,nordmagazin65206.html>

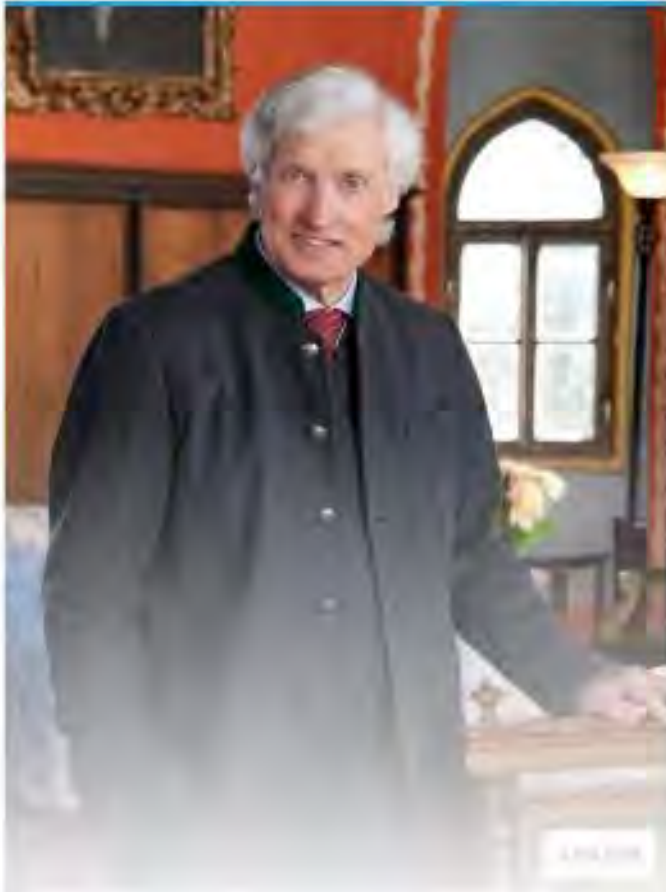
+ <https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/donata-will-mehr-kunst-zurueck-id13215226.html>

+ <http://www.kulturstiftung.de/warten-auf-schwerin/>

+ <https://www.svz.de/lokales/kein-wald-fuer-kunst-id5043356.html>

Luitpold Prinz von Bayern - nur ein „Bierkönig“?

Wittelsbacher-Prinz Luitpold feiert heute 500 Jahre Reinheitsgebot



Warum Luitpold Prinz von Bayern findet, dass das Reinheitsgebot nach 500 Jahren aktueller denn je ist. Hier erfahren Sie, was er von der Craft-Beer-Bewegung hält.



VON DIETER SCHÖNDORFER

Kein großes Fest ohne Bier – das gilt für Bayern ohnehin, aber auch für viele Regionen in Deutschland und den Rest der Welt. Dabei genießt Bier, nach dem bayerischen Reinheitsgebot gebraut, nach wie vor aller höchste Anerkennung und Respekt. Das liegt nicht zuletzt am bayerischen Reinheitsgebot, am 23. April 1516 von Herzog Wilhelm IV. und Ludwig X. in Ingolstadt erlassen. Demnach durfte Bier nur noch aus Hopfen, Wasser und Gerste gebraut werden. Das Gebot hat bis heute Bestand.

Quellen: <https://www.merkur.de/bayern/muenchen-wittelsbacher-prinz-kaempft-um-sein-wappen-koenigreichs-bayern-12894952.html?fbclid=IwAR0lwyUXTqLF-kT8yWJlxoQ8AKUNcVcYUpdI85nG8fKruMNQN-RmFA6e7Jw>
 + <https://www.augsburger-allgemeine.de/landsberg/Kaltenberg-Wittelsbacher-Prinz-Luitpold-feiert-heute-500-Jahre-Reinheitsgebot-id37555662.html>
 + <https://www.unternehmertag.org/de/unternehmertag-past/2015/speaker/511-s-k-h-luitpold-prinz-von-bayern>

Der Einzige seines Standes der bereit ist seine wahre Verantwortung zu übernehmen?

Heinrich der XIII. Prinz Reuß ringt um sein Fürstentum Reuss!





Der Herrscher ist nicht zu seinem hohen Rang erhoben, man hat ihm nicht die höchste Macht anvertraut, damit er in Verweichlichung dahinlebe, sich vom Mark des Volkes mäste und glücklich sei, während alles darbt. Der Herrscher ist der erste Diener des Staates.

(Friedrich II. der Große)

gutezitate.com

Zur Notwendigkeit einer Selbst-Reform des deutschen Adels

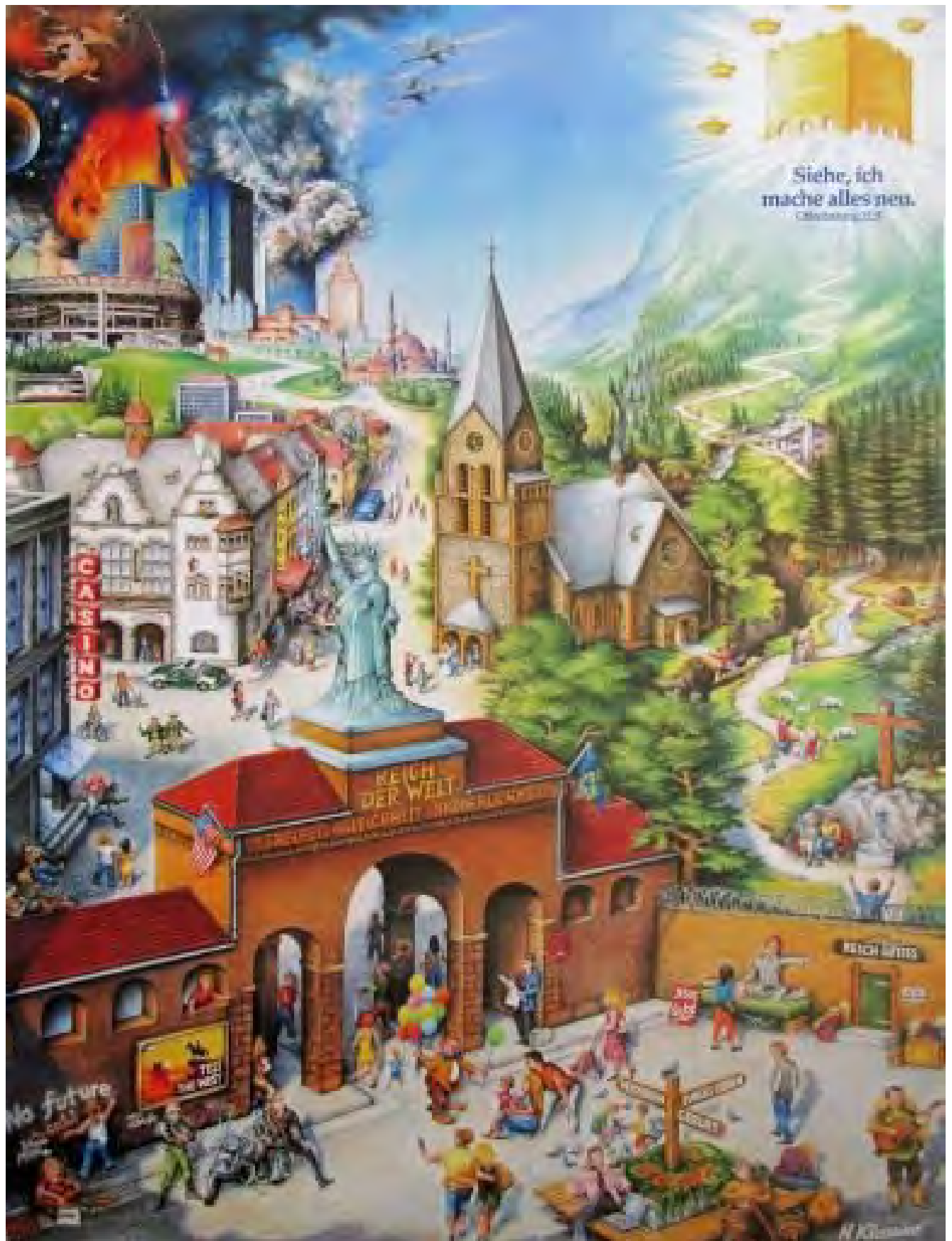
Will der Adel in der künftigen Ordnung einen gesellschaftlich kompetenten Führungsanspruch erfüllen, muss der Adel selbst seinen bisherigen Anspruch auf Führung nach dem Recht des Erstgeborenen Primogenitur (von lateinisch *primus* „Erster“, und *genitus* „geboren“: Erstgeborenen-Nachfolgeordnung) zugunsten der Führung nach persönlicher Eignung und Leistung ersetzen, welche ständig unter Beweis zu stellen ist!

An ihren Taten sollt ihr sie messen!

Das Schicksal der Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!

Der große Schicksalskampf um die Schöpfung Gottes!





Es zählt nur des Volkes Wille!

**Abdankung der provisorischen BRD-Treuhand-Diktatur nach über
70 Jahren Fremdbestimmung – Volksdemokratie - Heimat & Welt-
Frieden**

= Zukunft für alle Menschen der Erde - JETZT!



= Ein jeder entscheide sich auf welcher Seite man steht!

Das Urteil ist gefällt!





Dornröschen und der Sumpf
von Mordor gegen die Freiheit!



Fragen an die Verantwortlichen der alliierten Siegermächte 2021:

Wenn es den alliierten Mächten nicht um die Befreiung vom Faschismus und Nazismus ging- worum ging es den Kriegssiegern dann?

Ging es eventuell nur darum, dass Siedlungsgebiete der deutschen Stämme als das Zentrum von Europa einzuverleiben und nur den eigenen geostrategischen Machtinteressen nutzbar zu machen?

Betreiben die Alliierten genau deshalb seit 1949 eine Marionettenverwaltung auf deutschen Boden?

tl

Ist das evtl. der Grund, warum die Alliierten trotz Kenntnis von staatenlos.info ignorieren bzw. nur Versatzstücke des Themas der „deutschen Frage“ für eigene Revierkämpfe verwenden? („kalter Krieg“)

Es ist in der Regel auch hier nur eine Frage der Zeit, wann sich auch diese Fragen zweifelsfrei beantwortet haben.

Feststellung:

Sollten die Alliierten die letzten Deutschen auch noch der Vernichtung überlassen, werden sie definitiv in ihrem eigenen Zerstörungsstrudel komplett untergehen!

Nur wenn die letzten indigenen Deutschen das Potsdamer Abkommen von 1945 erfüllen, wird die gesamte Menschheit vor der sonst sicheren Selbstzerstörung bewahrt und eine lebenswerte Zukunft haben.



****DIE GESELLSCHAFT BRAUCHT EINE KULTURREVOLUTION****

Heimat ist ein Paradies = Zurück zu den Wurzeln!

Vollständiger gesellschaftlicher Strukturwandel zur Wiederherstellung der natürlich-göttlichen Ordnung.

Heimatbewusstsein und Heimatliebe hat nur der seelisch geistig gesunde Mensch, welcher sich seiner eigenen Geschichte/ Herkunft voll bewusst ist, über eine verwurzelte Verbindung zur Heimaterde verfügt (Bodenständigkeit), Mitgefühl (Empathie) zu Gottes Schöpfung (die Natur) hat und damit die Heimat und dessen Menschen wertschätzt.

Quelle: <https://heimatschutzbewegung.de/reformer-ruediger-hoffmann-heimatparadies/>





*Unser Dank gilt allen aufrechten Patrioten für unser Volk und das deutsche Vaterland!
Rüdiger Hoffmann zu Berlin, den 09. November 2021 A.D.*

Reich'se

Register - Quellverweise:

Das Reformprogramm für Deutschland -

die **GENERALLÖSUNG** für Heimat & Welt-Frieden = Zurückerlangung aller Rechte: <https://staatenlos.info/heimat-friedensprogramm>

Webseiten:

deutsche-heimat.info

<https://staatenlos.info/>

<https://heimatschutzbewegung.de/>

Telegramm - Kanal: Rüdigers Topinfos Offiziell <https://t.me/TopInfosDiskussion>

Facebook:

Nationale Befreiungsbewegung Deutschland NOD GG139 x GG146

<https://www.facebook.com/groups/634570526627399/>

NOD Europe / НОД ЕВРОПА

<https://www.facebook.com/groups/264134150456317/permalink/1738946772975040>

Auswahl aktueller Filmempfehlungen zum Erwachen

Der geheime Krieg gegen die Deutschen und seine historischen Wurzeln = Auf zur #Freiheit & #Frieden

<https://youtu.be/Acf40E3BUOE>

Herr der Ringe: Die Rückkehr des Königs <https://youtu.be/p6ljSLFExiw>

Matrix <https://youtu.be/ETvkaFGs6d4>

Die unendliche Geschichte - Kinofilm digital überarbeitet HD

<https://youtu.be/M1DT-PKWPZY>

Heimat-Schulungsfilme:

Grün kaputt - Landschaft und Gärten der Deutschen

https://youtu.be/pB_qhO2gVjU

Unser Dorf soll hässlich werden Ein Film von Dieter Wieland

<https://youtu.be/6oawhi5uPLs>

"Typisch Deutsch" Das saubere Dorf - Beobachtungen von Dieter Wieland (1989) <https://youtu.be/GMWiKOWFFTww>

Topographie Bauen auf dem Lande (1995) <https://youtu.be/oAhBWcR9O-w>

Dinkelsbühl – Stadtbaukunst des Mittelalters 1983

<https://youtu.be/Os5NqHokQmw>

Topographie Der Garten https://youtu.be/7_nNVTUVjos

Topographie Der Zaun <https://youtu.be/5Gd-UBymK-A>

Bauen und bewahren Begrünte Wände https://youtu.be/d0wFRI_675g

Topographie – Bauerngärten <https://youtu.be/kdWHopQ3bJs>

Beispiel: Topographie Haßberge <https://youtu.be/Lr3jXtFTJc8>

Topographie Rundlingsdörfer in Niedersachsen <https://youtu.be/qLcS84eneA>

Topographie Dorflinden Dieter Wieland <https://youtu.be/Fpta-WQDXA0>

Topographie -- Südtiroler Urwege (1981) <https://youtu.be/WFEotU4s8dQ>

Topographie Der letzte Garten - das Grab https://youtu.be/kB_kDyr6Zbw

Topographie (1982) Die Farbe <https://youtu.be/uxVWQnOa09A>

Topographie Die Tür <https://youtu.be/19F20fUipPk>

Topographie Das Fenster https://youtu.be/_swm10B7tMI

Topographie Die Gartenstadt Piesteritz <https://youtu.be/OnV5db-3QN4>

Auswahl aktueller Filmempfehlungen zum Erwachen

Der geheime Krieg gegen die Deutschen und seine historischen Wurzeln = Auf zur #Freiheit & #Frieden

<https://youtu.be/Acf40E3BUOE>

Herr der Ringe: Die Rückkehr des Königs <https://youtu.be/p6ljSLFExiw>

Matrix <https://youtu.be/ETvkaFGs6d4>

Die unendliche Geschichte - Kinofilm digital überarbeitet HD

<https://youtu.be/M1DT-PKWPZY>

Heimat-Schulungsfilme:

Grün kaputt - Landschaft und Gärten der Deutschen

https://youtu.be/pB_qhO2gVjU

Unser Dorf soll hässlich werden Ein Film von Dieter Wieland

<https://youtu.be/6oawhi5uPLs>

"Typisch Deutsch" Das saubere Dorf - Beobachtungen von Dieter Wieland (1989) <https://youtu.be/GMWiKOWFFTw>

Topographie - Heckenlandschaften (Dieter Wieland, 1993)

<https://youtu.be/WagBTjy4jNU>

Topographie Der Garten https://youtu.be/7_nNVTUVjos

Topographie Der Zaun <https://youtu.be/5Gd-UBymK-A>

Bauen und bewahren Begrünte Wände https://youtu.be/d0wFRI_675g

Topographie – Bauerngärten <https://youtu.be/kdWHopQ3bJs>

Bauen und bewahren - Alte Apfelbäume <https://youtu.be/kFVCe60LXY0>

Topographie Dorflinden <https://youtu.be/DoGMg9vdQBU>

Topographie Der Hausbaum <https://youtu.be/W1PBem0xjQs>

Topographie Dorflinden Dieter Wieland <https://youtu.be/Fpta-WQDXA0>

Topographie -- Südtiroler Urwege (1981) <https://youtu.be/WFEotU4s8dQ>

Topographie Der letzte Garten - das Grab https://youtu.be/kB_kDyr6Zbw

Topographie Bauen auf dem Lande (1995) <https://youtu.be/oAhBWcR9O-w>

Dinkelsbühl – Stadtbaukunst des Mittelalters 1983

<https://youtu.be/Os5NqHokQmw>

Topographie (1982) Die Farbe <https://youtu.be/uxVWQnOa09A>

Topographie Die Tür <https://youtu.be/19F20fUipPk>

Topographie Das Fenster https://youtu.be/_swm10B7tMI

Topographie (1980) Das Dach https://youtu.be/lqcp_q37txY

Topographie Die Gartenstadt Piesteritz <https://youtu.be/OnV5db-3QN4>

Topographie Haßberge <https://youtu.be/Lr3jXtFTJc8>

Topographie Rundlingsdörfer in Niedersachsen <https://youtu.be/qLcS84eneA>

Die Dorfstraße in Bayersoien (von Dieter Wieland)

<https://youtu.be/B9CSWkA41Ew>



Register: Quellen, Beweise - Rechtsgrundlagen

Quelle: https://www.wikiwand.com/de/Liste_der_r%C3%B6misch-deutschen_Herrscher

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Heiliges_R%C3%B6misches_Reich

Quelle: <http://www.verfassungen.de/de/de67-18/rustag13.htm>

Quellbeweis: <http://de.wiktionary.org/wiki/vogelfrei>

BuStAG vom 01. Juni 1870 (BGBl. S. 498) Inland

„§1. Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

RuStAG 01 vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) Inland

„§1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

RuStAG 02 vom 22. Juli 1913 (RGBl 1913, S. 583) Inland oder Kolonie

„§1. Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat Inland/Heimat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“

Deutschland = das Deutsche Reich:

Niemandsland Deutschland - Auszug aus Wikipedia - Vollzitat: „Ein Protektorat (von lateinisch *protegere* ‚schützen‘; zuweilen auch Schutzstaat bzw. *Schutzgebiet*) ist ein teilsouveränes Gemeinwesen und abhängiges staatliches Territorium, dessen auswärtige Vertretung und Landesverteidigung einem anderen Staat durch einen völkerrechtlichen Vertrag unterstellt sind.“ Siehe dazu auch die NATO-Verträge und sog. „Geheime Zusatzabkommen.“

Bundesrepublik Deutschland in Deutschland

Artikel 16 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland-Vollzitat:

„(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.“

Artikel 116 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland-Vollzitat:

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.“

Artikel 127 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland-Vollzitat:

„Die Bundesregierung kann mit Zustimmung der Regierungen der beteiligten Länder Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, soweit es nach Artikel 124 oder 125 als Bundesrecht fortgilt, innerhalb eines Jahres nach Verkündung dieses Grundgesetzes in den Ländern Baden, Groß-Berlin, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern in Kraft setzen“

Artikel 133 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Vollzitat: Der Bund tritt in die

Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“

Befreiungsgesetz Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und den dahinter stehenden alliierten Rechtsvorschriften über Entnazifizierung - Vollzitat:

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 139 „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Artikel 140 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

„Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.“

*Fußnoten siehe Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_140.html

Artikel 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – (Geltungsdauer der BRD in Deutschland)

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Deutschland-Deutsches Reich

- Verhaftung der letzten amtierenden Reichsregierung Dönitz am 23. Mai 1945
- US-Dokumentation „Here is Germany“ von 1945
- Grundsatzrede von Prof. Dr. Carlo Schmidt vor dem parlamentarischen Rat zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland vom 8.09.1948
- SHAEF-Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung in Deutschland - Gesetz Nr. 1 Art. III Abschnitt 4, Gesetz Nr. 52 Art. VII Abschnitt e), Gesetz Nr. 53 Art. VII Abschnitt g), Gesetz Nr. 161/2
- Grundsatzurteil Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 - 2BvF 1/73 zum Völkerrechtssubjekt „*Deutsches Reich*“
- Dokumentation Deutscher Bundestag der BRD - wissenschaftlicher Dienst WD 3 – 292/07
- Antwort Auswärtiges Amt der BRD: Auswärtiges/Antwort vom 30.06.2015 – Referenz hib 340/2015)
- Potsdamer Abkommen und die darin enthaltene Krim-Deklaration vom 2. August 1945
- Die von der BRD abgelehnten Friedensvertragsangebote der UdSSR von 1952
- HLKO Artikel 24 „Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt“
- Protokolle aus dem Bundeskanzleramt 354 BII vom 17.07.1990

Nationalsozialistisches Unrecht in Deutschland:

- sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Widerruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBL 28. Juli 1933,
- Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBL. I S. 85 vom 05.2.1934,
- Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54,
- Die deutsche Staatsangehörigkeit: Reichsverordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 Gustav Zeidler - Mauckisch von 1935,
- Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht von Dr. Bernhard Lösener – Ministerialrat des Innern und Rassereferent im Reichsministerium des Inneren 1. Band, Gruppe 2 Ausgabe 13 von 1934
- Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre - "Nürnberger Gesetze", 15. September 1935 und die beiden ersten Ausführungsbestimmungen, 14. November 1935
- Reichsbürgergesetz (RBG) vom 15. September 1935 (RGBL. I S. 1146), Wilhelm Stuckart, Hans Globke: Kommentar zum Reichsbürgergesetz (1936),
- Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 3. Juli 1938
- Amtsblatt für Schleswig- Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1
- Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14. Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01.

August 1959

- Ausweisdokumente mit der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ und deren Glaubhaftmachung „deutsch“ von 1934- 1945
- Ausweisdokumente „deutsch“ ab 1934
- Amtsblatt für Schleswig- Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1
- Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945
- Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959
- Ausweisdokumente der BRD mit der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ und deren Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ 1934
- IGH - Urteil: BRD als Rechtsnachfolger der sog. „dritten Reiches“ (des Nationalsozialismus von Adolf Hitler),
- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 5.2. 1934 (z.Zt. verfälscht 22.07.1913) Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959
- Artikel 16, 116, 120, 127,133, 139, 140 und 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD)
- Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 und das Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1864 08.12.2010
- dazu das Unionsrecht: unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – u. a. Grundlagenwerk *Der Unionsbürger* von Christoph Schönberger